



Christiane Meyer (Hg.)

»TRANS- FORMING OUR WORLD«

Zukunftsdiskurse
zur Umsetzung
der UN-Agenda 2030

[transcript] Neue Ökologie

Christiane Meyer (Hg.)
»Transforming our World« –
Zukunftsdiskurse zur Umsetzung der UN-Agenda 2030

Christiane Meyer (Dr. phil.), geb. 1970, ist Professorin für Didaktik der Geographie an der Leibniz Universität Hannover. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Bildung für nachhaltige Entwicklung, Werte-Bildung, Kulturbewusstsein und transformative Bildung.

Christiane Meyer (Hg.)

**»Transforming our World« -
Zukunftsdiskurse zur Umsetzung
der UN-Agenda 2030**

[transcript]

Gefördert im Niedersächsischen Vorab durch:



**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**



VolkswagenStiftung

Gefördert durch Engagement Global mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und erstellt im Rahmen der Länderinitiativen zur Umsetzung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Herausgeberin Prof. Dr. Christiane Meyer verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2022 im transcript Verlag, Bielefeld

© **Christiane Meyer (Hg.)**

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5557-5

PDF-ISBN 978-3-8394-5557-9

<https://doi.org/10.14361/9783839455579>

Buchreihen-ISSN: 2569-7900

Buchreihen-eISSN: 2703-1039

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Zukunftsdiskurse zur »Transformation unserer Welt«

Rahmung und Hintergrund

Christiane Meyer 9

I. Zukunftsdiskurs »Communities for Future«

»Communities for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Randy Haubner und Christiane Meyer 51

Ein Dashboard für eine partizipative Entwicklung nachhaltiger Kommunen

Busso Grabow 73

»Transforming our World«

Die Gemeinde Klixbüll in Schleswig-Holstein
als »Community for Future«

Werner Schweizer 83

»Raus aus dem Dilemma!«

Methoden zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten
der Nachhaltigkeit

Birgit Böhm, Linda Böhm, Fabian Böttcher, Frauke Richter, Christiane Sell-Greiser ... 93

»WIR reden MIT«

Jugendliche beteiligen sich an einer nachhaltigen Entwicklung
in ihrer Kommune

Randy Haubner und Christiane Meyer 101

II. Zukunftsdiskurs »Education for Future«

»Education for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Christiane Meyer 111

Aufbruch in die Freiheit?

Wie wir unsere Kinder und uns selbst vom Leistungsdruck
befreien können

Gerald Hüther und Marcell Heinrich 131

Plädoyer für eine radikale Neuausrichtung der Bildung

Margret Rasfeld 139

III. Zukunftsdiskurs »Economics for Future«

»Economics for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Andreas Eberth und Christiane Meyer 147

Kreislaufwirtschaft als Baustein nachhaltiger Entwicklung

Burcu Gözet, Henning Wilts 173

Tätigsein in der Landwirtschaft

Agrarkultur als Leitkonzept

Franz-Theo Gottwald, Irmí Seidl, Angelika Zahrnt 181

Postwachstumsökonomie

Lebensqualität durch Selbstbegrenzung

Niko Paech 195

IV. Zukunftsdiskurs »Consumers for Future«

»Consumers for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Lydia Heilen und Christiane Meyer 205

»Hand Prints for Future«

Gestaltungsbefähigung statt Konsumtipps

Marie Heitfeld 225

Psychologische und systemische Barrieren nachhaltigen Handelns

... und wie wir sie niederreißen können

Gerhard Reese 235

Denken wie »Commoners«

Die Commons und nachhaltiger Konsum

Silke Helfrich 243

»Consumers for Future«

Von reinen Konsument*innen zu Mitgestalter*innen
der großen Transformation

Stephanie Ristig-Bresser 257

Autor*innenverzeichnis 267

Zukunftsdiskurse zur »Transformation unserer Welt« Rahmung und Hintergrund

Christiane Meyer

Diese Publikation vertieft bestimmte Zukunftsdiskurse im Zusammenhang mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die 2015 verabschiedet wurde (UN, 2015).

Dazu wird in diesem Beitrag zunächst eine Orientierung gegeben, die den schon stattfindenden Großen Wandel in größere Zusammenhänge einbettet und die Notwendigkeit einer Transformation unserer Welt darlegt. Anschließend werden die in diesem Band vorgenommenen Fokussierungen der Zukunftsdiskurse begründet. Der Ausblick knüpft an die »Arbeit, die wieder verbindet« nach Joanna Macy an.

Die Transformation unserer Welt und der Große Wandel

Die Agenda 2030 kann als globale Vision bezeichnet werden, da alle Menschen und alle Länder aufgefordert sind, an diesem Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung mitzuwirken. Dabei muss dieser grundlegende Wandel der Mensch-Natur-Beziehungen »insbesondere in den reichen Ländern, die den höchsten Umweltverbrauch haben, stattfinden« (Messner & Scholz, 2015, S. 20). Die Vereinten Nationen haben in der Präambel der Agenda 2030 die sogenannten »5 Ps« herausgestellt, die als übergeordnete Orientierung dienen (UN, 2015, S. 2):

- *People*: Alle Menschen sollen sich in einer gesunden Umwelt entfalten können, d.h. in Würde und Gleichheit. Hierzu sind Armut und Hunger zu beenden.

- *Planet*: Durch eine nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen der Erde, d.h. insbesondere eine nachhaltige Produktion, einen nachhaltigen Konsum und Maßnahmen zum Klimaschutz, ist unser Planet zu schützen.
- *Prosperity*: Alle Menschen sollen ein Leben in Wohlstand bzw. Wohlergehen führen können. Dabei ist darauf zu achten, dass dieser in Harmonie mit der Natur realisiert wird.
- *Peace*: Frieden ist unabdingbar für eine nachhaltige Entwicklung. Friedliche Gesellschaften ohne Gewalt und Furcht sind hierfür erforderlich.
- *Partnership*: Die Umsetzung der Agenda 2030 gründet auf einer globalen Partnerschaft und verstärkter globaler Solidarität. An dieser beteiligen sich alle Länder, alle Menschen und alle Interessenträger*innen.

Diese übergeordneten Orientierungen werden in den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, den Sustainable Development Goals (SDGs), konkretisiert (vgl. Abb. 1). Die SDGs dienen im Kontext einer »langfristigen Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften« als »Handlungs- und Orientierungsrahmen für alle Staaten gleichermaßen« (Wilhelmy & Turmann, 2019, S. 3). Sie spiegeln die oben angesprochenen Aspekte der »5 Ps« wider: *People*: SDGs 1 bis 5; *Prosperity*: SDGs 6 bis 11; *Planet*: SDGs 12 bis 15; *Peace*: SDG 16; *Partnership*: SDG 17.

Letztlich ist aber zu berücksichtigen, dass die SDGs bzw. die »5 Ps« ineinander greifen, was durch den Farbkreis in Abbildung 1 zum Ausdruck kommt, und dass es zudem keine Hierarchie bei den Zielen gibt (Die Bundesregierung, 2021).

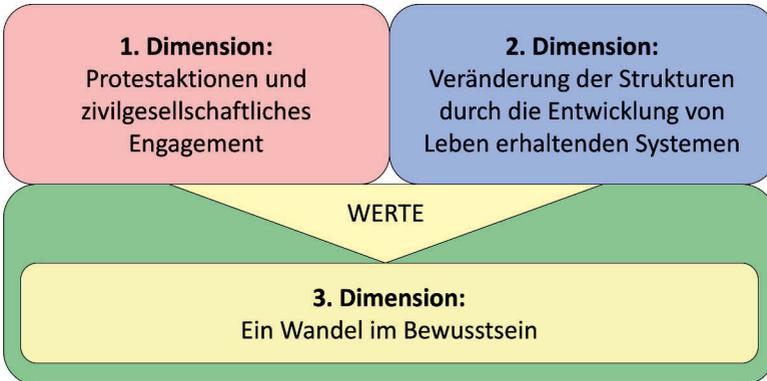
Eine Transformation unserer Welt wird aber nicht durch die Agenda 2030 angestoßen – der Große Wandel, der damit einhergehen soll, findet schon längst statt! Die Ökophilosophin, Systemtheoretikerin und Tiefenökologin Joanna Macy hat zusammen mit dem Arzt und Coach Chris Johnstone diesen Großen Wandel (im Englischen: »The Great Turning«) charakterisiert, der auch als »Ökologische Revolution« bezeichnet wird, die vergleichbar ist mit der neolithischen Revolution vor 10.000 Jahren sowie der industriellen Revolution seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Macy & Johnstone, 2014, S. 36). Der Umbruch bezieht sich dabei vor allem auf einen Wandel der Lebensstile. Es werden hierfür drei Dimensionen herausgestellt (vgl. Abb. 2).

Abbildung 1: Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen im Überblick



Quelle: Vereinte Nationen in Kooperation mit Trollbäck + Company.

Abbildung 2: Die drei Dimensionen des Großen Wandels



Quelle: nach Macy, 2009, S. 140ff.; Macy & Johnstone, 2014, S. 38ff.; Entwurf: C. Meyer.

Im Folgenden werden diese drei Dimensionen zunächst jeweils anhand des Wirkens von Greta Thunberg, der schwedischen Klimaschutzaktivistin, sowie der von ihr initiierten Fridays for Future-Bewegung beschrieben (Meyer, 2019, S. 48ff.). Anschließend werden die Dimensionen mit weiteren Beispielen allgemeiner charakterisiert.

1. Dimension: Protestaktionen und zivilgesellschaftliches Engagement

Im August 2018 im Zuge eines extrem heißen und trockenen Sommers fanden die ersten Klimastreiks von der damals fünfzehnjährigen Greta Thunberg statt. Im Dezember 2018 hielt sie ihre erste Rede auf der UN-Klimakonferenz in Kattowitz, die internationale Aufmerksamkeit erregte. Ihre Proteste inspirierten weltweit viele Schüler*innen zu weiteren Klimastreiks und führten nicht nur zur Gründung lokaler Fridays for Future-Gruppen, sondern auch zu ähnlichen Initiativen mit gleicher Zielsetzung, wie an Hochschulen die Scientists for Future. In Deutschland wird unter anderem Luisa Neubauer mit Fridays for Future (FFF) verbunden. Sie hat 2019 zusammen mit Alexander Repenning ein Buch »Vom Ende der Klimakrise« veröffentlicht, das ihre Beweggründe für die Streiks und ihre Hoffnung für die Zukunft zusammenfasst. Die FFF-Bewegung stellt abgesehen von den Protestaktionen auch ein zivilgesellschaftliches Engagement dar, denn ihre Forderungen an die Politik betreffen die Zukunft der gesamten Menschheit auf diesem Planeten. Ein Erfolg, der u.a. auf das Engagement von FFF zurückgeführt werden kann, war die Klage gegen das Bundesklimaschutzgesetz, die vom Bundesverfassungsgericht z.T. bestätigt wurde.

»Zwar kann nicht festgestellt werden, dass der Gesetzgeber mit diesen Bestimmungen gegen seine grundrechtlichen Schutzpflichten, die Beschwerdeführenden vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen, oder gegen das Klimaschutzgebot des Art. 20a GG verstoßen hat. Die zum Teil noch sehr jungen Beschwerdeführenden sind durch die angegriffenen Bestimmungen aber in ihren Freiheitsrechten verletzt. Die Vorschriften verschieben hohe Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030. [...] Von diesen künftigen Emissionsminderungspflichten ist praktisch jegliche Freiheit potenziell betroffen, weil noch nahezu alle Bereiche menschlichen Lebens mit der Emission von Treibhausgasen verbunden und damit nach 2030 von drastischen Einschränkungen bedroht sind. Der Gesetzgeber hätte daher zur Wahrung grundrechtlich gesicherter

Freiheit Vorkehrungen treffen müssen, um diese hohen Lasten abzumildern.« (Bundesverfassungsgericht, Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29. April 2021)

Weitere Formen eines solchen zivilgesellschaftlichen Widerstands oder Engagements sind:

- Proteste gegen Ölbohrungen, Abholzungen, Giftmülldeponien etc.,
- Organisation von Protesten in Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Stiftungen etc.,
- Einrichtung von Suppenküchen bzw. Tafeln, Schutzräumen und kostenloser medizinischer Versorgung für Obdachlose bzw. Menschen in Armut,
- Eintreten für die Bürger*innen- und Menschenrechte von Immigrant*innen bzw. Geflüchteten,
- Whistle Blowing hinsichtlich illegaler oder unethischer Praktiken.
(nach Macy, 2009, S. 140ff.; Macy & Johnstone, 2014, S. 38ff.)

Aber nicht jede Protestaktion dient automatisch dem Großen Wandel. Als gemeinsame Merkmale für solche, die der 1. Dimension zugeordnet werden können, wird herausgestellt, dass diese den Zerstörungen und Problemen der industriellen Wachstumsgesellschaft bzw. dem *business as usual* entgegentreten sowie ökologische und soziale Verbesserungen einfordern bzw. umsetzen. Dies kann z.B. durch Kampagnen, Petitionen, Boykotte, Kundgebungen, gerichtliche Schritte, spontane Hilfsaktionen oder das Mitwirken in NGOs geschehen (ebd.)

2. Dimension: Strukturelle Veränderung durch Leben erhaltende Systeme

Was als Klimastreiks begann, mündete in Forderungen, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Dabei stützt sich FFF auf die Ziele des Pariser Klimaabkommens und das 1,5-Grad-Ziel. Es wird konkret gefordert, Nettonull bis 2035 zu erreichen¹, den Kohleausstieg bis 2030 zu realisieren und 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 umzusetzen. Zudem soll es ab sofort keine Subventionen mehr für fossile Energieträger geben, ein Viertel der Kohlekraft

¹ »Nettonull: Es wird nur die Menge Treibhausgase ausgestoßen, die durch natürliche Prozesse (z.B. Wachstum von Pflanzen) wieder aufgenommen wird.« (Fridays for Future Deutschland, o.J.a)

soll sofort abgeschaltet werden und eine Steuer auf Treibhausgasemissionen erhoben werden – mit Bezug auf das Umweltbundesamt fallen 180 Euro pro Tonne CO₂ an Kosten² an (Fridays for Future Deutschland, o.J.b).

Die Forderungen zeigen eine Richtung auf, um Leben erhaltende Systeme strukturell in den Kommunen umzusetzen. Maßnahmen zur Realisierung sind jedoch kommunalpolitisch anzugehen. Es gibt aber schon zahlreiche Initiativen, die solche Veränderungen der Strukturen realisieren und daher exemplarisch dieser Dimension zugeordnet werden können:

- Ökodörfer, Transition Towns, Urban Gardening, Solidarische Landwirtschaft, Permakultur, Saatgutbanken und -börsen etc.,
- faire und ökologische Produktion entlang von (globalen) Lieferketten – zumeist mit Zertifizierungen über Label (z.B. Fairtrade, Naturland, Demeter, Global Organic Textile Standard [GOTS]) und Mitgliedschaften (z.B. Fair Wear Foundation),
- neue Technologien für erneuerbare Energien,
- ganzheitliche Gesundheitsvorsorge (z.B. Mindfulness-Based Stress Reduction (MBSR), bzw. generell Meditations- und Yogaübungen) und Heilmethoden (z.B. Japanisches Heilströmen *Jin Shin Jyutsu*),
- Gaia Education (mit vier »Schlüsselorientierungen« bzw. *keys: ecological key, economic key, social key, worldview key*).
(mit Ergänzungen nach Macy, 2009, S. 140ff.; Macy & Johnstone, 2014, S. 38ff.)

Als allgemeine Orientierungen übergeordneter Art können zu dieser Dimension auch Ansätze genannt werden, die das vorherrschende Wirtschaftsparadigma in Frage stellen und alternative Denk- und Handlungsweisen herausstellen, die es strukturell zu verankern gilt. Hierzu zählen z.B. die Donut-Ökonomie bzw. »Doughnut Economics« nach Kate Raworth (2017),

2 »Zu viele Treibhausgase, Luftschadstoffe und andere Umweltbelastungen schädigen unsere Gesundheit, zerstören Ökosysteme und lassen Tiere und Pflanzen aussterben. Zudem führen sie zu wirtschaftlichen Einbußen durch z.B. Produktionsausfälle, Ernteverluste oder Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Für viele dieser Schäden gibt es etablierte wissenschaftliche Methoden, um sie in Geldwerten auszudrücken. [...] Danach verursacht zum Beispiel die Emission einer Tonne Kohlendioxid (CO₂) Schäden von rund 180 Euro.« (Umweltbundesamt, 2018)

die Postwachstumsökonomie nach Niko Paech (2012) oder allgemeiner Postwachstumsökonomien (z.B. Schulz, 2017) und die Gemeinwohlökonomie nach Christian Felber (2018).

Allen Initiativen und Orientierungen ist gemein, dass sie die Mechanismen verstehen, derer sich die industrielle Wachstumsgesellschaft bzw. das vorherrschende Wirtschaftssystem bedient, um demgegenüber alternative Wege für ökologisch und sozial nachhaltige Systeme aufzuzeigen. Aber auch (sachliche und faktenbasierte) Dokumentationen zu den Auswirkungen des industriellen Wachstums auf Umwelt, Soziosphäre und Gesundheit sind dieser Dimension zuzuordnen, da sie das Verständnis für die durch das vorherrschende Wirtschaftsparadigma erzeugten Probleme fördern und damit die Notwendigkeit der Veränderung von Strukturen legitimieren (Macy, 2009, S. 140ff.; Macy & Johnstone, 2014, S. 38ff.)

3. Dimension: Ein Wandel im Bewusstsein

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2019 hat Greta Thunberg eine Verbundenheit mit der Erde zum Ausdruck gebracht:

»Our house is on fire [...]. I don't want you to be hopeful. I want you to panic, I want you to feel the fear I feel every day. [...] I want you to act as if the house was on fire, because it is.« (Thunberg, 2019)

Aufgrund dieses Bewusstseins für die Erde setzt sie sich für einen Wandel ein und bringt zudem Werte zum Ausdruck wie den »Blick aufs Ganze«, »Gemeinsinn« oder »Sicherheit« (mit Bezug auf PIRC, 2014, S. 13f.).

Generell leiten verinnerlichte Werte unsere Entscheidungen, unsere Urteile und unser Handeln. »Die Werte sind wie ein Leitstern, der unserem Lebensweg eine Richtung vorgibt« (Felber, 2018, S. 12). Damit verleihen Sie unserem Leben Sinn. Hier lässt sich unmittelbar an die ersten beiden Dimensionen anknüpfen. So hält Joanna Macy fest, dass diese »ihre Kraft [...] aus tief verwurzelten Werten« (Macy, 2009, S. 142) beziehen. Somit wirken Werte auf den Wandel im Bewusstsein ein, vor allem die innerlichen, intrinsischen Werte (PIRC, 2014, S. 24).

Aufgrund dieser zentralen Bedeutung von Werten, wurden diese in Abbildung 2 besonders hervorgehoben. Der Wandel findet zwar im individuellen Bewusstsein statt, aber wir sind als Individuen nicht losgelöst zu sehen von den Gemeinschaften, mit denen wir im Austausch stehen und von denen wir geprägt werden. Über diese Gemeinschaften werden uns im Laufe unserer

persönlichen Entwicklung auch Werte vermittelt. Daher wurde der Wandel im Bewusstsein in Abbildung 2 in einen größeren Rahmen eingebettet, der das individuelle Bewusstsein im kollektiven Bewusstsein des kulturellen Umfelds zum Ausdruck bringen soll.

Grundsätzlich sind folgende Aspekte mit einem Bewusstseinswandel verbunden:

- eigene und kollektive Wertorientierungen kritisch hinterfragen,
- den Perspektivenwechsel üben und dadurch den eigenen Horizont erweitern,
- durch regelmäßig ausgeübte (traditionelle) spirituelle Praktiken (wie z.B. Meditation, Yoga, Achtsamkeitsübungen, Beten...) die individuellen Potenziale entfalten und sich zugleich physisch und psychisch stärken,
- sich in Dankbarkeit üben und dadurch zugleich widerstandsfähiger werden (siehe das Unterkapitel »Ausblick« in diesem Beitrag),
- leidvolle Erfahrungen als Aufgabe wertschätzen, die den persönlichen Entwicklungsprozess fördern (können),
- sich als Teil eines großen Netzes von Beziehungen wahrnehmen, somit die Beziehungsaspekte in der Realität radikal neu beschreiben und eine tiefe kollektive Identität entwickeln,
- die Erde als lebendiges System, in das wir eingebunden sind, erkennen (»Mutter Erde«) – hierbei sind auch die langen Zeiträume der Evolution des Lebens auf der Erde zu vergegenwärtigen,
- Prozess des Erwachens: der Geist ist in der Natur allgegenwärtig und jedes Leben ist heilig.

(in Anlehnung an Macy, 2009, S. 140ff.; Macy & Johnstone, 2014, S. 38ff.).

Der indische Mönch, Aktivist, Redner und Autor Satish Kumar hat diesen Bewusstseinswandel als Quantensprung, im Englischen von einem »g« zu einem »c«, charakterisiert: von »ego« zu »eco« (Kumar, 2013, S. 24). Er hält fest: »Eco [...] means home.« (Ebd.) Im Englischen ist dies noch etwas besser auszudrücken als im Deutschen, weil dieses »home« u.a. das Heim, die Heimat, das Haus oder das Zuhause bedeutet. »HOME« ist z.B. der Titel eines Dokumentarfilms von Yann Arthus-Bertrand aus dem Jahre 2009, der die Beziehung des Menschen zur Erde aus der Vogelperspektive zum Ausdruck bringt und kommentiert (Meyer, 2016).

Im Deutschen haben wir diesen Bezug über den *Oikos*, der auch in Ökologie (vereinfacht: die Lehre vom (Natur-)Haushalt) und Ökonomie (vereinfacht:

die Gesetzmäßigkeiten des Haushalts) steckt. Darüber ist eine Verbindung zwischen diesen beiden Begriffen und den damit verbundenen wissenschaftlichen Disziplinen hergestellt, die leider im kollektiven Bewusstsein verloren gegangen ist. Vor diesem Hintergrund deutet sich an, warum von einer Ökologischen Revolution gesprochen wird. Es geht um eine »Transformation vom Machbarkeitswahn im Ego-System zum nachhaltigen Eco-System natürlicher Systeme« (Rasfeld & Spiegel, 2013, S. 22).

Generell zeichnet sich der Wandel im Bewusstsein dadurch aus, dass eine Veränderung der Wahrnehmung, des Denkens und der Wertorientierungen erfolgt und sich ein »ökologisches Selbst« einhergehend mit einem »planetarischen Bewusstsein« entwickelt. Hierfür gibt es unterschiedliche Beschreibungen in der Literatur, aber allen ist gemein, dass die Verbundenheit (»Connectedness«) mit einem größeren Ganzen im Bewusstsein erfahren wird. Die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai (1940-2011) hat dieses größere Ganze als »Quelle« bezeichnet (Maathai, 2012). Für das »Green Belt Movement«, einer von ihr gegründeten Graswurzelbewegung, die durch Baumpflanzaktionen der Desertifikation in Kenia entgegenwirkt und zudem Frauen in ihrem »Empowerment« stärkt, hat sie folgende vier grundlegende Werte herausgestellt, die sie als »spirituelle Werte« bezeichnet hat:

- Liebe zur Umwelt (engl. *love for the environment*): »Diese Liebe lässt sich daran ablesen, welche Lebensweise ein Mensch pflegt. Sie bringt jemanden dazu, sich in positiver Weise für die Erde einzusetzen.«
- Dankbarkeit und Achtung gegenüber den Ressourcen der Erde (engl. *respect and gratitude for Earth's resources*): »Diese bestehen in der Wertschätzung für alles, was die Erde uns gibt. Aufgrund dieser Wertschätzung möchte man nichts vergeuden und macht sich deshalb die drei »R« zu eigen: Reduzieren – Wiederverwenden (engl. *reuse*) – Recyclen.«
- Selbstermächtigung und Selbstverbesserung (engl. *self-empowerment and self-betterment*): »Hierunter ist der Wunsch zu verstehen, das eigene Leben und die Lebensumstände im Geist der Eigenständigkeit zu verbessern und nicht darauf zu warten, dass jemand anderes dies für mich tut.«
- Der Geist des Dienens und des ehrenamtlichen Engagements (engl. *cultivating the spirit of service and volunteerism*): »Darunter ist zu verstehen, dass man Zeit, Kraft und Ressourcen dazu einsetzt, für andere tätig zu werden, ohne dafür eine Entschädigung, Dankbarkeit oder Anerkennung zu erwarten oder einzufordern. [...] Zu den »anderen« gehören auch die nicht-

menschlichen Wesen, mit denen wir das Leben und die Erde teilen.«
(Maathai, 2012, S. 9f.)

Diese Werte bringen das angesprochene Bewusstsein zum Ausdruck. Wangari Maathai hat zudem festgestellt: »An diesen Werten orientiert sich aber nicht allein das Green Belt Movement. Es sind universelle Werte [...]. Sie geben an, worin unser Menschsein besteht.« (ebd., S. 11)

Der Wandel im Bewusstsein geht mit einer Erkenntnis-Revolution einher, aber auch mit einer spirituellen Revolution. Um diese tiefer gehend zu charakterisieren, wäre ein weiter Bogen zu schlagen. Im Alltagsgebrauch wird davon gesprochen, dass jemand seine Mitte gefunden hat oder im Gleichgewicht ist. Auch haben wir eine Vorstellung von solchen Menschen, die eine besondere Weisheit ausstrahlen und Achtsamkeit im Umgang mit sich selbst, der Mitwelt und der Umwelt in ihrem Handeln verkörpern.

Grundsätzlich kann hier eine besondere Verbundenheit zur Natur, wie sie Wangari Maathai in den beiden ersten der oben genannten Werte betont, hervorgehoben werden. Geseko von Lüpke hat sich mit zahlreichen sogenannten *Change Agents* beschäftigt und ausgetauscht. Dazu zählen auch die Personen, die mit dem Alternativen Nobelpreis (»Right Livelihood Award«, eigentlich »Preis für die richtige Lebensführung«) ausgezeichnet wurden, wie u. a. Wangari Maathai. Für diese Personen hat er zusammenfassend kommentiert, dass sie bei den Wurzeln der Probleme ansetzen, die letztlich in den »Welt- und Menschenbildern, den religiösen Grundüberzeugungen und Mythen der modernen Zivilisation« liegen. »Kaum ein Preisträger, der deshalb nicht auch eine grundsätzlich neue spirituelle und ethische Orientierung einfordert« (von Lüpke, 2010, S. 21). Als kleinsten gemeinsamen Nenner stellt er »die Überwindung der Trennung von Mensch und Natur« (ebd., S. 20) heraus.

In diesem Zusammenhang soll noch einmal auf Aussagen von Satish Kumar Bezug genommen werden. Er beruft sich auf die Wurzeln des Wortes »Natur« von *natus* (geboren) bzw. *nasci* (geboren werden). Alles, was geboren wird, ist somit Natur. Daraus schließt er: »nature and humans are one. Therefore, we need to understand that what we do to nature we do to ourselves« (Kumar, 2013, S. 18). Dieses Bewusstsein über die Einheit von Mensch und Natur führt zu einer neuen Wertschätzung allem Lebendigen gegenüber. Diese verinnerlichte Haltung wird in der Tiefenökologie vertreten. Sie ergibt sich aus tief gehenden Erfahrungen in und mit der Natur. »Only from such deep experience can a deep commitment to respect and care for nature arise. Only then we can move from consumerism to conservation« (Kumar, 2013, S. 20).

Der Globale Wandel: Krankheitsbilder und Grenzen

Die Vereinten Nationen sind nicht die ersten, die die Notwendigkeit einer großen Transformation herausgestellt haben. Schon 2011 hat z.B. der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) die »Welt im Wandel« und »die Große Transformation« charakterisiert. Der WBGU (2011, S. 2) hat dabei dem Klimaschutz eine zentrale Bedeutung zugesprochen, da dieser eine unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung sei. Die Notwendigkeit dieser Großen Transformation hängt jedoch umfassender mit dem Globalen Wandel zusammen, der schon in den 1990er Jahren vom WBGU mit bestimmten Krankheitsbildern, den sogenannten »Syndromen des Globalen Wandels«, in Verbindung gebracht wurde (WBGU, 1996). Dabei handelt es sich um komplexe Krankheitsbilder mit verschiedenen Symptomen, die unterschiedlichen Bereichen (z.B. Atmosphäre, Biosphäre, Hydrosphäre, Bevölkerung, Wirtschaft, psychosoziale Sphäre, Technik/Wissenschaft) zugeordnet werden können und in bestimmten Wechselwirkungen miteinander stehen. Zu den Syndromen zählen z.B. die nicht-nachhaltige Bewirtschaftung von Böden und Gewässern im Zuge der industrialisierten Landwirtschaft (»Dust-Bowl-Syndrom«) aus der Syndromgruppe »Nutzung«, die Umweltdegradation im Zuge unregelmäßiger Urbanisierung (»Favela-Syndrom«) aus der Syndromgruppe »Entwicklung« oder der Umweltverbrauch durch die Deponierung von zivilisatorischen Abfällen (»Müllkippen-Syndrom«) aus der Syndromgruppe »Senken« (ebd.; Cassel-Gintz & Harenberg, 2002). Hinter diesen Krankheitsbildern steckt ein weiteres Syndrom, das vor allem in den 1950er-Jahren einsetzte: die Große Beschleunigung (»Great Acceleration«) (Glaser, 2014, S. 11). Hierbei handelt es sich um bestimmte Entwicklungen, die die Menschheit und Wirtschaft einerseits sowie das Erdsystem andererseits betreffen (Steffen et al., 2015a). Vor allem seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist beispielsweise ein exponentielles Wachstum der Anzahl der Menschen auf diesem Planeten zu verzeichnen: von ca. 2,5 Milliarden Menschen 1950 bis fast 8 Milliarden Menschen in 2021 und laut Prognosen ca. 10 Milliarden im Jahr 2050. Auch der Mineräldüngerverbrauch ist seit den 1950er Jahren exponentiell angestiegen, genau wie der Primärenergieverbrauch oder aber auch die Ankünfte im internationalen Tourismus. Mit Bezug auf das Erdsystem ist ein deutlicher Anstieg von CO₂ und Methan in der Atmosphäre zu bemerken. Die Meeresversauerung ist enorm angestiegen, ebenso der Verlust des Regenwaldes sowie die Biodiversität der Artenvielfalt ungestörter Ökosysteme (ebd.).

Hinter der Forderung nach einer Transformation unserer Welt (in Richtung Nachhaltigkeit) steht somit vor allem der »Global Change«, der als der bis dato tiefgreifendste und umfassendste Transformationsprozess aufgefasst werden kann, der vom Menschen ausgelöst wurde und in einem noch nicht abschätzbaren Maße auf ihn und das Erdsystem rückkoppelt (Glaser, 2014, S. 7). Mit Bezug auf das Erdsystem werden planetare Grenzen bzw. planetare Belastbarkeitsgrenzen der Erde herausgestellt und mit einer »Ampelmethode« bewertet (vgl. Abb. 3 und Tab. 1), nach der ersichtlich wird, welche Bereiche sicher sind, welche mit zunehmendem Risiko unsicher sind und in welchen Bereichen ein hohes Risiko besteht, diese Belastungsgrenzen zu überschreiten (Steffen et al., 2015b).

Tabelle 1: Die planetaren Belastbarkeitsgrenzen mit Risikoeinschätzung

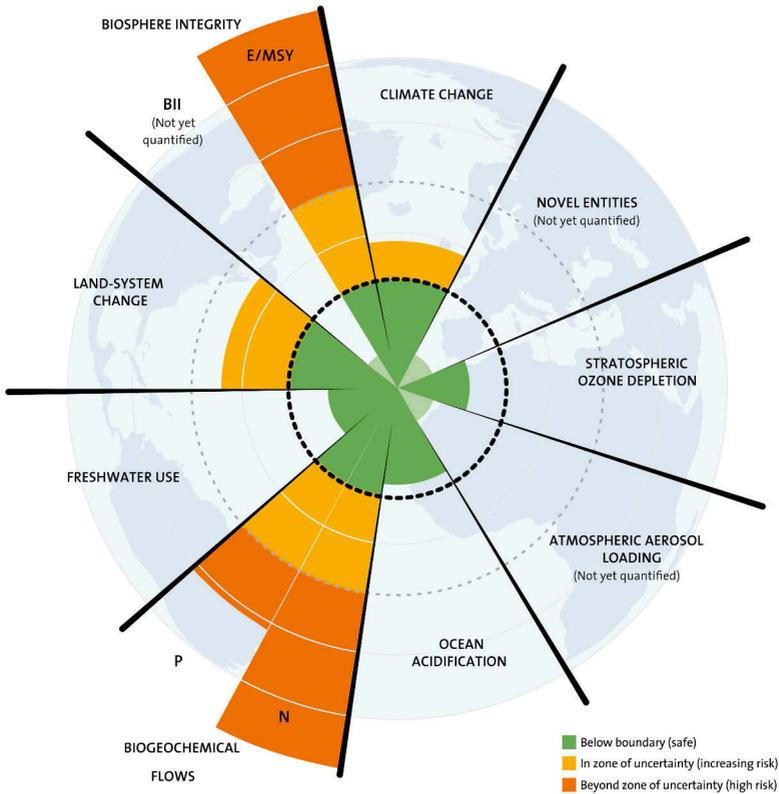
Planetare Grenzen	Bewertung
1. Genetische Vielfalt	sicherer Handlungsraum verlassen; hohes Risiko gravierender Folgen
2. Stickstoff (Biogeochemische Flüsse)	
3. Phosphor (Biogeochemische Flüsse)	
4. Landnutzungswandel	sicherer Handlungsraum verlassen; erhöhtes Risiko gravierender Folgen
5. Klimawandel	
6. Versauerung der Meere	Menschheit agiert im sicheren Handlungsraum
7. Ozonverlust in der Stratosphäre	
8. Süßwassernutzung	
Funktionale Vielfalt (zweiter Bereich neben genetischer Vielfalt zur Intaktheit der Biosphäre), Einführung neuer Substanzen und Lebensformen, atmosphärische Aerosole	Belastbarkeitsgrenze nicht definiert

Quelle: nach Steffen et al., 2015b; Übersetzung in BMU o.J.; Hierzu ist anzumerken, dass die Datenlage, auf der die Bewertung in der Tabelle basiert, schon veraltet ist. Es ist davon auszugehen, dass sich die Situation bei bestimmten Grenzen noch verschärft hat (z.B. Klimawandel, Versauerung der Meere).

Die menschlichen Einflüsse auf das Erdsystem sind mittlerweile so gravierend, dass der Mensch quasi zu einer geologischen Kraft geworden ist. Daher wird von einem neuen Erdzeitalter, dem »Anthropozän«, gesprochen (Crutzen & Stoermer, 2000).

Die aufgezeigten Krankheitsbilder und Grenzen sind mit dem Paradigma des Wirtschaftswachstums verknüpft, das in SDG 8 nach wie vor vertre-

Abbildung 3: Konzept der planetaren Grenzen



Quelle: Stockholm Resilience Centre: J. Lokrantz/Azote nach Steffen et al., 2015b.

ten wird. Tim Jackson stellt hierauf bezogen fest: »we have no alternative but to question growth. The myth of growth has failed us. [...] In these circumstances, a return to business as usual is not an option« (2009, S. 15). Ansätze zu »Postwachstum« und »Degrowth« zeigen demgegenüber alternative Denk- und Handlungsweisen auf. Fast ein halbes Jahrhundert nach den »Grenzen des Wachstums« (Meadows et al., 1972) gilt somit die Ablösung vom neoklassischen Wachstumsparadigma als zentraler Schlüssel zum Großen Wandel und letztlich auch zur Transformation unserer Welt: »[...] the most critical aspect for turning the wheel toward fulfilling the SDGs is changing the economic

paradigm« (Göpel, 2016, S. 3) – allerdings im Widerspruch zu SDG 8 mit dem Ziel des Wirtschaftswachstums. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Maja Göpel betitelt vor diesem Hintergrund ihr Buch, das auf die »Große Transformation« (WBGU 2011) referiert, als »The Great Mindshift – How a New Economic Paradigm and Sustainability Transformations go Hand in Hand«.

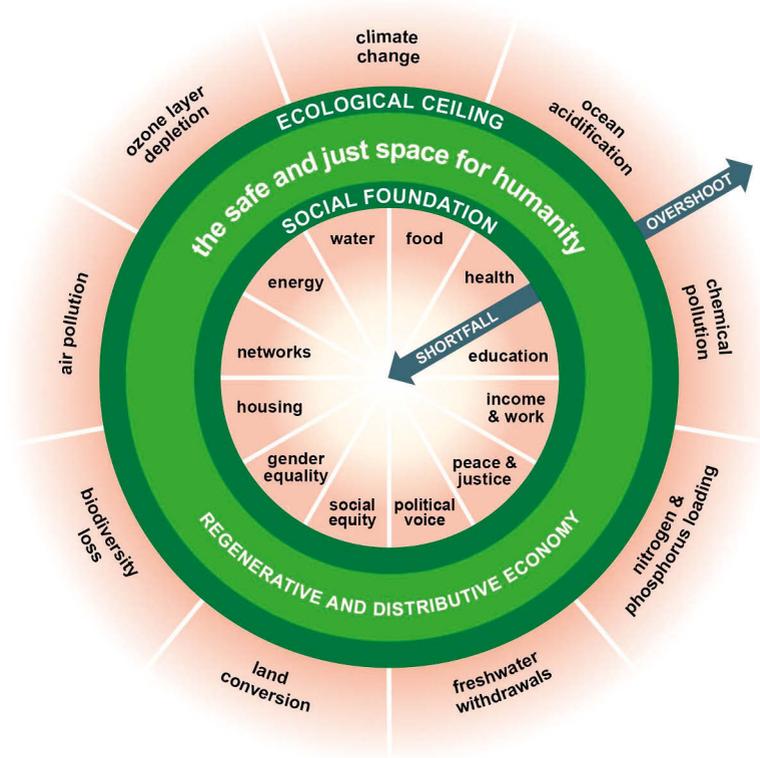
Kate Raworth benutzt als Orientierung für ein anderes wirtschaftliches Denken und Handeln die Metapher des Donuts, den sie in ihrer mittlerweile weit verbreiteten Abbildung als »both an ecologically safe and socially just space for humanity« (2017, S. 39) charakterisiert (vgl. Abb. 2 im Beitrag von Eberth & Meyer in diesem Band; vgl. Abb. 4 und Tab. 2). Die Aufgabe, die Menschheit im 21. Jahrhundert in diesen ökologisch stabilen und sozial gerechten Bereich zu bringen, beschreibt sie als »unprecedented« (ebd., S. 39), somit als eine noch nie dagewesene Herausforderung ohne Präzedenz. Die Aspekte, die die planetaren Grenzen jenseits des äußeren Rings des Donuts (»overshoot«) sowie die sozialen Grenzen unterhalb des inneren Rings (»shortfall«) ausmachen, »are all included in the United Nation's Sustainable Development Goals« (ebd., S. 39), wobei hier aber auch das SDG 8 sehr kritisch in Frage gestellt werden muss.

Tabelle 2: Die Bereiche des »Donuts«

<p>Planetare Grenzen Stickstoff- und Phosphorbelastung, Verlust an Artenvielfalt, Klimawandel, Flächenumwandlung, Versauerung der Meere, chemische Umweltverschmutzung, Süßwasserverknappung, Luftverschmutzung, Rückgang der Ozonschicht <i>Gefahr durch ein Überschreiten (»overshoot«) der planetaren Grenzen</i></p>
<p>Ökologische Decke (der äußere Rand des Donuts)</p>
<p>Sicherer und gerechter Raum für die Menschheit (das Innere des Donuts) Regenerative und distributive Ökonomie</p>
<p>Gesellschaftliches Fundament (der innere Rand des Donuts)</p>
<p>Lebensnotwendige Bereiche Nahrung, Wasser, Gesundheit, Bildung, Einkommen und Arbeit, Frieden und Gerechtigkeit, politische Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung, Wohnen, Netzwerke, Energie <i>Gefahr durch einen Mangel (»shortfall«) in lebensnotwendigen Bereichen</i></p>

Quelle: nach Kate Raworth, 2018, S. 61, S. 69; Entwurf: C. Meyer.

Abbildung 4: Die Donut-Ökonomie



Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Donut-%C3%96konomie#/media/Datei:Doughnut_\(economic_model\).jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Donut-%C3%96konomie#/media/Datei:Doughnut_(economic_model).jpg); CC-BY-SA 4.0.

In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wird die Bedeutung der Grenzen entsprechend aufgenommen: »Die planetaren Grenzen unserer Erde bilden zusammen mit der Orientierung an einem Leben in Würde für alle die absoluten Leitplanken für politische Entscheidungen.« (Die Bundesregierung, 2018, S. 49). Folgende Prinzipien nachhaltiger Entwicklung werden zudem darin herausgestellt (ebd., S. 46):

1. »Nachhaltige Entwicklung als Leitprinzip konsequent in allen Bereichen und bei allen Entscheidungen anwenden«
2. »Global Verantwortung wahrnehmen«
3. »Natürliche Lebensgrundlagen erhalten«
4. »Nachhaltiges Wirtschaften stärken«
5. »Sozialen Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft wahren und verbessern«
6. »Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung nutzen«

Die Bundesregierung hält zudem fest mit Bezug auf die Ziele der Agenda 2030 fest, die mit diesen Prinzipien letztlich verknüpft sind:

»Es sind weitreichende Maßnahmen erforderlich, um die Ziele der Agenda 2030 in Deutschland zu erreichen. Auch in Deutschland sind wir an vielen Stellen noch weit von einem nachhaltigen Produzieren und einem nachhaltigen Lebensstil entfernt.« (Die Bundesregierung, 2018, S. 47)

Letztlich kann festgehalten werden, dass die ökologische Krise, die mit den planetaren Grenzen dargelegt wird, die Klimakrise, aber auch die Wirtschaftskrise 2008 allesamt Krisen des kollektiven und individuellen Bewusstseins sind. Um die Krisen wirklich zu verstehen, müssten wir uns also selbst verstehen (Kirchhoff, 2009, S. 24), wozu die Zukunftsdiskurse auch ein Stück weit beitragen sollen.

Zukunftsdiskurse

Die Zukunftsdiskurse in diesem Band sind durch eine Ausschreibung des niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) ins Leben gerufen worden, die die Verbreitung verschiedener Zukunftsdiskurse zum Ziel hat. Der bewilligte Projektantrag hatte den Titel: »Verantwortung, Vernetzung, Vertrauen – Zukunftsdiskurse zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 und ihrer Nachhaltigkeitsziele mit Partizipation von »Agents for Future«.

Vor dem Hintergrund der FFF-Protestbewegungen wurden im Zuge der Projektumsetzung vier Zukunftsdiskurse in Form von digitalen Podiumsdiskussionen geführt, die sich an die breite Öffentlichkeit richteten und »Denkpfade in eine lebenswerte Zukunft« (Themenheft der Zeitschrift »Politische Ökologie« im Oktober 2019) aufzeigten. Im Fokus stand die Um-

setzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit den 17 SDGs (vgl. Abb. 1), die 2015 unter der Überschrift »Transforming our World« verabschiedet wurde. Diese Vision auf globaler Ebene gilt es auf lokaler bzw. regionaler Ebene zu realisieren. »Agents for Future« sind hierfür von essenzieller Bedeutung. *Agent* bedeutet u.a. Akteur*in, Handelnde*r, Repräsentant*in, Mittel, treibende Kraft. »Agents for Future« wirken in unterschiedlichen Bereichen u.a. in der Kommunalpolitik, als Bürger*innen, in Bildungsinstitutionen, in NGOs (z.B. FFF, Germanwatch, Greenpeace, BUND, NABU), in Stiftungen (z.B. Heinrich-Böll-Stiftung, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Schweisfurth-Stiftung) in der Wirtschaft bzw. in Unternehmen sowie in der Gesellschaft als alltäglich Konsumierende. Allen hierzu zählenden Personen ist gemein, dass sie ein Bewusstsein für die planetaren Grenzen und die Begrenztheit von Ressourcen entwickelt haben. Damit steht in den Zukunftsdiskursen vor allem der Planet im Zentrum.

»Wir sind entschlossen, den Planeten vor Schädigung zu schützen, unter anderem durch nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion, die nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel, damit die Erde die Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen decken kann.« (UN, 2015, S. 2)

Verantwortung, Vernetzung und Vertrauen sind zudem wesentliche Prinzipien für eine Umsetzung der SDGs. Auf diese wird zunächst eingegangen, bevor die jeweiligen Zukunftsdiskurse näher beleuchtet werden.

Verantwortung

Der Begriff der Verantwortung wird mit dem Nachhaltigkeitsdiskurs in Verbindung gebracht u.a. im Zusammenhang mit einem verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen oder sozialer Verantwortung (Schmitt & Bamberg, 2018, S. 4ff.), aber auch generell mit den 17 SDGs: »Alle haben die gleiche Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft« (Engagement Global, 2019). Verantwortung ist somit eine zentrale Voraussetzung für die Umsetzung der SDGs. Hans Jonas (1997) hat die Verantwortung auf die ganze Biosphäre bezogen und »eine Verantwortung des Menschen für Umwelt und Nachwelt« (Küng, 2012, S. 51) gefordert. Was den oben beschriebenen Großen Wandel betrifft, übernehmen immer mehr Menschen »Verantwortung für ihr Leben und die Gestaltung unseres Zusammenlebens« (Hüther, 2015, S. 178). Ein-

hergehend mit einem neuen Sehen der Welt spielt unter anderem die Kraft der Emergenz (»Emporsteigen«) eine wesentliche Rolle, als »die Kraft innerer Stärken«, »die Kraft, die aus der Zusammenarbeit mit anderen entsteht«, »die subtile Kraft der kleinen Schritte« sowie »die belebende Kraft einer inspirierenden Vision«, die »uns durchfließt und uns stärkt, wenn wir uns für einen Zweck einsetzen, der größer ist als wir selbst« (Macy & Johnstone, 2014, S. 109).

Vernetzung

Vernetzung zwischen verschiedenen Akteuren ist ebenfalls zentral mit der Umsetzung der SDGs verbunden, da die Vision der Agenda 2030 gemeinsam realisiert werden muss. »Das 21. Jahrhundert steht im Zeichen einer entstehenden Weltgesellschaft, die eine nie gekannte Dichte von globalen kulturellen, ökonomischen und politischen Vernetzungen ermöglicht« (Dirk Messner in KMK et al., 2016, S. 22). Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf das SDG 17 (vgl. Abb. 1) sollen z.B. Kommunen angeregt und befähigt werden, die Agenda 2030 zum einen vor Ort, zum anderen aber auch in globaler Perspektive mit Partnerkommunen im Globalen Süden zu realisieren (Stefan Wilhelmy in SKEW, 2018, S. 4; vgl. auch SKEW, 2019). Netzwerke ermöglichen Austausch, Kooperationen und Partnerschaften verschiedener Akteure in der Einen Welt – nicht nur auf kommunaler Ebene. Auch Schulen können sich mit anderen Schulen (im sogenannten Globalen Süden) vernetzen und so voneinander lernen, wie die SDGs jeweils vor Ort umgesetzt werden können (z.B. Becker, 2019).

»Wenn wir erkennen, dass unser Gehirn sein Potenzial in Netzwerken mit anderen entfalten kann, dass wir in all unserer Verschiedenheit zusammengehören, voneinander abhängig und miteinander verbunden sind, dann öffnet sich auch der Weg in eine hoffnungsvolle Zukunft« (Hüther, 2015, Klappentext).

Vertrauen

»Vertrauen, Verfassung und Demokratie sind ausgesprochen eng miteinander verwoben« (Schaal, 2004, S. 11). Das hat u.a. die Corona-Pandemie mit den Lockdowns bzw. Shutdowns in 2020 und 2021 gezeigt. Vertrauen ist eine wesentliche Ressource sozialen Handelns (Hartmann, 2011) und z.B. in der

Stadtentwicklung ein hochaktuelles Thema (Lobeck & Wiegandt, 2019) – so mit Blick auf die Herausforderungen, denen sich Kommunen und Gesellschaft zur Umsetzung der SDGs stellen müssen, unabdingbar. Selbstvertrauen steht in Verbindung mit Selbstwirksamkeit (z.B. Jünemann, 2016, S. 193), d.h. »das Vertrauen in die eigene Kompetenz, auch schwierige Handlungen in Gang setzen und zu Ende führen zu können« (Schwarzer & Jerusalem, 2002, S. 39). Kurz: Ohne Vertrauen – in politischen, sozialen, kulturellen, ökonomischen und ökologischen Kontexten – ist die Umsetzung der SDGs nicht möglich.

In Zeiten von Fake News ist auch Vertrauen in die Wissenschaft ein wichtiger Aspekt. Verantwortung ist z.B. beim Forschen auf Basis des wissenschaftlichen Ethos ein zentrales Prinzip. Vernetzung in den *scientific communities* ist für die Diskussion und Verbreitung von Erkenntnissen (»Intersubjektivität«) unabdingbar. Aber auch die Vernetzung von wissenschaftlich forschenden Gruppen mit Partizipation der Zivilgesellschaft im Zuge transdisziplinärer Forschungsprojekte ist als Ko-Produktion von Wissen insbesondere zur Umsetzung der SDGs von zentraler Bedeutung (z.B. Kanning & Meyer, 2019). Neben Forschung und Lehre sind im Sinne der »Third Mission« von Universitäten zudem Zukunftsdiskurse ein wichtiger Beitrag zum Wissenstransfer.

Die hier vorgestellten Zukunftsdiskurse fokussieren folgende »Agents for Future« als Akteur*innen, bestimmte Mittel (oder Maßnahmen) oder auch treibende Kräfte im Kontext einer Transformation: 1. Kommunen hinsichtlich politischer Maßnahmen und Änderungen, 2. Bildung als Schlüssel für einen kulturellen Wandel, 3. ein lebensdienliches, am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaftsparadigma sowie 4. nachhaltigkeitsbewusste Konsumierende. Alle Zukunftsdiskurse betreffen letztlich auch die Partizipation von Bürger*innen, weshalb sie die breite Öffentlichkeit als Zielgruppe ansprechen (vgl. Kasten 1).

Kasten 1: Leitende Fragestellungen der Zukunftsdiskurse

Zukunftsdiskurs 1: »Communities for Future«: *Wie können Kommunen mit Partizipation von Bürger*innen die UN-Nachhaltigkeitsziele umsetzen?*

Zukunftsdiskurs 2: »Education for Future«: *Welche Bildung brauchen wir für einen gesellschaftlichen Wandel und zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele?*

Zukunftsdiskurs 3: »Economics for Future«: *Welche Ansätze bringen den Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung voran?*

Zukunftsdiskurs 4: »Consumers for Future«: *Wann tun Konsumierende, was sie wissen und was sie für richtig halten?*

Die Zukunftsdiskurse in diesem Band knüpfen besonders an das SDG 11 »Nachhaltige Städte und Gemeinden«, das SDG 4 »Hochwertige Bildung«, das SDG 12 »Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster« und das SDG 13 »Maßnahmen zum Klimaschutz« an. Das SDG 8 »Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum« wird im Hinblick auf den Aspekt des Wirtschaftswachstums kritisch hinterfragt. Da sich die Zukunftsdiskurse – laut MWK-Ausschreibung – auf aktuelle Drittmittelprojekte beziehen sollten, wird in den folgenden Erläuterungen zur Bedeutung des jeweiligen Zukunftsdiskurses jeweils exemplarisch ein Projekt benannt, das hierzu vertiefende Einblicke und Erkenntnisse ermöglicht.

Zukunftsdiskurs 1: »Communities for Future«

Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, dass der Begriff »Communities« sehr weit gefasst ist. Dieser Zukunftsdiskurs soll vor allem an die Aufgaben und Herausforderungen von Kommunen als politisch-administrative Verwaltungseinheiten anknüpfen (die aber die Bürger*innen in den Transformationsprozess aktiv mit einbezieht). Somit wäre es korrekter gewesen, von *municipalities* zu sprechen. Allerdings ist dieser Begriff der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt. Da zudem die Forderungen von FFF an bestimmte Kommunen (wie Hannover, München oder Bremen) Berücksichtigung finden sollten, schien es zudem angemessener, den Begriff der Communities zu wählen.

Aus Ländern des Globalen Südens sind *community-based organizations* bekannt (Eberth, 2019 mit Bezug auf Slums in Nairobi, Kenia). Diese Communities möchten in ihrem lokalen Umfeld etwas verändern und stoßen Projekte an, die z.B. zur schulischen Bildung oder zur Wasserversorgung beitragen.

Eine weitere Verbindung ist zu den *Commons* zu sehen (Helfrich & Bollier, 2019; vgl. auch den Beitrag von Helfrich in diesem Band), die einen nachhaltigen Lebensstil über die Nutzung von Gemeingütern realisieren möchten. So gibt es tatsächlich in diesem Sinne eine Initiative, die den Titel »Communities

for Future« trägt³. Auf diese Aspekte geht der 4. Zukunftsdiskurs in diesem Band ein.

Da mittels der SDGs umweltbezogene, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Ziele gleichwertig umgesetzt werden sollen, sind eine politische Steuerung *top-down* und zivilgesellschaftliches Engagement *bottom-up* wichtige Einflussgrößen. Den Kommunen kommt »weltweit bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine zentrale Rolle zu« (Wilhelmy & Turmann, 2019, S. 4), denn »zwei Drittel der Ziele lassen sich nur auf und mit der kommunalen Ebene umsetzen« (Wilhelmy et al., 2019, S. 3). Dass hierbei Zielkonflikte der Nachhaltigkeit die Kommunen vor besondere Herausforderungen stellen (Haubner et al., 2018, S. 37), wurde u.a. in einem vonseiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts »LAZIK N²⁰³⁰« untersucht, an das hier angeknüpft werden soll (vgl. Kasten 2).

Kasten 2: Ausgewähltes Projekt zu »Communities for Future«

Projekttitle: »LAZIK N²⁰³⁰«: Zielkonflikte für Nachhaltigkeit bei der Gestaltung einer zukunftsfähigen Kommune unter Partizipation von Schülerinnen und Schülern sowie Bürgerinnen und Bürgern erkennen, analysieren und Lösungsansätze entwickeln (TP 3)

Mittelgeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

Fördermaßnahme: »Kommunen innovativ«

Laufzeit des 3. Teilprojekts (TP 3): September 2017–August 2020

Projektwebsite: <https://nachhaltigkeit-toolbox.de/>

Ausgewählte Publikation der Ergebnisse von TP 3 (Open Access): Haubner, R. & Meyer, C. (2021). *Partizipation von Jugendlichen an Lösungsansätzen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit: Materialien für den Einsatz in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit*. (Hannoversche Materialien zur Didaktik der Geographie; Bd. 10). Hannover: Leibniz Universität Hannover. <https://doi.org/10.15488/11145>

3 Siehe die Website <https://communitiesforfuture.org/>.

Im dritten Teilprojekt (TP 3) des Verbundprojekts »LAZIK N²⁰³⁰« wurde mit den lokalen Schulen der beiden beteiligten Kommunen Samtgemeinde Barnstorf in Niedersachsen und Stadt Sandersdorf-Brehna in Sachsen-Anhalt ein Think-Tank durchgeführt, damit Schüler*innen an den Diskussionen über die jeweiligen Zielkonflikte und die Lösungsansätze partizipieren konnten (vgl. auch die Beiträge von Haubner und Meyer sowie von Böhm et al. in diesem Band).

Obwohl sich schon einige Kommunen auf den Weg gemacht haben, ist »Informations- und Bewusstseinsarbeit über den Weltzukunftsvertrag und die globalen Nachhaltigkeitsziele als Rahmen für kommunales Handeln [...] weiterhin notwendig« (Wilhelmy & Turmann, 2019, S. 5). Gerade auf der lokalen Ebene können die SDGs konkret und dadurch verständlich gemacht werden. SDG-Indikatoren für Kommunen (Bertelsmann Stiftung et al., 2020; Haubner & Riedel, 2019), können dabei als Orientierung dienen.

Im Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE; NAP, 2017) werden auch Aufgaben von Kommunen benannt:

»Kommunen fördern den Aufbau und die Weiterentwicklung lokaler und regionaler Bildungslandschaften mit BNE-Fokus und nutzen dafür auch vorhandene Netzwerke und Kooperationen. Schulen können sich dort mit ihren Bildungsaktivitäten, Kooperationen und schuleigenen Konzepten einbringen.« (Ebd., S. 33)

Als geeignete Maßnahmen sollen partizipative Gestaltungs- und Entscheidungsräume stärker genutzt und weiterentwickelt werden (z.B. für Schulverpflegung, schulische Mobilität). Es soll geprüft werden, inwieweit Schüler*innen und deren Gremien in kommunale Prozesse eingebunden werden können (ebd.). Vor diesem Hintergrund wird zum zweiten Zukunftsdiskurs übergeleitet.

Zukunftsdiskurs 2: »Education for Future«

Die 17 SDGs sind in Bildungskontexten zu verbreiten. Um dies zu erreichen, ist 2020 ein neues UNESCO-Programm gestartet, das das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele anstrebt: »Bildung für nachhaltige Entwicklung: die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen (BNE 2030)« (DUK, o.J.a). Dieses schließt unmittelbar an das UNESCO-Weltaktionsprogramm (2015-2019) und die darin ausgewiesenen fünf prioritären Handlungsfelder an (DUK, 2014):

1. Politische Unterstützung: Das Handlungsfeld zielt auf die »Integration des BNE-Konzepts in die Politik«, um dadurch »eine systemische Veränderung zu bewirken«.
2. Ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen: In diesem Handlungsfeld geht es um die »Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien in Bildungs- und Ausbildungskontexte«.
3. Kompetenzentwicklung bei Lehrenden und Multiplikator*innen: Das Handlungsfeld fokussiert die »Stärkung der Kompetenzen von Erziehern und Multiplikatoren«, denen als »Change Agents« für BNE eine zentrale Rolle zukommt.
4. Stärkung und Mobilisierung der Jugend: In diesem Handlungsfeld geht es um die »Einführung weiterer BNE-Maßnahmen für Jugendliche«, was auch die Partizipation an kommunalen Entscheidungsprozessen einschließt.
5. Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene: Mit diesem Handlungsfeld wird die »Ausweitung der BNE-Programme und -Netzwerke auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Regionen« angestrebt. (Zitate übernommen von DUK, o.J.b)

Mit Bezug auf die Handlungsfelder 2 und 3 knüpft dieser Zukunftsdiskurs an eine Länderinitiative bei Engagement Global an (vgl. Kasten 3). Im Rahmen dieser Länderinitiative wurde jährlich ein Fortbildungstag für Lehrkräfte angeboten. Ziel war aber auch, Unterrichtsbausteine in geographiedidaktischen Seminaren an der Leibniz Universität Hannover sowie in ausgewählten Schulklassen durchzuführen, die den Lernbereich »Globale Entwicklung« im Rahmen von BNE aufgreifen.

Kasten 3: Ausgewähltes Projekt zu »Education for Future«

Projekt: Global Change im Kontext von Bildung für nachhaltige Entwicklung – Unterrichtsmodelle und Bildungsangebote für (angehende) Lehrkräfte zur Bewusstseinsbildung sowie gesellschaftlichen und räumlichen Transformation

Sonderprojekt: Die SDGs mit digitalen Medien vermitteln

Fördermittelgeber: Engagement Global gGmbH mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Laufzeit: August 2018–Mai 2021 (SDG-Sonderprojekt: September–Dezember 2018)

Website bei Engagement Global: <https://ges.engagement-global.de/global-change-im-kontext-von-bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung.html>

Projektwebsite des Sonderprojekts: <https://sdg-education.net/>

Ausgewählte Publikation: Eberth, A. & Meyer, C. (Hg.) (2021). *SDG Education. Didaktische Ansätze und Bildungsangebote zu den Sustainable Development Goals.* (Hannoversche Materialien zur Didaktik der Geographie; Bd. 11). Hannover: Leibniz Universität Hannover. (<https://www.repo.uni-hannover.de/handle/123456789/11762>)

Schule soll sich aber nicht nur in einzelnen Fächern ändern, indem BNE-relevante Kontexte aufgegriffen werden. Es geht letztlich um einen »Whole Institution Approach« (BMBF, o.J.a), der die gesamte Schule in den Blick nimmt. Das Netzwerk »Schule im Aufbruch« wurde z.B. gegründet, um eine Schultransformation zu initiieren und zu unterstützen (Initiative Schule im Aufbruch, 2021), indem eine neue Lern- und Arbeitskultur nicht nur in Schulen, sondern auch in der Zivilgesellschaft und Wirtschaft umgesetzt wird.

Zukunftsdiskurs 3: »Economics for Future«

Die grundlegende Umweltproblematik im Anthropozän beruht auf nicht zukunftsfähigen Produktions- und Reproduktionsverhältnissen, die als »zukunftsvergessene und innovationsversessene Kultur des unbegrenzten Wachsens und Konsumierens« (Sommer & Welzer, 2014, S. 10) charakterisiert werden können. Ein Übergang von »einer expansiven zu einer reduktiven Moderne« (ebd., S. 16) wird daher gefordert, der im Rahmen eines neuen Wirtschaftsparadigmas realisiert werden kann (siehe die Ausführungen oben im zweiten Abschnitt dieses Beitrags).

Unternehmen spielen dabei eine wichtige Rolle und die Erkenntnis, dass »wir Wirtschaft neu denken müssen« (Sukhdev, 2013). Die Verantwortung für einen nachhaltigen Handel in Deutschland beginnt somit bei deutschen Unternehmen, indem diese Umwelt- und Sozialstandards anheben und globale Liefer- und Wertschöpfungsketten nachhaltig gestalten (Müller, 2016). Der dritte Zukunftsdiskurs fokussiert daher u.a. auf konkrete Schritte von Unter-

nehmen, die ökologisch und sozial gerecht produzieren und sich z. B. an den Werten einer Gemeinwohlökonomie orientieren. Mit Blick auf die Änderung des Lebensstils und auch der Arbeitsverhältnisse können zudem Postwachstumsökonomien als ein zentraler Pfeiler einer »Postwachstumsgesellschaft« (Seidl & Zahrnt, 2010) gesehen werden, die sowohl Produktion als auch Konsum betreffen. Vor dem Hintergrund, dass ein Wandel ohne Wachstum realisiert werden muss, knüpft dieser Zukunftsdiskurs an ein Forschungsprojekt an, das die Vorstellungen von Jugendlichen erhebt (vgl. Kasten 4).

Kasten 4: Ausgewähltes Projekt zu »Economics for Future«

Projekt: »Wandel statt Wachstum« – Die Sustainable Development Goals und Postwachstumsökonomien aus der Perspektive Jugendlicher im Kontext einer gesellschaftlichen Transformation

Mittelgeber: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK)

Fördermaßnahme: Pro*Niedersachsen

Laufzeit: Oktober 2019–September 2022 (aufgrund der Corona-Pandemie kostenneutrale Projektverlängerung bis März 2023)

Ausgewählte Publikation: Heilen, L., Eberth, A. & Meyer, C. (2022). Die Bedeutung von sozialen Medien und Change Agents für Jugendliche im Kontext von Nachhaltigkeit. In A. Bush & J. Birke (Hg.), *Nachhaltigkeit und Social Media. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der digitalen Welt*. Wiesbaden: Springer VS. (in Bearbeitung)

Ziel dieses Projekts ist, die Perspektive der Jugendlichen im ersten Teilprojekt auf die SDGs der Agenda 2030 und die gesellschaftliche Transformation (»Wandel...«) sowie im zweiten Teilprojekt auf Ansätze der Postwachstumsökonomien (»...statt Wachstum«) zu ermitteln. Im Rahmen des Vorhabens wurde zunächst eine quantitative Erhebung durchgeführt mittels eines standardisierten Online-Fragebogens. Diese Umfrage zu Nachhaltigkeit bzw. nachhaltiger Entwicklung, den SDGs, der Bedeutung von Social Media und der Rolle von Change Agents für eine Transformation in Richtung Nachhaltigkeit sowie zu Aussagen im Kontext von »System Change not Climate Chan-

ge« war an Jugendliche adressiert (Erhebungszeitraum: August bis Dezember 2020). Die Ergebnisse und Erkenntnisse bildeten eine wichtige Grundlage für die anschließenden Erhebungen mittels Fokusgruppen in den beiden Teilprojekten, die im Frühjahr bis Herbst 2021 stattfanden.

Die Vorstellungen und Reflexionen Jugendlicher darüber, welche SDGs aus ihrer Sicht besonders wichtig sind, was eine gesellschaftliche Transformation mit Orientierung an den SDGs bedeutet (Teilprojekt 1), wie die Gesellschaft transformiert bzw. in einen ökologisch stabilen und sozial gerechten Bereich am Beispiel der Metapher des »Donuts« (Raworth 2018) gebracht werden kann und wie sie Ansätze der Postwachstumsökonomien als Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft bewerten (Teilprojekt 2), sind dabei insbesondere von Forschungsinteresse. Zudem werden Jugendlichen jeweils Wege des Wandels durch Change Agents bzw. Geschichten des Gelingens aufgezeigt, die illustrieren, dass jede/r Einzelne etwas bewirken kann. Hierfür eignen sich besonders Beispiele in der Region, die ein Anknüpfen an die Lebenswelt ermöglichen.

Zukunftsdiskurs 4: »Consumers for Future«

Ohne die Nachfrage braucht es kein Angebot. Gerade im Hinblick auf das vorherrschende Wirtschaftsparadigma, das auf Wachstum setzt, ist Konsum ein zentraler Faktor. »Von Unternehmensseite wird die Nachfrage angekurbelt durch die Schaffung neuer Bedürfnisse, neuer Produkte und Moden sowie durch den »geplanten Verschleiß« (Produkte mit von vornherein begrenzter Haltbarkeit)« (Seidl & Zahrnt, 2012, S. 21). Daher ist das eigene Konsumverhalten kritisch zu hinterfragen, denn durch alltägliche Konsumentscheidungen wirken alle mit, ob und inwieweit die Transformation unserer Welt gelingen kann. Grundsätzlich ist immer wieder festzustellen: »Denn sie tun nicht, was sie wissen!« (Entzian, 2015). Diese von vielen Studien bestätigte »Mind-Behaviour-« oder »Mind-Perception-Gap« (ebd., S. 206) bzw. »Attitude-Behaviour-Gap« (Klöckner & Blöbaum, 2010) ist vor allem bezüglich des Ziels einer gesellschaftlichen Transformation in Richtung Nachhaltigkeit zu bedenken. Der grundlegende Wandel beginnt beim Individuum, das sich jedoch nicht losgelöst von den kulturellen und politischen Rahmenbedingungen, in denen es sozialisiert wird, entwickelt. Somit ist auch aufzuzeigen und zu hinterfragen, »warum wir nicht tun, was wir für richtig halten« (Kopatz, 2016, S. 54). Eine Möglichkeit wäre, eine »Ökoroutine« (ebd.) zu etablieren, bei der ökofaire Standards die Norm sind,

»etwa für den Energiebedarf von Häusern, die Haltbarkeit von Geräten und die Produktionsbedingungen von Kleidung« (ebd., S. 351). Solche Standards zählen auch zu »Agents for Future«, ebenso wie Individuen, die für sich selbst schon eine Vision für den Großen Wandel entwickelt haben und diese aus Überzeugung umsetzen. Diese setzt bei diesem Zukunftsdiskurs beim individuellen Konsumverhalten an, indem die gesamte Lieferkette von Produkten im Hinblick auf Nachhaltigkeit hinterfragt wird, und führt zu weiterem Engagement in privaten oder beruflichen Initiativen. Inspiriert werden solche zivilgesellschaftlichen Akteure u.a. von bekannten Visionär*innen des Wandels (Meyer, 2018a) und durch das gemeinsame Wirken mit Gleichgesinnten. Letztlich geht es um »Transformationsdesign« (Sommer & Welzer, 2014), das nicht bei Produkten, sondern bei der kulturellen Produktion und Reproduktion ansetzt (ebd., S. 115). Transformationsdesign »betrifft die Veränderung kultureller Praktiken des Gebrauchs von Energie, Stoffen und Produkten und damit auch soziale Kategorien wie Kommunikation, Handeln, Konsum, Versorgung« (ebd.). Folgendes Projekt, das u.a. die Produktion und den Konsum von Kleidung in Bildungskontexten thematisiert hat, ist hierzu anschlussfähig:

Kasten 5: Ausgewähltes Projekt zu »Consumers for Future«

Projekt: Nachhaltigkeitsbewertung und -bewusstsein entlang der »textilen Kette« am Beispiel ausgewählter Unternehmen – Ein didaktisches Modell zur Vermittlung von transformative literacy im Rahmen schulischer Bildungsprozesse und Lehrerbildungsangebote

Fördermittelgeber: Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)

Laufzeit: Mai 2017–April 2020

Projektwebsite: <https://fashionforfuture-education.net>

Ausgewählte Publikation: Meyer, C. & Höbermann, C. (2020). *Bewusstseinsbildung für eine »Fashion for Future«: Didaktische Konzepte und Materialien für den Unterricht*. (Hannoversche Materialien zur Didaktik der Geographie; Band 7). Hannover: Leibniz Universität Hannover. (<https://www.repo.uni-hannover.de/handle/123456789/10375>)

Die textile Lieferkette ist mit ihren globalen Verflechtungen sehr gut geeignet, um sich bewusst zu machen, dass unsere Kleidung einen Weg von tausenden von Kilometern entlang mehrerer Kontinente genommen hat. Die Textilbranche profitiert enorm vom weltweiten Handel und der internationalen Arbeitsteilung. Hierbei gibt es jedoch auch Schattenseiten.

Über die Auseinandersetzung mit den sozialen und ökologischen Problemen entlang der »textilen Kette«, aber auch mit Lösungsansätzen, wurde in diesem Projekt zu BNE beigetragen. Unternehmen, die nachhaltige(re) Wege in der Textilproduktion einschlagen, sind in dem Bildungsangebot besonders von Interesse. Sie wurden von Jugendlichen mit ihren Zielen für eine Transformation der »Bekleidungswelt« interviewt. Die aus diesen Interviews entstandenen Videoclips können im Schulunterricht oder in der außerschulischen Bildungsarbeit zur Bewertung von Nachhaltigkeit eingesetzt werden. Als Orientierung zur Bewusstseinsbildung für eine »Fashion for Future« wurden die Wissensformen System-, Ziel- und Transformationswissen einer »Transformative Literacy« (Singer-Brodowski & Schneidewind, 2014) herangezogen. Darunter wird die Fähigkeit verstanden, »Transformationsprozesse adäquat in ihrer Vieldimensionalität zu verstehen und eigenes Handeln in entsprechende Transformationsprozesse einzubringen« (Schneidewind, 2013, S. 120).

In Abbildung 5 ist zusammenfassend dargestellt, welche Facetten durch die Zukunftsdiskurse berührt werden (Erläuterung der dargestellten Dimensionen in Meyer, 2018b, S. 28). Damit wird zugleich aufgezeigt, dass die Zukunftsdiskurse alle miteinander verbunden sind, was mit Blick auf das SDG 12 sowie den dritten und vierten Zukunftsdiskurs offensichtlich ist. Was den Bereich einer zukunftsfähigen Bildung betrifft (Zukunftsdiskurs 2), so ist hierbei u.a. die Kooperation von Schulen und Kommunen zu berücksichtigen (Zukunftsdiskurs 1), alternative Ansätze zum Wirtschaftswachstum (»Postwachstum«) sind zu diskutieren und erfahrbar zu machen, zudem sind u.a. Kreislaufwirtschaft und Beispiele zur Nutzungsteilung (»Sharing«) in Bildungsprozessen zu reflektieren (Zukunftsdiskurs 3), aber auch ein nachhaltiges Konsumverhalten ist in Bildungskontexten aufzugreifen und u.a. mit den regionalen und globalen Verflechtungen der Produktionsprozesse in Beziehung zu setzen (Zukunftsdiskurs 4).

Im Zentrum steht in Abbildung 5 die Gemeinschaft, die sich durch ein Bewusstsein auszeichnet, dass die Verbundenheit mit der Erde und dem Leben auf ihr – im Sinne eines Weltbildes als *connectedness* (Hüther & Spannauer, 2012) – verinnerlicht hat und daher verantwortungsbewusst handelt.

Abbildung 5: Facetten von nachhaltiger Entwicklung im Überblick



Quelle: Meyer 2018b, S. 28 in Anlehnung an Holz & Stoltenberg, 2011 sowie Appelt & Siege, 2016.

Ausblick: Hoffnung durch Handeln

Die Zukunftsdiskurse dienen nicht nur dazu, die Agenda 2030 zu verbreiten, sondern sie sollen auch Hoffnung geben, dass durch Handeln etwas verändert werden kann. Dass sich bestimmte Personen bereits auf den Weg gemacht haben, hat mit ihrem Bewusstsein über die Notwendigkeit des Handelns und Veränderens sowie mit tiefen inneren Überzeugungen und Werthaltungen zu tun, die ihr Handeln leiten. Zuvor haben diese Menschen oftmals eine Krise durchlaufen, die sie zu diesem Schritt geführt hat.

Daher wird abschließend noch einmal an die 3. Dimension des Bewusstseinswandels (vgl. Abb. 2) angeknüpft. Das neue UNESCO-Programm für BNE »erkennt [...] die sozialen und psychologischen Voraussetzungen als wichtige Bedingungen für Transformation an und rückt diese stärker in den Mittelpunkt« (BMBF, o.J.b). Vor diesem Hintergrund wird als Ausblick die »Spirale der Arbeit, die wieder verbindet« aus »Hoffnung durch Handeln« (Macy & Johnstone, 2014) als zentrale Orientierung vorgestellt. Sie dient dazu, »unser Gefühl der Verbindung mit dem Netz des Lebens wiederherzu-

stellen« (ebd., S. 19), wobei vier Phasen von Bedeutung sind: 1. Dankbarkeit; 2. Unseren Schmerz um die Welt würdigen; 3. Mit neuen Augen sehen; 4. Weitergehen und Handeln (vgl. Abb. 6).

Abbildung 6: Löwenzahn-Metapher für die Spirale der Arbeit, die wieder verbindet



Quelle: Zeichnung: C. Meyer in Anlehnung an die Idee und Zeichnung von Dori Midnight, <https://workthatreconnects.org/spiral/>.

Dankbarkeit

Das Beginnen mit Dankbarkeit bedeutet mit Bezug auf die Löwenzahn-Metapher eine Rückbesinnung auf unsere Wurzeln. Löwenzahn kann bis zu einen Meter lange Pfahlwurzeln entwickeln, die sogar als Heilmittel eingesetzt werden. Im übertragenen Sinne ist damit gemeint, dass wir uns wieder

tiefer mit der Erde verbinden müssen, um Heilung zu erfahren. Mit der Dankbarkeit für die Geschenke der Erde und des Lebens können wir unsere Resilienz (Widerstandskraft) steigern, was wiederum stärkt, um belastende Informationen zu ertragen (Macy & Johnstone, 2014, S. 51). Dankbarkeit fördert generell das Wohlfühl und trägt dazu bei, Vertrauen aufzubauen. Sie ist damit ein Gegenmittel zum Konsumismus und motiviert dazu, sich für die Erde und das Leben auf ihr einzusetzen (ebd., S. 51ff.). Die Rituale indigener Volksgruppen wenden sich bei ihren Danksagungen an die Mutter Erde. Die Dankesworte werden von allen Versammelten gesprochen und erinnern an den Kreislauf des Lebens. Sie dienen dazu, sich im Geist zu verbinden (ebd., S. 57). Kurz: Wahrhaftige Dankbarkeit kostet nichts, aber sie ist unglaublich heilsam, wenn wir uns erden.

Unseren Schmerz um die Welt würdigen

Es gibt bestimmte Verhaltensmuster als Reaktion auf die unsichtbare Gefahr, die von den globalen Krankheitsbildern und den Krisen wie der Klimakrise ausgeht. Eigentlich ist der zentrale Überlebensmechanismus, der als Reaktion auf Gefahr folgt, das Gefühl von Angst. Diese instinktive Reaktion wird jedoch mit Blick auf die Krankheitsbilder und Krisen unseres Planeten blockiert und hält von einem verantwortungsbewussten Handeln ab (Macy & Johnstone, 2014, S. 65ff.). Folgende Aussagen sind hierfür typisch (ebd.):

- »Ich glaube nicht, dass es so gefährlich ist.«
- »Ich bin nicht dafür zuständig, das in Ordnung zu bringen.«
- »Es lohnt sich nicht, etwas zu unternehmen, denn es ändert sowieso nichts mehr.«

In Anlehnung an den Geschmack von Löwenzahnblättern gehen mit der Gefahr bittere Erfahrungen in Verbindung mit Gefühlen wie Empörung, Schuld, Verzweiflung oder seelischer Schmerz einher. Diese sind jedoch eigentlich »eine normale, gesunde Reaktion auf eine traumatisierte Welt« (ebd., S. 71). Anstatt diese Gefühle zu ignorieren und somit die bitteren Erfahrungen zu vermeiden, ist es vielmehr wichtig, sie zum Ausdruck zu bringen und zu kommunizieren, um sie somit aus der Tiefe des Bewusstseins hervorzuholen. Mit einer solchen »Befreiung« von der Ignoranz und der Würdigung des Schmerzes können Energien freigesetzt werden, die zu einer Veränderung beitragen

– in uns und in unserem Umfeld. Im übertragenen Sinne wird damit die Heilskraft der bitter schmeckenden Löwenzahnblätter wirksam.

Mit neuen Augen sehen

Mit dem Zulassen und Verarbeiten des Schmerzes geht eine Veränderung der Wahrnehmung einher. Diese führt zu einer erweiterten Sichtweise auf das Selbst, zu Selbstermächtigung als anderer Form von Macht und zu einer neuen, tiefergehenden Erfahrung von Gemeinschaft. Zudem führt sie zu einem Denken in historischen, vor allem aber geologischen Zeiträumen (ebd., S. 83). Diese neue Sicht auf die Welt macht Mut, weil uns bewusst wird, dass wir mit dem Netz des Lebens verbunden sind.

Im übertragenen Sinne sind das die goldgelben Blüten des Löwenzahns, die als Bienenweide dienen und mit deren Hilfe z.B. ein Löwenzahnhonig entsteht.

Weitergehen und Handeln

Mit der neuen Sicht auf die Welt und der inneren Überzeugung, etwas ändern zu können, kann nun als Change Agent weitergegangen und gehandelt werden. Mit dem Wirken sind diese Menschen zugleich die Samen des Löwenzahns, die sich durch die Luft verbreiten – somit durch den Austausch mit anderen, mit denen sie im Geist verbunden sind.

Solche Samen sollen auch die Diskussionen im Rahmen der Zukunftsdiskurse darstellen, die in dieser Publikation zusammengefasst und vertieft werden.

Danksagung

Für die finanzielle Förderung des Projekts »Verantwortung, Vernetzung, Vertrauen – Zukunftsdiskurse zur Umsetzung der UN-Agenda 2030 und ihrer Nachhaltigkeitsziele mit Partizipation von ›Agents for Future« (Aktenzeichen ZN3574) aus dem Niedersächsischen Vorab danke ich dem niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur.

Zudem danke ich der Engagement Global gGmbH, die mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen der Länderinitiativen zur Umsetzung des Orientierungsrahmens

für den Lernbereich Globale Entwicklung diese Zukunftsdiskurse ebenfalls finanziell unterstützt hat.

Weiterhin danke ich den Diskutant*innen und der Moderatorin auf dem »digitalen Podium« für ihre spannenden Impulse zu den Zukunftsdiskursen und allen Autor*innen für ihre Beiträge in diesem Band.

Dem transcript Verlag danke ich für die Möglichkeit zur Publikation dieses Bandes sowie Katharina Kotschurin für die redaktionelle Unterstützung.

Literatur

- Appelt, D. & Siege, H. (2016). Konzeptionelle Grundlagen des Orientierungsrahmens. In KMK, BMZ & Engagement Global (Hg.), *Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung* (21-54). 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Bonn: Cornelsen.
- Becker, K. (2019). Um Begegnungen voraus. Osterode am Harz in Niedersachsen und Kaolack im Senegal. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 10-2019 von Welt-sichten* (Agenda 2030 vor Ort. Kommunen zeigen, wie es geht), 9-10.
- Bertelsmann Stiftung et al. (Hg.) (2020). *SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen*. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Gütersloh: o.A.
- BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.J.a). Whole Institution Approach – der ganzheitliche BNE-Ansatz, <https://www.bne-portal.de/bne/de/einstieg/bildungsbereiche/whole-institution-approach/whole-institution-approach> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.J.b). Education for Sustainable Development: Learn for our planet. Act for sustainability, https://www.bne-portal.de/bne/de/weltweit/bne-2030/bne-2030_node.html (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- BMU: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (o.J.). Planetare Belastbarkeitsgrenzen, <https://www.bmu.de/themen/nachhaltigkeit-digitalisierung/nachhaltigkeit/integriertes-umweltprogramm-2030/planetare-belastbarkeitsgrenzen> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Bundesverfassungsgericht (2021). Verfassungsbeschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom

29. April 2021, <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Cassel-Gintz, M.A. & Harenberg, D. (2002). *Syndrome des Globalen Wandels als Ansatz interdisziplinären Lernens in der Sekundarstufe. Ein Handbuch mit Basis- und Hintergrundmaterial für Lehrerinnen und Lehrer.* (BLK-Programm 21, Werkstattmaterialien Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung, Nr. 1). Berlin: Freie Universität Berlin, <https://www.institutfutur.de/transfer-21/daten/materialien/Werkstattmaterialien/01.pdf> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Crutzen, P.J. & Stoermer, E.F. (2000). The »Anthropocene«. *Global Change Newsletter*, 41, 17-18.
- Die Bundesregierung (2018). Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/eine-strategie-begleitet-uns/die-deutsche-nachhaltigkeitsstrategie> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Die Bundesregierung (2021). Nachhaltigkeitsziele verständlich erklärt, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/nachhaltigkeitsziele-verstaendlich-erklaert-232174> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- DUK: Deutsche UNESCO-Kommission (2014). *UNESCO-Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms »Bildung für nachhaltige Entwicklung«.* Bonn: UNESCO.
- DUK: Deutsche UNESCO-Kommission (o.J.a). UNESCO-Programm »BNE 2030«, <https://www.unesco.de/bildung/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung/unesco-programm-bne-2030> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- DUK: Deutsche UNESCO-Kommission (o.J.b). BNE weltweit, <https://www.unesco.de/bildung/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung/bne-weltweit> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Eberth, A. (2019). *Alltagskulturen in den Slums von Nairobi. Eine geographiedidaktische Studie zum kritisch-reflexiven Umgang mit Raumbildern.* (= Sozial- und Kulturgeographie, 30). Bielefeld: transcript.
- Engagement Global (2019). Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung, <https://www.engagement-global.de/die-nachhaltigkeitsziele.html> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Entzian, A. (2015). *Denn sie tun nicht, was sie wissen. Eine Studie zu ökologischem Bewusstsein und Handeln.* (Transformationen 2). München: oekom.

- Felber, C. (2018). *Gemeinwohlökonomie*. Komplett aktualisiert und überarbeitet. München: Piper.
- Fridays for Future Deutschland (o.J.a). Forderungen – Glossar, <https://friday sforfuture.de/forderungen/glossar/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Fridays for Future Deutschland (o.J.b). Unsere Forderungen an die Politik, <https://fridaysforfuture.de/forderungen/> (zuletzt abgerufen am 08.08.2021).
- Glaser, R. (2014). *Global Change. Das neue Gesicht der Erde*. Darmstadt: Primus-Verlag.
- Göpel, M. (2016). *The Great Mindshift. How a New Economic Paradigm and Sustainability Transformations go Hand in Hand*. Berlin: Springer.
- Hartmann, M. (2011). *Die Praxis des Vertrauens*. Berlin: Suhrkamp.
- Haubner, O. & Riedel, H. (2019). SDG-Indikatoren für Kommunen. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 10-2019 von Weltsichten (Agenda 2030 vor Ort. Kommunen zeigen, wie es geht)*, 7-8.
- Haubner, O., Kuhn, S., Burger, A. & Ulrich, P. (2018). Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen. Leitfäden. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/MNK_Leitfaeden.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Helfrich, S. & Bollier, D. (2019). *Frei, fair und lebendig. Die Macht der Commons*. Bielefeld: transcript.
- Holz, V. & Stoltenberg, U. (2011). Mit dem kulturellen Blick auf den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. In G. Sorgo (Hg.), *Die unsichtbare Dimension. Bildung für nachhaltige Entwicklung im kulturellen Prozess* (15-34). (forum exkurse edition, Bd. 8). Wien: Forum Umweltbildung im Umweltdachverband, https://www.kuenste-bilden-umwelten.de/fileadmin/user_upload/documents/BNE/BNE_Seite/Die_unsichtbare_Dimension_BNE_im_kulturellen_Prozess_Sorgo_2011.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Hüther, G. & Spannbauer, C. (Hg.) (2012). *Connectedness. Warum wir ein neues Weltbild brauchen*. Bern: Huber.
- Hüther, G. (2015). *Etwas mehr Hirn, bitte. Eine Einladung zur Wiederentdeckung der Freude am eigenen Denken und der Lust am gemeinsamen Gestalten*. Göttingen: V & R.
- Initiative Schule im Aufbruch (2021). Schule im Aufbruch, <https://schule-im-aufbruch.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Jackson, T. (2009). *Prosperity without Growth. Economics for a Finite Planet*. London: Earthscan.

- Jonas, H. (1997). Prinzip Verantwortung. Zur Grundlegung einer Zukunftsethik. In A. Krebs (Hg.), *Naturethik. Grundtexte der gegenwärtigen tier- und ökoethischen Diskussion* (165-181). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jünemann, A.-K. (2016). Selbstwert und Selbstvertrauen. In D. Frey (Hg.), *Psychologie der Werte* (187-199). Berlin/Heidelberg: Springer. DOI 10.1007/978-3-662-48014-4_17
- Kanning, H. & Meyer, C. (2019). Verständnisse und Bedeutungen des Wissensertransfers für Forschung und Bildung im Kontext einer Großen Transformation. In M. Abassiharofteh et al. (Hg.), *Räumliche Transformation – Prozesse, Konzepte, Forschungsdesigns* (9-28). (Forschungsberichte der ARL 10). Hannover: ARL.
- Kirchhoff, J. (2009). *Was die Erde will. Mensch, Kosmos, Tiefenökologie*. Klein Jasedow: Drachen Verlag.
- Klößner, C. & Blöbaum, A. (2010). A comprehensive action determination model: Toward a broader understanding of ecological behaviour using the example of travel mode choice. *Journal of Environmental Psychology*, 30(4), 574-586. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2010.03.001>.
- KMK, BMZ & Engagement Global (Hg.) (2016). *Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung*. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Bonn: Cornelsen.
- Kopatz, M. (2016). *Ökoroutine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. München: oekom.
- Kumar, S. (2013). *SOIL • SOUL • SOCIETY – a new trinity for our time*. Lewes: Leaping Hare Press.
- Küng, H. (2012). *Handbuch Weltethos. Eine Vision und ihre Umsetzung*. München: Piper.
- Lobeck, M. & Wiegandt, C.-C. (2019). »Can't buy me trust« – Zur Rolle des Vertrauens in der Stadtentwicklung. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung*, (6), https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/o8_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2019/6_2019/FWS_6_19_Lobeck_Wiegandt.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Lüpke, G.v. (2010). Projekte der Hoffnung. Geschichte und Bedeutung des Alternativen Nobelpreises. In G.v. Lüpke & P. Erlenwein (Hg.), *Der Alternative Nobelpreis. Ausblicke auf eine andere Globalisierung* (12-22). 3. aktualisierte und erweiterte Auflage. München: oekom.
- Maathai, W. (2012). *Die Wunden der Schöpfung heilen. Wie wir zu uns selbst finden, wenn wir unsere Erde erneuern*. Freiburg i.Br.: Herder.

- Macy, J. & Johnstone, C. (2014). *Hoffnung durch Handeln. Dem Chaos standhalten, ohne verrückt zu werden.* (Aus dem Amerikanischen von C. Broermann). Paderborn: Junfermann Verlag.
- Macy, J. (2009). *Geliebte Erde, gereiftes Selbst. Mut zu Wandel und Erneuerung.* (Aus dem Amerikanischen von N. Gahbler). Paderborn: Junfermann Verlag.
- Meadows, D., Meadows, D., Randers, J. & Behrens, W.W. (1972). *The Limits to Growth.* New York: Universe Books.
- Messner, D. & Scholz, I. (2015). Gemeinsam für das Wohlergehen aller. Agenda 2030 und die Sustainable Development Goals. *Politische Ökologie*, 143, 18-26.
- Meyer, C. (2016). HOME – Zurück zu den Wurzeln in eine lebenswerte Zukunft. In C. Meyer (Hg.), *Diercke Geographie und Musik. Zugänge zu Mensch, Kultur und Raum* (13-24). Braunschweig: Westermann.
- Meyer, C. (2018a). Visionärinnen und Visionäre als »Change Agents« – geographiedidaktische Implikationen im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung. In C. Meyer, A. Eberth & B. Warner (Hg.), *Diercke Klimawandel im Unterricht. Bewusstseinsbildung für eine nachhaltige Entwicklung* (86-97). Braunschweig: Westermann.
- Meyer, C. (2018b). Den Klimawandel bewusst machen – zur geographiedidaktischen Bedeutung von Tiefenökologie und Integraler Theorie im Kontext einer transformativen Bildung. In C. Meyer, A. Eberth & B. Warner (Hg.), *Diercke Klimawandel im Unterricht. Bewusstseinsbildung für eine nachhaltige Entwicklung* (16-30). Braunschweig: Westermann.
- Meyer, C. (2019). Denn sie tun, was sie wissen! Integrale Theorie und Wertebildung für eine gesellschaftliche Transformation. *transfer Forschung <> Schule*, 5(5), 40-58.
- Müller, G. (2016). Vom freien zum fairen Handel. (E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit), <https://www.dandc.eu/de/article/gerd-mueller-forde-rt-stimmige-regeln-um-nachhaltige-entwicklung-auf-verantwortliche-weise-zu> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2017). *Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung.* Berlin: BMBF.
- Neubauer, L. & Repenning, A. (2019). *Vom Ende der Klimakrise. Eine Geschichte unserer Zukunft.* Stuttgart: J.G. Cotta'sche Buchhandlung.
- Paech, N. (2012). *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie.* München: oekom.

- PIRC: Public Interest Research Centre (Hg.) (2014). *Die Gemeinsame Sache. Ein Handbuch zu Werten und Deutungsrahmen. Deutsche Arbeitsausgabe*, <https://www.diegemeinsamesache.org/home/das-handbuch/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Rasfeld, M. & Spiegel, P. (2013). *EduAction. Wir machen Schule*. 2. Auflage. Hamburg: Murmann.
- Raworth, K. (2017). *Doughnut Economics. 7 Ways to Think Like a 21st Century Economist*. Vermont: Chelsea Green Publishing.
- Raworth, K. (2018). *Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*. (Aus dem Englischen von H. Freundl und S. Schmid). München: Carl Hanser.
- Schaal, G. S. (2004). *Vertrauen, Verfassung und Demokratie. Über den Einfluss konstitutioneller Prozesse und Prozeduren auf die Genese von Vertrauensbeziehungen in modernen Demokratien*. Wiesbaden: Springer.
- Schmitt, C.T. & Bamberg, E. (2018). Einführung in den aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurs: Relevanz, Begriff, Bezüge. In C.T. Schmitt & E. Bamberg (Hg.), *Psychologie und Nachhaltigkeit. Konzeptionelle Grundlagen, Anwendungsbeispiele und Zukunftsperspektiven* (3-13). Wiesbaden: Springer Nature.
- Schneidewind, U. (2013). Wandel verstehen: Auf dem Weg zu einer »Transformative Literacy«. In H. Welzer & K. Wiegandt (Hg.), *Wege aus der Wachstumsgesellschaft* (115-140). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Schulz, C. (2017). Postwachstum in den Raumwissenschaften. *Nachrichten der ARL*, 47(4), 11-14.
- Schwarzer, R. & Jerusalem, M. (2002). Das Konzept der Selbstwirksamkeit. In M. Jerusalem & D. Hopf (Hg.), *Selbstwirksamkeit und Motivationsprozesse in Bildungsinstitutionen*. (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 44) (28-53). Weinheim/Basel: Beltz.
- Seidl, I. & Zahrnt, A. (2012). Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum als Hindernis für eine Politik in den »Limits to growth«. Perspektiven einer Postwachstumsgesellschaft. In B. Woynowski et al. (Hg.), *Wirtschaft ohne Wachstum?! – Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende* (15-29). (Reihe Arbeitsberichte des Instituts für Forstökonomie der Universität Freiburg Nr. 59/2012). Freiburg: Universität Freiburg.
- Seidl, I. & Zahrnt, A. (Hg.) (2010). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*. Marburg: Metropolis.
- Singer-Brodowski, M. & Schneidewind, U. (2014). Transformative Literacy. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse verstehen und gestalten. In FORUM Umweltbildung im Umweltdachverband (Hg.), *Krisen- und Transformationsgesellschaften* (11-24). Marburg: Metropolis.

- mationsszenarios: *Frühkindpädagogik, Resilienz & Weltaktionsprogramm* (131-140). Wien: Forum Umweltbildung.
- SKEW: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2019). »Global denken – lokal handeln«. *Chancen und Möglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit*. Konferenz am 26. März 2019 in Dresden. (Material Nr. 102). Bonn: SKEW.
- SKEW: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Hg.) (2018). *Unsere Angebote. Eine Welt beginnt vor Ort*. Bonn: Engagement Global.
- Sommer, B. & Welzer, H. (2014). *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*. (Transformationen 1). München: oekom.
- Steffen, W. et al. (2015b). Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. *Science*, 347(6223), 736.
- Steffen, W., Broadgate, W., Deutsch, L., Gaffney, O. & Ludwig, C. (2015a). The trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. *The Anthropocene Review*, 1, 81-98.
- Sukhdev, P. (2013). *Corporation 2020. Warum wir Wirtschaft neu denken müssen*. München: oekom.
- Thunberg, G. (2019). »Our House is on Fire« – 2019 World Economic Forum (WEF) in Davos, <https://www.fridaysforfuture.org/greta-speeches> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Umweltbundesamt (2018). Hohe Kosten durch unterlassenen Umweltschutz, <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- UN: Vereinte Nationen (2015). Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015. 70/1. Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. A/RES/70/1.
- WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (1996). *Welt im Wandel – Herausforderung für die deutsche Wissenschaft. Jahresgutachten 1996*. Berlin, Heidelberg: Springer.
- WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. Berlin: WBGU.
- Wilhelmy, S. & Turmann, A. (2016). Globale Fragen erfordern lokale Antworten. Umsetzung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung in Kommunen. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 8-2016 von Weltsichten* (Global Nachhaltige Kommune. Kommunen engagieren sich für Nachhaltigkeit in der Einen Welt), 3-5.

- Wilhelmy, S. & Turmann, A. (2019). Kommunen als Akteure des Wandels. Umsetzung der Sustainable Development Goals auf lokaler Ebene. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 10-2019 von Weltsichten* (Agenda 2030 vor Ort. Kommunen zeigen, wie es geht), 3-6.
- Wilhelmy, S., Baier, J. & Baudach, K.-M. (2019). Kommunale Partnerschaften in Zeiten der Agenda 2030. Lokale Beiträge für die Transformation unserer Welt. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 7-2019 von Weltsichten* (Starke kommunale Partner. Wie Städte, Gemeinden und Landkreise sich für globale Nachhaltigkeit engagieren), 3-5.

I. Zukunftsdiskurs

»Communities for Future«

»Communities for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Randy Haubner und Christiane Meyer

In diesem Beitrag wird zunächst die Relevanz des Themenfeldes »Communities for Future« dargelegt, bevor Reflexionen zur Podiumsdiskussion erfolgen, die am 4. März 2021 digital stattfand¹. Abschließend werden im Sinne eines Ausblicks Impulse, die sich aus der Relevanz und den Reflexionen ergeben, abgeleitet.

Relevanz

Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung berührt nahezu alle Bereiche und Aufgaben des kommunalen Handelns. Daher kommt den Communities bei der Verwirklichung der Agenda 2030 und ihrer 17 Nachhaltigkeitsziele, den Sustainable Development Goals (SDGs), eine Schlüsselrolle zu. Communities ist hier zwar vor allem im Sinne der politisch-administrativen Verwaltungseinheiten gemeint, aber diese sind angehalten, die Bürgerschaft in den Transformationsprozess im Sinne von *citizen empowerment* einzubinden (WBGU, 2011, S. 219). Denn »der angestrebte Wandel hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft und zu einem globalen Miteinander [kann] nur durch die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort in den Kommunen verwirklicht werden« (Wilhelmy & Turmann, 2016, S. 4). Kommunen werden somit als »Akteure des Wandels« gesehen, wenn es um die Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene geht (Wilhelmy & Turmann, 2019, S. 3ff.). Mit Bezug auf das SDG 11 »Nachhaltige Städte und Gemeinden« wird daher festgestellt: »Letztendlich entscheidet sich in Städten, Landkreisen und Ge-

1 Siehe die Website: <https://www.idn.uni-hannover.de/zukunftsdiskurse>.

meinden, ob die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft gelingt« (Butscher, 2019, S. 12).

Kommunen als Motor der Nachhaltigkeit

Die Kommunen werden somit zum Motor der Nachhaltigkeit, was nicht nur in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die immerhin von den 193 Mitgliedsstaaten verabschiedet wurde, herausgestellt wird, sondern ebenso in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und den Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer. Aber auch der »Nationale Aktionsplan Bildung für Nachhaltige Entwicklung« (BNE; NAP, 2017) hebt die Bedeutung der Kommunen hervor. In der Stellungnahme an den Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung vom Rat für Nachhaltige Entwicklung, die am 20. Dezember 2020 veröffentlicht wurde, heißt es:

»Die großen Ziele können nur durch ein Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen sowie der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft erreicht werden – durch ein ›Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit‹ als Transmissionsriemen der Transformation«. (RNE, 2020; vgl. Tab. 1)

Tabelle 1: Politische Ziele und Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen

Ebene	Akteure	Beispiele für Programme, Konzepte, Aktivitäten
Makro-Ebene <i>Top-down</i>	Welt (z.B. UN)	UN-Agenda 2030 mit ihren 17 SDGs, UN-Klimarahmenkonvention, Biodiversitätskonvention
	Transnationale Einheiten (z.B. EU)	Strategie für ein klimaneutrales Europa bis 2050, Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)
Meso-Ebene <i>Top-down</i>	Bund (Deutschland)	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (u.a. Flächensparziel), Klimaschutzplan 2050, Deutsches Klimaschutzgesetz, Nationaler Aktionsplan BNE
	Bundesland (16 in Deutschland)	Nachhaltigkeitsprogramme und -strategien der Bundesländer, Vorgaben für die Kommunen – Kommunalpolitik ist Ländersache!
Mikro-Ebene <i>Top-down</i>	Kommune (ca. 11.000 in Deutschland)	SDG-Indikatoren für Kommunen*, Bauleitplanung: Flächennutzungspläne, Bebauungspläne

Mikro-Ebene (Alltagsleben) Bottom-up	Kleine Gruppen (z. B. lokale Initiativen)	Jugendbeirat/-parlament, Regionale Fridays for Future-Gruppen, Bürger*innen-Initiativen
	Bürger*in bzw. Individuum	lokale Change Agents, zivilgesellschaftliches Engagement

Quelle: in Anlehnung an Meyer & Haubner, 2022, in Bearbeitung.

* Siehe SDG-Portal der Bertelsmann Stiftung (<https://www.sdg-portal.de>)

Wenn es um die Bewältigung dieser globalen und regionalen Herausforderungen geht, können Kommunen durch ihr Wirken auf lokaler Ebene wichtige Beiträge leisten, einen Wandel hin zu mehr Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit anzustoßen (vgl. auch die Beiträge von Grabow und von Schweizer in diesem Band).

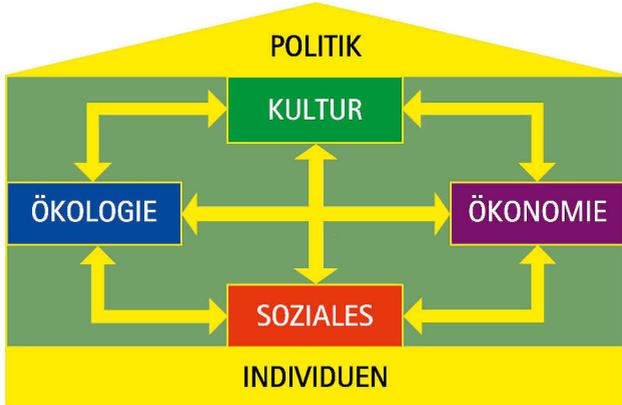
Zielkonflikte der Nachhaltigkeit in kommunalen Entscheidungsprozessen

Hierbei ergeben sich jedoch auch Zielkonflikte der Nachhaltigkeit, die die Kommunen vor besondere Herausforderungen stellen (Haubner et al., 2018, S. 37; vgl. auch den Beitrag von Böhm et al. in diesem Band). Diese können den unterschiedlichen Dimensionen der Nachhaltigkeit zugeordnet werden (vgl. Abb. 1 und Abb. 2).

Zielkonflikte der Nachhaltigkeit sind auf unterschiedlichen Maßstabsebenen miteinander verwoben (vgl. Tab. 1). Zu den globalen Zielvorgaben im »Dach des Hauses der Nachhaltigkeit« (Politik) gehört zuvorderst mit Bezug zur Windkraft das SDG 7 »Bezahlbare und saubere Energie«. Berührt werden dabei u.a. aber auch das SDG 11 »Nachhaltige Städte und Gemeinden«, das SDG 9 »Industrie, Innovation, Infrastruktur«, das SDG 3 »Gesundheit und Wohlbefinden«, das SDG 13 »Maßnahmen zum Klimaschutz«, das SDG 15 »Leben an Land« mit Bezug auf die Gefährdung des Tierwohls bei *on-shore*-Windkraft (und analog SDG 14 »Leben unter Wasser« im Falle von Offshore-Anlagen).

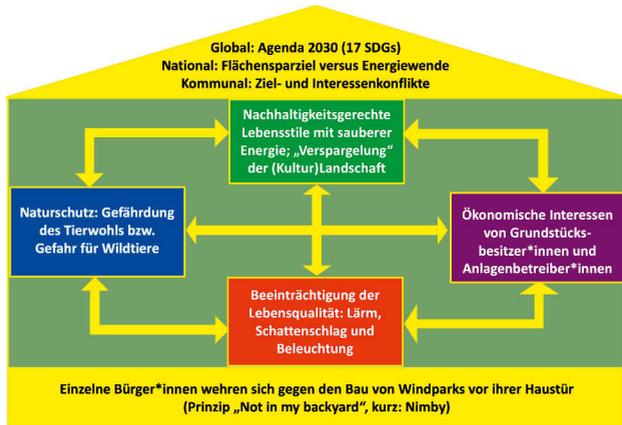
Auf nationaler Ebene sind als Zielvereinbarungen die Energiewende sowie das Flächensparziel der Bundesregierung politisch umzusetzen – und stehen im Konflikt (Politik). In Deutschland werden täglich ca. 56 Hektar als Siedlungsflächen und Verkehrsflächen neu ausgewiesen und somit »verbraucht«.

Abbildung 1: »Haus der Nachhaltigkeit«



Entwurf: C. Meyer.

Abbildung 2: Das Beispiel »Windkraft« als Zielkonflikt der Nachhaltigkeit



Entwurf: C. Meyer.

Diese Flächenneuanspruchnahme entspricht einer Fläche von etwa 79 Fußballfeldern. Daher will die Bundesregierung bis zum Jahr 2030 den Flächenverbrauch auf unter 30 Hektar pro Tag verringern. Dies wurde in der »Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie« von 2018 und auch schon in der »Nationalen Biodiversitätsstrategie« von 2007 formuliert (Die Bundesregierung, 2018; BMUB, 2007).

Auf kommunaler Ebene, auf der nun diese nicht zu vereinbarenden Ziele realisiert werden sollen, steht somit die Flächeninanspruchnahme für Windkraft dem Flächensparziel konträr gegenüber. Zudem gibt es gegen Windkraftanlagen Widerstände vonseiten engagierter Umweltschützer*innen. Sie argumentieren mit dem Tierwohl, das durch die Anlagen beeinträchtigt ist, von Wildtieren wie Fledermäusen, Vogelarten an Land und von Tieren im Meer (Ökologie).

Aber auch das Wohlbefinden und die Gesundheit von Menschen wird durch Lärm, Schattenschlag und Beleuchtung der Windkraftanlagen beeinträchtigt und wirken sich daher auf die Lebensqualität aus (Soziales). Daher formieren sich Bürger*innen-Initiativen, um gegen den weiteren Ausbau zu protestieren. Im Hinblick auf (wirtschaftliche) Einzelinteressen sprechen sich hingegen Anlagenbetreiber*innen und Grundstücksbesitzer*innen für den Ausbau aus, da sie davon profitieren können (Ökonomie). Auch die »Verspargelung der (Kultur-)Landschaft« wird beklagt, was wiederum dem Ziel der Umsetzung nachhaltigkeitsgerechter Lebensstile u.a. durch die Versorgung mit sauberer Energie widerspricht (Kultur) (Meyer & Haubner, 2022, in Bearbeitung). Zudem wehren sich Einzelpersonen gegen den Bau von Windkraftanlagen vor ihrer Haustür (Individuen), was dem sogenannten Nimby-Prinzip (*not in my backyard*) entspricht.

Vor diesem Hintergrund, dass unterschiedliche Ziele und damit einhergehende Interessen sowie diesen zugrunde liegende Wertorientierungen aufeinanderprallen, sind Austausch- und Aushandlungsprozesse unabdingbar. Diese müssen auf kommunaler Ebene angestoßen werden, da diese Konflikte letztlich im Rahmen unseres Demokratieverständnisses politisch zu entscheiden sind.

Um eine nachhaltige Transformation anzustoßen, ist daher eine breite Beteiligung mit Bürger*innen notwendig. Dabei ist es wichtig, alle Akteure – von Bürgermeister*innen bis hin zu jungen Bürger*innen – abzuholen und auf diesen Weg mitzunehmen. Erfolgreiches politisches Wirken zeichnet sich mehr denn je durch Akzeptanz und Partizipation aus.

Jugendliche wurden bislang noch viel zu wenig in kommunale Diskussionen zu einer nachhaltigen Entwicklung einbezogen (Baden-Württemberg Stiftung, 2015, S. 7; vgl. auch den Beitrag von Haubner & Meyer in diesem Band). Die Forderungen z.B. vonseiten der Fridays for Future-Bewegung an verschiedene Kommunen zeigen aber auf (vgl. Abb. 3), dass es wichtig ist, ihre Perspektiven künftig verstärkt zu integrieren und ihre Bedarfe zu eruieren (vgl. BMFSFJ, 2019; Quenzel et al., 2019, S. 314f.; Meyer & Haubner, 2022).

Partizipation(stufen) in kommunalen Entscheidungsprozessen

Die jungen Menschen fordern, dass wir ins Handeln kommen müssen – nicht erst, aber verstärkt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im April 2021 wird deutlich, dass zwischen unserem Wissen um Anpassungen und Maßnahmen zum Klimaschutz und unserem Handeln eine Lücke klafft. Das deutsche Klimaschutzgesetz aus dem Jahr 2019 ist in Teilen nicht mit den Grundrechten vereinbar, hat das Bundesverfassungsrecht mit Bezug auf Klagen u.a. von Fridays for Future und weiteren Nichtregierungsorganisationen entschieden. Es fehlten ausreichende Vorgaben für die Minderung der Emissionen ab dem Jahr 2031, hieß es im Urteil. Nun sind Nachbesserungen gefordert. Durch Katastrophen wie dem Hochwasser im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die Hitzesommer 2018 und 2019 wird auch vielen Menschen in Deutschland bewusst, dass der Klimawandel stattfindet und dass sich die Prognosen des Weltklimarates (IPCC) bestätigen (Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, 2021).

Kommunen sind für Bürger*innen jeder Altersgruppe der zentrale Ort einer politischen Teilhabe, die durch ihre Mitwirkungsrechte über Wahlen und Abstimmungen hinausgeht. Doch bislang gibt es in vielen Kommunen kaum Beteiligungskultur und Alltagspartizipation, insbesondere für Jugendliche. Im Nationalen Aktionsplan BNE sind Kommunen aufgefordert, Bildungs- und Kommunikationsmaßnahmen im Kontext von Nachhaltigkeit durchzuführen u.a. die Entwicklung von kommunalen Angeboten für die Beteiligung von Bürger*innen zur Verankerung von BNE mittels E-Partizipation (»Smart City«) (NAP, 2017, S. 92). Kommunen sollen zudem »den Aufbau und die Weiterentwicklung lokaler und regionaler Bildungslandschaften mit BNE-Fokus [fördern]« (ebd., S. 33). Daher werden Schulen und Kommunen »ermutigt, unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten partizipative Gestaltungs- und Entscheidungsräume stärker zu nutzen und

Abbildung 3: Forderungen von Fridays for Future Hannover

FORDERUNGEN von FridaysForFuture Hannover 2021 an die Region Hannover, alle ihre Kommunen und die Stadt Hannover	
Allgemeines und Grundsätzliches	<ul style="list-style-type: none"> – bis 2035 klimaneutral – Ausrufung Klimanotstand – mehr Geld für Klimaschutz
Bildung und Mitsprache	<ul style="list-style-type: none"> – Behandlung des Themas in allen Schulformen – mehr Klimaschutz in Aus- und Weiterbildung aller Berufe – Partizipation aller
Ernährung und Landwirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> – ab 2030 werden alle landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch sowie regenerativ betrieben – ab 2023 klimafreundliches Essen in Kantinen, Mensen und Essensausgaben – keine Verschwendung von Lebensmitteln – To-Go-Verpflegung nur noch unverpackt oder in Pfandverpackungen
Finanzen und Wirtschaft	<ul style="list-style-type: none"> – Orientierung der Geld- und Anlagepolitik stärker an Klimaschutz und den globalen Nachhaltigkeitszielen – Unterstützung von Projekten zur Kreislaufwirtschaft – Umbau der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Stärkung von nachhaltigen Unternehmen – Erhebung Klimaneutralität zum wichtigsten Kriterium für eigenes Handeln
Mobilität und Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> – bis 2024 Aufbau eines ticketlosen und zuverlässigen ÖPNV und bis 2027 einer schnellen Anbindung aller Ortschaften – Ausbau der Fuß- und Radwegeinfrastruktur – Verbot von privaten Autos im Innenstadtring bis 2022 und Reduktion des Autoverkehrs in der gesamten Region Hannover um 50 % bis 2035 – emissionsfreie Anlieferung von Waren und Paketen sowie Dienstleistungen
Strom und Wärme	<ul style="list-style-type: none"> – bis 2026 Stromversorgung aus 100 % erneuerbaren Energien – bis 2030 Wärmeversorgung aus 100 % erneuerbaren Energien – Vorbildfunktion aller Kommunen in der Region Hannover
Umwelt und Natur	<ul style="list-style-type: none"> – bis 2026 Schutz der bestehenden und die Wiedervernässung der trockengefallenen Moore – Schutz der Wälder und Bäume, Vergrößerung des Baumbestandes – Schutz der Artenvielfalt – besser haushalten mit Wasser
Wohnen und Bauen	<ul style="list-style-type: none"> – ab 2035 nur noch energieeffiziente Gebäude – Einsatz klimafreundlicher Materialien bei Neubauten und Sanierungen – Vorbildfunktion aller Kommunen: bis 2030 energetische Sanierung der eigenen Gebäude – keine Bauvorhaben zulasten von Menschen mit geringem Einkommen und/oder wenig Vermögen

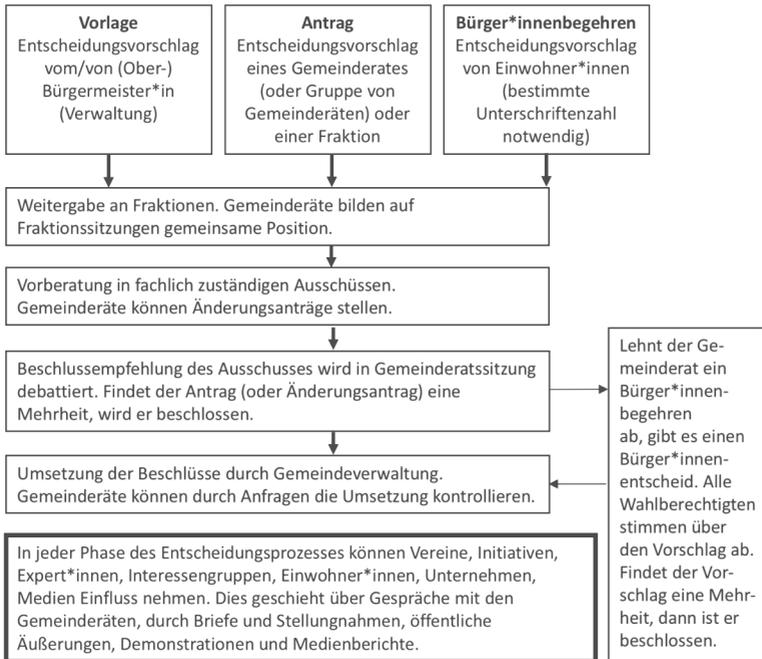
Quelle: Fridays for Future Hannover, 2021; Entwurf: R. Haubner.

weiterzuentwickeln« (ebd.; vgl. z.B. einen konkreten Unterrichtsvorschlag in Meyer & Haubner, 2020).

Um kommunalpolitische Entscheidungsprozesse zu initiieren, können drei Wege eingeschlagen werden (vgl. Abb. 4). Ein Vorschlag kann (1) von dem/der (Ober-)Bürgermeister*in und somit von der Verwaltung, (2) vom Gemeinderat oder (3) von Bürger*innen im Rahmen eines Bürger*innenbegehrens kommen (FES, 2014, S. 12f.). Die Abläufe bei kommunalen Entscheidungsprozessen sind Jugendlichen im schulischen Kontext nahezubringen, aber auch Bürger*innen sind darüber in Kenntnis zu setzen, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene.

Um Bürger*innen an der zukunftsfähigen Entwicklung einer Kommune zu beteiligen, müssen Strukturen und Inhalte transparent und zielgruppen-

Abbildung 4: Der kommunale Entscheidungsprozess



Quelle: in Anlehnung an FES, 2014, S. 13; Entwurf: R. Haubner.

spezifisch vermittelt werden. In Anlehnung an die »Partizipationsleiter« von Sherry R. Arnstein (1969) und die Stufen der Beteiligung nach Maria Lüttringhaus (2003) können die verschiedenen Ebenen der Partizipation hinsichtlich der Beteiligungstiefe in Partizipationsprozessen gemessen und für planerische Beteiligungsprozesse (Bischoff et al., 2007) verwendet werden. Im Rahmen des Hannover-Modells »KlimaWohL« wurden auf dieser Grundlage vier Formen der Zusammenarbeit definiert und mit entsprechenden Beispielen für Kommunikationsformate dargestellt (vgl. Abb. 5).

Abbildung 5: Stufen der Partizipation

zunehmende Intensität	Partizipationsstufen		Form der Zusammenarbeit	Beispiele - Kommunikationsformate
	nach Lüttringhaus 2003	Czorny & Kanning 2021		
4	Selbstverwalten	Kooperation	Ergebnisoffene Zusammenarbeit mit Entscheidungskompetenz in informellen Prozessen	Runder Tisch, Abstimmungsrunde
3	Mitentscheiden	Beteiligung	Aktive Teilhabe an informellen und formellen Prozessen	Workshop, förmliches Beteiligungsverfahren, Bürger*innenwerkstatt
2	Mitwirken	Kommunikation	Dialogischer Austausch von Wissen	Bürger*innendialog, öffentliche Dialogveranstaltung
1	Informieren	Information	Einseitige Wissensbereitstellung und -vermittlung	Flyer, Broschüre, Bewohner*innenhandbuch, Schulung, Informationsstand, Online-Plattform

Quelle: nach Czorny & Kanning, 2021, S. 14 und Lüttringhaus, 2003, S. 3; Entwurf: R. Haubner.

Nach Czorny & Kanning (2021) wie auch Lüttringhaus (2003) erhalten die Bürger*innen in Stufe 1 ausgewählte Informationen, sind selbst aber nur passive Empfänger*innen. Diese Informationen dienen der »Sensibilisierung« und »Bewusstseinsbildung« (Czorny & Kanning, 2021, S. 14; Lüttringhaus, 2003, S. 3). Darauf folgt die zweite Stufe »Kommunikation« (Czorny & Kanning, 2021) bzw. »Mitwirkung (Konsultation)« (Lüttringhaus, 2003), bei welcher die Bürger*innen sich zwar informieren und Stellung nehmen können, jedoch werden ihnen keine Mitspracherechte eingeräumt bzw. diese werden nicht verbindlich berücksichtigt. Im Rahmen der dritten Stufe »Beteiligung« (Czorny & Kanning, 2021) bzw. »Mitentscheidung« (Lüttringhaus, 2003) wird den Bürger*innen eine aktive Teilhabe ermöglicht und somit mehr Entscheidungsmacht eingeräumt. Dadurch wird ihnen eine Mit- bis hin zur Selbstbestimmung ermöglicht. Stufe vier stellt die »Kooperation« (Czorny & Kanning, 2021) dar, die den Bürger*innen eine »ergebnisoffene Zusammenarbeit mit Entscheidungskompetenz in informellen Prozessen« (ebd.) bietet. Lüttringhaus (2003) geht in Stufe vier gar noch einen Schritt weiter und besagt, dass hierbei die Möglichkeit der »Entscheidung (bis hin zur Selbstverwaltung)« bei den Bürger*innen liegt. Um eine wirkliche Beteiligung aller an kommunalen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen und zu gewährleisten, müssen alle Stufen der Beteiligung berücksichtigt

werden und über informative und kommunikative Prozesse kollaborative Verfahren initiiert werden. Nur dadurch wird *empowerment* von Bürger*innen gestaltet. Ist dies nicht der Fall, sollte transparent gemacht werden, inwiefern und aus welchen Gründen bzw. mit welcher Intention Partizipation nicht vollumfänglich gewährleistet werden konnte (Eberth & Röll, 2021, S. 28).

Lokales Handeln im globalen Kontext

In Anlehnung an das Leuchtturmprojekt 2018 »Global – Lokal: Agenda 2030 VerOrten«², das globale Herausforderungen mit lokalem Handeln verknüpft, sind auch globale Partnerschaften zu berücksichtigen, bei denen deutsche Kommunen ihre Erfahrungen mit Kommunen aus dem Globalen Süden austauschen, so dass beide Partner voneinander lernen können (Die Bundesregierung, 2018, S. 22).

Um Nachhaltigkeitsprozesse in Kommunen anzustoßen und umzusetzen, gibt es seitens der bundespolitischen Ebene Unterstützungsangebote. Die »Servicestelle Kommunen in der Einen Welt« (SKEW) steht Kommunen seit 2001 als Beratungseinrichtung zu Fragen kommunaler Entwicklungspolitik im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Seite. Sie unterstützt das entwicklungspolitische Engagement und entsprechende Aktivitäten, indem sie Projekte und Ideen vor Ort und in den Partnerkommunen im Globalen Süden fördert und stärkt. Vier Kernbereiche bestimmen die Arbeit der SKEW: Information, Beratung, Qualifizierung und Netzwerkbildung. (Engagement Global, 2021)

Reflexionen

Wie können Kommunen mit Partizipation von Bürger*innen die UN-Nachhaltigkeitsziele umsetzen? An diese Leitfrage wurde in der digitalen Podiumsdiskussion zum Zukunftsdiskurs »Communities for Future« angeknüpft (vgl. Kasten 1).

2 Siehe: <https://skew.engagement-global.de/leuchtturmprojekt-2018.html>.

Kasten 1: »Communities for Future«

*Wie können Kommunen mit Partizipation von Bürger*innen die UN-Nachhaltigkeitsziele umsetzen?*

Die Diskutant*innen: DR. BUSO GRABOW: Leitung der Stabsstelle »Agenda 2030 – Nachhaltige Stadt«, Deutsches Institut für Urbanistik; WERNER SCHWEIZER: Bürgermeister der Gemeinde Klixbüll in Schleswig-Holstein; SABINE TEGTMEYER-DETTE: Erste Stadträtin und Wirtschafts- und Umweltdezernentin der Landeshauptstadt Hannover; PAUL HENDRIK TIEMANN: Mitglied bei Scientists for Future Hannover

Moderatorin: BIANCA RICHTER-HARM: »sustainify« – Institut für nachhaltige Bildung, Forschung, Innovation

Im Rahmen der digitalen Podiumsdiskussion wurden unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt. Der regionale kommunalpolitische Bezug wurde durch Sabine Tegtmeier-Dette vertreten, die als Erste Stadträtin und Wirtschafts- und Umweltdezernentin der Landeshauptstadt Hannover mit der Agenda 2030 und den 17 SDGs vertraut ist. Demgegenüber stand Paul Hendrik Tiemann für zivilgesellschaftliches Engagement, da er als Mitglied bei den Scientists for Future an den Forderungen der Fridays for Future Hannover 2019 (vgl. Abb. 3) mitgewirkt hatte. Stellvertretend für eine kleine Kommune, die mit der »Servicestelle Kommunen in der Einen Welt« (SKEW) kooperiert und mit zahlreichen Projekten die SDGs umsetzt und verbreitet, hat Werner Schweizer mitdiskutiert. Busso Grabow vom Deutschen Institut für Urbanistik wiederum hat an der Entwicklung der SDG-Indikatoren für Kommunen mitgewirkt (z.B. Bertelsmann Stiftung et al., 2020).

Zusammenfassender Kommentar zur Diskussion

Alle Diskutant*innen waren sich einig: Die Zeit drängt. Es brauche jetzt ein konsequentes und entschlossenes Handeln in und von den Kommunen! Kommunen müssten anerkennen, dass das verbleibende CO₂-Budget zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels nicht verhandelbar ist und Deutschland als wohlhabendes Land zur Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens spätestens 2035 klimaneutral werden müsse. Es gebe »eine gemeinsame Mission [...] wir als Deutschland müssen es hinkriegen, unseren Beitrag dazu

zu leisten, dass wir das Pariser Klimaziel einhalten und dass wir die Klimaerwärmung begrenzen« (Tiemann im Zukunftsdiskurs [ZD]). Doch habe es noch am Wissens- und Informationsstand über die Klimaauswirkungen im kommunalen Kontext. Die Thematik sei zwar präsent, doch wüssten wir beispielsweise nichts darüber, »in welchem Umfang wir CO₂ in unseren Städten und Gemeinden produzieren« (Grabow im ZD). Dies hänge mit den fehlenden Datenerhebungen zusammen, die hierzu klare Ergebnisse liefern könnten. Statistiken müssten sich somit ändern, um dringliche Zukunftsfragen und den Stand der Dinge bezüglich Nachhaltigkeit weltweit, länderbezogen und v.a. vor Ort stärker in den Blick zu nehmen. Zudem sei es wichtig und unerlässlich, alle Menschen zu informieren und mitzunehmen, insbesondere aber die Jugend und die Wirtschaft. Nachhaltigkeit dürfe nicht länger als abstraktes Thema behandelt werden. Es müsse verdeutlicht werden, »was haben eigentlich die Menschen mit den Lebensbedingungen in der Welt zu tun und wie tragen sie selber mit ihrem Handeln dazu bei, dass tatsächlich auch im globalen Zusammenhang Veränderungen erfolgen können« (Tegtmeyer-Dette im ZD). Kommunen seien am dichtesten dran an den Menschen. Sie könnten anregen, motivieren und auch als Vorbild vorangehen. Daraus entstünden Chancen und Potenziale. Auch »ein neuer Wirtschaftszweig würde sich noch viel besser entwickeln« (Tiemann im ZD), der entsprechend nachhaltige Techniken und Materialien wie Dämmstoffe zur Verfügung stelle. Dänemark sei diesbezüglich ein Vorreiter, da es seine öffentliche Verwaltung und das politische Handeln nachhaltiger gestalte. Wichtig sei auch, dass Nachhaltigkeit mehr sei als Klimaschutz, auch andere Handlungsfelder müssten hier berücksichtigt werden. Im politischen Bereich wären »wir« in Deutschland diesbezüglich bislang zu passiv gewesen. Es sei wichtig, selbst aktiv zu werden, z.B. in den Gemeindevertretungen. »Dort beginnt der Hebel sich zu verlängern, da habe ich eine ganz andere Wirkmacht« (Schweizer im ZD). Ein wichtiger Hebel sei die öffentliche Beschaffung. Allein im vergangenen Jahr wurden in Deutschland in einem Auftragsvolumen von 490 Mrd. Euro Güter und Dienstleistungen öffentlich beschafft. Wenn Deutschland zukünftig konsequent auf eine nachhaltige Beschaffung setze, dann würden auch positive Veränderungen im Nachhaltigkeitsbereich spürbar.

Partizipation von Bürger*innen

Eine zentrale Frage im Diskurs war, wie Bürger*innen an einer zukunftsfähigen Entwicklung im kommunalen Kontext beteiligt werden können. Partizipation wurde als Schlüssel für politisches Wirken hin zu einer nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben. »Es gibt nicht die Beteiligung oder die Partizipation, sondern es gibt ganz, ganz unterschiedliche Formen, man spricht da von der Partizipations- oder Beteiligungsleiter« (Grabow im ZD). In Anlehnung an die Partizipationsleiter von Sherry R. Arnstein (1969) u.a. sowie die vier Partizipationsstufen (Information, Kommunikation, Beteiligung, Kooperation) von Czorny & Kanning (2021) können die verschiedenen Ebenen der Partizipation hinsichtlich der Beteiligungstiefe in Partizipationsprozessen gemessen werden (vgl. Abb. 5). Im Rahmen des Zukunftsdiskurses wurde deutlich, dass es aller Beteiligungsstufen bedarf, um eine Partizipation aller anzustoßen und umzusetzen. Nur durch eine transparente und verständliche Informations- und Kommunikationspolitik können sowohl Mitarbeiter*innen in Verwaltungen als auch Bürger*innen abgeholt und mitgenommen werden. Doch es sei bedauerlich, dass es »selbst auf der allerersten, auf der niedrigsten Stufe von Beteiligung, bei Information, schon diese großen Defizite gibt« (Grabow im ZD). Dies vorausgesetzt, bedarf es aber folglich kollaborativer Verfahren, um die Akzeptanz von Entscheidungen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung zu erlangen und alle Akteure über Anreizsysteme zum Handeln zu motivieren oder auch zivilgesellschaftliche Pilotprojekte in politisches Handeln zu überführen. Über diese Mechanismen unter Bereitstellung der erforderlichen Instrumente können erst Projekte umgesetzt, dann Strukturen verändert werden. Es sei aber staatliche Aufgabe, diese Möglichkeiten der Partizipation zu schaffen und auch zielgruppengerecht anzubieten. Hierbei können Bewegungen wie Fridays for Future einen wichtigen Beitrag leisten, da »das Thema eine völlig andere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und auch in der Politik bekommen hat« (Tegtmeyer-Dette im ZD). Solche Bewegungen mobilisieren, machen aufmerksam und nehmen dadurch zum einen Menschen mit auf diesen Weg und können zum anderen auch die politischen Beschlüsse beeinflussen. Vor der Bewegung sei es schwierig gewesen gerade im Verkehrsbereich z.B. Platzansprüche für Velorouten auf Kosten von Parkplätzen mit Mehrheitsbeschlüssen im Rat durchzusetzen. Die Dynamik der Bewegung und deren Akzeptanz in der Öffentlichkeit führten dazu, dass solche Entscheidungen nun real diskutiert und auch entsprechend entschieden werden können.

Aufgaben und Herausforderungen für Kommunen

Um Informationen zu Nachhaltigkeitsthemen zu vermitteln, müssten gegenwärtig und künftig systematische Erhebungsverfahren entwickelt und etabliert werden, die die Perspektiven der Bürger*innen, ihr Verhalten aber auch ihre Wünsche und Erwartungen an die Politik zu Nachhaltigkeitsthemen in regelmäßigen Abständen repräsentativ erheben. Dies sei »eine ganz vornehme und erste Staatsaufgabe« (Grabow im ZD), nicht nur auf bundesstaatlicher und Länderebene, sondern auch in den Kommunen.

Ebenso sei es wichtig, dass die Kommunen selbst die Dringlichkeit nachhaltigeren Handelns erkennen. Erste Anstrengungen der Bundesebene gab es bereits, z.B. die SDGs bekannt zu machen, aber scheinbar wenig wirkungsvoll. So waren beispielsweise 2017 in Schleswig-Holstein alle 1120 Gemeinden zu einer Informationsveranstaltung über die SDGs von Engagement Global (Initiative des BMZ) eingeladen worden, aber nur fünf Kommunen waren anwesend. Diese Lücke an Information zu schließen und Inhalte besser zu transportieren, sind entscheidende Hebel, um Kommunen auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Handeln zu begleiten.

Obwohl sich schon einige Kommunen auf den Weg gemacht haben, ist somit nach wie vor Informations- und Bewusstseinsarbeit über die Zielrichtung der Agenda 2030 und die Bedeutung der SDGs zu leisten. Gerade auf der lokalen Ebene können die SDGs konkret und dadurch verständlich gemacht werden. SDG-Indikatoren für Kommunen (Bertelsmann Stiftung et al., 2020; Riedel et al., 2020) können und sollen dabei als Orientierung dienen. Bürger*innen könnten beispielsweise stärker »alternative Wohlstandsindikatoren« (Grabow im ZD) einfordern. Das Bruttoinlandsprodukt, das heute noch Verwendung findet (auch als zentraler Indikator bei den SDGs), sei ein »dermaßen schlechter Indikator, für das, was uns alle umtreibt« (Grabow im ZD).

Das Erzählen guter Geschichten und Geschichten des Gelingens sind sowohl für die Motivation der kommunalen Verwaltung bzw. Akteure als auch der Bürger*innen wichtige Quellen der Inspiration. Kommunen sind Orte des Lehrens und Lernens. Zum einen haben kommunalpolitische Akteure die Aufgabe, lokale Prozesse zukunftsfähig zu gestalten und so auch Kommunen mit ihrer Vorbildfunktion gesellschaftspolitisch zu verankern. Zum anderen können sie sich weiterentwickeln, indem sie zukunftsfähige Ideen, Projekte und Bewegungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgreifen und in politisches Handeln überführen.

Konkrete Maßnahmen in den beiden Kommunen

Beispiele für die Ausrichtung einer zukunftsfähigen Kommune mit kommunalen Konzepten und Richtlinien sind u.a. die Einführung einer gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise im kommunalen Kontext wie in der Gemeinde Klixbüll in Schleswig-Holstein oder die Entwicklung und Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts »Mein Hannover 2030« in der niedersächsischen Landeshauptstadt.

Als Träger*innen der kommunalen Selbstverwaltung sind die Gemeinden per se dem Gemeinwohl verpflichtet. Sie müssen Belange von Mensch, Umwelt, Natur, Politik und Wirtschaft berücksichtigen. In Klixbüll in Schleswig-Holstein sind die Nachhaltigkeitsziele zum Leitbild in der Kommune geworden; ergänzt durch die gemeinwohlorientierte Auditierungsmatrix. »So haben wir einmal das Zielegerüst über die SDGs und über die Gemeinwohlökonomie das Wertegerüst« (Schweizer im ZD). »Im Rahmen eines Bilanzierungsprozesses der Gemeinwohlökonomie (GWÖ) wird sowohl die »ethische Performance« der eigenen wirtschaftlichen Aktivitäten der Kommune analysiert und sichtbar gemacht, als auch die Nutzung von Handlungsspielräumen zur Schaffung gemeinwohlfördernder Rahmenbedingungen bewertet« (International Federation for the Economy for the Common Good, o.J.) (zur GWÖ[-Matrix] vgl. auch den Beitrag von Eberth & Meyer in diesem Band). Die ersten »Gemeinwohl-Gemeinden« gibt es in Norddeutschland seit Anfang 2019. Umsetzungsgrundlage für die Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Nordfriesland sind die SDGs der Agenda 2030. Das Prinzip der GWÖ wird als gutes Hilfsmittel erachtet, um die SDGs auch konsequent kommunal umzusetzen. Durch die Erstellung von Gemeinwohl-Berichten wird darüber hinaus stetig der Umsetzungsstand evaluiert, dokumentiert und das Bewusstsein für die ökologische und soziale Verantwortung der Gemeindevertretung gestärkt. Um die Themen in Klixbüll stärker sowohl in der Gemeindevertretung wie auch in der Bürgerschaft zu verankern und sichtbar zu machen, veranstaltet die Kommune regelmäßig Klausuren mit Expert*innen zu SDG-relevanten Themen und entwickelt derzeit gerade ein zweitwagenfreies Wohngebiet. Mit dem SDG- und GWÖ-basierten Leitbild sei spürbar, »dass sich dadurch die Sinne schärfen und man dann auf die Themen lenkt« (Schweizer im ZD).

Auch in Hannover werden und wurden unterschiedliche Ansätze umgesetzt und unterstützt, z.B. Fest der Kulturen, Errichtung von Velorouten, Null-Emissionssiedlung in Wettbergen, »ecovillage« in Kronsberg. Bezogen auf das geplante »ecovillage« sei es ein »sehr starkes Signal, dass tatsäch-

lich solche Initiativen von den Menschen kommen und dann auch wirklich so stark sind und unterstützt werden, dass sie [...] umgesetzt werden« (Tegtmeier-Dette im ZD). Auch die Initiative »Mein Hannover 2030« ist ein Beispiel und wurde 2015 umgesetzt. Damit sollte das Stadtentwicklungskonzept von Hannover nicht mehr nur durch die Verwaltung und Politik, sondern durch einen umfassenden Partizipationsprozess erarbeitet werden. Über einen Zeitraum von sechs Monaten wurden durch 200 Veranstaltungen rund 17.000 Hannoveraner*innen beteiligt. »Man kann in Zukunftswerkstätten ›werkeln‹, auf Fachtagungen ExpertInnen lauschen, Kamingespräche mit dem Oberbürgermeister führen, sich in Ausstellungen inspirieren lassen, Straßentheater genießen, Speed-Dating ausprobieren und auf Stadtspaziergängen neue Ansichten von Hannover kennen lernen« (Landeshauptstadt Hannover, 2016). Für die »Internetaffinen« wurde ein Online-Dialog ermöglicht. Insgesamt gab es 10.600 Besucher*innen online (ebd., S. 13). Ein Beispiel für Initiativen der Zivilgesellschaft, die durch ihre Präsenz Eingang in kommunalpolitische Prozesse nehmen, ist die Errichtung eines »Ökodorfs« (»ecovillage«) in Hannover Kronsberg. Dieses orientiert sich an der Idee von Ökodörfern (GEN Deutschland e. V. – Global Ecovillage Network), die vor allem im ländlichen Raum umgesetzt wurden, wie z. B. das Ökodorf »Lebensgarten Steyerberg« in Niedersachsen oder »Sieben Linden« in Sachsen-Anhalt. Diese Ökodörfer werden als »Lernorte für morGEN« (bring-together, 2021) bezeichnet, da sie alle Dimensionen von Nachhaltigkeit berücksichtigen und ihren Lebensstil möglichst nachhaltig in der Gemeinschaft umsetzen.

Die Genossenschaft »ecovillage hannover eG« möchte in Hannover Kronsberg ein »Wohnquartier der Genügsamkeit« (ecovillage hannover eG, 2021) mit rund 500 Wohneinheiten für ca. 900 Menschen entwickeln. Hierbei stützt sich das Vorhaben auf die Bausteine »gemeinschaftlich«, »bezahlbar«, »nachhaltig«, »zukunftsweisend« und »genügsam«. Solche von zivilgesellschaftlichen Kräften getragene Projekte haben das Potenzial, als Pilotprojekte politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen und als Vorbild für eine Transformation zur Nachhaltigkeit zu fungieren.

Impulse

Aus den Darstellungen zur Relevanz des Zukunftsdiskurses und den Reflexionen in der Podiumsdiskussion lassen sich folgende Impulse ableiten:

1. Kommunen sind ein zentraler Motor für nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der SDGs. Daher müssen sich viel mehr Kommunen auf den Weg machen, um aktiv zu werden.
2. Zur Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene können die SDG-Indikatoren oder eine GWÖ-Bilanz eine hilfreiche Orientierung sein, um den Status quo in der eigenen Kommune zu bilanzieren und diesen transparent zu dokumentieren. Auf dieser Basis sind weitere Maßnahmen anzustoßen, um die SDGs zu erreichen.
3. Die Partizipation von Bürger*innen ist unabdingbar, um die SDGs auf kommunaler Ebene zu realisieren. Hierfür sind alle Stufen der Beteiligung notwendig, angefangen mit der Information über die Kommunikation bis hin zur Kooperation als wirklicher Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen.
4. Jugendliche sind stärker in kommunale Entscheidungsprozesse einzubinden. Hierfür ist der Aufbau und die Weiterentwicklung lokaler und regionaler Bildungslandschaften mit BNE-Fokus sinnvoll.
5. Zivilgesellschaftliches Engagement, wie es z.B. durch Fridays for Future mit ihren Forderungen an die Kommunen erfolgt oder aber durch Pilotprojekte mit Vorbildcharakter, sind sehr zu begrüßen. Dadurch können zum einen die Bürger*innen informiert und »wachgerüttelt« sowie Kommunalpolitiker*innen für die Bedarfe der Zivilgesellschaft sensibilisiert und motiviert werden. Zum anderen können Beispiele gelebter Nachhaltigkeit in den Kommunen zeigen, dass eine Transformation zur Nachhaltigkeit möglich ist.
6. Best-Practice-Beispiele in Kommunen können als »Geschichten des Gelingens« inspirieren und motivieren, selbst aktiv zu werden. Daher ist es wichtig, solche Geschichten des Gelingens zu verbreiten.
7. Für die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit ist es unabdingbar, alle mitzunehmen, d.h. die Kommunen sind aufgefordert, nicht nur die Bürger*innen zu erreichen, sondern auch Akteure in Wirtschaft, Bildung und Verwaltung und diese aktiv am Prozess der zukunftsfähigen Entwicklung der Kommune zu beteiligen.

Literatur

- Arnstein, S.R. (1969). A ladder of citizen participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), 216-224. <https://doi.org/10.1080/01944366908977225>.
- Baden-Württemberg Stiftung (Hg.) (2015). In Zukunft mit UNS! – Jugendbeteiligung in der Kommune, https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/2019/ws3_19/handreichung_jugendbeteiligung_bw-stiftung.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Bertelsmann Stiftung (o.J.). SDG-Indikatoren für Kommunen entdecken, <https://sdg-portal.de/de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Bertelsmann Stiftung, BBSR: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, DLT: Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, DStGB: Deutscher Städte- und Gemeindebund, Difu: Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt), Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion (Hg.) (2020). *SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen*. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Gütersloh: o.A.
- Bischoff, A., Selle, K., & Sinning, H. (2007). *Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen: eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken*. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur – Verlag Dorothea Rohn.
- BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2019). In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. 2. Auflage, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/146330/a6f7b2c5fbd995374eb7e7c22b8a4777/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-die-jugendstrategie-der-bundesregierung-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- BMUB: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2007). *Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt*. Berlin: Referat Öffentlichkeitsarbeit.
- bring-together (2021). Die Lernorte für morGEN, <https://www.bring-together.de/de/gemeinschaft/ratgeber/anders-leben/lernorte-fuer-morgen> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Butscher, A. (2019). Mit Werten und Zielen zur Transformation. Gemeinwohlökonomie und SDGs in schleswig-holsteinischen Gemeinden. *Dossier als*

- Beilage zur Ausgabe 10-2019 von Weltsichten (Agenda 2030 vor Ort. Kommunen zeigen, wie es geht), 11-12.*
- Czorny E. & Kanning H. (2021). Hannover passt sich an – Klimaanpassung als kommunale Herausforderung. In U. Sahling (Hg.), *Klimaschutz und Energiewende in Deutschland*. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-62081-6_10-1
- Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle (2021). Sechster IPCC-Sachstandsbericht (AR6). Beitrag von Arbeitsgruppe I: Naturwissenschaftliche Grundlagen, https://www.de-ipcc.de/media/content/Hauptaussagen_AR6-WGI.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021)
- Die Bundesregierung (2018). *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018*. Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- Eberth, A. & Röll, V. (2021). Reflexive Fotografie und Partizipation. Auflösung von Hierarchien in raumbezogener Forschung. In R. Kogler, J. Wintzer (Hg.), *Raum und Bild – Strategien visueller raumbezogener Forschung (19-29)*. Berlin: Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-61965-0_2
- ecovillage hannover eG (2021). Aus einer Idee ist ein großes Projekt gewachsen. <https://www.ecovillage-hannover.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Engagement Global (2021). SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, <https://skew.engagement-global.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- FES: Friedrich-Ebert-Stiftung (2014). *Kommunalpolitik verstehen*. 7. Auflage Bonn: FES.
- Fridays For Future Hannover (2021). Forderungen von FridaysForFuture Hannover an die Region Hannover, alle ihre Kommunen und die Stadt Hannover 2021, <https://fridaysforfuture-hannover.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Haubner, O., Kuhn, S., Burger, A. & Ulrich, P. (2018). Wirkungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement in Kommunen. Leitfäden. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/MNK_Leitfaeden.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- International Federation for the Economy for the Common Good e.V. (o.J). Gemeinden und Regionen in der Gemeinwohl-Ökonomie, <https://web.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/gemeinden/> (zuletzt abgerufen am 20.08.2021).

- Landeshauptstadt Hannover (2016). Stadtentwicklungskonzept. »Mein Hannover 2030«, <https://www.hannover.de/Media/01-DATA-Neu/Downloads/Landeshauptstadt-Hannover/Politik/B%C3%BCrgerbeteiligung/Mein-Hannover-2030/Stadtentwicklungskonzept-%22Mein-Hannover-2030%22> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Lüttringhaus, M. (2003). Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. In M. Lüttringhaus & H. Richers (Hg.), *Handbuch aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis* (1-6). Bonn: Stiftung Mitarbeit.
- Meyer, C. & Haubner, R. (2020). Nachhaltige Mobilität für unsere Region! Partizipation von Jugendlichen bei kommunalen Entscheidungsprozessen. *Praxis Geographie*, 50(12), 24-29.
- Meyer, C. & Haubner, R. (2022). »WIR reden MIT« – Jugendliche partizipieren an der Entwicklung von Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte der Nachhaltigkeit. In J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Diringer & K. Fahrenkrug (Hg.), *Von Beteiligung zur Koproduktion. Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung*. Wiesbaden: Springer. (in Bearbeitung)
- NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2017). *Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Berlin: BMBF.
- Quenzel, G., Hurrelmann, K., Albert, M. & Schneekloth, U. (2019). Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort. In Shell Deutschland Holding (Hg.), *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort* (313-324). Weinheim: Beltz.
- Riedel, H., Haubner, O. & Wolinda, M (2020). Die SDG-Indikatoren und das SDG-Portal für Kommunen. In Bertelsmann Stiftung et al. (Hg.). *SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen* (6-21). 2., vollständig überarbeitete Auflage. Gütersloh: o.A.
- RNE: Rat für nachhaltige Entwicklung (2020). Kommunen als zentrale Akteure nachhaltiger Entwicklung, https://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/2020/11/20201120_RNE_Stellungnahme_an_den_StS-Ausschuss_fuer_Nachhaltige_Entwicklung_zur_kommunalen-Nachhaltigkeit.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation*. Berlin: WBGU.

Wilhelmy, S. & Turmann, A. (2016). Globale Fragen erfordern lokale Antworten. Umsetzung der 2030- Agenda für nachhaltige Entwicklung in Kommunen. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 8-2016 von Weltsichten* (Global Nachhaltige Kommune. Kommunen engagieren sich für Nachhaltigkeit in der Einen Welt), 3-5.

Wilhelmy, S. & Turmann, A. (2019). Kommunen als Akteure des Wandels. Umsetzung der Sustainable Development Goals auf lokaler Ebene. *Dossier als Beilage zur Ausgabe 10-2019 von Weltsichten* (Agenda 2030 vor Ort. Kommunen zeigen, wie es geht), 3-6.

Ein Dashboard für eine partizipative Entwicklung nachhaltiger Kommunen

Busso Grabow

Nicht erst mit dem WBGU-Hauptgutachten (steht für: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen) aus dem Jahr 2016 (WBGU, 2016) wurde deutlich: Städte und Gemeinden sind die Orte, von denen es abhängt, ob die große Transformation in Richtung Nachhaltigkeit gelingen wird.

Kommunen als zentrale Orte der Transformation

Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit werden vor allem auf kommunaler Ebene manifest – bei den Themen Daseinsvorsorge, Bauen, Wohnen, Arbeiten, Mobilität, Alltagskonsum, Produktion, Bildung, Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und vielen anderen mehr. All das ist lokal und regional verankert. Umgekehrt zeigen sich vor Ort wie im Brennglas viele Nachhaltigkeitsherausforderungen: »ökologische Probleme« wie Luftverschmutzung, Treibhausgasemissionen und Klimafolgen, »soziale Brennpunkte« wie Armut, Ausgrenzung und fehlende Teilhabe sowie negative »ökonomische Entwicklungen« wie Arbeitslosigkeit oder fiskalische Notlagen. Jahrhundertereignisse wie die Corona-Pandemie machen die Anfälligkeit der Kommunen gegenüber Krisen deutlich. Gesundheitsämter, Krankenhäuser, Schulen, Kitas oder der öffentliche Nahverkehr kommen schnell an ihre Grenzen. Zugleich zeigen die Ereignisse rund um solche Krisen, dass Kommunen sich nachhaltiger, suffizienter und resilienter aufstellen müssen, um auch in unsicheren Zeiten ihren Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten. Nachdrückliche Bekenntnisse dazu finden sich beispielsweise in der Neuen Leipzig-Charta (BMI, 2020) oder im Beschluss des Deutschen Städtetages »Nachhaltige Stadt – ein Zukunftsvertrag für die Städte« (vgl. Deutscher Städtetag, 2020).

Kommunen sind kein Körper aus einem Guss, sondern ein kompliziertes Akteursgeflecht aus Verwaltung, Stadtpolitik, kommunalen Unternehmen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft (vgl. Grabow und Nedden, 2018). Die Vielzahl der Akteur*innen erschwert zwar manches, birgt aber auch ein großes Potenzial für innovative Lösungen. Die vielfältigen Zielkonflikte, die politischen Entscheidungen inhärent sind, lassen sich nur im Diskurs behandeln und bewältigen. In Kommunen ist eine systemische Perspektive notwendig, etwa auf die Wechselwirkungen von Gesundheit, Klimawandel, sozialem Zusammenhalt, sozialer Ungleichheit, ökologischen Belastungen und ökonomischer Tragfähigkeit. Der systemische Blick lenkt den Fokus auf die Wechselwirkungen von Nachhaltigkeitsdimensionen und Handlungsfeldern. Er rückt damit auch die Zielkonflikte und den Umgang mit ihnen im System in den Vordergrund der Betrachtung. Ein klarer normativer und ethischer Kompass der Politik ist hier zwingend erforderlich – auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

In den Kommunen und ihren Quartieren ist es am ehesten möglich, Bürger*innen, aber auch die lokal verankerte Wirtschaft direkt anzusprechen. Hier sind die Konsequenzen fehlender Nachhaltigkeit im Handeln direkt wahrnehmbar. Das sorgt dafür, dass die Handlungsbereitschaft und die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen tendenziell hoch sind (vgl. ebd.). Vor Ort sind Anreize für notwendige Verhaltensänderungen am wirkungsvollsten. Kommunen als »dritte staatliche Ebene« bieten Möglichkeiten zum Experimentieren, Vergleichen und Auswählen erfolgreicher Konzepte für nachhaltige Entwicklung. Dort können große Potenziale gehoben werden. Wenn die Kommunen nicht neu und besser dazu befähigt werden, zu Orten der Transformation zu werden, lassen sich die nationalen und globalen Nachhaltigkeitsziele, wie sie etwa in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (Bundesregierung, 2021) oder in der Globalen Agenda 2030 (Vereinte Nationen, 2015) festgehalten sind, nicht erreichen.

Partizipation als Grundlage nachhaltiger Entwicklung

Nachhaltige Entwicklung und Partizipation werden vielfach in einen engen Zusammenhang gestellt, häufig mit dem Hinweis auf die gemeinsame Verantwortung für die Welt und die Notwendigkeit der Kooperation (Heinrichs et al., 2011). Schon in der Agenda 21 von 1991 wird explizit in der Präambel von Teil 3 »Stärkung und Rolle wichtiger Gruppen« darauf hingewiesen:

»Ausschlaggebend für die wirksame Umsetzung der Ziele, Maßnahmen und Mechanismen, die von den Regierungen in allen Programmbereichen der Agenda 21 gemeinsam beschlossen worden sind, ist das Engagement und die echte Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen. Eine der Grundvoraussetzungen für die Herbeiführung nachhaltiger Entwicklung ist die umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung. [...] Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen sollten Zugang zu umwelt- und entwicklungsrelevanten Informationen haben, die sich in Händen nationaler Stellen befinden, so auch Informationen über Produkte und Aktivitäten, die maßgebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben oder wahrscheinlich haben werden, sowie Informationen über Umweltschutzmaßnahmen.« (Vereinte Nationen, 1992)

Auf dem UN-Weltgipfel 1991 in Rio de Janeiro wurde erstmals die lokale Ebene adressiert: Die hier verabschiedete Agenda 21 benannte eine Vielfalt von möglichen Maßnahmen in Kommunen und Regionen. Hauptsächlich adressiert wurden die Länder, während den Kommunen als selbstständigen Akteurinnen zunächst eine eher untergeordnete Rolle zugeschrieben wurde. Daraus haben die Kommunen dann die Lokale Agenda 21 (»Global denken – Lokal handeln«) als ihren eigenständigen Beitrag abgeleitet: ein erster Meilenstein für die Entwicklung nachhaltiger Städte und eines nachhaltigen Gemeinwesens. Die aktuelle, globale Referenz für eine große Transformation (auch) auf kommunaler Ebene ist die 2015 in New York verabschiedete Agenda 2030 mit ihren 17 globalen Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals [SDGs]) und den entsprechenden 169 Unterzielen. Dort finden sich ähnliche Passagen wie in der Agenda 21 und es wird ebenso auf die wichtige Rolle von nicht-staatlichen Akteur*innen und die Notwendigkeit der Kooperation hingewiesen:

»Wir sind uns der Rolle bewusst, die der breitgefächerte Privatsektor – von Kleinunternehmen über Genossenschaften bis zu multinationalen Unternehmen – sowie die Organisationen der Zivilgesellschaft und philanthropische Organisationen bei der Umsetzung der neuen Agenda spielen werden.« (Vereinte Nationen, 2015)

Die Regierungen tragen also die Hauptverantwortung für die »Weiterverfolgung und Überprüfung« der Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele und Zielvorgaben der Agenda 2030 auch auf regionaler Ebene. Sie wollen und sollen systematisch ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber den Bürger*innen

nachkommen. Konkret heißt es in SDG 16 »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen« (in den Unterzielen 8 und 10): »Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist« und »[d]en öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten [...]«. (Ebd., S. 27f.)

Damit sind die Bezüge eindeutig und legen gleichzeitig nahe, welche Formen der Partizipation eigentlich gemeint sind. Nach der »Partizipationsleiter« beginnt Beteiligung bei der Information, reicht von Konsultation und (inszenierter) Mitwirkung, über partnerschaftliche Kooperation und Abgabe von Macht, bis zur vollständigen Bürgermacht (Nanz und Fritsche, 2012) – mit jeweils steigendem Grad der Beteiligung und Übergabe von Entscheidungsverantwortung an die Zivilgesellschaft. Partizipation ist also – gemessen an dem normativen Rahmen der UN – auf fast allen Stufen elementarer Bestandteil nachhaltigen Handelns: Information, Konsultation, Kooperation und echte Beteiligung an der Entscheidungsfindung (Mitentscheidung).

Beteiligung braucht Information, Transparenz und Bereitschaft

Es gibt zwei Grundbedingungen für alle Formen der Beteiligung: Es braucht

- die Bereitschaft vonseiten der öffentlichen Hand (Politik und Verwaltung), Beteiligung nicht nur zu ermöglichen, sondern sie auch aktiv einzufordern;
- die Bereitschaft und den Willen vonseiten der Bürger*innen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wirtschaftsvertreter*innen und anderer Akteur*innen, sich zu beteiligen und zu engagieren.

Beides ist nicht selbstverständlich. Für Politik und Verwaltung ist Beteiligung »anstrengend«. Sie setzt das Interesse voraus, Entscheidungsgrundlagen transparent zu machen, die Bürger*innen zu informieren, ihre Meinung einzuholen, diese Meinungen bei der eigenen Politikgestaltung auch über Partei- oder Partikularinteressen hinaus zu berücksichtigen und gegebenenfalls auch Mitentscheidung zu gewähren. Auf der Seite der Zivilgesellschaft sind es insbesondere die Faktoren Betroffenheit, persönliches Interesse, Informationsverhalten, Wissensstand und Milieu, die das Ausmaß und die Art der Beteiligung bestimmen.

Schließlich ist ein gemeinsamer normativer Orientierungsrahmen in der Mehrheit der Politik und der Bevölkerung wichtig für erfolgreiche Beteiligung. Er ist mit dem Willen, eine ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigere Gesellschaft gestalten zu wollen, vorhanden – zumindest auf dem Papier und in den Meinungsbekundungen. Im Jahr 2017 stuften 81 Prozent der Bürger*innen das Thema Nachhaltigkeit als persönlich wichtig ein. Immerhin zwei Drittel signalisierten eine große Bereitschaft, sich für mehr Nachhaltigkeit einzusetzen. Jede*r zweite Deutsche (57 Prozent) hatte zum Zeitpunkt der Befragung allerdings nicht das Gefühl, dass sich die Politik der eigenen Stadt oder Gemeinde besonders für eine nachhaltige Entwicklung engagiert (Bertelsmann Stiftung, 2017).

Der Beitrag hier ist nicht der Ort, sich intensiver mit den genannten Aspekten gelingender Beteiligung auseinanderzusetzen. Stattdessen geht es insbesondere um die erste Stufe auf der Partizipationsleiter – um die adäquate und umfassende Information aller Menschen, die in ihren beruflichen oder privaten Zusammenhängen Entscheidungen für oder gegen eine nachhaltige Entwicklung treffen. Zu dieser Information gehört es auch, transparent zu machen, ob wir lokal, regional, national, international und global Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit erzielen oder Rückschläge erleiden.

In der Agenda 2030 wird erklärt: »Es bedarf hochwertiger, zugänglicher, aktueller und zuverlässiger aufgeschlüsselter Daten, um die Fortschritte zu messen und sicherzustellen [...]« (Vereinte Nationen, 2015). Solche Daten seien von grundlegender Bedeutung für die Entscheidungsfindung. In dem Bewusstsein, dass für viele der Zielvorgaben nach wie vor keine Basisdaten verfügbar sind, verpflichten sich die Staaten dazu, dieses Defizit der mangelnden Datenerhebung zu beheben, insbesondere bei Zielvorgaben, bei denen keine klaren numerischen Werte vorgegeben sind, wie etwa zum Ziel »Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden« (ebd.).

Was nicht gesagt wird (auch nicht in der *Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie*): Auch in der Fortschrittsmessung sollte Partizipation in Form des Gehörtwerdens eine wichtige Rolle spielen. Schließlich sind die Ziele in der Präambel der Agenda 2030 klar artikuliert: Alle Menschen sollen im Rahmen der planetaren Grenzen ihr Potenzial in einer gesunden und friedlichen Umwelt voll entfalten können, ohne Armut und Hunger und in Würde und Gleichheit. Sie sollen ein von Wohlstand geprägtes und erfülltes Leben genießen können (ebd., S. 2). Daher sollten die Menschen auch gefragt werden, ob sie das

so wahrnehmen und Fortschritte in der subjektiven Lebenswirklichkeit verzeichnen.

Nachhaltigkeit vor Ort messen – Möglichkeiten, Grenzen, Perspektiven

Nachhaltigkeit zu messen, ist Herausforderung und Aufgabe zugleich – bei jedem einzelnen kommunalen Handlungsfeld und bei allen Aktivitäten von privaten und privatwirtschaftlichen Akteur*innen. Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Hilfestellungen, was im konkreten Einzelfall getan werden kann. Ebenso wichtig ist es aber auch, herauszufinden, wie – unabhängig von einzelnen Aktivitäten, Investitionen, Vorhaben oder Projekten – beurteilt werden kann, welche Fort- oder Rückschritte insgesamt zu verzeichnen sind, gemessen an den Zielen der Agenda 2030 und an den Zielen, die sich (in Erweiterung dazu) jede einzelne Kommune gesetzt hat. Die zurzeit beste Grundlage dafür bieten zunächst die SDG-Indikatoren, die im Rahmen der Arbeitsgruppe »SDG-Indikatoren für Kommunen« in den letzten Jahren konzeptionell erarbeitet, begründet, festgelegt und mit Daten hinterlegt wurden (Riedel et al., 2020). Sie stehen im SDG-Portal für Kommunen jeder und jedem Interessierten zur Verfügung (Bertelsmann Stiftung, o.J.).

Bezug genommen wurde unter anderem auf eine Vielzahl von Quellen und bereits vorhandene Indikatorkataloge im globalen, internationalen und nationalen Maßstab. Die SDGs wurden mit ihren Unterzielen im Detail beispielsweise darauf geprüft, ob sie wesentliche Probleme und Herausforderungen in deutschen Kommunen oder in Kommunen des Globalen Südens ansprechen und ob sie von den Kommunen per eigener Aufgabenkompetenz gelöst bzw. bewältigt werden können. Für die Auswahl der Indikatoren wurden die Kriterien Validität, Datenverfügbarkeit und -qualität sowie deren Beitrag zur Wirkungsmessung herangezogen.

Insgesamt enthält der aktuelle Katalog 120 SDG-Indikatoren. Davon sind 56 Indikatoren flächendeckend gut verfügbar. 64 Indikatoren sind hingegen bisher flächendeckend (noch) nicht zugänglich. Der Indikatorenkatalog bildet für die kommunale Ebene in Deutschland den State of the Art und wird kontinuierlich weiterentwickelt. Wenn er aber an dem Ziel gemessen wird, Fort- oder Rückschritte in der Nachhaltigkeit umfangreich und vollständig beurteilen zu können, dann zeigt sich, wie weit entfernt davon die Ergebnisse sind. Hier nur einige Beispiele dafür:

- Für viele der SDGs mit ihren Unterzielen gibt es bisher noch keine zufriedenstellenden, flächendeckend verfügbaren Messgrößen. Die Möglichkeiten zur Gewinnung von Daten aus »alternativen« Quellen oder frei zugänglichen Daten (*open data*) beginnen sich gerade erst abzuzeichnen.
- Nicht selten finden Messgrößen Verwendung – in Ermangelung besserer –, die allein wenig geeignet sind, Sachverhalte adäquat abzubilden. Ein Beispiel ist der Wohlstandsindikator Bruttoinlandsprodukt. In der Agenda 2030 verpflichtet sich die Weltgemeinschaft daher dazu, alternative und ergänzende Wohlstandsmaße zu entwickeln.
- Es werden zu wenige Bezüge zwischen den Zielen beziehungsweise Indikatoren hergestellt, etwa zwischen dem Flächenverbrauch und der Wohnungsversorgung. Solche *interlinkage*-Indikatoren würden zur Abbildung von Wirkzusammenhängen und Zielkonflikten zwischen ausgewählten SDGs, Unter- oder Einzelzielen beitragen.
- Der Fokus liegt auf quantitativen, objektiven Messwerten, ohne zu berücksichtigen, dass die Einschätzungen der Bürger*innen, gemessen als subjektive Indikatoren, gegenüber objektiven Fakten oft bessere, zumindest aber ergänzende Erkenntnisse bringen (Grabow, 2006). Ein gutes Beispiel dafür sind die regelmäßigen Umfragen zur Lebensqualität in europäischen Städten (Eurostat, o.J.) und die darauf aufbauende koordinierte Umfrage zur Lebensqualität in deutschen Städten der Städtestatistiker (VDSt, o.J.).

Damit enden jedoch die Möglichkeiten und Entwicklungsperspektiven der Partizipation beim Monitoring nachhaltiger Entwicklung noch lange nicht. Erst wenn die Mitwirkung der Bürger*innen gewünscht ist und ihre Meinung darüber eingeholt wird, welche Sachverhalte vor Ort gemessen oder transparenter gemacht werden sollen, ist der erste Schritt über die reine Informationssammlung hinaus getan. In der Vergangenheit wurden entsprechende Fragestellungen wissenschaftlich und praktisch nur sporadisch aufgegriffen. Indikatorensysteme zur Nachhaltigkeitsmessung wurden und werden kaum im Rahmen von Konsultationsprozessen eingesetzt und dienen im Regelfall weder der Kooperation (Gemeinschaftsbildung) noch der echten Beteiligung an der Entscheidungsfindung (Aushandlung) (Wittek, 2002). Dass es auch anders geht, zeigen Überlegungen, die bereits 2001 in einem Hamburger Pilotprojekt angestellt wurden. Vorgeschlagen wurde, die Berichterstattung unterschiedlicher Ebenen zu verknüpfen (Haushalte, Unternehmen, amtliche Statistik) und in einen Aushandlungsprozess in der Region einzutreten, um rele-

vante und wünschenswerte Bereiche der Berichterstattung zu evaluieren. Dazu sollten geeignete Konzepte der Beteiligung eingesetzt werden, etwa eine Kombination von »Search Conferences« mit Fokusgruppen und Lernzirkeln (Wittek, 2002, S. 104).

Fazit: Ein Nachhaltigkeits-Dashboard für Kommunen

Trotz manch ambitionierter Projekte (UN- und EU-Indikatorsets, Nationale Berichtsplattform zu den SDGs, SDG-Portal für Kommunen) sind wir noch weit davon entfernt, mit wirklich validen und aussagekräftigen Indikatoren messen zu können, wie es mit der Nachhaltigkeit, mit der Umsetzung der SDGs global, national, regional und lokal bestellt ist. Was wäre, wenn es – angelehnt an die erfolgreichen und milliardenfach angeklickten Dashboards des RKI und der John-Hopkins-University zu Corona – ein Nachhaltigkeits-Dashboard für all die mehr oder weniger ausgeprägten, oft lebensbedrohlichen Krankheitssymptome unserer Welt gäbe? Was wäre, wenn das nationale oder globale Dashboard ergänzt werden würde durch regionale und lokale Dashboards, die Stärken und Herausforderungen vor Ort abbilden? Alle Akteur*innen, die Verantwortung übernehmen müssen und wollen, müssten sich an den Entwicklungszahlen in den Nachhaltigkeits-Dashboards messen lassen.

In ein solches Nachhaltigkeits-Dashbord sollten im Sinne der Konsultation der Bürger*innen subjektive Indikatoren standardmäßig einbezogen werden. Repräsentative Befragungen der Menschen über ihre Lebenszufriedenheit und über ihre Wünsche an Kommune und Staat im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung wären dafür eine hervorragende Grundlage. Die Mittel, die dafür eingesetzt werden müssten, würden nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was aktuell zur Bewältigung der Coronakrise ausgegeben wird. Wenn es darüber hinaus noch gelänge, die Berichtssysteme vor Ort partizipativ zu ergänzen, würde die Bereitschaft vieler Menschen wachsen, sich aktiv für die notwendige Transformation von Gesellschaft und Wirtschaft einzusetzen.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2017). *Monitor Nachhaltige Kommune. Bericht 2017. Schwerpunktthema Digitalisierung*. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (o.J.). *SDG-Indikatoren für Kommunen entdecken*, <https://sdg-portal.de/de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- BMI: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020). *Neue Leipzig Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklarungen/neue-leipzig-charta-2020.html> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Bundesregierung (Hg.) (2021). *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Weiterentwicklung 2021*, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/998006/1873516/3d3b15cd92d0261e7a0bc8f43b7839/2021-03-10-dns-2021-finale-langfassung-nicht-barrierefrei-data.pdf?download=1> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- DST: Deutscher Städtetag (2020). *Nachhaltige Stadt – ein Zukunftsvertrag für die Städte. Beschluss des Präsidiums*, <https://www.staedtetag.de/positionen/beschluesse/nachhaltigr-stadt-ein-zukunftsvertrag-fuer-die-staedte-2020> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Eurostat: Statistisches Amt der Europäischen Union (o.J.). *Umfrage über Lebensqualität in Städten*, <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/cities/perception-surveys> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Grabow, B. & Nedden, M.z. (2018). *Können Kommunen Nachhaltigkeit lernen?* In Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hg.), *Nachhaltigkeitsalmanach 2018: Thesen und Taten. Transformation!* (96-105). Berlin: o.V.
- Grabow, B. (2006). *Städterankings – strategische Entscheidungshilfe statt Siegerwettbewerb*. In Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.), *Brennpunkt Stadt. Lebens- und Wirtschaftsraum, gebaute Umwelt, politische Einheit* (397-420). Berlin: o.V.
- Heinrichs, H., Kuhn, K. & Newig, J. (Hg.) (2011). *Nachhaltige Gesellschaft. Welche Rolle für Partizipation und Kooperation?* 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nanz, P. & Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. (= Schriftenreihe/Bundeszentrale für Politische Bildung, 1200). Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Riedel, H. et al. (2020). *SDG-Indikatoren für Kommunen. Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen*

- Kommunen*. 2. vollständig überarbeitete Auflage, Bertelsmann Stiftung Gütersloh et al. (Hg.). Gütersloh, <https://repository.difu.de/jspui/handle/difu/578999> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- VDS: Verband Deutscher Städtestatistiker (o.J.). Koordinierte Umfrage zur Lebensqualität, <https://www.staedtestatistik.de/arbeitsgemeinschaft/en/vdst/ag-umfragen/koordinierte-umfrage-zur-lebensqualitaet> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Vereinte Nationen (Hg.) (1992). Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung. Rio de Janeiro, Juni 1992, https://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Vereinte Nationen (Hg.) (2015). Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Resolution der Generalversammlung. A/RES/70/1. Generalversammlung, <https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016). *Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte*. Berlin: WBGU.
- Wittek, S., Feindt, P.H., Gessenharter W., Hoppe J., Seifert E.K. & Spilker, H. (Hg.) (2002). *Nachhaltigkeitsindikatoren und Partizipation*. Hamburg: Hamburg University Press Programm, <https://library.oapen.org/bitstream/id/755cd6a3-959b-4f99-9349-e6e60db2428d/1002346.pdf> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).

»Transforming our World«

Die Gemeinde Klixbüll in Schleswig-Holstein als »Community for Future«

Werner Schweizer

Der Staatsrechtler und Direktor des Landtages Schleswig-Holstein, Prof. Dr. Utz Schliessky, vertritt die These, der Staat habe grundsätzlich nur zwei Primäraufgaben – mehr nicht. Die erste Aufgabe betrifft die Gewährleistung der »äußeren Sicherheit«, die zweite Aufgabe die Gewährleistung der »inneren Sicherheit«. Wenn es dem Staat nicht gelingen würde, diese Aufgaben zu erfüllen, dann könne sich auch nahezu nichts anderes in diesem Staat positiv entwickeln. Diese These gilt meines Erachtens grundsätzlich für jeden Staat und um diese Aufgaben zu erfüllen, müssen die Sustainable Development Goals (SDGs), also die globalen Nachhaltigkeitsziele erfolgreich umgesetzt werden. Kein noch so starker Staat wird in der Lage sein, seine äußere Sicherheit langfristig zu gewährleisten, wenn die Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden. Die innere Sicherheit kann durch die Umsetzung der gemeinwohlökonomischen Prinzipien und Werte gestärkt werden. Die Gemeinwohlökonomie (GWÖ) ist werteorientiert und die Nachhaltigkeitsziele ist zielorientiert. Beide Systeme passen gut zusammen, denn ohne Werte als leitende Orientierungen wird es schwer, die Ziele zu erreichen und die Zukunft zu gestalten.

Von der Vision zur Umsetzung auf kommunaler Ebene

Die Bundesebene und besonders das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) haben große Anstrengungen unternommen, um die SDGs auf kommunaler Eben bekannt zu machen. So waren im Jahr 2018 alle 1120 Kommunen von Schleswig-Holstein zum

Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag (SHGT) eingeladen, um dort an Workshops des BMZ teilzunehmen. Teilgenommen haben beim ersten Durchgang nur fünf Gemeinden. Entsprechend gering ist bis heute der Bekanntheitsgrad der SDGs in der Bevölkerung. Meiner Einschätzung nach sind es nur zwischen drei bis fünf Prozent der Bevölkerung. Es stellt sich also die Frage: Wo ist der Werkzeugkasten für die Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene? Und genau diese Frage richtete ich am 6. Oktober 2017 an unseren Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier bei seiner Schleswig-Holstein-Tour. Wir waren uns einig, dass den Vereinten Nationen (UN) mit der Agenda 2030 ein großartiger Wurf gelungen war: 193 Staaten hatten die Zielsetzungen unterzeichnet. Wie aber die Umsetzung auf kommunaler Ebene gelingen könnte, war und ist bis heute ein ganz anderes Thema und eine sehr große Herausforderung. Damals brachte ich die Idee einer kommunalen GWÖ-Auditierung als eine Art Operationalisierung, als Werkzeugkasten und Lösungsansatz zur Umsetzung der SDGs ins Gespräch. Im Jahr 2018 haben wir diese Idee schließlich in unserer Gemeinde Klixbüll umgesetzt. Wie es dazu kam, ist Gegenstand dieses Beitrages.

Die erste, einfachste und gleichzeitig wichtigste Maßnahme zur Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene ist die Unterzeichnung der Agenda-2030-Resolution des Deutschen Städte- und Gemeindetages (DS-GT).¹ Dadurch wird zwangsläufig das Thema Nachhaltigkeit diskutiert und es beginnt die Auseinandersetzung mit dem Thema. Im Dezember 2017 gelang es unserer Gemeinde Klixbüll, einen einstimmigen Beschluss der Gemeindevertretung zur Unterzeichnung der Agenda-2030-Resolution herbeizuführen. Der Finanzausschussvorsitzende fragte verständlicherweise vor der Abstimmung, welche Kosten damit verbunden wären. Als er hörte, es würden keine Kosten entstehen, stimmte auch er dafür. Wie wirksam dieser Beschluss war, zeigte sich nach der Unterzeichnung: Gemeindevertreter*innen sind überwiegend Menschen mit ausgeprägtem Verantwortungsbewusstsein, die bemüht sind, ihre Zusagen und Beschlüsse auch einzuhalten. Zur inneren Haltung der Gemeindevertretung gehörte es demzufolge, die Nachhaltigkeitsziele ernst zu nehmen und sie nach Möglichkeit im eigenen Bereich auch umzusetzen. Im Herbst 2017 entschied sich die Gemeindevertretung Klixbüll zudem dazu, an dem für 2018 ausgeschriebenen Landes- und Bundeswettbewerb »Unser Dorf hat Zukunft« teilzunehmen. Die Arbeitsthese

1 Für die Landkarte der Zeichnungskommunen der Agenda 2030-Resolution siehe: <http://skew.engagement-global.de/zeichnungskommunen-agenda-2030.html>.

lautete: Ohne Nachhaltigkeit keine Zukunftsfähigkeit. Anhand der 17 SDGs auditierten wir unsere Gemeinde und waren erstaunt, in acht von 17 Zielen besonders gut aufgestellt zu sein. Das motivierte uns und spornte uns an, die SDGs auch ohne Wettbewerb stärker in die gemeindliche Alltagsarbeit und in Entscheidungsprozesse zu integrieren. Während des Jahres 2018 führten wir im Peer-Verfahren mit zwei weiteren Gemeinden eine GWÖ-Auditierung durch und beleuchteten unser Wertegerüst. Auch hier wurde deutlich, dass wir als Gemeinde grundsätzlich gut aufgestellt sind. Lediglich im Bereich der Beschaffung gab es Raum für Verbesserung. Allein 490 Milliarden Euro werden pro Jahr von der öffentlichen Hand der Bundesrepublik Deutschland für die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen ausgegeben, auf Bundes-, Landes-, Kreis-, Amts- und kommunaler Ebene. Daran wird ersichtlich, welch großer Hebel, wenn nicht der größte Hebel, im Bereich der Beschaffung zu finden ist. Hier lohnt es sich, nach Nachhaltigkeitsprinzipien zu handeln. Wenn sich die öffentliche Hand der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg macht, konsequent nachhaltig in allen Bereichen zu beschaffen, würde die Welt rasch und automatisch zu einer merkbar besseren Welt werden. Durch die Vorbildwirkung der öffentlichen Hand würden die Menschen auch ihre Verhaltensweisen anpassen, auch weil es viel einfacher wäre, nachhaltige Produkte zu finden. Ausgehend von unserem Einsatz ist eine Kooperation mit der Nordkirche im Bereich Beschaffung entstanden, aus der ein Tool für nachhaltige Beschaffung entwickelt werden konnte, das nun auch vom Kreis Nordfriesland genutzt wird. Das Land Schleswig-Holstein hat 2019 eine Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung eingerichtet.

Fünf Prinzipien der Gemeinde Klixbüll

In Klixbüll leben 1010 Menschen, im Amtsbereich schon 40.000 und auf Kreisebene sogar 165.000 Menschen. Die Beschäftigung mit den Themen Agenda 2030 und GWÖ sind mittlerweile von einer auf die andere Ebene übersprungen und so hat sich unter dem Strich sehr viel mehr entwickelt, als in einer einzelnen Gemeinde möglich gewesen wäre. Orientiert haben wir uns als Gemeinde an folgenden fünf Prinzipien: Leitbild, Berührungsprinzip, Prüfung, Zielsetzung und systematische Begegnung.

1. *Am Anfang steht das Wort Prinzip:* Dahinter verbirgt sich eine Art Leitbild und damit die Zielsetzung der Gemeinde. Wir mussten nichts Neues er-

finden, sondern definierten die SDGs als Ziele. Die GWÖ wollten wir als Wertegerüst nutzen, weil sie eine Wirtschaftsform ist, die anderen Menschen keinen Schaden zufügt. Damit haben wir eine klare Richtung als Orientierung für den zukünftigen Weg bestimmt.

2. *SDG-Berührungsprinzip*: Bei größeren Projekten und Vorhaben prüfen wir, welche SDGs von dem Vorhaben in welcher Weise berührt werden. Es ist ein sehr einfaches Prinzip, das anhand selbsterklärender SDG Piktogramme auch Menschen ohne Vorkenntnis anregt, mitzumachen. Bewertet wird mittels Plus- und Minuspunkten. Sie dienen auch dazu, bei der Entscheidung möglichst alle Belange checklistenartig zu berücksichtigen. Das Thema Mobilität berührt z.B. neun von 17 SDGs.
3. *SDG-TRIAD-Prüfung*: Diese Prüfung, welche durch die Gemeindevertretung durchgeführt wird, stellt die eigentliche Aufgabe für politisch aktive Menschen dar, unabhängig von der politischen Ebene. Es wird geprüft, ob Ökonomie, Ökologie und Soziales in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander stehen.
4. *Führung durch Zielsetzung*: Ein selbsterklärendes und einfaches Prinzip, das eine sichere Kontrolle über das Erreichte gewährleistet und aus dem neue Motivation generiert werden kann. Wir setzen uns zu Beginn einer Periode Ziele und generieren anhand der Zielerfüllung neue Motivation.
5. *Systematische Begegnung*: Diese Formen der Begegnung finden im Sinne von Beteiligung zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements statt und dienen dazu, staatliche Funktionsverluste zu reduzieren. Staatliche Funktionsverluste sind beispielweise unzureichende Verwaltungsleistungen, überlastete Gerichte, Pflichtfeuerwehren.... Einzelne Funktionsverluste wären unproblematisch, in der Menge jedoch bewirken sie erhebliche Glaubwürdigkeitsverluste, die zwangsläufig zu Politik-, Staats- und Demokratieverdrossenheit führen. Diese Verdrossenheit stärkt den Ruf nach Staatseuphoriker*innen, wie es in den USA, aber auch in Deutschland an den Erfolgen (rechts-)populistischer Parteien zu beobachten war. Begegnung ist ein erster wichtiger Schritt, um Beteiligung und Engagement zu initiieren. Aus diesem Grund führen wir systematisch Vortrags- und Veranstaltungsreihen zu relevanten Themen aus den Bereichen der SDGs durch. Da hierdurch auch Kosten entstehen, haben wir einen Haushaltstitel für Begegnung geschaffen. Zwischen 20 und 50 Vortragsteilnehmer*innen waren vor der Pandemie Standard. Derzeit rüsten wir technisch auf, um dieses Format in unserem »DörpsCampus« auch digital fortführen zu können. Der größte Erfolg dieser Bemühungen ist die Ent-

stehung einer »Solidarischen Landwirtschaft« auf 2,4 Hektar Kirchenland. Der Verein ist bereits gegründet und über 50 Menschen haben Interesse bekundet, aktiv werden zu wollen.

Bürgerschaftliche Teilhabe im wirtschaftlichen Sinne wird in Klixbüll seit 1993 praktiziert. Der erste Windpark mit neun Windkraftanlagen der 500-KW-Klasse wurden ausschließlich von Bürger*innen der Gemeinde initiiert, gebaut, bezahlt und betrieben. Die Gemeinde ist Gesellschafterin. Unser Testfeld für Entwicklung und Erprobung von Höhenwindkraftanlagen bis zu Flughöhen von 2500 Fuß ist ein Novum in ganz Europa. Dieses Prinzip stärkt die Gemeinde in vielfacher Hinsicht und trägt zur Bildung einer starken Institution bei. Damit kommen wir dem Ziel von SDG 16 »Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen« immer näher. Die Gemeinde profitiert von der Gewerbesteuer, den Gewinnausschüttungen an die Gemeinde, den höheren Zuweisungen aus der Einkommenssteuer der Bürger*innen und von der Erhebung einer Schürfgeldgebühr (für die Nutzung der Luftmoleküle zur Erzeugung von Strom).

Gleichzeitig bietet diese Unternehmung eine Bildungsplattform in den Bereichen »Bezahlbare und saubere Energie« (SDG 7) und »Maßnahmen zum Klimaschutz« (SDG 13). Die Bereiche »Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum« (SDG 8) und »Industrie, Innovation und Infrastruktur« (SDG 9) werden durch die finanziellen Mittel der Gesellschaft ebenfalls befruchtet. Mittlerweile gibt es eine zweite Energiegesellschaft in Bürger*innenhand, an der über 180 Menschen beteiligt sind. Durch dieses Beteiligungsmodell ist die Gemeinde trotz der geringen Einwohner*innenzahl in der Lage, eine eigenständige Grundschule mit 110 Kindern, eine eigenständige Kita und ein von Abwärme beheiztes Freibad zu betreiben, in dem alle Schulkinder schwimmen lernen können. Damit erfüllen wir auch die Ziele »Gesundheit und Wohlergehen« (SDG 3) und »Hochwertige Bildung« (SDG 4). Innerhalb der Schule gibt es ein starkes Schüler*innenparlament und eine Gruppe »Plant for the planet«. Somit wirken die Kinder sehr positiv auf die Elternschaft mit ihren Nachhaltigkeitsthemen.

Doch welches SDG ist das wichtigste? Darüber wurde in den Arbeitsgruppen der UN heftig diskutiert. Einigen konnten sich die Teilnehmenden schließlich auf SDG 13, die »Maßnahmen zum Klimaschutz«. Denn es ist klar, wenn dieses Ziel nicht erreicht wird, werden die anderen Ziele irrelevant. Auch wir haben uns dieses Ziel gesetzt. So sind im Innenraum und an der Fassade unserer Kirche die Flutmarken der »Großen Manntränken« (Sturm-

fluten) angebracht, damit alle Menschen leicht nachvollziehen können, was ein Meeresspiegelanstieg heute für uns bedeuten würde. Wenn die Deiche nicht halten, dann müssten wir alle unsere Heimat verlassen und anderswo neue Wurzeln schlagen. Das kommunale Gebilde Klixbüll und anderer Gemeinden wäre nicht mehr existent.

Obwohl diese Zusammenhänge gerade in Küstennähe offensichtlich sind, ist die *situational awareness* noch nicht bei allen Menschen ausgeprägt. Das subjektive Sicherheitsempfinden ist in der Regel größer, als die objektive Sicherheit es gebieten würde. Die eigentliche Aufgabe des Situationsbewusstseins ist es, die subjektive Sicherheitsempfindung mit der objektiven Sicherheit zur Deckung zu bringen. Dies könnte bei überängstlichen Menschen Ängste abbauen und bei den Unbedachten mehr Aufmerksamkeit bewirken. Wenn dies gelänge, wäre bestmögliche Sicherheit geschaffen. *Situational awareness* ist also ein wichtiger Schlüssel für den Erfolg in der Umsetzung der SDGs und somit auch für die Sicherheit und für ein gutes Leben aller Menschen.

Nachhaltige (Mit-)Wirkung nach innen

Der Film »Hinterm Deich wird alles gut« hat den Prozess der »Gemeinwohlökonomischen Auditierung« ein Stück weit dokumentiert und diente somit gleichzeitig als Mittel zur Stärkung des Situationsbewusstseins für nachhaltiges Verhalten. Er eignet sich gut dazu, einen Einstieg in das Thema Gemeinwohlökonomie zu finden. Auch die Mitgliedschaft unserer Gemeinde im »GWÖ-Verein Nord« in Hamburg stärkt die *situational awareness* genauso die Teilnahme am »Alternativen Wirtschaftsgipfel« in Bozen und am »Best Economy Forum 2021«. Dort kommen Unternehmen, Organisationen und Kommunen aus der ganzen Welt zusammen, die sehr konsequent einen nachhaltigen Weg gehen. Das zu erleben, stärkt jeden Teilnehmer*in. Gleichzeitig werden Manifeste erarbeitet, die in die politischen Ebenen weitergegeben werden. Die Einladung der Gemeinde Klixbüll zur UN-Klimakonferenz 2017 nach Bonn (COP23) war ebenfalls ein wichtiges Zeichen nach innen. So kann die Arbeit bei uns vor Ort erkannt, multipliziert und partnerschaftlich ge-

nutzt werden, ganz im Sinne von SDG 17 »Partnerschaften zur Erreichung der Ziele«. ²

Hilfreich und wirkungsvoll sind auch die Teilnahmen an Wettbewerben zu Nachhaltigkeitsthemen. So haben wir mit unserem E-Carsharing-System »DörpsMobil« sehr viel Aufmerksamkeit erregt – sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene (vgl. Abb. 2 und Abb. 3). Erst kürzlich wurde das Projekt in das Nachschlagewerk des Bundesinnenministeriums »MOBILIKON« aufgenommen. Das Land Schleswig-Holstein hat sich wissenschaftlich mit unserem Mobilitätsmodell für den ländlichen Raum auseinandergesetzt und einen »DörpsMobil«-Manager fest angestellt, der die Aufgabe hat, das Modell in möglichst vielen Gemeinden in Schleswig-Holstein zu etablieren.

*Abbildung 1-2: Mobilitätsstation im zweitwagenfreien Baugebiet mit Dach-PV und 2*22 KW-Ladesäule und: »DörpsMobil« als SDG-Botschafter*



Foto: W. Schweizer.

Was vor allem aber zählt, um die SDGs zu erreichen, sind die Menschen in der Gemeindevertretung, die im legislativen, judikativen und exekutiven Bereich die Weichen stellen. Sie entscheiden, wie sich eine Gemeinde entwickelt und welche Themen sie aufgreift. Somit ist es nicht einerlei, wer in einer Gemeindevertretung sitzt. Es ist sehr viel einfacher und effizienter, Themen, die aus der Gemeindevertretung kommen, umzusetzen, als Themen, die von

2 Weitere Informationen und die Gemeinwohl-Matrix 5.0 und ihre Schnittstellen mit den SDGs unter: <https://christian-felber.at> und <https://web.ecogood.org/de/>.

außen eingebracht werden und erst einmal die Aufmerksamkeit der Gemeindevertretung erlangen müssen. Die Schlussfolgerung daraus lautet: Aufrufen und selber mitmachen! Das ist zwar mit Arbeit und Engagement verbunden, aber dennoch die beste Möglichkeit, konstruktiv an einer Verbesserung der Welt mitzuwirken. In Vorbereitung auf die nächste Kommunalwahl 2023 erstellt die Gemeinde Klixbüll Werbespots unter dem Arbeitstitel »Lang genug geschlafen«. Auf lustige, fröhliche, tiefgründige Weise wird darin Lust auf die Arbeit in der Gemeindevertretung gemacht. Unsere »Akademie für ländliche Räume« will das Projekt unterstützen. Wir brauchen mehr Menschen in der Politik, die bis zum Ende denken. Deshalb haben wir in Klixbüll die »Zuendedenkerunion« geschaffen. Hier können alle Menschen mitwirken, die Lust haben, Themen tiefgründig anzugehen. Gleichzeitig gibt es den »Trippel-K«, den »Klixbüller Kreativ Kreis« oder »Spinnerkreis«. Er hat sich aus der Schulernterschaft entwickelt. In diesem Kreis darf völlig losgelöst von allen Einschränkungen gedacht und auch gesponnen werden. Werden dort gute Ideen entwickelt, werden sie an die »Zuendedenkerunion« weitergereicht, wo sie dann zu Ende gedacht und auf ihre Umsetzung geprüft werden. So ist z.B. auch der »DörpsCampus Klixbüll« entstanden – ein Ort des Lebens, des Lernens und der Begegnung.

In Planung ist außerdem ein zweitwagenfreies Baugebiet. Dieser Vorschlag wurde von einem eher konservativen Gemeindevertreter geäußert und bei der Klausurtagung aufgegriffen. Zwar können wir den Zweitwagen nicht verbieten, aber wir machen mitten im Baugebiet ein interessantes Carsharing-Angebot, verbunden mit einer kleinen Mobilitätsstation, die mit Photovoltaik-Modulen belegt ist. Damit erzeugen wir Strom für 45.000 Kilometer im Jahr und ergänzen das differenzierte Ladeleistungssystem unserer Gemeinde. Es stehen nun insgesamt zehn Ladesäulen im Ort zur Verfügung.

Nachhaltige (Mit-)Wirkung nach außen

Diese Wirkungen nach innen haben sich auch an anderer Stelle ausgewirkt. So hat sich aufgrund unseres Engagements ein touristisches Unternehmen in unserem Ort niedergelassen, das auf Fahrradtourismus spezialisiert ist. Sitz des Unternehmens ist nun der »Kirchenhof für Solidarische Landwirtschaft« in Klixbüll. Eine fruchtbringende Koexistenz hat ihren Anfang genommen. Das ist wichtig, um allen Skeptiker*innen zu zeigen, dass auch eine positi-

ve ökonomische Entwicklung durch nachhaltiges Verhalten entstehen kann. Eine Masterarbeit der Universität Hamburg zum Thema sozial-ökologische Transformation in der Gemeinde Klixbüll zeigt überdeutlich, wie langwierig Prozesse sein können und wie viele Widerstände es zu überwinden gilt. Sie zeigt aber auch, dass diese Widerstände überwunden werden können.

Abbildung 3-5: Klixbüller Sekt als Give-away bringt die Ziele ins Gespräch, Kompost-toilette für Gäste am Klixbüller Rathaus und Bitte nicht zündeln!



Fotos: W. Schweizer; R. Schweizer.

Fazit

Weshalb ist es oft so schwer, Menschen für Themen zur nachhaltigen Entwicklung zu begeistern? Dazu muss zunächst die Frage beantwortet werden, welche Personengruppen innerhalb einer Gesellschaft das ausgeprägteste Umweltverhalten zeigen. Sind es Mediziner*innen, Professor*innen, Theolog*innen, Akademiker*innen oder Feuerwehrleute? Die Antwort erstaunt eigentlich kaum: Es sind Menschen, die sich die Frage stellen, was bewirke ich mit meinem Tun, was ist die Konsequenz meines Handelns. Leider machen in jeder Bevölkerungsgruppe diese sogenannten *quest types* nur ungefähr fünf Prozent aus. Wie soll bei dieser Voraussetzung eine Transformation hin zu einer besseren Welt gelingen? Die gute Nachricht: Die *quest types* sind in der Regel auch Trendsetter*innen. Sie bringen Veränderung voran. Sie geben Hoffnung und Zuversicht, dass Veränderung möglich ist, und machen Mut, selbst aktiv

zu werden. *Nothing beats success!* Das ist nicht nur ein netter Slogan, er enthält zweifelsfrei auch eine wahre Aussage. Wo Erfolg sichtbar wird, wollen viele Menschen gerne dabei sein. Deshalb ist es wichtig, Nachhaltigkeitsprojekte gut vorzubereiten, damit sie Erfolg haben, eine starke Wirkung nach außen und innen entfalten und zur Identifikation beitragen können.

»Raus aus dem Dilemma!«

Methoden zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit

Birgit Böhm, Linda Böhm, Fabian Böttcher, Frauke Richter, Christiane Sell-Greiser

Kommunen befinden sich häufig in einem Dilemma. Sie bewegen sich in einem komplexen Geflecht aus Vorschriften und Zielvorgaben unterschiedlicher politischer Ebenen. Nationale, regionale und eigens gesetzte lokale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung sind durch die kommunale Politik und Verwaltung umzusetzen. Auch internationale Ziele übergeordneter Strategien, wie z.B. die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen spielen eine wichtige Rolle. Nicht immer stehen diese Ziele in Einklang miteinander. Dies erschwert die gleichwertige Realisierung der Ziele für die Kommune – Zielkonflikte der Nachhaltigkeit treten auf.

Die Auseinandersetzung mit Zielkonflikten der Nachhaltigkeit und die Suche nach Lösungsansätzen auf kommunaler Ebene sind von hoher Relevanz, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu wahren und die nachhaltige Entwicklung zu sichern. Der Forschungsverbund »LAZIK N²⁰³⁰« entwickelte und erprobte in einem partizipativen Prozess mit Bürger*innen (insb. Jugendlichen/Schüler*innen), Politik- und Verwaltungsvertreter*innen sowie Expert*innen verschiedene partizipative Entscheidungsfindungsmethoden, die zur Lösung von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene beitragen sollen.

Dieser Beitrag vermittelt ein grundlegendes Verständnis von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit sowie erste praxisbezogene Methoden zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit im kommunalen Kontext.

Infobox 1: Projektbeschreibung

Das Forschungsvorhaben »LAZIK N²⁰³⁰ – LösungsAnsätze Zielkonflikte für Nachhaltige Entwicklung 2030« ist ein Vorhaben der BMBF-Fördermaßnahme »Kommunen innovativ«. Im Forschungsvorhaben kooperierte die niedersächsische Samtgemeinde Barnstorf mit der Stadt Sandersdorf-Brehna aus Sachsen-Anhalt. Wissenschaftliche Partner im Verbund sind das Fachgebiet Didaktik der Geographie der Leibniz Universität Hannover sowie die Wirtschafts- und Sozialgeographie der Universität Greifswald. Begleitet wird das Forschungsvorhaben von der Arbeitsgemeinschaft »Consultants Sell-Greiser« und »mensch und region«.

Was sind Zielkonflikte der Nachhaltigkeit?

Ein Zielkonflikt liegt vor, wenn die Entscheidung für ein Ziel ein anderes Ziel behindert oder die Ziele miteinander konkurrieren. Es entsteht ein Dilemma. Diese Betrachtung betrifft auch Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung. Strategien für eine nachhaltige Entwicklung von der internationalen bis zur lokalen Ebene stehen nicht zwangsläufig miteinander in Einklang. Die Vielschichtigkeit und die Vernetzung, der in den Zielen angesprochenen Themen sowie unterschiedliche Vorgaben und Richtlinien, die jeweils eine nachhaltige Entwicklung fokussieren, können sich gegenseitig behindern oder gar ausschließen. In der Folge treten Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf. Diese Zielkonflikte können alle Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung betreffen (Ökologie, Ökonomie, Soziales, Kultur) und abhängig von den jeweiligen kommunalen Gegebenheiten in unterschiedlicher Form auftreten (Böhm et al., 2022, im Druck).

Im Forschungsvorhaben »LAZIK N²⁰³⁰« wurden in der Samtgemeinde Barnstorf (Niedersachsen) und der Stadt Sandersdorf-Brehna (Sachsen-Anhalt) anhand von jeweils zwei Zielkonflikten der Nachhaltigkeit Methoden zum Erkennen und Bearbeiten dieser Zielkonflikte entwickelt.

In Sandersdorf-Brehna wurden Lösungsansätze u.a. für den Zielkonflikt »Ausbau kommunale KiTa-Plätze versus ausgeglichener kommunaler Finanzhaushalt« gesucht. Die Kernfrage lautete: »Wie kann der weitere Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere von Kindertagesstätten als kommunale Pflichtaufgabe, bei einem gleichzeitig anzustrebenden nachhaltigen Finanzhaushalt, organisiert werden?« Dieser Zielkonflikt der Nachhaltigkeit ent-

steht insbesondere durch die vermeintliche Unvereinbarkeit sozialer und ökonomischer Aspekte:

In Sandersdorf-Brehna haben Kindertagesstätten (KiTas) bezüglich ihres Bildungs- und Betreuungsaspektes einen hohen Stellenwert. Die Stadt will für alle Kinder Betreuungsplätze anbieten. Eine wohnortnahe und bedarfsgerechte Kinderbetreuung dient der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es sollen gerechte und gleiche Bildungszugänge sowie durchlässige Bildungsübergänge für die Einwohner*innen, insbesondere für die Kinder bestehen. Um Gerechtigkeit und Chancengleichheit verbindlich zu gewährleisten, erfolgt der Betrieb der Kindertagesstätten in Sandersdorf-Brehna durch kommunale Träger*innen und nicht durch freie Träger*innen. Im Vergleich zur freien Trägerschaft entstehen höhere Kosten für die Kommune.

Zur Erfüllung der gesetzlich verpflichtenden Bereitstellung von KiTa-Plätzen in der Kommune erhält die Stadt Sandersdorf-Brehna unzureichende Finanzausweisungen (Finanzpauschalen) seitens des Bundeslandes Sachsen-Anhalt und des Landkreises Anhalt-Bitterfeld. Zudem entlastet die Stadt Sandersdorf-Brehna die Eltern mit geringen KiTa-Beitragszahlungen. Insgesamt entsteht für die Stadt dadurch ein Defizit im städtischen Finanzhaushalt. Im Sinne der Generationengerechtigkeit sind Verschuldungen der Stadt zu vermeiden, da diese die Handlungsmöglichkeiten jetziger sowie zukünftiger Generationen verschlechtern würde. Somit werden die soziale sowie die ökonomische Nachhaltigkeit gefährdet (Böhm et al., 2021, im Druck).

Innerhalb eines Zielkonfliktes steht nicht lediglich Aspekt A gegen Aspekt B. Viele weitere Aspekte, die miteinander in Beziehung stehen, charakterisieren diesen Zielkonflikt der Nachhaltigkeit.

Die Umsetzung von Strategien und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung, d.h. der Umgang mit Zielkonflikten der Nachhaltigkeit liegt häufig bei den Kommunen. Vor Ort stellen sich folgende Fragen:

1. »Aus welchen Zielen und Vorgaben resultiert der Zielkonflikt der Nachhaltigkeit in meiner Kommune?«
2. »Welche verschiedenen Perspektiven auf den Zielkonflikt der Nachhaltigkeit sind in meiner Kommune vorhanden?«
3. »Wer sind die Betroffenen?«
4. »Wie können umsetzbare und breit akzeptierte Lösungsansätze identifiziert werden und wie lassen sich diese in meiner Kommune umsetzen?«

Die im Forschungsvorhaben »LAZIK N²⁰³⁰« erprobten Methoden zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit sollen Kommunen dabei unterstützen, Antworten auf die genannten Fragen zu finden, um zu einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung beizutragen.

Methoden zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene

Die Methoden sollen Vertreter*innen der Kommunalverwaltung und -politik als Handlungsleitfaden und Impuls dienen, um einen eigenen Prozess zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit anzustoßen. Kernelement der Methoden ist die Beteiligung unterschiedlicher Akteur*innen, um eine möglichst umfassende Perspektive auf den Zielkonflikt der Nachhaltigkeit einzufangen und eine breite Palette an praxistauglichen Lösungsansätzen zu identifizieren. Folgende Methoden wurden in »LAZIK N²⁰³⁰« im Umgang mit dem Zielkonflikt »Kommunale KiTa-Plätze versus ausgeglichener kommunaler Finanzhaushalt« erprobt:

»Explorative Gespräche mit Mitarbeiter*innen der Verwaltung«: Um den Zielkonflikt zu identifizieren und zu definieren, sind Informationen notwendig. Informationen und Wissen zu den Zielkonflikten der Nachhaltigkeit liegen i.d.R. in der Kommunalverwaltung und den betroffenen Fachbereichen bzw. Dezernaten vor. Das Wissen der Verwaltungsmitarbeiter*innen ist eine zentrale Informationsquelle, um möglichst alle Facetten des Zielkonfliktes der Nachhaltigkeit zu erfassen. In offenen Gesprächen (ohne Leitfaden) können wesentliche Hemmnisse und Ursachen sowie erste Hinweise zur Lösung des Zielkonfliktes der Nachhaltigkeit abgeleitet werden. Dafür erwies sich eine Auszeichnung und Transkription mit Inhaltsanalyse als hilfreich (Mayring & Fenzl, 2014, S. 543ff.).

»Identifizierung von Zielgruppen«: Die vom Zielkonflikt der Nachhaltigkeit betroffenen Akteur*innen in die Erarbeitung der Lösungsansätze einzubinden, ist zentral für das Verständnis und die Akzeptanz von Lösungen. In einem ersten Schritt werden relevante Akteursgruppen identifiziert. Ziel ist es herauszufinden, welche Akteur*innen für die Lösungsfindung relevant sind.

Im Forschungsvorhaben LAZIK N²⁰³⁰ wurden drei zentrale Zielgruppen identifiziert:

- Verwaltung und Politik als diejenigen, die entscheiden
- Stakeholder als diejenigen, die durch den Zielkonflikt betroffen oder für dessen Lösung besonders aktiv sind (im beispielhaften Zielkonflikt sind dies u.a. Eltern und Betreuer*innen)
- Jugendliche als diejenigen, die mit heute getroffenen Entscheidungen und deren Folgen in Zukunft leben werden

»Beteiligungsworkshops«: Mit Beteiligungsworkshops können die Sicht der Zielgruppen auf den Zielkonflikt eingebunden und Ideen für Lösungsansätze gesammelt werden. Die Beteiligungsworkshops dienen dazu, einen Querschnitt der Bevölkerung einzubinden, um ein breites Spektrum an Sichtweisen und Lösungsideen zu erhalten und um das Verständnis für die Komplexität der Zielkonflikte der Nachhaltigkeit in der Bevölkerung zu stärken.

*Abbildung 1: Beteiligungsworkshop mit Vertreter*innen der Verwaltung und Politik in Sandersdorf-Brehna*



Foto: »LAZIK N²⁰³⁰«.

Im Forschungsvorhaben zeigte sich deutlich, dass Partizipation der genannten Zielgruppen und der Dialog mit- und untereinander grundlegende Voraussetzung für die Qualität und nachhaltige Wirkung von Lösungsansät-

zen sind. Der Dialog führte zum gegenseitigen Austausch von Meinungen und ggf. zu einem Verständnis für andere Sichtweisen auf den Zielkonflikt der Nachhaltigkeit und damit für ein erweitertes Verständnis der Komplexität der Nachhaltigkeit. Auch die Sensibilisierung der Einwohner*innen für kommunale Entscheidungsprozesse und Themen der nachhaltigen Entwicklung sind wesentliche Bestandteile bei der Entwicklung breit akzeptierter Lösungsansätze (Böhm et al., 2021, im Druck).

In den weiteren Schritten sind Methoden wie Szenarienentwicklung, die Analyse von zentralen Einflussfaktoren sowie die Auswahl besonders erfolgversprechender Lösungsansätze und Entwicklung erster Umsetzungsschritte zum Einsatz gekommen. Einen Überblick über die Methoden inkl. konkreter Hinweise zur Planung und Umsetzung liefert die im Forschungsvorhaben erarbeitete Toolbox unter: <https://www.nachhaltigkeit-toolbox.de>.

Bewertung der Methoden

Die dargestellten Methoden sind geeignet, einen Prozess zum Erkennen und Bearbeiten von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene anzustoßen. Die Methoden sind so konzipiert und aufbereitet, dass sie von anderen Kommunen eingesetzt werden können – auch ohne wissenschaftliche Begleitung. Dennoch stellen die Methoden keine Musterlösung zur erfolgreichen Lösung von Zielkonflikten der Nachhaltigkeit dar. Das Vorgehen hängt stark von der Ausgangssituation (v.a. dem vorhandenen Nachhaltigkeitsbewusstsein) in der jeweiligen Kommune ab. Eine Anpassung der Methoden an die spezifischen Gegebenheiten wird empfohlen.

Fazit

Durch die Anwendung der beschriebenen Methoden (und weiterer, in diesem Beitrag nicht beschriebener Aktivitäten) wurde in den Modellkommunen eine Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit angestoßen. Die Sensibilisierung für Themen der Nachhaltigkeit, die Auseinandersetzung mit komplexen Zielvorgaben und gesetzlichen Vorgaben sowie das Verständnis für Abläufe der Kommunalpolitik und -verwaltung bei den beteiligten Akteur*innen sind zentrale Mehrwerte, die durch das beschriebene Vorgehen erzielt wurden.

Gelöst werden konnten die im Forschungsvorhaben »LAZIK N²⁰³⁰« thematisierten Zielkonflikte der Nachhaltigkeit jedoch nicht. Dennoch wurden wichtige Ansätze identifiziert. Für den eingangs beschriebenen Zielkonflikt »Ausbau kommunaler Kita-Plätze versus ausgeglichener kommunaler Finanzhaushalt« wurden u.a. folgende Lösungsansätze identifiziert und diskutiert:

- Erhöhung der KiTa-Gebühren (gestaffelt nach Einkommenshöhe)
- Privatisierung der KiTas
- Reduzierung anderer freiwilliger kommunaler Aufgaben
- Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten
- Kooperationen mit Unternehmen in Sandersdorf-Brehna
- stärkere Kooperation der KiTas (z.B. »Springersystem« der Betreuungskräfte)

Ziel muss es sein, diese teilweise kontrovers diskutierten Lösungsansätze weiterzudenken, weiterzuentwickeln, evtl. miteinander zu verbinden und schrittweise umzusetzen.

In Sandersdorf-Brehna haben sich die Rahmenbedingungen (Verschuldung) im Projektverlauf geändert, aber der Zielkonflikt der Nachhaltigkeit ist langfristig noch nicht gelöst. Nachhaltige Strategien müssen auch bei tagespolitischen Entscheidungen und Haushaltsberatungen in den Blick genommen werden. Es geht auch darum, Denkräume zu erweitern und Möglichkeiten zu schaffen, sich mit Fragenstellungen wie Zielkonflikten der Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen und den dazugehörigen Diskussionen ausreichend Raum in politischen Gremien und Ratssitzungen zu geben.

Auch wenn geeignete Lösungsansätze gefunden werden, ist eine nachhaltige Umsetzung in den Kommunen eine herausfordernde Aufgabe. Die Komplexität der Problemlage sowie mangelnde zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen in den Kommunalverwaltungen und der Wissensstand in der Bevölkerung sind hierbei wohl die größten Hürden.

*Dieser Text wurde auf der Webseite »Kommunen innovativ« veröffentlicht: <https://kommunen-innovativ.de/ergebnisse-loesungen> (Stand: 6. Juli 2020) und leicht angepasst mit freundlicher Genehmigung des Autor*innenteams und des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH zur Verfügung gestellt.*

Literatur

- Böhm, B., Böhm, L., Böttcher, F., Richter, F. & Sell-Greiser, C. (2022). Partizipative Entwicklung von Lösungsansätzen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene. In J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Diring & K. Fahrenkrug (Hg.), *Von Beteiligung zur Koproduktion. Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung*. Wiesbaden: Springer. (in Bearbeitung)
- Mayring, P. & Fenzl, T. (2014). Qualitative Inhaltsanalyse. In N. Baur & J. Blasius (Hg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (543-556). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

»WIR reden MIT«

Jugendliche beteiligen sich an einer nachhaltigen Entwicklung in ihrer Kommune

Randy Haubner und Christiane Meyer

In Deutschland leben derzeit 14 Millionen junge Menschen zwischen 12 und 27 Jahren (BMFSFJ, 2019). Das sind 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die jungen Menschen sind vielseitig wie die Gesellschaft, in der sie leben. Junge Menschen für politische Aktivitäten im kommunalen Kontext zu motivieren, ist jedoch eine Herausforderung. Die mangelnde Beteiligung von Jugendlichen ist auf Faktoren wie fehlendes Vertrauen und Politikverdrossenheit sowie nicht anschlussfähige kommunalpolitische Themen zurückzuführen. Demokratie und Nachhaltigkeit brauchen aber Jugendbeteiligung. Eine besondere Bedeutung bei der Umsetzung von Jugendbeteiligung kommt der Kommune zu. Sie ist den Bürger*innen von allen politischen Ebenen am nächsten und somit für viele Jugendliche ein Lernort der Demokratie. Die in 2020 verabschiedete Jugendstrategie der Bundesregierung (BMFSFJ, 2019) benennt ebenfalls neun Handlungsfelder, um eine Beteiligung von jungen Menschen zu initiieren.

Im schulischen Think-Tank des Verbundprojekts »LAZIK N²⁰³⁰« waren neben der Sensibilisierung junger Menschen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene mit Methoden des forschenden Lernens insbesondere folgende Fragestellungen leitend:

1. »Wie kann eine Partizipation der Jugendlichen an Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte umgesetzt werden?«
2. »Wie kann eine Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen verstetigt werden?«

Infobox 1: Projektbeschreibung

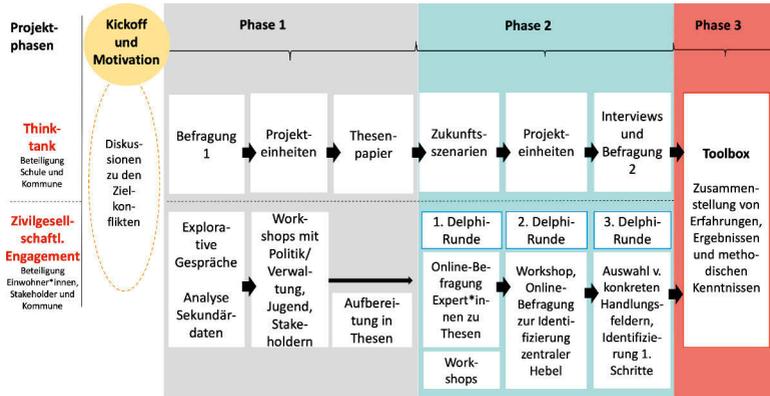
Das Projekt »LAZIK N²⁰³⁰ – Lösungsansätze Zielkonflikte für Nachhaltige Entwicklung 2030« ist ein Vorhaben der BMBF-Fördermaßnahme »Kommunen innovativ«. Wissenschaftliche Partner im Verbund sind das Fachgebiet Didaktik der Geographie der Leibniz Universität Hannover sowie die Wirtschafts- und Sozialgeographie der Universität Greifswald. Weitere Informationen zum Projekt: <https://nachhaltigkeit-toolbox.de/>.

Zusammenfassende Ergebnisse der Erhebungen im Kontext der Fragestellungen

Der Verlauf des Projekts »LAZIK N²⁰³⁰« (vgl. Abb. 1) gliederte sich in zwei Stränge und drei Phasen, die die Durchführungsphase von 2017 bis 2020 skizzieren. Die zwei Stränge bildeten die zielgruppenbezogene Vorgehensweise ab (zum einen Schüler*innen des 9. Jahrgangs von in den Kommunen ansässiger Schulen, zum anderen interessierte Bürger*innen und Verwaltungsmitarbeiter*innen in den Projektkommunen). Beide Stränge liefen parallel. Die Ergebnisse wurden übertragen, somit auch allen Beteiligten zur Verfügung gestellt und in die weiteren Diskussionen mit eingebunden (Haubner & Meyer, 2021, S. 10f.).

In der Analysephase (1) wurden die kommunalen Zielkonflikte der Nachhaltigkeit identifiziert, den Beteiligten vorgestellt und mittels Methoden des forschenden Lernens diskutiert. Daraufhin wurden diese in der Bewertungsphase (2) reflektiert. Anhand von Zukunftsszenarien haben die Beteiligten ihre Perspektive eingebracht und erste Lösungsansätze formuliert. Im direkten Austausch mit den Bürgermeister*innen konnten diese folglich diskutiert und weiterentwickelt werden. In der Transferphase (3) wurden die Ergebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt, methodisch und zielgruppenorientiert aufbereitet und stehen Interessierten im Rahmen einer digitalen Toolbox zur Verfügung (LAZIK N²⁰³⁰, 2020).

Im Rahmen des schulischen Think-Tanks des Verbundprojekts wurden nach den Projekteinheiten in den Schulen (Phase 2) leitfadengestützte Interviews mit je zwei kommunalen Vertreter*innen und je zwei beteiligten Lehrkräften in den Schulen beider Kommunen durchgeführt. Ziel war es, die Methoden wie auch die Projektmaßnahmen im schulischen Kontext zu evaluieren sowie die Perspektiven für eine mögliche Weiterführung und Verste-

Abbildung 1: Projektverlauf »LAZIK N²⁰³⁰«

Quelle: Haubner und Meyer 2021, S. 10.

tigung der Kooperation Schule und Kommune zu eruieren. Aus den Ergebnissen der Interviews sowie aus den Erfahrungen und Erkenntnissen, die im Laufe der Projektdurchführung gewonnen wurden, konnten Empfehlungen für die Initiierung und Verstetigung einer Zusammenarbeit zwischen Kommune und Schule abgeleitet werden.

Wie kann eine Partizipation der Jugendlichen an Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte umgesetzt werden?

Nachdem die Schüler*innen für die Zielkonflikte der Nachhaltigkeit mit Methoden des forschenden Lernens sensibilisiert und über mögliche Szenarien in ihrer Kommunen diskutiert haben, wurde in jeder Kommune ein »Thesen- und Forderungspapier« von den jungen Menschen entwickelt, um es in einer Ratssitzung zu präsentieren und offiziell (sowie von allen beteiligten Jugendlichen signiert) an die politisch Verantwortlichen zu überreichen. Ein solches Papier ist ein wichtiges Vehikel für die Partizipation der Jugendlichen. Dadurch bekommen ihre Anliegen eine gewisse Verbindlichkeit und ihnen wird durch diesen Akt auf Augenhöhe begegnet. Auch können durch eine solche politische (Selbst-)Wirksamkeitserfahrung zuvor nicht politisch interessierte Jugendliche motiviert und überzeugt werden. Grundsätzlich ist den Jugendlichen aber auch zu vermitteln, dass politische Entscheidungsprozesse lang-

wierig sind, so dass schnelle Antworten z.B. auf ihre Lösungsansätze nicht möglich sind. In diesem Zusammenhang ist es zudem wichtig, den Jugendlichen Grundlagenwissen zu kommunalpolitischen Abläufen zu vermitteln, damit ihnen die zeitlichen Dimensionen von Entscheidungsprozessen bewusst werden. Es muss somit aufgepasst werden, dass keine Politikverdrossenheit aufkeimt, wenn die jungen Menschen viele Ideen haben, davon jedoch nur wenige politisch realisierbar sind. Daher ist es wichtig, frühzeitig darauf hinzuweisen, dass u.U. nur vereinzelt Vorschläge vonseiten der Jugendlichen aufgenommen und realisiert werden können (Meyer & Haubner, 2022).

Wie kann eine Beteiligung von Jugendlichen an kommunalen Entscheidungsprozessen verstetigt werden?

In den Interviews mit kommunalen und schulischen Vertreter*innen wurde der positive Mehrwert der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommune (und Wissenschaft) von allen Befragten herausgestellt. Weiterhin wurde erkannt, dass die Jugend eine Stimme hat und braucht, diese aber auch an entsprechenden (entscheidungsrelevanten) Stellen gehört werden muss. Als Maßnahme der Verstetigung sollte ein regelmäßiger Austausch mit dem/der Bürgermeister*in, mit einem/einer politischen Entscheidungsträger*in oder Verantwortlichen in Fachausschüssen stattfinden. Es braucht Vertrauen, Verlässlichkeit und Verbindlichkeit unter und zwischen allen Beteiligten. Nur so kann eine Beteiligung auf Augenhöhe initiiert und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Darüber hinaus sollten über entsprechende Kommunikationskanäle (wie Social Media) und zielgruppengerechte Beteiligungsformate junge Menschen für eine außerschulische kommunalpolitische Partizipation motiviert werden. Auch die Ergebnisse der Shell-Studie 2019 weisen in diese Richtung (Meyer & Haubner, 2022).

Erkenntnisse und Empfehlungen auf einen Blick

Ziel des schulischen Think-Tanks ist eine Verstetigung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Kommune. Eine Kooperationsvereinbarung, die von beiden Seiten unterzeichnet wird, ist sinnvoll, um verbindlich bestimmte Maßnahmen schriftlich festzuhalten.

Maßnahmen Schule:

- Es wird eine schulische Ansprechperson für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert.
- Es werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich, Projektwochen/-tage zu kommunalpolitischen Themen veranstaltet.
- Die Kooperation wird strukturell verankert, z.B. durch Austausch zwischen den Kooperationspartner*innen im Rahmen von Unterricht, in Form von AGs, im Rahmen von Schüler*innen-Vertretungen etc.

Maßnahmen Kommune:

- Es wird eine kommunale Ansprechperson für die Zusammenarbeit nebst Stellvertretung identifiziert.
- Es wird regelmäßig, mindestens zweimal jährlich, ein persönlicher Austausch mit Schüler*innen ermöglicht, z.B. in Form von außerschulischen Diskussionen, Teilnahme an Ratssitzungen, um eine Partizipation von Jugendlichen zu ermöglichen.
- Es werden zielgruppengerechte Kommunikationskanäle geschaffen.
- Es werden zielgruppengerechte und anschlussfähige Themen im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung in die kommunalen Diskussionen aufgenommen, z.B. nachhaltige Mobilität, Treffpunkte für Jugendliche, Forderungen von Fridays for Future bzw. von Jugendlichen im Kontext des Klimawandels.
- Schüler*innen werden mit ihren Anliegen ernst genommen.

Außerdem ist es notwendig, auf weiteren Ebenen Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen in der Kommune zu schaffen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sowohl im schulischen als auch im kommunalen Kontext zu initiieren bzw. zu erweitern (NAP, 2017).

Empfehlungen für Maßnahmen auf Landesebene:

- Es findet eine Verankerung von kommunalpolitischen Themen und Nachhaltigkeitsaspekten in den schulischen Curricula der Fächer statt.
- Es werden entsprechende Lehr-Lern-Materialien zur Verfügung gestellt.
- Es wird eine finanzielle Unterstützung bei der Initiierung und Umsetzung von schulischen Projektvorhaben im Kontext von BNE offeriert.

- Es wird eine finanzielle Unterstützung externer Partner*innen zur Begleitung der Projektvorhaben in Schulen offeriert.
- Eine Verankerung von kommunalpolitischen Themen und Nachhaltigkeitsaspekten in der Aus- und Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften wird durch entsprechende Erlasse implementiert.

Fazit

Mit Blick auf die Ziele des Nationalen Aktionsplans (NAP, 2017) ist zu konstatieren, dass eine *citizenship in action* sowohl auf schulischer Ebene als auch auf kommunaler Ebene noch nicht angemessen verankert ist. Relevante Akteur*innen kooperieren nicht ausreichend, um eine Transformation in den Kommunen zu initiieren und umzusetzen. Um eine Kooperation hin zu einer Partizipation zu ermöglichen und aktiv zu gestalten, sollten Ansprechpersonen in allen Bereichen (Schule, Jugend, Kommune) identifiziert, zielgruppengerechte Kommunikationskanäle geschaffen und didaktisches Material bereitgestellt werden (siehe Materialien in der Toolbox). Eine strukturelle Verankerung kann nur dann erfolgreich gestaltet werden, wenn alle Akteure sich verstanden, mitgenommen und gleichberechtigt nebeneinanderstehend sehen. Der Aufbau und die Umsetzung eines schulischen Think-Tanks bietet Schüler*innen die Möglichkeit, von schulischer Seite unterstützt kommunalpolitisch aktiv zu werden. Eine enge Kooperation zwischen den kommunalpolitischen und schulischen Akteuren sowie der regelmäßige Austausch der Dialoggruppen sind somit wichtige Maßnahmen, um die Weichen zu einer echten Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen und kommunalen Vertreter*innen zu stellen (Meyer & Haubner, 2022).

»WIR reden MIT«. Jugendliche an kommunalen Entscheidungsprozessen für eine nachhaltige Entwicklung einzubinden, ist eine Chance für eine transformative Bildung im schulischen Kontext. Darüber hinaus gilt es, Andockstellen für Jugendliche in den Kommunen einzurichten, sodass Forderungen nicht nur wahrgenommen, sondern auch umgesetzt werden können. Hierfür ist es wichtig, Strukturen aufzubauen oder bereits bestehende Strukturen, wie z.B. einen Jugendbeirat oder ein Jugendparlament, zu nutzen. Die aktuelle Jugendstrategie der Bundesregierung (BMFSFJ, 2019) bietet Orientierung und Legitimation, um den schulischen Think-Tank und Möglichkeiten der Verstetigung einer Kooperation zwischen Schulen und Kommunen auch andernorts zu realisieren (Meyer & Haubner, 2022).

Dieser Text wurde auf der Webseite »Kommunen innovativ« veröffentlicht: <https://kommunen-innovativ.de/ergebnisse-loesungen> (Stand: 6. Juli 2020) und leicht angepasst mit freundlicher Genehmigung der Autorinnen und des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH zur Verfügung gestellt.

Literaturverzeichnis

- BMFSFJ: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2019). In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. 2. Auflage, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/146330/a6f7b2c5fbd995374eb7e7c22b8a4777/in-gemeinsamer-verantwortung-politik-fuer-mit-und-von-jugend-die-jugendstrategie-der-bundesregierung-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Haubner, R. & Meyer, C. (2021). *Partizipation von Jugendlichen an Lösungsansätzen für Zielkonflikte der Nachhaltigkeit. Materialien für den Einsatz in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit.* (Hannoversche Materialien zur Didaktik der Geographie, Band 10). Hannover: Leibniz Universität Hannover. <https://doi.org/10.15488/11145>
- LAZIK N²⁰³⁰ (Hg.) (2020). Nachhaltigkeit Toolbox. LAZIK N²⁰³⁰. <https://nachhaltigkeit-toolbox.de/> (zuletzt abgerufen am 24.09.2021).
- Meyer, C. & Haubner, R. (2022). »WIR reden MIT« – Jugendliche partizipieren an der Entwicklung von Lösungsansätzen für kommunale Zielkonflikte der Nachhaltigkeit. In J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Diringer & K. Fahrenkrug (Hg.), *Von Beteiligung zur Koproduktion. Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung.* Wiesbaden: Springer. (in Bearbeitung)
- NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2017). *Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung.* Berlin: BMBF.

II. Zukunftsdiskurs

»Education for Future«

»Education for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Christiane Meyer

Dieser Beitrag stellt zunächst die Relevanz des Themenbereichs »Education for Future« heraus, bevor Reflexionen zur Podiumsdiskussion erfolgen, die am 18. März 2021 digital stattfand¹. Zentrale Aspekte der Diskussion werden hierfür zusammengefasst. Im Sinne eines Ausblicks werden schließlich Impulse abgeleitet, die sich aus der Relevanz und den Reflexionen ergeben.

Relevanz

Mit dem UNESCO-Programm »Bildung für nachhaltige Entwicklung: die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen (BNE 2030)« (DUK, 2021), das 2020 als BNE-Dekade gestartet ist, wird der Beitrag der Bildung zur »Transformation unserer Welt« (UN, 2015) konkretisiert. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wird schon seit der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen 1992 diskutiert. Sie wurde von 2005-2014 mit einer UN-Dekade sowie von 2015-2019 mit einem UNESCO-Weltaktionsprogramm global verbreitet (DUK, 2021, S. 1f.) und national bzw. regional in Bildungsprozesse integriert. BNE ist in der Agenda 2030 im SDG 4 verankert und explizit in Teilziel 4.7 genannt worden:

»Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur

¹ Siehe die Website: <https://www.idn.uni-hannover.de/zukunftsdiskurse>.

des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.« (UN, 2015, S. 18)

»BNE 2030« – die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen

Für BNE 2030 werden die fünf prioritären Handlungsfelder des Weltaktionsprogramms BNE – politische Unterstützung, ganzheitliche Transformation von Lern- und Lehrumgebungen, Kompetenzentwicklung bei Lehrenden, Stärkung und Mobilisierung der Jugend sowie Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene – beibehalten und ausgebaut (DUK, 2021, S. 11; vgl. auch den einführenden Beitrag von Meyer in diesem Band). BNE wird wie folgt mit ihrer Zielrichtung definiert:

»BNE versetzt Menschen in die Lage, ihr eigenes Handeln in globalen Zusammenhängen zu betrachten und verantwortungsvolle Entscheidungen für eine nachhaltige Gegenwart und Zukunft zu treffen. [...] Erfolgreiche BNE schafft Situationen, in denen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, Werte und Haltungen zu hinterfragen und sich aktiv in Gestaltungsprozesse einzubringen.« (DUK, o.J.)

Als erforderliche »Reflexionen« (DUK, 2021, S. 5ff.) für BNE 2030 sind 1. transformatives Handeln, 2. strukturelle Veränderungen und 3. die technologische Zukunft anzustreben, die nachfolgend skizziert werden.

Transformatives Handeln Dieses setzt im ersten Schritt eine Irritation oder Erschütterung voraus, so dass die gewohnte Art zu denken und zu handeln hinterfragt wird. Als Eigenschaften einer Transformation werden aufgelistet: »Bewusstsein, Verständnis komplexer Zusammenhänge, Empathie, Mitgefühl, Befähigung und Selbstwirksamkeit« (ebd., S. 6). Erfahrungsbezogenes Lernen führt dabei zu einer tieferen, empathischen Verbundenheit mit der Umwelt und Mitwelt in Beziehung zur persönlichen Innenwelt. »Wendepunkte werden erreicht, wenn ein mitfühlendes Bewusstsein zum Handeln ermutigt und in Selbstwirksamkeit bestärkt wird« (ebd.). Es gilt hierfür, den Lernenden Freiräume zu geben, damit sie mit neuen Ideen experimentieren können. Da Änderungen der Einstellungen, der Wertorientierungen, des Verhaltens, und schließlich des Lebensstils bei Individuen beginnen, sind diese in einem förderlichen Umfeld zu fokussieren. »In einer Gemeinschaft [...] finden Lernende Werte und Gründe, sich für eine Sache einzusetzen, die sie

sowohl individuell als auch kollektiv betrifft.« (ebd., S. 7) BNE ist »bürger-schaftliches Engagement in Aktion« (ebd.), daher »erfordert BNE in Aktion eine neue Sichtweise auf die Rollen und Funktionen von Schulen« (ebd.).

Strukturelle Veränderungen Für BNE sind die »tiefgreifenden strukturellen Ursachen« (ebd., S. 7) anzugehen. Eine zentrale Herausforderung² betrifft die »Beziehung zwischen wirtschaftlichem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung« (ebd.). Solange die gegenwärtigen Produktions- und Konsummuster fortbestehen, ist es schwierig, »Wirtschaftswachstum mit den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in Einklang zu bringen« (ebd.). Die stetige Beschleunigung und Zunahme der Produktionsprozesse sowie des Konsums führen zu einer gesteigerten Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen und zu größeren Abfallmengen. Damit geht zudem ein weltweiter Temperaturanstieg einher (ebd.). Alternative Vorgehensweisen sind daher stärker in Bildungskontexten aufzugreifen, die u.a. an eine Kreislaufwirtschaft oder Sharing Economy anknüpfen und Werte wie z.B. »Suffizienz, Fairness und Solidarität« (ebd.) vertreten. Um auf die nicht nachhaltigen Produktionsmuster des aktuellen vorherrschenden Wirtschaftsparadigmas strukturell einzuwirken, müssen Menschen befähigt werden, sich politisch zu engagieren und z.B. für angemessene Umwelt- und Sozialstandards in Unternehmen einzutreten.

Die technologische Zukunft In den nächsten Jahren sind weitere bedeutende technologische Veränderungen zu erwarten und zu erleben, die die Menschheit (noch mehr) zu digitalen Gesellschaften hin verändern werden. Dadurch können einige Probleme zwar gelöst werden, aber es ergeben sich auch neue Herausforderungen und Risiken. So können z.B. *Smart City*-Technologien »die Effizienz im Energie-, Verkehrs- und Logistikmanagement erhöhen. Innovationen, wie der 3D-Druck, könnten zu einem sinkenden Transportbedarf für die Lieferung von Materialien sorgen« (ebd., S. 8). Herausforderungen sind jedoch in diesem Zusammenhang, dass der 3D-Druck auch zu mehr Abfall und mehr Konsum führen könnte. Somit kann eine digital vernetzte und automatisierte Welt zwar einerseits Komfort und Lebensqualität sichern, aber andererseits sind damit auch eigene Sicherheitsrisiken verbunden, die »zu neuen Arten von Katastrophen führen, deren Auswirkungen weiter reichen

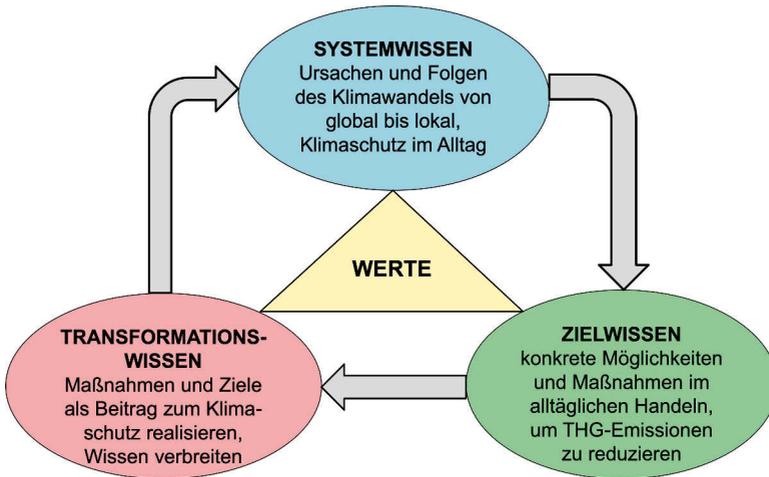
2 Auf das Problem der extremen Armut (ebd., S. 8) wird hier aus Platzgründen nicht eingegangen.

als in einer weniger vernetzten Welt« (ebd., S. 9). Zudem könne die ungleiche Verteilung dieser Vorteile von Technologien »die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößern« (ebd.). BNE sollte entsprechende Kompetenzen vermitteln, um sowohl die Vorteile nutzen zu können als auch wachsam den Risiken gegenüber zu sein.

Transformative Bildung und transformatives Lernen

Die obigen Reflexionen zu BNE 2030 stehen in Verbindung mit einer transformativen Bildung und transformativem Lernen. Erste Ausführungen zu einer transformativen Bildung wurden schon in *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation* (WBGU, 2011) aufgenommen. Dabei ging es vorrangig um »ein Verständnis für Handlungsoptionen und Lösungsansätze«, wofür als Beispiele »Wissen zu klimaverträglichem Mobilitätsverhalten, Wissen zu nachhaltiger Ernährung oder Wissen zu generationenübergreifender Verantwortung« (ebd., S. 374) genannt wurden. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat diese Definition in späteren Publikationen weiter ausgebaut (u.a. WBGU, 2016). »In einem erweiterten Verständnis von transformativer Bildung involviert sie die Lernenden selbst in Transformationsprozesse und macht dies zur Grundlage des Lernens« (ebd., S. 453 mit Bezug auf Schneidewind & Singer-Brodowski, 2014). Transformative Bildung zielt daher auf die Fähigkeit einer *transformative literacy* ab (ebd.), d.h. »Transformationsprozesse adäquat in ihrer Vielsimensionalität zu verstehen und eigenes Handeln in Transformationsprozesse einzubringen« (Schneidewind, 2013, S. 120). Hierfür werden drei Wissensformen herausgestellt: Systemwissen, Zielwissen und Transformationswissen (Singer-Brodowski & Schneidewind, 2014, S. 134f.), die in Abbildung 1 am Beispiel des SDG 13 »Maßnahmen zum Klimaschutz« (im Englischen noch etwas treffender als »Climate Action« benannt) verdeutlicht werden (Meyer, 2021). Dabei sind Werte die »Leitmotive unserer Einstellungen und unseres Handelns« (PIRC, 2014, S. 8; vgl. auch den einführenden Beitrag von Meyer in diesem Band). Daher ist transformative Bildung auch mit einer ganzheitlichen Werte-Bildung verbunden (Meyer, 2018, 2019).

Abbildung 1: Wissensformen einer Transformative Literacy am Beispiel des Klimaschutzes



THG: Treibhausgasemissionen; Entwurf: C. Meyer.

Transformative Bildung wird zudem noch weitreichender definiert. Eine solche Definition findet sich auf der Website des unabhängigen, gemeinnützigen Vereins »Konzeptwerk Neue Ökonomie« (o.J.):

»Als ›transformativ‹ wird Bildung verstanden, wenn es nicht nur um eine Erweiterung von Wissen oder Fähigkeiten geht, sondern um eine grundlegende qualitative Veränderung von Selbst- und Weltbildern. Hier geht es um erlernte Denk-, Fühl- und Handlungsmuster, um gewohnte Bewertungen und gesellschaftliche Leitbilder, Normen und Werten, an denen wir uns orientieren. Dabei geht es zum Beispiel um unsere Beziehung zu anderen Menschen und zur natürlichen Welt, unser Verständnis von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und von globaler Gerechtigkeit, unsere Visionen alternativer Lebensentwürfe und darum, wie wirksam wir uns sehen, wenn wir uns für eine nachhaltige Gesellschaft einsetzen.«

In dieser Definition werden die Mensch-Umwelt-, Mensch-Mitwelt- und die Mensch-Innenwelt-Beziehungen sowie die »mentalen Infrastrukturen« (Welzer, 2011) über die verinnerlichteten Muster des Denkens, Fühlens und Han-

delns stärker betont. Diese Beschreibung kommt folgender Definition für transformatives Lernen nahe, bei der wiederum ein Bewusstseinswandel explizit herausgestellt wird:

»Transformative learning involves experiencing a deep, structural shift in the basic premises of thought, feelings, and actions. It is a shift of consciousness that dramatically alters our way of being in the world. Such a shift involves our understanding of ourselves and our self-locations; our relationships with other humans and with the natural world; our understanding of relations of power in interlocking structures of class, race, and gender; our body awarenesses, our visions of alternative approaches of living; and our sense of possibilities for social justice and peace and personal joy.« (O'Sullivan, 2012, S. 164)

Damit wird transformative Bildung ganzheitlich gedacht, d.h. der Mensch und sein (Selbst-)Bewusstsein für das »In-der-Welt-Sein« steht im Zentrum (Meyer, 2019). Somit sind »5 Ws« zu fokussieren: 1. Wissen in Bezug auf Fähigkeiten, 2. Werte im Hinblick auf persönliche und kollektive Orientierungen, 3. Weltbild in Beziehung zum Selbstbild, 4. Wandel hinsichtlich der Visionen alternativer Lebensentwürfe und des eigenen Bewusstseins, 5. Wirksamkeit im Hinblick auf das eigene Handeln. Diese gleichsam den »Weltinnenraum« (nach Rainer Maria Rilke³) ausmachenden Aspekte bilden quasi das Pendant bzw. die Verbindung zu den »5 Ps« der Agenda 2030: People, Planet, Prosperity, Peace, Partnership (UN, 2015), die gleichsam den »Weltaußenraum« charakterisieren.

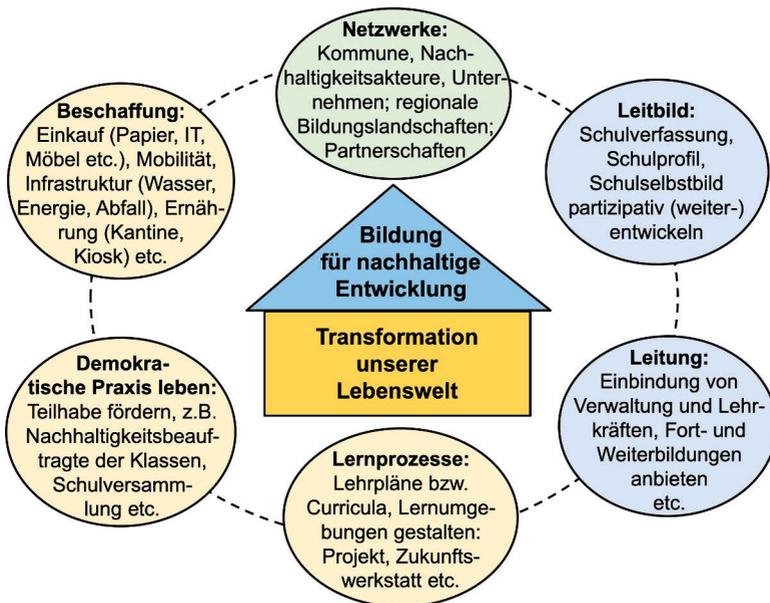
Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, dass in einem Hintergrundpapier zu BNE von Germanwatch, einer gemeinnützigen und unabhängigen Umwelt und Entwicklungsorganisation, festgestellt wird, dass Zukunftsfähigkeit einen »tiefgreifenden Kultur- und Wertewandel« (Reif & Dahm, 2017, S. 96) benötigt, um die Transformation gestalten zu lernen (Heitfeld & Reif, 2020; vgl. auch den Beitrag von Heitfeld in diesem Band). Hierzu gehört auch die Partizipation von Lernenden an schulischen sowie kommunalen bzw. politischen Entscheidungsprozessen, wie sie im Nationalen Aktionsplan BNE gefordert werden, damit die »jüngere Generation Gegenwart und Zukunft aktiv mitgestaltet« (NAP, 2017, S. 37; vgl. auch die Beiträge von Haubner & Meyer in diesem Band).

3 »Weltinnenraum« ist Rilkes poetisches Bild für den Zusammenhang aller Dinge und Ereignisse im Universum.« (von Brück, 2015, S. 9).

Transformation des Schulsystems

Vor dem Hintergrund dieser großen Herausforderungen für die Zukunft, ist das heutige Schulsystem zu überdenken. Die UNESCO hat daher im Hinblick auf BNE hervorgehoben, dass sich die gesamte Institution dafür öffnen und engagieren muss (ebd., 2017, S. 53). In Abbildung 2 ist dieser »Whole Institution Approach« bzw. ganzheitliche BNE-Ansatz dargestellt (BMBF, o.J.; DUK, 2018; UNESCO, 2017).

Abbildung 2: Whole Institution Approach für die Schule



Quelle: nach Rostock, 2020; Entwurf: C. Meyer; blau: schulische Akteure, gelb: unterrichtliche Praxis bzw. Anknüpfungspunkte, grün: außerschulische Vernetzung

Damit wird deutlich, dass BNE über die Schulen in die Region verbreitet wird und als Bildungslandschaft zu realisieren ist (vgl. auch den Beitrag von Rasfeld in diesem Band). Damit spielen Netzwerke bzw. die Vernetzung mit außerschulischen Akteuren eine zentrale Rolle, aber auch die Bewirtschaftung und Beschaffungsmaßnahmen der Schule sind hierbei zu berücksichtigen.

tigen. Mit Blick auf den schulischen Alltag ist zudem zu hinterfragen, was schulischen Erfolg ausmachen soll. Hier wird wie folgt festgestellt:

»Schulischer Erfolg muss neu definiert werden und das Ziel von Schule sollte es sein, das Potenzial in jedem einzelnen Schüler zu fördern, so dass er später seine einzigartigen Begabungen und Talente zum Wohle des Ganzen einsetzen kann.« (Marianne Obermüller, Gründerin von *earthrise society* in Rasfeld & Spiegel, 2013, S. 9)

Kurz: »Bildung muss Potenzialentfaltung sein« (Rasfeld & Spiegel, 2013, S. 11), was in den gegenwärtigen Schulstrukturen nur schwer umzusetzen ist. Um dies zu verdeutlichen, werden in Tabelle 1 ausgewählte Merkmale der »alten« Schule solchen der »neuen« Schule gegenübergestellt. Auch wenn diese Gegenüberstellung sehr plakativ ist, so zeigt sie doch auf, welche Rahmenbedingungen es für eine Potenzialentfaltung braucht und welche diese verhindern bzw. blockieren.

In den »neuen« Schulen werden junge Menschen darauf vorbereitet, sich kompetent, engagiert, teamfähig, verantwortungsbewusst und kreativ »an der Gestaltung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Entwicklungsprozesse zu beteiligen« (Gerald Hüther in Rasfeld & Spiegel, 2013, S. 13). Damit sich eine Schule in eine solche Zukunftswerkstatt verwandelt, sind alle Eltern bzw. Erziehungsberechtigten zu gewinnen, ebenso alle Lehrkräfte sowie die Schulleitung, die als wichtigste Voraussetzung eine innere Überzeugung vertreten muss, »dass eine Transformation unseres Bildungssystems möglich ist« (ebd., S. 16).

Auch die Rolle der Lehrkraft ändert sich in diesen Schulen als »Potenzialentfaltungsstätten des 21. Jahrhunderts« (Pioneers of Education, 2021) (vgl. Tab. 1). In der Bildungsforschung wird betont, dass Lehrkräfte einen enormen Einfluss auf das Lernen haben (Hattie & Zierer, 2021). Es sind vor allem »die leidenschaftlichen und begeisterten Lehrpersonen« (ebd., S. 27), die gelingende Bildungsprozesse anstoßen können. In diesem Zusammenhang werden bestimmte Haltungen von Lehrpersonen herausgestellt, »die ein wirksames Denken und Handeln zur Folge haben« (ebd.). Hierzu zählt u.a., dass sie im Unterricht positive Beziehungen entwickeln, die auf Wertschätzung beruhen, dass sie Feedback geben, aber auch ein solches von den Lernenden erhalten und dieses als eine Rückmeldung für sich und über sich (ebd.) sehen und dass sie mit anderen Lehrpersonen kooperieren und somit die Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität als gemeinsame Aufgabe sehen (ebd.). Zudem ist empirisch nachgewiesen: »Die gemeinsame Vision einer Schule und die

Vorstellung davon, wie erfolgreicher Unterricht aussieht, fördert die Lernleistung von Schülerinnen und Schülern nachhaltig« (ebd., S. 194).

Tabelle 1: Gegenüberstellung von Merkmalen der »alten« und der »neuen« Schule

alte Schule	neue Schule
Traditionsvermittlungsanstalt	Zukunftswerkstatt
Instruktion	Selbstorganisation
Als-ob-lernen im Klassenzimmer	Erfahrungslernen im Leben
Antworten auf fremde Fragen finden	Antworten auf eigene Fragen suchen
Klassenzimmer	Future Lab
hierarchische Beziehungen	gleichwürdige Beziehungen
Heterogenität als Last	Heterogenität als Schatz
Lehrkraft als Curriculumerfüllerin	Lehrkraft als Potenzialentfalterin
motivieren, rezipieren, bewerten	begeistern, konstruieren, wertschätzen
Wissen	Ethos/Sinn
abgespeichertes Wissen	Reflexives Lernen
Lernende sind Objekte fremdbestimmter normierter Lernprozesse	Lernende sind Subjekte selbstbestimmter individueller Lernprozesse
Reisen stört den festgelegten Plan	Reisen bildet
zweckhaftes Tun	sinnhaftes Tun
Kopf	Kopf, Herz und Hand
Angstkultur	Vertrauen und Mut
Kontrolle	Vertrauen in Prozesse
Einzelkämpfer*in in Konkurrenz	Kollaboration
Plichterfüller*innen	Selbstwirksame Gestalter*innen
Beziehungsverhinderungsanstalten	individualisierte Gemeinschaften
Burn-out	Burn for
...	...

Quelle: nach Rasfeld & Spiegel, 2013, S. 27ff.

»EduAction« macht Schule: Das Beispiel der Evangelischen Schule Berlin Zentrum

Um die Orientierung der »neuen« schulischen Bildung umzusetzen, kann an »EduAction« (Rasfeld & Spiegel, 2013) angeknüpft werden. Die Evangelische Schule Berlin Zentrum (ESBZ), eine Gemeinschaftsschule, ist ein Beispiel dafür, dass diese »neuen« Schulen umsetzbar sind und erfolgreich nachhaltiges Lernen ermöglichen. Dafür dienen drei essenzielle Grundkompetenzen als Orientierung, die im Folgenden stichwortartig charakterisiert werden (ebd., S. 37ff.):

1. *Lernen zu handeln:* in jedem Jahrgang gibt es im schulinternen Curriculum Zeiträume für Engagement, Zusammenarbeit mit externen Projektpartnern (Unternehmen, Vereine, Bildungseinrichtungen...); Lernen durch zivilgesellschaftliches Engagement im »Projekt Verantwortung« zur Mitgestaltung des Gemeinwesens in der Kommune (Jahrgänge 7 und 8; verantwortungsvolle Aufgabe für jeweils ein Jahr; dafür stehen pro Woche zwei Stunden Lernzeit zur Verfügung); im Projekt »Herausforderung« (Jahrgänge 8, 9 und 10; jeweils drei Wochen) stellt sich jede/r Jugendliche individuell oder in der Gruppe einer persönlichen Herausforderung und erfährt dadurch u.a. Selbstwirksamkeit; Möglichkeit zum Leben in einer anderen Kultur durch mindestens dreimonatigen Auslandsaufenthalt (11. Jahrgang) im Lernformat »Alle ins Ausland«.
2. *Lernen, Wissen zu erwerben:* Jahrgänge 7 bis 9: Lernen im eigenen Tempo, nach eigenem Interesse bzw. eigener Wahl, selbstständig und im Team, den individuellen Fähigkeiten entsprechend auf unterschiedlichen Niveaus und Zugängen durch Lernbüro und Logbuch; Lernnachweis wird auf Basis eigener Entscheidung erbracht; wöchentliche Tutor*innengespräche; halbjährliche Bilanz- und Zielgespräche.
3. *Lernen, zusammen zu leben:* jahrgangsgemischte inklusive Klassen; Klassenstunden wie Klassenrat und Soziales Lernen; Schulversammlung jeden Freitag am Ende der Schulwoche, Rituale zur gegenseitigen Achtung (z.B. Lied der Woche, gemeinsames Mittagessen, gegenseitiges Lob zum Wochenabschluss...); gemeinsam erarbeitete Regeln und Sanktionen für Regelverletzungen, Zutrauen in alle Jugendliche, Peer Learning (Mitschüler*innen als erste Lehrende), »Projekt Verantwortung« (s.o.).

Abgesehen von den neuen Lernformaten »Herausforderung«, »Projekt Verantwortung (PV)« und »Alle ins Ausland (AiA)« gibt es an der ESBZ noch die Neue Oberstufe mit den Lernformaten »Lernexpedition (LEX)« als einwöchige »Lernreise« mit selbst gewählten Themen, auf die sich die Schüler*innen bewerben müssen, »Pulsar« mit fächerübergreifenden, sinnstiftenden Inhalten (ein Thema und bis zu sechs Fächer), die aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet werden und zum Handeln auffordern, und »Lebens- und Arbeitskompetenzen (LAK)« mit einer Auswahl an Workshops, die sowohl von Lehrer*innen als auch von Eltern, Expert*innen und Schüler*innen angeboten werden und vielfältige Lernzugänge ermöglichen, die von fachspezifisch über handwerklich bis lebenspraktisch reichen (ESBZ, o.J.).

Diese neuen Schulen basieren auf der Vision, dass Schulen »Werkstätten und Wirk-Stätten der Menschlichkeit werden« (Margret Rasfeld in ebd., S. 253), aus denen Weltbürger*innen hervorgehen.

Eine weitere Möglichkeit, um die oben aufgezeigten Lernformate an Schulen zu realisieren, die auf dem Weg der Veränderung sind, aber zunächst Erfahrung mit Freiräumen machen möchten, ist der FREI DAY (Initiative Schule im Aufbruch, 2021). Dieser »Tag für Zukunftsfragen« (ebd.) knüpft an die Forderungen des Nationalen Aktionsplans BNE (NAP, 2017) und von BNE 2030 an.

Reflexionen

Welche Bildung brauchen wir für einen gesellschaftlichen Wandel und zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele? An diese Leitfrage wurde in der digitalen Podiumsdiskussion zum Zukunftsdiskurs »Education for Future« angeknüpft (vgl. Kasten 1).

Kasten 1: »Education for Future«

Welche Bildung brauchen wir für einen gesellschaftlichen Wandel und zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele?

Die Diskutant*innen: THOMAS HOHN: Kampagner für Bildungspolitik, Greenpeace; PROF. DR. GERALD HÜTHER: Vorstand der Akademie für Potentialentfaltung; MARGRET RASFELD: Co-Gründerin von »Schule im Aufbruch«; SILKE WEIß: Gründerin und Leiterin der »LernKulturZeit-Akademie«

Moderatorin: BIANCA RICHTER-HARM: »sustainify« – Institut für nachhaltige Bildung, Forschung, Innovation

Im Rahmen der digitalen Podiumsdiskussion wurden unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt. Aus der schulischen Praxis kommend hat Margret Rasfeld ihre Erfahrungen und Expertise als Schulleiterin der ESBZ von 2007 bis 2016 in die Diskussion gebracht, die sie auch nach ihrer Pensionierung als Co-Gründerin von »Schule im Aufbruch« u. a. durch den FREI DAY in die Schulen und in die Gesellschaft trägt. Ebenfalls mit schulpraktischem Erfahrungshintergrund hat Silke Weiß mitdiskutiert, die als Gründerin und Leiterin der »LernKulturZeit-Akademie« v. a. die bundesweite Vernetzung von Bildungsinnovator*innen fördert und in Jahreskursen die Bewusstseinsentwicklung für den Wandel fördert. Gerald Hüther ist als Hirnforscher durch zahlreiche Publikationen und Vorträge bekannt, die u. a. auch das Lernen betreffen, wie z. B. »#Education for Future. Bildung für ein gelingendes Leben« (Hüther et al., 2020; vgl. auch den Beitrag von Hüther & Heinrich in diesem Band). Aber auch die Bedeutung der emotionalen Verbindung mit der Natur wird von ihm herausgestellt (z. B. Renz-Polster & Hüther, 2013). Thomas Hohn ist bei Greenpeace im Bildungsbereich aktiv und setzt sich u. a. auch über das »Bündnis ZukunftsBildung«, in dem neben Greenpeace noch weitere Nichtregierungsorganisationen vertreten sind, dafür ein, dass BNE im deutschen Bildungssystem fest verankert wird, um Kinder und Jugendliche systematisch in die notwendigen Veränderungsprozesse einzubinden.

Im Folgenden werden zentrale Aspekte aus dem Zukunftsdiskurs (ZD) zusammengefasst.

Lernbegriff und individuelle Potenzialentfaltung

Im Hinblick auf Lernen wird an grundlegende Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen aber auch Erwachsenen angeknüpft, da letztlich das ganze Leben lernen ist. Lernen sei das Ergebnis von Erfahrungen, sowohl kognitiv als auch emotional. Die emotionale Verankerung und Verknüpfung mit der Kognition sei dabei sehr wichtig, da zu Lernerfahrungen niemand gezwungen werden könne, sondern hierzu sei jemand einzuladen und zu ermutigen. Erfahrungen in und mit der Natur seien hierbei grundlegend, um emotional mit dem Lebendigen verbunden zu werden. Lernen sei eine »Grundeigenschaft des Lebendigen« (Hüther im ZD). Hierfür werden zwei zentrale Bedürfnisse betont:

Das Bedürfnis nach Verbundenheit und das Bedürfnis nach Autonomie, d.h. nach eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, die auf der Freude am Entdecken und Lernen basieren. Dafür brauche es Aufgaben, an denen jemand wachsen könne. Wenn aber diese Bedürfnisse nicht erfüllt werden, würde die Freude am Lernen abgetötet. Daher wird festgehalten: »Kein einziges Kind darf in diesem Land seine angeborene Freude am Lernen verlieren!« (Hüther im ZD).

Im schulischen Kontext bedeute dies, die Frage zu stellen, was sich bei einem Kind oder Jugendlichen entwickeln möchte. Somit sei der individuellen Potenzialentfaltung Vorrang zu geben vor der standardisierten Stoffvermittlung, denn »wo ich sein darf, kann ich werden« (Weiß im ZD). Hierfür brauche es eine entsprechende Beziehungskultur, d.h. die Bereitschaft, sich auf Beziehungen und Kontakt einzulassen.

»Es wäre also an der Zeit, aufzuwachen und unsere Schulen in das umzuwandeln, was sie sein müssten: Werkstätten des Entdeckens und Gestaltens, Erfahrungsräume zur Entfaltung der in allen Kindern angelegten Potenziale, Begegnungsorte für das Voneinander- und Miteinanderlernen, Basislager des Erlebens von gegenseitiger Achtung und Wertschätzung und des Gefühls, aneinander und miteinander über sich hinauswachsen zu können.« (Gerald Hüther in Rasfeld & Spiegel, 2013, S. 14)

Es wird betont, dass sich die Welt und insbesondere die Arbeitswelt verändert habe und daher bestimmte Fähigkeiten zu fördern seien, wie Kreativität, Teamfähigkeit, Vertrauen. Mit den derzeit in den Schulen ausgebildeten jungen Menschen könne man dort meist nichts anfangen, die müssten erst mal »ein Jahr entlernen« (Rasfeld im ZD).

Wandel des Schulsystems – Schulen im Aufbruch

Es wird mit Bezug auf das derzeitige Schulsystem festgestellt, dass dieses starr und nicht »gesund« sei. Dies sei aus den psychosomatischen Folgen, die sowohl aufseiten von Lernenden als auch aufseiten von Lehrenden zu beobachten sind, abzuleiten. Eine Ursache dafür sei, dass durch die Erfahrungen, die Lehrkräfte in ihrer eigenen Schulzeit und Ausbildung gemacht haben, ein Bild von Schule verinnerlicht wurde, das durch Studentakt, Leistungsdruck, Stoffvermittlung und Anpassung geprägt ist. Letztlich sei der Lehrberuf heute purer Stress – viele Lehrkräfte befänden sich im Hamsterrad und hätten so keine Möglichkeit, sich für ein anderes Schulsystem zu öffnen.

Eine Veränderung des Schulsystems brauche daher Visionen, alternative Bilder und konkrete Erfahrungen, die zeigen, dass es anders geht. Hier sei in erster Linie bei den Lehrkräften und Schulleitungen anzusetzen, um Schulen zu realisieren, die anders strukturiert sind. Solche Veränderungen basierten auf couragierten Entscheidungen für Alternativen, somit brauche es vor allem Mut für das Einschlagen neuer Wege. Abgesehen von einem starken Impuls für den Wandel in Schulen brauche es aber zudem auch eine Transformationsbegleitung während der strukturellen Veränderung.

Gute Vorbilder sind hier hilfreich. Als Beispiel wird die Alemannenschule in Wutöschingen⁴ genannt, die zudem den Deutschen Schulpreis erhalten hat. In dieser Gemeinschaftsschule wurde u.a. der klassische Unterricht abgeschafft, alle Fächer wurden zusammengenommen und altersgemischte Gruppen gebildet. Es gibt eine individuelle Begleitung, d.h. jedes Kind hat einen Tutor bzw. eine Tutorin (siehe auch die Ausführungen im Abschnitt »Relevanz« zur Evangelischen Gemeinschaftsschule in Berlin Zentrum). Damit wurden vor allem Freiräume geschaffen, in denen sich die Potenziale der Kinder entwickeln können.

Auch der FREI DAY von »Schule im Aufbruch« strebe eine ganzheitliche Transformation der gesamten Schule an. Vier Stunden pro Woche werde ohne Curriculum unterrichtet, d.h. diese Zeit sei »unverzweckter Freiraum« (Rasfeld im ZD), in denen die Schüler*innen eigene Ideen entwickeln und diesen nachgehen könnten. Etliche Schulen hätten sich dieser Initiative schon angeschlossen. Da Kultusministerien keine Innovationszentren seien, müsste sich die Schule selbst auf den Weg machen.

Ebenso sei die Ausbildung von Lehramtsstudierenden zu verändern. Die studentische Initiative »Kreidestaub«⁵ nehme z.B. die Ausbildung selbst in die Hand. Auch das »Netzwerk N«⁶ setze sich für Veränderung der Ausbildung an Hochschulen ein.

»Unser herkömmliches Schulsystem macht Lehrer, häufig gegen ihre Überzeugung, zu Defizitnachweisern. Die Qualität der modernen Schule zeigt sich hingegen in einer Mentalität von Schatzsuchern, die in *allen* ihre Potenziale entdecken und entwickeln sowie Gelegenheiten schaffen will, die Qualitäten in sinnvolle Kontexte einzubringen. [...] Wenn man etwas für sinnvoll

4 Siehe: <https://www.alemannenschule-wutoeschingen.de/>.

5 Siehe: <https://www.kreidestaub.net/>.

6 Siehe: <https://www.netzwerk-n.org/>.

erachtet, wenn man etwas erreichen will, braucht es dafür Orte, Zeiten, Räume.« (Rasfeld & Spiegel, 2013, S. 104, Herv. i. O.)

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Was BNE betrifft, so müsste der Wandel somit vor allem »ein Herzensanliegen« (Hüther im ZD) werden. Hierzu seien eine innere Einstellung und Haltung notwendig, die sich durch die Verbindung von Emotion und Kognition in den Lernerfahrungen und durch eigenes Tun entwickle. Nachhaltigkeit ist vor diesem Hintergrund bestmöglich draußen in der Natur zu vermitteln, so dass »die jetzt heranwachsende Generation viel enger und viel nachhaltiger emotional mit dem Lebendigen, und auch mit der Vielfalt und der Schönheit des Lebendigen in dieser Welt emotional verbunden wird« (Hüther im ZD). Allerdings seien wir meilenweit davon entfernt mit dem heutigen Bildungssystem (siehe oben).

Es ginge aber nicht darum, das Curriculum zu ändern und zu schauen, wo noch BNE untergebracht werden könne. Es brauche im Gegenteil eine »radikale Entrümpelung der Curricula« (Rasfeld im ZD). Eigentlich brauche es keine Fächer mehr, denn in einer komplexen Welt müssten wir lernen, komplex zu denken.

BNE bedeutet somit, Schule neu zu denken. Die UNESCO spreche »von einem Paradigmenwechsel, von einem Wertewechsel« (Rasfeld im ZD). BNE brauche daher – mit Bezug auf den »Whole Institution Approach« – eine Schulkultur, die zukunftsfähig ist. Die Große Transformation sei notwendig, denn »unser Haus brennt« (Hohn im ZD). Somit sei die Frage zu stellen, wie wir gesamtgesellschaftlich leben wollen. Partizipation ist dafür wichtig. Durch das Handeln könnten Hürden überwunden werden. Entsprechende Aktions- und Freiräume zeige der »Nationale Aktionsplan BNE« auf. »youpan«⁷ (Jugend-Panel zur Bildung für nachhaltige Entwicklung) zeige auf, wie eine Jugendbeteiligung funktioniert. Dafür wurden acht Forderungen von den jungen Menschen entwickelt (youpan, 2020).

Für Schulen als Zukunftswerkstätten und Transformationsorte seien letztlich drei Komponenten wichtig:

7 Siehe die Website: <https://youpan.de/>.

1. Wissen: Schüler*innen eignen sich selbstständig Wissen an;
2. Handeln: Schüler*innen bringen sich in die Veränderungen vor Ort ein, d.h. Schule und Kommune arbeiten zusammen⁸;
3. Vernetzung: durch Netzwerke entstehen Bildungslandschaften.

Kurz: die Schulen werden zu sozialen und ökologischen Vorzeigeorten gemacht. Wünschenswert seien kommunale Dialoge zur Frage, in welcher Welt wir eigentlich leben wollen und was das konkret für Bildung und die eigene Kommune bedeute. »Kommunen, das ist ja vor Ort, da passiert!« (Hohn im ZD) Bildung wird als Kompass beschrieben, um vom Wissen zum Handeln zu kommen – getragen von Werten und Haltung. Dadurch könne Selbstwirksamkeit erfahren werden. Die jungen Menschen würden berichten: »Die Ohnmacht verlieren sie in dem Moment, in dem sie ins Handeln kommen« (Hohn im ZD). BNE müsse daher viel mehr in die Öffentlichkeit gebracht werden. »Die Zeit ist so reif wie nie.« (Rasfeld im ZD)

Um die Transformation zu realisieren, brauche es Vorbilder und gute Geschichten, um eine Vorstellung von der Schule der Zukunft zu bekommen. Dafür gelte es, vor allem das Zuhören zu lernen. Eine solche Schule basiere auf Austausch und demokratischer Teilhabe.

Mut für den Wandel zu machen und Menschen dabei zu begleiten – das sei der Schlüssel, um die Transformation in die Breite zu bringen.

»Wir wollen, dass alle Kinder Mut zu und Freude an sozialer und ökologischer Verantwortung entwickeln. Verantwortung lernen und zivilgesellschaftliches Engagement im Gemeinwesen sind zentrale Elemente unserer Lernkultur. Die Schule soll ein kulturelles Forum und ein Marktplatz für Impulse für die Schul- und Stadtteilentwicklung sein und werden.« (Auszug aus dem Schulethos der ESBZ in Rasfeld & Spiegel, 2013, S. 31)

8 Hierfür wurde als Beispiel die Kooperation der KGS Pattensen (die auch bei »Schule im Aufbruch« mitwirkt) mit der Stadt Pattensen (die auf dem Weg zu einer global nachhaltigen Kommune ist) genannt.

Impulse

Aus den Darstellungen zur Relevanz des Zukunftsdiskurses und den Reflexionen in der Podiumsdiskussion lassen sich folgende Impulse ableiten:

1. »Education for Future« ist in ihrer praktischen Umsetzung eine »EduAction for Future«.
2. »Education for Future« knüpft an das UNESCO-Programm BNE 2030 an und braucht transformatives Lernen für transformatives Handeln im Rahmen einer transformativen Bildung, die den Menschen ins Zentrum stellt.
3. Im Zusammenhang mit transformativem Lernen ist zu berücksichtigen, dass Lernen eine »Grundeigenschaft des Lebendigen« ist, d.h. das Bedürfnis nach Verbundenheit und das Bedürfnis nach Autonomie und eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, die mit der Freude am Entdecken von Zusammenhängen einhergehen, sind zu stillen.
4. Lernfreude ist durch Aufgaben und Herausforderungen, an denen jemand wachsen kann, zu wecken und aufrechtzuerhalten.
5. Bildung ist Potenzialentfaltung, die auf einer Beziehungskultur an Schulen bzw. Bildungseinrichtungen basiert.
6. Die Schule ist ein Teil der regionalen Bildungslandschaft, d.h. sie vernetzt sich mit den politischen, ökonomischen und sozialen Akteuren in der Kommune, um dadurch Lernerfahrungen aus erster Hand zu ermöglichen.
7. Kinder und Jugendliche werden im Zuge von Lernen durch Engagement über die Verantwortungsübernahme für selbst gewählte Maßnahmen in ihrem Umfeld (z.B. Stadtteil, Gemeinde) sowie durch schulische und (kommunal-)politische Partizipation zu Mitgestalter*innen ihrer Lebenswelt.
8. Um Verantwortung für die Erde und das Leben auf ihr zu übernehmen, ist zudem die Verbundenheit mit dem Lebendigen durch Lernerfahrungen in der Natur zu fördern.
9. Die Schulleitung ist engagiert und kompetent für den Wandel zu einer Schule der Zukunft. Sie schafft den erforderlichen Rahmen dafür, dass »alle« mitwirken: alle Lehrkräfte, alle Schüler*innen und alle Eltern bzw. Erziehungsberechtigten.
10. »Education for Future« ist mit ihrer Zielrichtung eine Bildung für ein gelingendes Leben.

Literatur

- BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung (o.J.). Whole Institution Approach – der ganzheitliche BNE-Ansatz, <https://www.bne-portal.de/bne/de/einstieg/bildungsbereiche/whole-institution-approach/whole-institution-approach> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- DUK: Deutsche UNESCO-Kommission (2018). Nachhaltigkeit 360° – in der Schule, https://www.unesco.de/sites/default/files/2020-04/BNE_Handreichungen%20Bildungsbereich%202018_Nachhaltigkeit_Schule_2019.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- DUK: Deutsche UNESCO-Kommission (2021). Rahmenprogramm für die Umsetzung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) über 2019 hinaus: BNE 2030. (UNESCO 40C/23 (Anhang II) Arbeitsübersetzung der Deutschen UNESCO-Kommission), https://www.unesco.de/sites/default/files/2021-05/BNE%202030_Rahmenprogramm_Text_Deutsch.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- DUK: Deutsche UNESCO-Kommission (o.J.). Bildung für nachhaltige Entwicklung, <https://www.unesco.de/bildung/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- ESBZ: Evangelische Schule Berlin Zentrum (o.J.). Neue Lernformate, <https://www.ev-schule-zentrum.de/paedagogik/neue-lernformate> (zuletzt abgerufen am 26.08.2021).
- Hattie, J. & Zierer, K. (2021). *Kenne deinen Einfluss! »Visible Learning« für die Unterrichtspraxis*. 5., unveränderte Auflage. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.
- Heitfeld, M. & Reif, A. (2020). *Transformation gestalten lernen. Mit Bildung und transformativem Engagement gesellschaftliche Strukturen verändern*. Berlin: Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/de/19607> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Hüther, G., Heinrich, M. & Senf, M. (2020). *#Education for Future. Bildung für ein gelingendes Leben*. München: Wilhelm Goldmann Verlag.
- Initiative Schule im Aufbruch gGmbH (2021). Lernformate, <https://schule-im-aufbruch.de/schule-im-aufbruch/lernformate/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (o.J.). Was ist transformative Bildung?, <https://konzeptwerk-neue-oekonomie.org/themen/bildung/was-ist-st-transformative-bildung/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).

- Meyer, C. (2018). Den Klimawandel bewusst machen – zur geographiedidaktischen Bedeutung von Tiefenökologie und Integraler Theorie im Kontext einer transformativen Bildung. In C. Meyer, A. Eberth & B. Warner (Hg.), *Diercke Klimawandel im Unterricht. Bewusstseinsbildung für eine nachhaltige Entwicklung* (16-30). Braunschweig: Westermann.
- Meyer, C. (2019). Denn sie tun, was sie wissen! Integrale Theorie und Werte-Bildung für eine gesellschaftliche Transformation. *transfer Forschung <> Schule*, 5(5), 40-58.
- Meyer, C. (2021). Klimaschutz in der Bildungsarbeit im Kontext einer »Transformation unserer Welt«. In U. Sahling (Hg.), *Klimaschutz und Energiewende in Deutschland*. Berlin, Heidelberg: Springer Spektrum. https://doi.org/10.1007/978-3-662-62081-6_44-1
- NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2017). *Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Berlin: BMBF.
- O'Sullivan, E. (2012). Deep Transformation: Forging a Planetary Worldview. In E.W. Taylor & P. Cranton (Hg.), *The Handbook of Transformative Learning. Theory, Research, and Practice* (162-177). San Francisco: Jossey-Bass.
- Pioneers of Education (2021). Mit der Kraft des Wir die Zukunft unseres Bildungssystems gestalten. online Bildungsgipfel/21. 19.-26. März, <https://pioneersofeducation.online/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- PIRC: Public Interest Research Centre (Hg.) (2014). Die Gemeinsame Sache. Ein Handbuch zu Werten und Deutungsrahmen, <https://www.diegemeinsamesache.org/home/das-handbuch/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Rasfeld, M. & Spiegel, P. (2013). *EduAction. Wir machen Schule*. 2. Auflage. Hamburg: Murmann Verlag.
- Reif, A. & Dahm, C. (2017). *Globale Klimakrise: Aufbruch in eine neue Zukunft. Ursachen, Auswirkungen und transformative Wege aus der Klimakrise*. Berlin: Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/de/14231> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Renz-Polster, H. & Hüther, G. (2013). *Wie Kinder heute wachsen. Natur als Entwicklungsraum*. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.
- Rostock, S. (2020). Lernorte für eine zukunftsfähige Gesellschaft, <https://germanwatch.org/de/20183> (zuletzt abgerufen am 08.10.2021).
- Schneidewind, U. & Singer-Brodowski, M. (2014). *Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem*. Marburg: Metropolis.

- Schneidewind, U. (2013). Wandel verstehen: Auf dem Weg zu einer »Transformative Literacy«. In H. Welzer & K. Wiegandt (Hg.), *Wege aus der Wachstumsgesellschaft* (115-140). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Singer-Brodowski, M. & Schneidewind, U. (2014). Transformative Literacy. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse verstehen und gestalten. In FORUM Umweltbildung im Umweltdachverband (Hg.), *Krisen- und Transformationsszenarios: Frühkindpädagogik, Resilienz & Weltaktionsprogramm* (131-140). Wien: Forum Umweltbildung.
- UN: Vereinte Nationen (2015). Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015. 70/1. Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. A/RES/70/1.
- UNESCO: United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2017). *Education for Sustainable Development Goals. Learning Objectives*. Paris: UNESCO.
- Von Brück, M. (2015). *Weltinnenraum. Rainer Maria Rilkes »Duineser Elegien« in Resonanz mit dem Buddha*. Freiburg i.Br.: Herder.
- WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation (Hauptgutachten)*. Berlin: WBGU.
- WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2016). *Der Umzug der Menschheit. Die transformative Kraft der Städte (Hauptgutachten)*. Berlin: WBGU.
- Welzer, H. (2011). *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*. (Schriftenreihe Ökologie, Bd. 14). Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- youpan (2020). Wir fordern! <https://www.youpan.de/forderungen> (zuletzt abgerufen am 27.09.20).

Aufbruch in die Freiheit?

Wie wir unsere Kinder und uns selbst vom Leistungsdruck befreien können

Gerald Hüther und Marcell Heinrich

Es ist eine sich immer rascher verändernde Welt, in die unsere Kinder gegenwärtig hineinwachsen. Anhalten oder zurückdrehen lässt sich diese Entwicklung nicht, auch wenn es mancherorts versucht wird. Damit unsere Kinder und Jugendlichen lernen, sich in dieser Welt zurechtzufinden, brauchen sie unsere Hilfe. Wie aber sollen wir ihnen helfen, wenn wir doch selbst mit ständig neuen Schreckensmeldungen eines sich global ausbreitenden allgemeinen Durcheinanders konfrontiert sind und uns zunehmend ratlos fühlen? Um unseren Kindern helfen zu können, müssten wir dieses Durcheinander besser verstehen und das hinter diesen Phänomenen verborgene Prinzip erkennen.

Verantwortlich für die Ursache so mancher Problematik sind sicherlich die Unfähigkeit einzelner Politiker*innen, die Gier rücksichtsloser Unternehmer*innen, das kapitalistische Wirtschafts- und Finanzsystem oder gar eine notorische Unfähigkeit von Vertreter*innen unserer Spezies, die uns ein friedliches und konstruktives Miteinander unmöglich machen. Es könnte aber auch sein, dass dieses ganze Durcheinander die zwangsläufige Begleiterscheinung eines Entwicklungsprozesses ist, der schon seit Beginn der Menschheitsgeschichte immer im Hintergrund abläuft und sich nun nur immens beschleunigt hat: die fortwährende Suche nach Möglichkeiten zur immer besseren Entfaltung der im Menschen und im menschlichen Zusammenleben angelegten Potenziale. Ein zunächst langsam beginnender, aber dann immer schneller werdender Aufbruch in die Freiheit.

Denn das ist der älteste Menschheitstraum: die Befreiung aus Not und Elend, Hunger und Armut, von dem Ausgeliefertsein gegenüber Naturgewalten und Krankheiten, auch von der Knechtschaft und Bevormundung durch andere, mächtigere und einflussreichere Personen. Einzelne Vertreter*innen

unserer Spezies haben es hin und wieder geschafft, sich aus all diesen Zwängen zu befreien. Manche durch Anhäufung von Macht, Geld und Einfluss. Manche durch die Loslösung von allen Besitztümern und den völligen Verzicht auf das, was ihre Freiheit auf irgendeine Weise einschränkt. Beide Strategien sind aber ungeeignet für ein befreites und friedvolles Zusammenleben aller Menschen in einer globalisierten Welt.

Weder das individuelle Streben nach immer mehr Macht und Einfluss noch der individuelle Rückzug in meditative und kontemplative Übungen können die Menschen in die Freiheit führen. Denn beides ist mit der Grundlage unseres Menschseins unvereinbar. Schließlich sind wir zutiefst soziale Wesen und können ohne andere gar nicht leben, geschweige denn die in uns angelegten Potenziale zur Entfaltung bringen. Auf dem Weg in die Freiheit brauchen wir den Austausch mit anderen Menschen – nicht mit lauter Gleichgesinnten, sondern mit möglichst vielen, die anders sind als wir selbst, die andere Lebenserfahrungen gemacht, andere Vorstellungen herausgebildet, sich anderes Wissen und Können angeeignet haben.

Wie aber sollen wir unsere Kinder auf ein Leben in einer solchen, sich zumindest in unserem Kulturkreis jetzt schon abzeichnenden Freiheit vorbereiten? Was brauchen sie, um sich aus den alten Mustern bisherigen Denkens, Fühlens und Handelns herauszulösen? Wie können wir ihnen helfen, sich selbst als Mitgestalter*innen dieses Aufbruchs in die Freiheit zu erleben und nicht von ihm überrollt zu werden? Ja, klar, dazu brauchen sie eine qualifizierte Ausbildung. Aber die haben auch all jene, die sich auf Kosten anderer bereichern, die andere Menschen zur Verfolgung ihrer jeweiligen Machtinteressen benutzen, sie verführen und von sich abhängig machen. Jene, die die Regenwälder abholzen lassen und mit ihren Unternehmen die Umwelt verpesten. Sie alle sind als Unternehmer*innen, Politiker*innen, Wissenschaftler*innen oder Lobbyist*innen bestens ausgebildet. Sonst wären sie nicht so erfolgreich.

Was die jetzt heranwachsenden Kinder und Jugendlichen brauchen, ist also vor allem eine Bildung, die es ihnen ermöglicht, ihr Zusammenleben mit anderen Menschen und mit anderen Lebewesen so zu gestalten, dass sich das Leben auf unserem Planeten in seinen vielfältigen Formen auch in Zukunft weiter entfalten kann.

Wie wir uns von der Zukunftsangst befreien

Wir wissen es alle: Wer unter Druck steht, möglichst gut abzuliefern, der kann nur schwerlich Lust an diesem Tun empfinden. Wer fürchten muss, nicht gut genug zu sein, der hat Mühe, zu anderen in Beziehung zu treten. Die wesentliche Bedingung für jede Lust am Lernen und Gestalten und für jede echte Verbundenheit mit anderen ist, sich selbst als Subjekt wahrzunehmen. Und deshalb ist es nötig, dass wir unsere Kinder von unfreiwilligem Genügend-Müssen befreien – soweit es nur geht. Gezwungenermaßen verglichen zu werden, verhindert die Wahrnehmung als Subjekt. Der seelische Schmerz, den das erzeugt, ist der Grund, weshalb Schüler*innen sich vor Leistungskontrollen fürchten. Der Zwang, die Abrichtung und die Demütigung, die durch den Leistungs- und Notendruck in unserem Bildungssystem entstehen, hindern viel zu viele Kinder und Jugendliche an der Entfaltung der in ihnen angelegten Talente und Begabungen.

Der Schulerfolg hängt, zumindest in Deutschland, noch immer stark vom Elternhaus ab – so auch der Schulmisserfolg. Die wenigsten Kinder gehören zu den Glücklichen, denen der Schulstoff nur so zufliegt. Die Demontage ihres Selbstwertgefühls durch miserable Schulnoten ist für liebende Eltern kaum auszuhalten. Damit das Kind auf dem geforderten Level mithalten kann, wird Nachhilfeunterricht veranlasst – Zeit, in der das Kind eigentlich entspannen und spielen sollte. Zudem übernehmen viele Mütter und Väter zu Hause den Job als Zweitlehrer*in. Das entstehende Lehr-Lern-Verhältnis kann aber die hochemotionale Eltern-Kind-Beziehung und den Alltag enorm belasten.

Hinzu kommt die Gestaltung der Schulkarriere: Welche Schule wählen wir für unser Kind? Freie Schule? Staatliche Schule? Privat oder öffentlich? Gymnasium oder Realschule? Versetzen oder zurückstufen? Jedes Kind hat nur dieses eine Leben, und wir als Eltern wollen keine Entscheidungen treffen, die sich später als Nachteil auswirken. Bei vielen entsteht dadurch ein psychischer Druck. Eltern haben heute genauso viel Stress mit der Schule wie ihre Kinder. Bei den Kindern entsteht psychischer Druck, weil sie Angst haben, auf dem für sie gewählten schulischen Weg nicht zu bestehen. Sie werden ständig verglichen mit ihren Mitschüler*innen und haben Angst, die Erwartungen nicht zu erfüllen, das Klassenziel nicht zu erreichen oder nicht gut genug zu sein.

Wenn nun das, worauf die meisten Eltern bisher in Bezug auf den Schulbesuch ihrer Kinder Wert gelegt haben, gar nicht zum gelingenden Leben

führt, und wenn wir die Lern- und Gestaltungslust sowie die Verbundenheit als Voraussetzung für ein gelingendes Leben erkennen, dann erscheint es sinnvoll, ihrer Erhaltung und Entfaltung im Aufwachsen unserer Kinder höchste Priorität einzuräumen. Der Konflikt ist kleiner, als er erscheint – für Schüler*innen gleichermaßen wie für Eltern und Lehrer*innen. Denn aus der Nähe betrachtet, steht nicht das Abschlussziel an sich dem Erhalten und Entfalten der Lernlust und Verbundenheit im Wege, sondern der Alltag, den Kinder und Jugendliche bis dahin erleben: das Trimmen auf ein Leistungsideal, das Vergleichen zwischen »besseren« und »schlechteren« Schüler*innen, das Pauken von Themen, die nicht interessieren, der Mangel an informellen Begegnungen im durchgetakteten Wochenplan, das Genügen-Müssen, die Gewohnheit, sich an äußeren Ansprüchen zu messen. Würde es gelingen, diese tradierten Dressur- und Abrichtungsmuster abzumildern oder gar aufzulösen, stünde die Schulzeit gar nicht erst im Konflikt zu den günstigen Erfahrungen für ein gelingendes Leben.

Der Blick nach vorn

Ein gangbarer Weg im Schulalltag besteht darin, dass Schüler*innen, Eltern, vor allem aber Lehrer*innen ihre Schule umgestalten, ihre alten Bildungsziele, Inhalte und Strukturen in Bewegung bringen. Der »Nationale Aktionsplan zur Bildung für nachhaltige Entwicklung« (BNE) bietet in Deutschland die Gesetzesgrundlage, nach der sich allerhand günstige Erfahrungen für unsere Erwachsenen von morgen umsetzen lassen. Der Aktionsplan stellt auch finanzielle Mittel bereit, um eine Veränderung der Kultur und des Miteinanders zu unterstützen. Erfahrene Bildungsakteure wie der »Eduventis e. V.« eignen sich als externe Partner*innen.

Der größte Hebel muss nicht bei den Zielen und Inhalten umgelegt werden, sondern bei der Veränderung der Organisationsstrukturen. Die Initiativen »Schule im Aufbruch« in Deutschland und »Schulen der Zukunft« in der Schweiz haben sich zu diesem Zweck gegründet. Sie inspirieren und begleiten Schulen, ihre Kollegien und Träger*innen beim Struktur- und Kulturwandel. In Deutschland haben sich bereits etwa 200 Schulen auf diesen Weg gegeben. In Österreich sind es an die 300 Schulen, und auch in der Schweiz gibt es zahlreiche Schulen, die entsprechende Prozesse in Gang gesetzt haben. Jede Schule, die offen dafür ist, kann sich hier Unterstützung holen.

Der Mythos vom Schulabschluss als Weichenstellung in die Zukunft prägt bislang das Motto elterlicher Lernfürsorge: Schule geht vor! Es erzeugt und erzeugt noch immer all den Druck, der die günstigen Erfahrungen im Aufwachsen verhindert. Doch so überraschend es klingen mag, bereits heute lassen sich Schulbesuch und Erhaltung der Lernlust einigermaßen vereinbaren. Dazu ist es nötig, den Mythos aufzulösen und die mentale Macht des Leistungs- und Notendrucks zu verringern, indem Schulerfolg nicht mehr mit gelingendem Leben gleichgesetzt wird. Ohne diesen Anspruch wäre die Schulzeit handhabbar für Kids und Eltern.

Allerdings würde Schule dann auch ihr Monopol auf Bildung verlieren, weil sie zu einer von mehreren Notwendigkeiten würde, die es im Leben zu vereinbaren gilt. Die Schulzeit würde zu einer Lebensphase, die es zu nutzen gilt, ohne unterwegs die Lust am Lernen und Gestalten zu verlieren. Sie würde zu einer Chance. In ihr könnten die Kinder lernen, wie sie ihre eigene Begeisterung beschützen und mit Konflikten umgehen. Und für Lehrer*innen könnte sich ein Berufsalltag eröffnen, indem sie beides schaffen: Lern- und Gestaltungslust entfachen und den Dienstauftrag erfüllen. Lehrer*innen wie auch Schüler*innen und Eltern könnten dann viel leichter und spielerischer mit schulischen Angelegenheiten umgehen.

Die Arbeitswelt von morgen rekrutiert nicht mehr nach Schulerfolg und Schulabschlüssen, sondern nach Persönlichkeit, Können und Wollen. Die Deutsche Bahn schaut bereits seit 2013 nicht mehr auf Schulnoten. Stattdessen absolvieren die Bewerber*innen einen Online-Test, der zeigen soll, wie sie so drauf sind, wie engagiert und interessiert sie sind. Auch Siemens setzt auf sogenannte Online-Assessments: Zeugnisnoten haben zwar noch eine gewisse Relevanz, treten aber immer weiter in den Hintergrund. Die Drogeriemarktkette dm gilt aktuell als einer der beliebtesten Ausbildungsbetriebe Deutschlands. Statt Eignungstests werden hier Gruppengespräche zum Kennenlernen geführt. Die passenden Bewerber*innen werden dann zu einem Schnuppertag eingeladen. Danach treffen beide – Bewerber*in und Betrieb – ihre Entscheidung.

Die Deutsche Bahn, Siemens, dm – das sind drei große deutsche Arbeitgebende. Mittlere und kleine Unternehmen folgen ihrem Beispiel. Sie achten auf Interesse und Engagement der jungen Nachwuchskräfte. Sie suchen Leute, die wollen. Das ist es, was in Unternehmen heute und ganz sicher auch in Zukunft zählt. Motivation, Persönlichkeit und zwischenmenschliche Fähigkeiten werden im Berufsleben unserer Kinder die größte Bedeutung haben. Und so etwas lässt sich nicht von Zeugnissen ablesen. Zensuren gelten des-

halb in einigen Unternehmen schon heute nur noch als informatives Beiwerk im Bewerbungsverfahren. Und der Trend, weg von Schulnoten, geht rasant voran. Die sich wandelnde Arbeitswelt braucht nämlich mehr kreative Gestalter*innen als perfekte Funktionierer*innen. Noch wichtiger als Fachwissen und spezielles Können sind ihnen die Fähigkeiten der Bewerber*innen im Umgang mit sich selbst, mit ihren Aufgaben und mit ihren Mitmenschen. Um ihre Geschäftsmodelle in die digitale Zeit zu transferieren und ihre globalen Probleme in den Griff zu bekommen, suchen Unternehmen Leute, die ihre Ellenbogen einfahren und miteinander ko-kreieren können, Leute, die mutig um die Ecke denken, die proaktiv handeln, anstatt zu fragen, welche Seite sie als Nächstes aufschlagen sollen. Unternehmen und Betriebe haben begriffen, dass heute niemand mehr »fertig ausgelernt« ist. Sie ermöglichen deshalb ihrer Belegschaft lebenslanges Lernen und entwickeln sich aus diesem Grund mehr und mehr zu Lernorten.

Die Qualität des Miteinanders und gemeinsamer Erfahrungen, die Kinder und Jugendliche in ihrer Schulzeit erleben, ist relevanter für ihre Zukunft als gute Abschlusszeugnisse. Haben sie bis dahin ihre Freude am Lernen behalten, werden sie sich jedes benötigte Wissen und Können aneignen und passende Zugänge zum beruflichen Einstieg finden – ganz gleich, welche Noten da einst auf einem Zettel standen.

Schule ist viel mehr als Unterricht

Bildung für ein gelingendes Leben findet nicht in Institutionen statt, sondern dort, wo sich das Leben ereignet. So betrachtet, sind Schulen wichtige Orte, an denen unsere Kinder (meist kostenfrei) zusammenkommen, wo sie andere Kinder und Jugendliche verschiedenen Alters treffen, Freundschaften schließen und Konflikte austragen, wo sie Klassenfahrten und Wandertage erleben, Projektstage mit Auftritten und Kuchenbasaren, Schulfeste und Weihnachtsfeiern. Es sind Orte, an denen sie Verantwortung übernehmen können, etwa im Schulsanitätsdienst oder in Schülerfirmen. Es sind Orte, an denen für alle eine Verpflegung organisiert wird, wo es Licht, Heizung und irgendeine Form von Möblierung gibt sowie Personal, das auf allgemeine Sicherheit achtet. In Schulen gibt es viele gute Fachleute, die sich mit einzelnen Kindern befassen, die ihr Wohl im Blick haben, die bei besonderem Bedarf sogar in interdisziplinären Teams zusammenkommen und darüber beraten, was ein Kind braucht. Sie können staatliche Hilfen mobilisieren und sogar Eltern bei

Problemen unterstützen. Vor allem an Förderschulen wird in dieser Hinsicht vielerorts wertvolle Hilfe geboten.

Viele Lehrer*innen verzweifeln und resignieren an ihrem Auftrag, ihre Schüler*innen zu selektieren. Auch der geringe soziale Freiraum im straffen Alltag widerstrebt vielen. Jene, die glauben, aufgrund der Strukturen ständig gegen ihr inneres Anliegen handeln zu müssen, werden selbst zu Objekten dieser Strukturen. Und das macht auf Dauer krank. Die meisten Lehrer*innen starten mit Idealen. Viele geben sie jedoch irgendwann auf. Zum Glück ist aber längst ein Paradigmenwechsel im Gange. Mehr und mehr Lehrer*innen erkennen, dass diese Strukturen nicht starr sind. Und immer mehr Lehrpersonen gelingt es, ihre Ideale zu bewahren. Sie verfügen über eine innere Klarheit darüber, was für Lehrkräfte sie sein wollen. Trotz aller Widrigkeiten halten sie am Kern ihrer Ideale fest. Sie sind hungrig geblieben. Sie geben Schüler*innen intellektuelle und emotionale Anstöße und dämmen die abrichtenden Effekte der Schulstrukturen auf ein Mindestmaß ein. Ihnen ist es zu verdanken, dass dieses veraltete Schulsystem immer noch halbwegs verantwortungsvolle Menschen hervorbringt.

Und das ist noch nicht alles, was wir an Schulen wertschätzen. In den letzten Jahren haben wir immer wieder Schüler*innen und Eltern erlebt, die die Rückschrittlichkeit der Institution Schule als Herausforderung betrachten, um sich aktiv für entsprechende Veränderungen einzusetzen. Sie ermutigen Ihre Kinder, offen ihre Meinung zu äußern und Missstände zu benennen. Mit dieser elterlichen Rückendeckung unterlaufen solche Schüler*innen die Anforderung nach Anpassung an die Strukturen dieser veralteten Institution – nicht aggressiv, sondern indem sie eine eigene Haltung einnehmen, ihre Rechte wahrnehmen und Stellung beziehen. So lernen sie, Ihre eigenen Meinungen zu vertreten, Werte zu formulieren und selbst auch danach zu leben.

In einer Zeit der Selbstbefreiung des Menschen ist der Schulbesuch ein Zwangskontext, der aber mehr und mehr aufweicht. Schüler*innen wie Eltern sind sich bewusst über das Gewaltverbot an Schulen, das in unserer Gesellschaft inzwischen flächendeckend gilt. Auch seelische Gewalt ist keine Option mehr. Eltern informieren sich und ihre Kinder gründlich darüber, welchen Handlungsspielraum Schulleitungen und Lehrer*innen haben. Ein solches Maß an Aufgeklärtheit macht es einer Institution aus dem alten Jahrtausend sehr schwer, ihr Korsett aufrechtzuerhalten.

Viele Familien ermöglichen ihren Kindern nach Beendigung der Schulpflicht heute ein *gap year*. In dieser Phase können sich die Jugendlichen mit

elterlicher Erlaubnis Zeit nehmen, der eigenen inneren Orientierung zu widmen – befreit von allen Karriereerwartungen. Die Jugendlichen nutzen diese Zeit ganz verschieden – sie reisen, machen *work and travel* oder arbeiten als Au-Pair. Sie produzieren einen Film, besuchen eine Kunstschule oder jobben. Hier können sie selbstgewählte Herausforderungen anpacken, entscheidende Erfahrungen sammeln und vor ihrem Einstieg ins Berufsleben ihre Lern- und Gestaltungslust wiederentdecken, erstes eigenes Einkommen generieren, innere Klarheit erlangen oder Lebensentwürfe vergleichen. Die *gap-year*-Jugendlichen und ihre Familien lassen das Dogma vom nahtlosen Lebenslauf los.

Die Zeit für eine Schule, die für ein gelingendes Leben stark macht, wird kommen. Bis dahin können wir Eltern unseren Kindern die Schulpflicht und die Zustände in den Bildungseinrichtungen nicht ersparen. Aber wir können dafür sorgen, sie nicht mehr dem Leistungs- und Notendruck auszusetzen, sodass seine selektierende Wirkung größtenteils verpufft. Die Schulzeit kann zu einer wertvollen Erfahrung werden, wenn wir sie in erster Linie als soziales Erprobungsfeld begreifen. Auf diesem können Kinder herausfinden, was für Menschen sie in dieser Welt sein wollen und was für welche nicht. Lassen wir sie in ihren Einrichtungen anecken, mitreden, sich einmischen und dabei ihre Würde bewahren. Stärken wir sie, wenn's draußen stürmisch zugeht, und lassen wir sie ausruhen im sicheren Hafen. Vertrauen wir auf ihre Schöpfungskraft. Dann kann Schule wenig Schaden anrichten. Ja, ihnen sogar nützen bei einem gelingendem Leben.

Dieser Text ist ein überarbeiteter Auszug aus dem Buch von Gerald Hüther, Marcell Heinrich, Mitch Senf »#Education For Future. Bildung für ein gelingendes Leben«, Wilhelm Goldmann Verlag München in der Verlagsgruppe Random House, erschienen am 17. Februar 2020. © Hüther/Heinrich/Senf, #Education for Future, ©Goldmann Verlag 2020. Jegliche Vervielfältigung, auch in Auszügen, ist genehmigungspflichtig.

Plädoyer für eine radikale Neuausrichtung der Bildung

Margret Rasfeld

Die Menschheit steht vor existenziellen Herausforderungen. Unser derzeitiges Wachstumsparadigma des »Höher – Schneller – Weiter« erweist sich als Kampf gegeneinander und ist nicht zukunftsfähig. Unser Lebensstil erfordert die Ressourcen von mehr als drei Erden. Eine gesellschaftliche Transformation zur Nachhaltigkeit ist dringend notwendig und Bildung ist dafür zentral. Mut und Vertrauen in die Ungewissheit werden zentrale Zukunftskompetenzen. Junge Menschen müssen befähigt werden, mit Volatilität¹, Unsicherheit und Ambiguität umzugehen. Derzeit folgt das Bildungssystem jedoch noch dem Effizienz- und Optimierungswahn: schneller, effizienter, Bestnoten, in Konkurrenz zueinander. In Zeiten, in denen Herzensbildung, Kreativität, Komplexität und Andersdenken bedeutsam sind, sorgt der Lehrplan von Schulen und Universitäten für die Zerstückelung und Hierarchisierung von Fächern. Die überkommenen Denkweisen sind geprägt von der Trennung in richtige und falsche Antworten. Junge Menschen werden objektiviert, müssen sich fremdbestimmten Standards unterwerfen und werden zu Leistungslieferant*innen degradiert. So verlieren junge Menschen nicht nur die Begeisterung am Lernen, sondern auch Neugier, Motivation und Kreativität. Es fehlt an Sinn und Beteiligung. Ein Paradigmenwechsel im Bildungssystem ist erforderlich, um zu fördern, was die Gesellschaft für die Große Transformation braucht: mutige und kreative Weltbürger*innen mit Gemeinsinn, die es gewohnt sind, lösungsorientiert zu denken und Verantwortung zu übernehmen – für sich selbst, für ihre Mitmenschen, für unseren Planeten. Es geht um das Miteinander, um Verbundenheit und Verbindung sowie um Achtsamkeit und Fürsorge. Der zentrale Auftrag von Bildung ist heute, junge Menschen

1 Unbeständigkeit.

zu befähigen, gerechte, friedliche, tolerante und inklusive Gesellschaften zu gestalten. Bildung muss diese Werte kultivieren.

Um Neues zu wagen, braucht es Sinn

Lernen braucht Begeisterung, Begeisterung braucht Bedeutsamkeit und Bedeutsamkeit braucht Sinn. Bildung muss für die großen Herausforderungen relevant sein. *Think global, act local*. Das bringt den Sinn, den so viele Lernende vermissen. Mit der Agenda 2030 haben die Vereinten Nationen 17 globale Ziele (SDGs) verabschiedet, die wesentlich sind, um unseren Planeten zu erhalten und ein friedliches und würdevolles Leben für alle zu sichern. Die SDGs geben Orientierung: Wohin wollen wir? Wofür lernen und arbeiten wir – als einzelne Person, als Institution, als Gesellschaft? Diese Fragen müssen beantwortet werden, damit wir uns verorten und unsere Handlungen auf eine gemeinsame inspirierende Vision hin ausrichten können. Hochwertige inklusive Bildung ist als viertes Ziel der SDGs der Schlüssel hierfür. Daher wurde in Deutschland der »Nationale Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung« (NAP, 2017) erarbeitet und 2017 durch die Kultusministerkonferenz verabschiedet. Er greift die SDGs auf und fordert zu mutigen Schritten auf (ebd., S. 3ff.):

»Wir brauchen kreative Ideen, Visionen und Gestaltungsmut für einen nachhaltige Entwicklung. [...] Um [die Agenda 2030] zu verwirklichen, müssen wir umfassende und tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen anstoßen und umsetzen. Bildung spielt in diesem Prozess eine Schlüsselrolle.«

Grundlage ist das Weltaktionsprogramm der UNESCO (DUK, 2014). Es fordert eine ganzheitliche und transformative Bildung. Der »Whole School Approach« fokussiert neben der thematischen Auseinandersetzung mit den drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen die Veränderung von Werten, Lernsettings und Strukturen in Bildungsinstitutionen. So haben Schulen ganz offiziell den Auftrag, Bildung neu zu denken. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) soll alle Lernenden dazu ermächtigen, sich selbst und die Gesellschaft verändern zu können. Das ist Zukunftsbildung mit Höchstanspruch. Sie betrifft folgende Ebenen:

- Lernen: partizipativ, forschend, transformativ
- Gebäude und Campus: nachhaltige Gestaltung und Beschaffung
- Wirken in der Gesellschaft: sich einmischen, global denken, lokal handeln

Das Kultusministerium in Niedersachsen hat 2021 dazu den BNE-Erlass herausgebracht, ein »Modellprojekt Zukunftsschule« gestartet und das Programm »Werkstatt Zukunftsschule« implementiert, das Schulen in regionalen Netzwerken in der Breite bei der Transformation unterstützt (MK & NLQ, 2021). Auftrag ist es, Bildung radikal neu zu gestalten. Die Umsetzung muss mutig aus den Schulen selbst und aus der Zivilgesellschaft kommen. Außerschulische Partner*innen, Bildungskordinator*innen, Eltern oder Ehrenamtliche können hier wirkungsvoll mitarbeiten.

Schließlich beginnt, nachhaltig leben zu lernen, im eigenen Umfeld, also auch in der Schule – in Bezug auf Ernährung, Energie, Materialien, Konsum, Abfall, Mobilität, Geländegestaltung. So sind Schüler*innen z.B. als Energiedetektiv*innen aktiv, etablieren Klimaräte, beschließen auf der Kinderkonferenz, dass sie eine müllfreie Schule ohne Plastik haben wollen, legen los und tragen das Thema in ihre Familien. Die Schule kann auch das Verkehrsaufkommen kritisch unter die Lupe nehmen und eine Mitfahrzentrale für Fahrgemeinschaften gründen. Andere Kinder kreieren Fußgängerwettbewerbe und erreichen, dass fast die gesamte Schüler*innenschaft auf Elterntaxi verzichtet. Es werden Bäume für Klimagerechtigkeit gepflanzt und das »Bildungswerk für Schüler*innenvertretung und Schüler*innenbeteiligung e.V.« (SV-Bildungswerk) bildet Jugendliche sogar zu Klimabotschafter*innen aus, die dann an Schulen Workshops durchführen und konkrete Klimaschutzideen erarbeiten.

Schulen wirken auch in die Kommune hinein. Beispielsweise betreiben sie mit selbst erzeugter Energie eine E-Bike-Ladestation, die Beleuchtung eines örtlichen Radweges und eines Fahrradparkhauses. Andere überzeugen ihre Stadtverwaltung davon, Schulen auf Ökostrom umzustellen. Schüler*innen sitzen in der Bürger*innensprechstunde und berechnen gemeinsam mit Besucher*innen deren ökologischen Fußabdruck, gestalten einen Energie-Parkour, eröffnen ein Energieberatungsbüro oder ein Repaircafé oder sie führen Klimawochen in ihrer Stadt ein. Andere entdecken das Theater als Ort des öffentlichen Diskurses und etablieren monatliche Zukunftssalons, organisieren Straßentheater und Filmabende oder laden *speaker*-*innen oder *Future-Aktivist**innen ein.

All das sind erfolgreiche Beispiele dafür, was an Schulen möglich ist. Es ist fantastisch, was Kinder und Jugendliche auf die Beine stellen, wenn wir es ihnen zutrauen, zumuten und ihnen die Räume dafür geben. Doch noch oft hängt das Aktivwerden von einzelnen Lehrkräften ab oder ist beschränkt auf bestimmte Settings wie Schülerfirmen, AGs oder Projektwochen. Zu sehr hängt Schule noch in alten Mustern fest: Fächerkorsett, Stoff abarbeiten, keine Zeit für Kreativität, Arbeitsblätter, Hausaufgaben, Tests, im Gleichschritt. Daher wird im Nachfolgeprogramm des Weltaktionsprogramms »ESD for 2030« dazu kritisch angemerkt, BNE fokussiere noch zu sehr den thematischen Wissenserwerb (UNESCO, 2020). Stattdessen sollten Freiräume geschaffen werden, damit junge Menschen mit »störenden« Ideen experimentieren können, z.B. in Lernformaten, bei denen formale Bildung, informelles Lernen und generationenübergreifendes Lernen zusammenwirken können und junge Menschen in ihrem Potenzial als Schlüsselakteur*innen bei der Bewältigung der Herausforderungen der Nachhaltigkeit anerkannt werden. Der Auftrag an uns alle lautet also: Wie können wir Räume ermöglichen, in denen kreativ gedacht, erprobt und verändert werden darf? Wie können wir diese Räume strukturell verankern, um sie für »alle« Lernenden zugänglich zu machen?

Aufbruch, Umbruch, Wandel. Gemeinsam wirksam werden

Eine aktuelle Studie (2019) zeigt: Hoffnung ist ein zentraler Schlüssel für den gesamtgesellschaftlichen Umbau in Richtung Nachhaltigkeit. Die gewünschte und erwartete Zukunft klaffen bei vielen Jugendlichen und auch Lehrkräften stark auseinander. Der Glaube daran, dass eine nachhaltige Zukunft erreichbar ist, hat jedoch wesentlichen Einfluss auf das tatsächliche Handeln. Zwar besteht aktuell ein eklatantes Hoffnungsdefizit, da aber Hoffnung form- und veränderbar ist, kann genau hier der Hebel wirkungsvoll angesetzt werden: Es braucht Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, um den schlafenden Riesen zu wecken. Deshalb sollten Gelegenheitsstrukturen etabliert werden (Grund & Brock, 2019).

Joanna Macy forscht seit 1970 zum Thema »Hoffnung durch Handeln« (Macy & Johnstone, 2014) und hat die Tiefenökologie (engl. *deep ecology*) seitdem ständig weiterentwickelt (vgl. auch den einführenden Beitrag von Meyer in diesem Band). Ihr Lebenswerk ist ein Schatz an Erfahrungen und tiefenökologischer Praxis auch für Kinder und Jugendliche. Für die Gestaltung ei-

ner nachhaltigen Zukunft ist ein grundlegend neues Organisationslernen erforderlich. Das betrifft die Überwindung der Versäulung von Behörden und Organisationen – sowohl durch interne als auch durch externe Vernetzung mit anderen. So ist die Lehrer*innenausbildung bereits dabei, sich zu verändern. Um Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen, Beziehungslernen zu fördern und Haltung zu festigen, sind erprobte Programme wie »FREI DAY«, »SEE Learning«, »Marte Meo« und »intus« sowie Tiefenökologie, gewaltfreie Kommunikation oder themenzentrierte Interaktion hilfreich.

In anderen Bereichen braucht es noch Zeit, Formate sowie geeignete Begegnungs- und Dialogformen. Transformation bedeutet Bewusstseinswandel. Sie geht über die kognitive Ebene hinaus, indem sie die innere Haltung verändert, das Gefühl des In-der-Welt-Seins. Viele Menschen haben Sehnsucht nach mehr Menschlichkeit, Resonanz, anderen Formen der Begegnung und Kommunikation. Wenn ihnen der Raum dafür gegeben wird, öffnen sich ihre Herzen – und das überall: in Lehrer*innenkollegien, bei Schulleiter*innen, Eltern, in Unternehmen und auch in Behörden. Die Zeit ist reif für Musterbrüche. Wenn der Sinn von Schule sich ändert, verändern sich die Rollen aller. Es ergibt Sinn, gemeinsam diese neuen Rollen zu entwerfen. Hilfreich dafür sind Arbeitsbündnisse, also Zusammenschlüsse von Menschen aus Ministerien, Schulbehörden, Schulverwaltungen, der Lehrer*innenausbildung, Schulleitungen, die gemeinsam neue Rollen verhandeln und Themen wie BNE, Digitalisierung und kulturelle Bildung bearbeiten. Kinder und Jugendliche sollten unbedingt auch dabei sein, weil es ihre Zukunft betrifft und weil sie andere Denkweisen einbringen können. Sie verändern zudem fundamental die Arbeitsatmosphäre. Sie haben die Kraft, die Menschen im Herzen zu erreichen. *Be the change you want to see.*

Schulen zu Tat-Orten und Wirk-Stätten machen

Der Wandel in der Schulkultur und entsprechend der inneren Haltung aller Beteiligten fällt vielen Menschen und Schulen schwer, weil sie in alten Mustern und Annahmen feststecken. Brücken vom Alten zum Neuen zu bauen, kann hilfreich sein. Der »FREI DAY« ist eine solche Brücke, weil er mit den alten Mustern bricht, aber dennoch Anknüpfungspunkte anbietet (Initiative Schule im Aufbruch, 2020). Der Zukunftstag findet an einem Tag für mindestens vier Stunden pro Woche statt. Es geht darum, die kreative, systematische und gemeinschaftliche Auseinandersetzung mit Zukunftsthemen an einem

Tag in der Woche fest im Stundenplan zu verankern (vom Projekt zur Struktur). Die Themen werden von den Schüler*innen oder Studierenden selbst gesetzt. Sie befassen sich in jahrgangsübergreifenden Interessengruppen mit den SDGs oder den für sie bedeutsamen Zukunftsfragen und haben dafür so viel Zeit, wie sie brauchen, um mit ihren Lösungen an gesellschaftlicher Veränderung mitzuwirken. (Das Format ist auch in digitalen Räumen möglich.) Erwachsene werden dabei zu Lernprozessbegleiter*innen. Genutzt werden unter anderem Methoden aus dem »Design Thinking« oder dem »Entrepreneurship«. So können Schulen und Universitäten zu Wirk-Stätten und Tat-Orten des weltverantwortlichen Handelns werden. Mit Mut gestalten wir unsere Zukunft gemeinsam – generationenübergreifend, demokratisch, mündig.

Literatur

- DUK: Deutsche UNESCO-Kommission (Hg.) (2014). *UNESCO Roadmap zur Umsetzung des Weltaktionsprogramms »Bildung für nachhaltige Entwicklung«*. Bonn: UNESCO, https://www.unesco.de/sites/default/files/2018-01/unesco_roadmap_bne_2015.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Grund, J. & Brock, A. (2019). Why We Should Empty Pandora's Box to Create a Sustainable Future: Hope, Sustainability and Its Implications for Education. *Sustainability*, 1(3), 893. <https://doi.org/10.3390/su11030893>
- Initiative Schule im Aufbruch gGmbH (2020). Der FREI DAY. Lernen die Welt zu verändern, <https://frei-day.org/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Macy, J. & Johnstone, C. (2014). *Hoffnung durch Handeln. Dem Chaos standhalten, ohne verrückt zu werden*. (Aus dem Amerikanischen von C. Broermann). Paderborn: Junfermann Verlag.
- MK: Niedersächsisches Kultusministerium & NLQ: Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (2021). Modellprojekt Zukunftsschule, <https://modellprojekt-zukunftsschule-niedersachsen.de/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- NAP: Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung c/o Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2017). *Nationaler Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Berlin: BMBF.
- UNESCO (2020). Education for sustainable development: a roadmap, <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000374802.locale=en> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).

III. Zukunftsdiskurs

»Economics for Future«

»Economics for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Andreas Eberth und Christiane Meyer

In diesem Beitrag wird zunächst die Relevanz des Themenfelds »Economics for Future« dargelegt, bevor Reflexionen zur Podiumsdiskussion erfolgen, die am 29. April 2021 digital stattgefunden hat¹. Abschließend werden im Sinne eines Ausblicks Impulse, die sich aus der Relevanz und den Reflexionen ergeben, abgeleitet.

Relevanz

Aspekte der Wirtschaftsentwicklung werden in den Sustainable Development Goals (SDGs) insbesondere in Ziel 8 »Menschwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum« thematisiert. Mit diesem Ziel wird »dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle« angestrebt (UN, 2015). Mit dieser Ausrichtung des SDG 8 wird »ein explizites Festhalten an BIP-Wachstumszielen und eine eher technologie-, effizienz- und diversifizierungsorientierte Entwicklungspolitik« (Schulz et al., 2020, S. 14) betont. In den SDGs wird die etablierte Wachstumslogik also nicht grundlegend in Frage gestellt, wenngleich diese als einer der zentralen Gründe für die Klimakrise herausgestellt wird (Klein, 2016). Eine Überwindung der Krise ist demnach durch eine v.a. technologiebasierte Modernisierung der Wirtschafts- und Produktionssysteme anzustreben. Damit kann jedoch den aktuellen ökologischen und sozialen Problemen nicht adäquat begegnet werden. »Vielmehr verleitet eine einseitige Fokussierung auf Ressourceneffizienz durch technologischen Fortschritt

¹ Siehe die Website: <https://www.idn.uni-hannover.de/zukunftsdiskurse>.

zu der Annahme, gegenwärtige Konsummuster und Verhaltensweisen könnten langfristig beibehalten werden« (Schulz et al., 2020, S. 15). Zudem wird festgestellt, dass »die neuen Technologien und Organisationsformen nie entscheidend zur Überwindung von Krisen beigetragen haben (was nicht heißt, dass sie gar nichts dazu beigetragen haben)« (Harvey, 2015, S. 14). Eine Abkehr von der Wachstumslogik, die vor allem zu den Problemen geführt hat, und eine Hinwendung zu einem Wohlstand ohne Wachstum werden daher gefordert (Harvey, 2012, S. 80; Jackson, 2016). So erkennt auch Maja Göpel in einer Transformation des Wirtschaftssystems eine bedeutende Stellschraube, um die SDGs zu erreichen, denn »the most critical aspect for turning the wheel toward fulfilling the SDGs is changing the economic paradigm« (2016, S. 3).

Wirtschaftswachstum als leitende Orientierung unserer Ökonomie

Die hohe Bedeutung von Wachstum – nicht nur in wissenschaftlichen Diskursen und politischen Debatten, sondern auch »in unseren Köpfen« – ist eigentlich noch ein relativ junges Phänomen und ist eng gekoppelt an das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das in den 1930er Jahren zur Messung von Wirtschaftswachstum erfunden wurde.

Aber »erst seit den 1950er Jahren entwickelte es [Anm.: das BIP] sich zur Schlüsselideologie kapitalistischer und real-sozialistischer Gesellschaften. Seitdem wurde die Vorstellung, dass Wachstum wünschenswert, notwendig und im Wesentlichen unendlich sei, ›common sense‹, d.h. selbstverständlicher Teil des Alltagsverstands« (Schmelzer & Vetter, 2019, S. 57).

Aufgrund der immensen und inzwischen globalen Wirkung des BIP kann daher von einem »Wachstumsparadigma« (ebd.) gesprochen werden. Diese einschlägige Bedeutung, die sich in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen niederschlägt und zentrale Orientierung für politische Entscheidungen ist, erweist sich als umso problematischer, da im BIP zentrale Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens ausgeblendet werden. Insofern ist »gemeinhin nur ein kleiner Teil der Ökonomie – nämlich der, der im BIP gezählt wird – sichtbar und gesellschaftlich anerkannt [...], während nicht-monetär vermittelte Aktivitäten unsichtbar bleiben« (Dengler, 2019, S. 135). So sind es insbesondere *care-*, Reproduktions- und Haushaltsarbeit, aber auch Subsistenzwirtschaft und freier Tauschhandel, die nicht abgebildet werden und aufgrund ihrer strukturellen Abwertung damit auch keine hinreichende

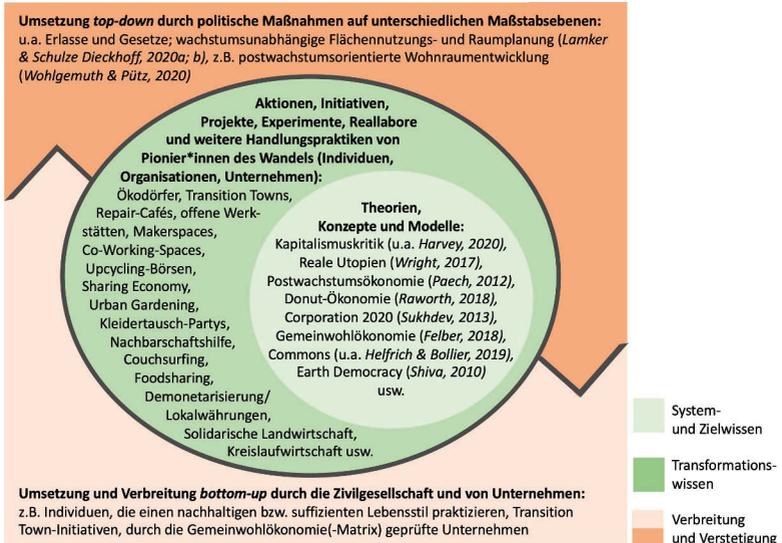
Anerkennung erfahren (Schulz et al., 2020, S. 16; Dengler, 2019, S. 136). Diese engen Vorstellungen über Arbeit und Wirtschaft führen dazu, »dass traditionelle Gemeinschaften und Wirtschaftsweisen unter dem Vorwand (wirtschaftlichen) Fortschritts untergraben und destabilisiert werden« (Schulz et al., 2020, S. 16). Kritiken am Wachstumsparadigma sowie am aktuellen Wirtschaftssystem werden daher nicht nur zunehmend lauter, sondern auch – etwa jenseits spezifischer politischer Lager – anerkannter und breiter rezipiert (Harvey, 2020, S. 111; zu einem Überblick verschiedener wachstumskritischer Argumentationslinien siehe Schmelzer & Vetter, 2019, S. 72ff.). Die Risiken des wachstumsbasierten Wirtschaftsmodells sind inzwischen so deutlich geworden, dass eine Diskussion über Alternativen auf Augenhöhe mit Debatten über eine Fortführung des Status Quo geführt werden kann (Göpel, 2019, S. 43). Es wird daher eine Abwendung vom Wachstumsparadigma und die Einnahme einer agnostischen Haltung gegenüber Wirtschaftswachstum gefordert (Maxton, 2018, S. 148; Raworth, 2018, S. 61) sowie eine Infragestellung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem (Harvey, 2012, S. 68; Sutterlütti & Meretz, 2018, S. 27). Diese Umgestaltung von einer degenerativen, spaltenden und wachstumssüchtigen Ökonomie zu einer regenerativen, distributiven und jenseits von Wachstum lebensfähigen Ökonomie »ist nicht weniger als die größte Herausforderung unserer Zeit« (Raworth, 2019, S. 194). Trotz der problematischen Aspekte unseres Wirtschaftssystems ist allerdings nicht davon auszugehen, dass mit zunehmender Intensität der Probleme zwangsläufig ein Zusammenbruch des Kapitalismus einhergeht. »Ein solcher Zusammenbruch findet nicht statt, es sein denn, er wird in revolutionären Veränderungen bewusst herbeigeführt. Geschieht dies nicht, kann ein Systemkollaps immer wieder hinausgeschoben werden« (Dörre, 2019, S. 82; siehe auch Sutterlütti & Meretz 2018, S. 14). Dies bedeutet, dass es nicht ausreicht, einfach abzuwarten, sondern dass es konkreter Interventionen bedarf, um eine ökonomische und damit einhergehend gesellschaftliche Transformation zu initiieren und zu gestalten. Die Problematik wird auch von jungen Menschen erkannt. So stellt die damals sechszehnjährige Umweltaktivistin Greta Thunberg 2019 in ihrer emotionalen Rede auf dem UN-Klimagipfel in New York empört fest: »We are in the beginning of a mass extinction, and all you can talk about is money and fairy tales of eternal economic growth. How dare you!« (FFF, 2021).

Alternative Wirtschaftsformen im Überblick

Während die Wirkmacht des aktuellen Wirtschaftssystems also einerseits als sehr dominierend erscheint, werden andererseits zugleich vermehrt mögliche alternative Orientierungen diskutiert. David Harvey erkennt darin eine enorme Bedeutung, um »die derzeitige Flaute in der wirtschaftlichen Theorie, Praxis und Politik« (2015, S. 16) zu überwinden, denn

»es ist eminent wichtig, dass wir Alternativen entwerfen, egal, wie merkwürdig sie erscheinen mögen, und dass wir von ihnen Gebrauch machen, wenn die Bedingungen es verlangen. Denn nur so lassen sie die ungenutzten und unberücksichtigten Möglichkeiten der politischen Veränderung überhaupt erkennen« (ebd.).

Abbildung 1: Ausgewählte Aspekte von Postwachstumsökonomien



Quelle: in Anlehnung an Eberth, 2020, S. 34; eigener Entwurf.

Verschiedenste in dieser Weise alternative Strömungen werden unter dem Begriff »Postwachstumsökonomien« (im Plural) zusammengefasst (Schmelzer & Vetter, 2019, S. 69; Schmid, 2020, S. 63)². Dazu zählen zivilgesellschaftliche Aktionen und Nachbarschaftsnetzwerke ebenso wie Initiativen, Unternehmen und wissenschaftliche Debatten sowie die Entwicklung von Modellen und theoretische Rahmungen. Eine beispielhafte Übersicht gibt Abbildung 1.

Trotz sich mitunter stark unterscheidender Akzentuierungen ist ihnen gemein, dass sie

»Wirtschaftswachstum als Leitprinzip menschlichen Zusammenlebens in Frage stellen und eine reflexive Neuorientierung ökonomischer, politischer und sozialer Institutionen fordern, um ein zeitlich und räumlich gerechtes, nachhaltiges und würdiges (Über-)Leben zu ermöglichen« (Schmid, 2020, S. 62).

Postwachstumsökonomien berücksichtigen die Diversität der Gesellschaft und damit einhergehend das Ziel von Chancengleichheit für eine nachhaltige und inklusive Wirtschaftsordnung und Gesellschaft (Maxton, 2018, S. 149). In diesem Verständnis können Postwachstumsökonomien definiert werden als

»eine Suchbewegung, die die Repolitisierung und Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen ebenso anstrebt wie den Kampf um selbstbestimmte Freiräume [...]. Konzepte für eine Postwachstumsgesellschaft beschreiben Schritte für eine gesellschaftliche Transformation, nicht einen idealen Endzustand – zumal es einen solchen im Singular auch nicht geben kann –, denn die Vielfalt von Lebensentwürfen wird dabei als ein zentrales Merkmal einer wünschenswerten Zukunft verstanden« (Schmelzer & Vetter, 2019, S. 147).

Wenngleich durchaus ein Ziel in der Überwindung des Wachstumsparadigmas liegt, ist

»Postwachstum [...] nicht gleichzusetzen mit Schrumpfung (z.B. der Bevölkerung) oder Rezession (z.B. der Wirtschaftsleistung). [...] Postwachstum heißt

2 Der Begriff »Degrowth« wird mitunter synonym verwendet. Da dieser aber noch stärker globale Facetten der Postwachstumsdebatten berücksichtigt, wird er hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt, da wir uns primär auf aktuelle Dynamiken im deutschsprachigen Raum beziehen. Zu einem Überblick über Gemeinsamkeiten und Unterschiede entsprechender Entwicklungen in Gesellschaften des sog. Globalen Südens und des sog. Globalen Nordens siehe Escobar (2018, 137ff.).

aber auch nicht, dass grundsätzlich kein materielles Wachstum mehr möglich sein soll. [...] Im Kern geht es darum, Wachstum neu zu verstehen und zu bewerten und die langfristige Sinnhaftigkeit bestimmter Entwicklungen zu prüfen und gegebenenfalls nach Alternativen innerhalb freiheitlicher Gesellschaftsbedingungen zu suchen« (Schulz et al., 2020, S. 18).

Ein zentrales Charakteristikum in der Postwachstumsdebatte ist Suffizienz (ebd., S. 17; vgl. auch den Beitrag von Heilen & Meyer in diesem Band). Suffizienz wird verstanden als ein Prinzip,

»das auf einen Lebensstil hinausläuft, der sich am ›Genügen‹ orientiert und nicht nach der Erhöhung von Aufwand und Profit strebt. Im Gegensatz zu technikorientierten Lösungen legen die Suffizienzstrategien ihren Schwerpunkt also auf die Veränderung sozialer Praktiken und den Wandel dahinterliegender kultureller Leitbilder wie Konsumkultur und Wirtschaftswachstum« (Sommer & Welzer, 2014, S. 210).

In diesem Zusammenhang wird auch die Bedeutung von Pionier*innen des Wandels hervorgehoben, die sich in ihrem konkreten Handeln den vorherrschenden Konsummustern verweigern und mit ihrer praktizierten Selbstbegrenzung der Gesellschaft einen alternativen Lebensstil entgegenhalten und diese damit herausfordert.

»Suffizienz kann nur aus den subkulturellen Praktiken hervorgehen und von Individuen oder Netzen verbreitet werden, die bereit sind, individuelle Verantwortung zu übernehmen, statt auf einen politischen Godot zu warten. Diese Pioniere können die technikaffine, konsum- und mobilitätsorientierte Mehrheit mit Gegenkulturen konfrontieren, um sie unter Rechtfertigungszwang zu setzen« (Paech, 2020, S. 123).

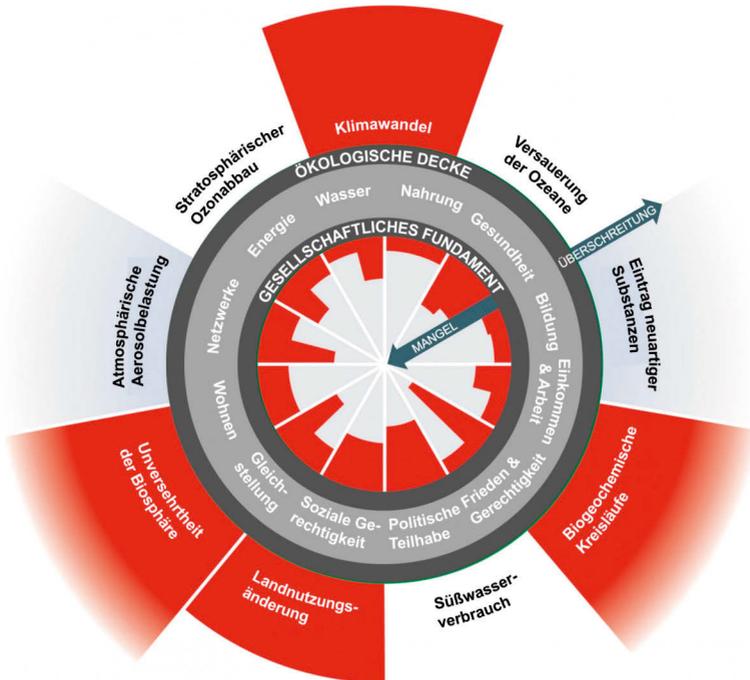
Verschiedene Ebenen im Kaleidoskop der Postwachstumsökonomien

Postwachstumsökonomien als Suchbewegung für eine nachhaltige Zukunft gestalten Möglichkeitsräume auf verschiedenen Ebenen, die von theoretischen Rahmungen bis hin zu unmittelbar handlungspraktischen Initiativen reichen.

Ein übergeordnetes Modell ist die Donut-Ökonomie nach Kate Raworth. Diese charakterisiert sie als »Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört« (2018). Die Analyse einer Degradierung des Planeten sowie einer Depravierung des Menschen bildet ihren Ausgangspunkt (ebd., S. 29). In ihrem

Modell zieht sie die von Steffen et al. (2015) erarbeiteten planetaren Grenzen als ökologische Belastungsgrenzen und insofern als ökologische Decke heran. Diese Decke darf von ökonomischem Handeln nicht überschritten werden. Ins Zentrum ihres Modells formuliert Raworth zwölf Elemente als gesellschaftliches Fundament, »die grundlegenden Komponenten des Lebens [...], die niemandem vorenthalten werden sollten« (Raworth, 2018, S. 62). Zwischen diesem gesellschaftlichen Fundament und der ökologischen Decke lokalisiert Raworth den sicheren und gerechten Raum für die Menschheit (ebd., S. 61). Graphisch wird dieser als »Donut« dargestellt – was auch den Namen des Modells erklärt (vgl. Abb. 2).

Abbildung 2: Das Donut-Modell nach Kate Raworth



Quelle: Oxfam, 2019; Eine detaillierte Beschreibung ist nachzulesen in Raworth (2018, S. 60ff.). Die Datengrundlage zur Bewertung der Überschreitung der ökologischen Belastungsgrenzen ist nachzulesen in Raworth (2018, S. 363f.) und Steffen et al. (2015).

Um diesen Donut-Raum zu erreichen, werden sieben Schritte vorgeschlagen:

1. Das Ziel ändern: Abkehr vom Wachstumsparadigma und Erreichen des Donuts
2. Das Gesamtbild erfassen: Loslösung vom Verständnis eines eigenständigen Marktes sowie im Sinne einer eingebetteten Ökonomie denken
3. Die menschliche Natur pflegen und fördern: Abkehr vom Homo oeconomicus und Hinwendung zum sozial anpassungsfähigen in Gemeinschaft lebenden Menschen
4. Den Umgang mit Systemen lernen: Abkehr vom Verständnis von Angebot und Nachfrage zugunsten eines Verständnisses dynamischer Komplexität
5. Auf Verteilungsgerechtigkeit zielen: Abkehr von der Vorstellung, Wachstum würde für Ausgleich sorgen
6. Eine regenerative Ausrichtung fördern: Kreislaufwirtschaft unter Nutzung erneuerbarer Materialien³
7. Eine agnostische Haltung zum Wachstum einnehmen: Loslösen von einer Abhängigkeit von Wachstum

Mit ihrem Modell will Kate Raworth einen Beitrag zum Wohlergehen im 21. Jahrhundert leisten, denn

»wenn wir die Wirtschaftseinstellung, die im Zentrum unserer Bildung, Politik, Geschäfte und öffentlichen Debatten steht, nicht verändern, haben wir tatsächlich kaum eine Chance, dass es uns in diesem Jahrhundert gut geht« (Raworth, 2019, S. 194).

Im »Doughnut Economics Action Lab« (DEAL, o.J.) werden mit dieser Zielrichtung umsetzungspraktische Handlungsmöglichkeiten vorgestellt, um die Donut-Ökonomie von einer Idee in transformatives Handeln zu übersetzen. Daran orientiert hat u.a. auch der US-amerikanische Hersteller von Outdoor-Bekleidung, »Patagonia«, seine Unternehmensphilosophie verändert (Guinot, 2020).

So kommt also auch der Ebene von Unternehmen eine hohe Bedeutung zu, wenn es um eine Neuausrichtung der Wirtschaft geht. Impulsgeber für ein sozial orientiertes Unternehmer*innentum sind dabei häufig auch Neugründungen im Bereich »Social Entrepreneurship«, die kreative Ideen mit gesellschaftlichem Anspruch verbinden (Sprinkart et al., 2014). Die »Corporati-

3 Vgl. auch den Beitrag von Gözet und Wilts in diesem Band.

on 2020« (Sukhdev, 2013, S. 32) bietet eine mögliche Orientierung, um Unternehmen neu auszurichten. Vier Aspekte werden als neue »Unternehmens-DNA« ausgewiesen: 1. die Ausrichtung der Unternehmensziele an den Zielen der Gesellschaft, 2. das Unternehmen als Gemeinschaft, 3. das Unternehmen als Bildungsinstitut und 4. das Unternehmen als Kapitalfabrik (ebd.). Dass Unternehmen auch ohne »zu wachsen« erfolgreich wirtschaften können, ist eine Auffassung, die so zwar noch nicht im Mainstream angekommen ist, für die es aber gleichwohl Beispiele gibt, wie auch die Einzelwirtschaft zu einer Wirtschaft ohne Wachstum beitragen kann (Deimling, 2016). Damit sich Unternehmensperspektiven auch in der Breite verändern, bedarf es auch der Integration entsprechender Aspekte in die Ausbildung im Bereich der Betriebswirtschaftslehre. Dies geschieht bislang zwar nur sehr verhalten an vereinzelten Hochschulstandorten, ist aber immerhin ein Zeichen, dass sich seitens verschiedener Wirtschaftswissenschaftler*innen die Sorge mehrt, »dass der bedingungslose Glaube an ewiges Wachstum ein Irrtum sein könnte« (Harvey, 2015, S. 258). Das u.a. von Studierenden der Wirtschaftswissenschaften initiierte »Netzwerk Plurale Ökonomik e.V.« verfolgt daher das Ziel, die zumeist einseitig am neoklassischen Mainstream orientierte Ausbildung zu überwinden bzw. die Lehrinhalte zu diversifizieren. Als eine der Kritiken wird artikuliert, dass »wichtige Wechselwirkungen zwischen Erwerbs- und Sorgearbeit oder zwischen Wachstum und Ökologie aufgrund der blinden Flecken der neoklassischen Theorie nicht berücksichtigt [werden]« (Barth et al., 2017, S. 274). Daher wird eine fundierte wissenschaftliche Erarbeitung konkreter Alternativen zum herrschenden Wirtschaftsmodell gefordert: »Es muss gezeigt werden, wie ein stabiles Wirtschaftssystem auch in einer schrumpfenden Ökonomie funktionieren kann« (ebd., S. 280).

Ein globales Netzwerk für ethisches Wirtschaften baut auch die »Initiative Gemeinwohlökonomie« auf. Neben Regionalgruppen in Europa gibt es entsprechende Initiativen in Afrika, Nord- bzw. Südamerika und Asien. Der Kerngedanke der Gemeinwohlökonomie liegt darin, nicht nur den monetären Unternehmensgewinn messbar zu machen, sondern auch eine Gemeinwohl-orientierung des Unternehmens quantifizieren und somit auch zertifizieren zu können.

»Damit entsteht ein anderer, werteorientierter Unternehmensfokus: Es zählt nicht der Unternehmensgewinn allein, sondern ob das Unternehmen die fünf zentralen demokratischen Grundwerte Menschenwürde, Solidarität, Gleichberechtigung, ökologische Nachhaltigkeit und Mitbestimmung

in seine wirtschaftliche Tätigkeit integriert« (Giselbrecht & Ristig-Bresser, 2017, S. 176).

Das Selbstverständnis der Gemeinwohlökonomie liegt dabei in der Realisierung partizipativer und demokratischer Prozesse als *bottom-up*-Bewegung (ebd., S. 186). Christian Felber (2018) legt dar, wie Unternehmen, aber auch Kommunen (vgl. auch den Beitrag von Schweizer in diesem Band) eine Gemeinwohl-Bilanz ermitteln können. Die Gemeinwohl-Matrix als Modell zur Organisationsentwicklung und Bewertung von unternehmerischen wie auch gemeinnützigen Tätigkeiten bildet den entsprechenden Orientierungsrahmen (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3: Die Gemeinwohl-Matrix als Modell zur Organisationsentwicklung und Bewertung unternehmerischer wie auch gemeinnütziger Tätigkeiten

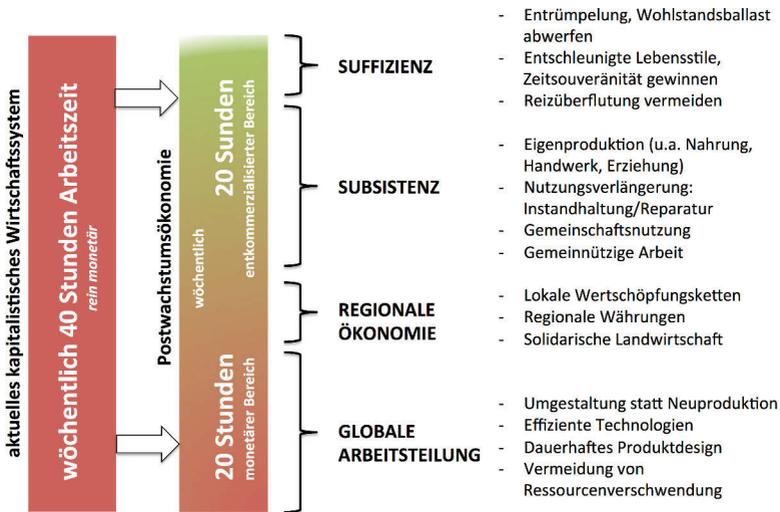
WERT	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITVERANTWORTUNG
BERÜHRUNGSGRUPPE				
LIEFERANT*INNEN	Menschenwürde in der Zulieferkette	Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
EIGENTÜMER*INNEN, FINANZPARTNER*INNEN	Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	Eigentum und Mitentscheidung
MITARBEITENDE	Menschenwürde am Arbeitsplatz	Ausgestaltung der Arbeitsverträge	Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
KUND*INNEN, MITUNTERNEHMEN	Ethische Kund*innenbeziehungen	Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmern	Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	Beitrag zum Gemeinwesen	Reduktion ökologischer Auswirkungen	Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

Quelle: <https://web.ecogood.org/de/unsere-arbeit/gemeinwohl-bilanz/gemeinwohl-matrix/>; eigener Entwurf.

Eine konzeptuelle Orientierung für eine Transformation von Lebensstilen bieten die Arbeiten von Niko Paech (2012; vgl. auch den Beitrag von Paech in diesem Band). Aufbauend auf einer Problemanalyse unterbreitet er einen Weg mit fünf Schritten in eine Postwachstumsökonomie. Deren zentrales Charakteristikum liegt in einem Verständnis von Suffizienz als zeitökonomischer Ra-

tionalität und einer Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit im monetären Bereich auf 20 Stunden, um so Freiräume für ein Tätigsein in entkommerzialisierten Bereichen zu schaffen (vgl. Abb. 4). Dabei blendet Paech nicht aus, »dass der Pfadwechsel hin zu einer Postwachstumsgesellschaft in jedem Fall konfliktreich sein wird, weil er bestehende Geschäftsmodelle in Frage stellt« (Sommer & Welzer, 2014, S. 211).

Abbildung 4: Grundzüge der Postwachstumsökonomie nach Niko Paech (2012)



Quelle: nach Paech, 2012, S. 151; Postwachstumsberater, o.J.; eigener Entwurf.

Auf lokaler Ebene gibt es inzwischen zahlreiche Aktionen, Initiativen, Projekte, Experimente, Reallaboren u.a. als Handlungspraktiken, die Möglichkeitsräume gestalten und so zeigen, dass eine Transformation zur Nachhaltigkeit konkret mach- und gestaltbar ist (vgl. Abb. 5). Diese umfassen sowohl punktuelle Angebote wie Repaircafés, offene Werkstätten, Upcycling-Börsen, Co-Working-Spaces und Kleidertausch-Partys als auch überregionale Netzwerkstrukturen wie Couchsurfing und Foodsharing. Aber auch der Aufbau und die Verankerung größerer Strukturen wie die Einführung von Lokalwährungen als Beitrag zur Demonetarisierung, solidarische Landwirtschaft oder Ökodörfer sind hier zu nennen. Die verschiedenen Angebote laden zum Mitwirken ein. Sie sind nicht nur ein ökonomisches

Konzept (Dengler, 2019, S. 145), sondern insbesondere auch auf soziale und gesellschaftliche Aspekte ausgerichtet⁴. Mit dieser Ausrichtung

»werden die gesellschaftlichen Beziehungen geschaffen, unter denen Menschen ihre Individualität entfalten und leben können – und zwar in einem solidarischen Zusammenhang, der ja gerade die *Bedingung* freier Persönlichkeitsentwicklung ist« (Brand, 2017, S. 32, Herv.i.O.).

Abbildung 5: Beispiele für lokale Initiativen aus dem Spektrum der Postwachstums-ökonomien in Hannover: Die Co-Working Spaces »Hafven« und »Lutherkirche«, offene Stadtteilwerkstatt Nordstadt, Car-Sharing und Urban Gardening (u.a. am »Platz-Projekt«, einem urbanen Möglichkeitsraum im Stadtteil Linden-Nord)



Fotos: A. Eberth; C. Meyer.

4 Einen anschaulichen Überblick über die Vielzahl und Vielfalt engagierter Bewegungen bietet ein vom »Konzeptwerk Neue Ökonomie und DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften« herausgegebener Sammelband (2017).

Das Postwachstums-Mosaik ist gleichsam von größeren und daneben auch vielen kleineren und kleinsten Mosaiksteinchen gestaltet. Sicherlich ist das Mosaik noch nicht groß genug, um aus dem Schatten des Wachstumsparadigma-Freskos herauszutreten. Insofern ist die Beobachtung, dass einige der Initiativen, die einen Beitrag zur Transformation leisten wollen, im Vergleich zu den aktuellen Problemen doch recht klein erscheinen, von Relevanz (vgl. Sommer & Welzer, 2014, S. 177). Gleichwohl gilt: »Je mehr konkrete Pfadwechselschritte es gibt, desto wahrscheinlicher wird die Attraktivität, zunächst aber auch einfach nur die Sichtbarkeit einer gesellschaftlichen Transformation« (ebd., S. 179). Von Bedeutung wird es sein, Nachbarschaften, Kooperationen und Netzwerke von der lokalen bis zur globalen Ebene zu etablieren und so gemeinschaftlich zusammenzuarbeiten (vgl. auch den Beitrag von Gottwald et al. in diesem Band).

»An »Einstiegsprojekten« scheint es aktuell nicht zu mangeln. Wenn es dazu gelingt, diese Initiativen und Auseinandersetzungen intensiver miteinander zu verbinden, ihre Strategiefähigkeit zu verbessern, verstärkt gemeinsame Interessen zu identifizieren, um breitere Allianzen [...] zu knüpfen [...], kann die imperiale Produktions- und Lebensweise Schritt für Schritt aufgebrochen werden« (Brand & Schickert, 2019, S. 181).

Entsprechenden Projekten wird zugesprochen, dass sie es mittelfristig vermögen, die Macht des Kapitalismus zu brechen (Wright, 2017; 2019). Dazu müssen Möglichkeitsräume geschaffen werden, die als Foren genutzt werden können, um gemeinsam Erfahrungen in der Mitgestaltung einer gesellschaftlichen Transformation und nachhaltigen Zukunft zu sammeln (Kagan et al., 2019). Denn es ist nicht davon auszugehen, dass die gesellschaftliche Transformation eine Selbstläuferin wird, vielmehr ist zu erwarten, dass der tiefgreifende gesellschaftliche und ökonomische Umbau

»zum einen die Vorstellungen des Machbaren strapaziert und zum anderen auf einen großen Widerstand derjenigen stößt, die Angst verspüren oder an ihren Privilegien festhalten möchten. Folglich reicht es nicht aus, überzeugende Alternativentwürfe zu formulieren, sondern es braucht ein strategisches Vorgehen für die Umsetzung gesellschaftlicher Transformationsprozesse« (Schmid, 2020, S. 76).

So ist es von besonderer Bedeutung, Foren zu eröffnen, wie es auch die Intention der Veranstaltungsreihe »Zukunftsdiskurse« ist, damit es gelingen kann, Transformationsprozesse möglichst partizipativ und inklusiv zu ge-

stalten und eine Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden. Daher muss dafür Sorge getragen werden, dass im Zuge der gesellschaftlichen Transformation zur Nachhaltigkeit soziale Ungleichheit nicht verstärkt wird (Neckel, 2018). Es scheint kein Weg daran vorbeizuführen, diese Herausforderung mit Engagement und Kreativität anzunehmen. Eine kritische Reflexion des etablierten Wirtschaftssystems, aber auch Überlegungen zu möglichen alternativen Orientierungen und eine Mitarbeit an deren Umsetzung kann nicht ausschließlich in der Sphäre der Politik oder im Bereich von Unternehmen erfolgen, sondern muss als gesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden.

»Die zukunftsvergessene und innovationsversessene Kultur des unbegrenzten Wachstums und Konsumierens ist ein Endzeitphänomen. Eine Gesellschaft, die über ihren Fortbestand angesichts sich dramatisch verändernder Umweltbedingungen nicht nachdenkt, kann nicht fortbestehen« (Sommer & Welzer, 2014, S. 10).

Derlei durchaus drastische Warnungen, die vor dem Hintergrund der aktuellen multiplen Krisen formuliert werden, können ergänzt werden durch den Faktor Zeit als drängenden Faktor zur Umsetzung notwendiger Transformationen. »Nur noch 20 Jahre haben wir Zeit, um die destruktiven Elemente unserer Wirtschaftssysteme abzubauen und darüber nachzudenken, wie wir eine beständigere Zivilisation aufbauen können« (Maxton, 2018, S. 20). Die Bedeutung der grundlegenden Unterschiede der zentralen Charakteristika wachstumsorientierter Mainstream-Ökonomie und alternativer Ansätze diverser Ökonomien kann hier eine Orientierung geben (vgl. Tab. 1).

Auch Angebote transformativer Bildung sind notwendig, damit eine gesellschaftliche Transformation zur Nachhaltigkeit gelingen kann und etwa die hier genannten Impulse aufgegriffen und umgesetzt werden können (vgl. auch den Zukunftsdiskurs zu »Education for Future«; ein Unterrichtsvorschlag zu *slow fashion* z.B. in Meyer, 2020). Dies gilt sowohl für ganz praktische Kompetenzen, wie etwa das Renovieren oder den Gartenbau erlernen, als auch für die Integration von Aspekten diverser und alternativer Ökonomien in die Lehrpläne bzw. das Schaffen von Freiräumen im Bereich schulischer Bildung (Brand, 2017; Eberth, 2020). Schritt für Schritt kann dann ein neues Verständnis von Wohlstand entstehen, das vom Wachstumsparadigma abgekoppelt der Auffassung »All you need is less« (Folkers & Paech, 2020) folgt und zu neuem Wohlbefinden beiträgt.

Tabelle 1: Gegenüberstellung zentraler Charakteristika von wachstumsorientierter Ökonomie und alternativen Ökonomien

Wachstumsorientierte Ökonomie	Alternative Ökonomien
global, ubiquitär	regional, ortsgebunden
spezialisiert	diversifiziert
singulär	plural
in großem Maßstab	kleinteilig
konkurrierend	kooperativ
zentralisiert	dezentral
Monokultur	kulturelle Diversität
sozial distanziert	gesellschaftlich eingebettet
Fremdeigentum	lokales Eigentum, teilweise kollektiv
vertikal integriert	autonom
Exportorientierung	regionale Wertschöpfung
kurzfristige Rendite	langfristige Investitionen
Wachstumsorientierung	Gemeinwohlorientierung
Privateigentum	Gemeinschaftseigentum
managementgeführt	gemeinschaftsgeführt
kontrolliert durch Vorstand/Aufsichtsrat	von der Gemeinschaft kontrolliert
private Aneignung und Verteilung des Überschusses	Verteilung des Überschusses in der Gemeinschaft
ökologisch nicht nachhaltig	ökologisch nachhaltig
fragmentiert	ganzheitlich
an ökonomischen Werten orientiert	an ethischen Grundwerten und moralischen Werten orientiert
krisenanfällig	harmonisch und resilient
räumliche Arbeitsteilung	lokale Selbstständigkeit

Quelle: nach Gibson-Graham, 2006, Abb. 23, in Dicken, 2015, S. 382; eigene Übersetzung.

Reflexionen

Welche Ansätze bringen den Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung voran? An diese Leitfrage wurde in der Podiumsdiskussion »Economics for Future« angeknüpft (vgl. Kasten 1).

Kasten 1: »Economics for Future«

Welche Ansätze bringen den Wandel zu einer nachhaltigen Entwicklung voran?

Die Diskutant*innen: BURCU GÖZET: Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Kreislaufwirtschaft am Wuppertal Institut; PROF. DR. FRANZ-THEO GOTTWALD: Honorarprofessor für Bio- und Umweltethik an der Humboldt-Universität zu Berlin; KRISTIN HECKMANN: Leiterin der Abteilung »Corporate Responsibility«, Hess Natur-Textilien GmbH & Co. KG; PROF. DR. NIKO PAECH: Professor für Plurale Ökonomik an der Universität Siegen

Moderatorin: BIANCA RICHTER-HARM: »sustainify« – Institut für nachhaltige Bildung, Forschung, Innovation

Die digitale Podiumsdiskussion sollte verschiedene Perspektiven auf den Zukunftsdiskurs (ZD) »Economics for Future« zusammenbringen. Die theoretische Sicht auf die Grundzüge einer Postwachstumsökonomie wurde von Niko Paech vertreten, der diesen Begriff und Ansatz in Deutschland geprägt hat. Für die ethische Perspektive auf nicht nachhaltige Produktionsmuster vor allem in der Agrarwirtschaft sowie Überlegungen zum Tätigsein in einer Postwachstumsgesellschaft wurde Franz-Theo Gottwald als Experte eingeladen. Was die Notwendigkeit eines Wandels hin zur Kreislaufwirtschaft betrifft und entsprechende Forschung hierzu, hat Burcu Gözet vom Wuppertal Institut Erkenntnisse in die Diskussion eingebracht. Die Unternehmensseite wurde exemplarisch mit der Perspektive der Firma Hess Natur-Textilien durch Kristin Heckmann, die den »Corporate Responsibility«-Bereich leitet, vertreten.

Ausgehend von den Perspektiven der geladenen Diskutant*innen wurden in der Diskussion Aspekte nachhaltigen Wirtschaftens sowohl in übergeordneter Weise diskutiert, als auch an den konkreten Beispielen der nachhaltigen Land- und Lebensmittelwirtschaft sowie der Textil- und Bekleidungsindustrie vertieft. So wurde etwa reflektiert, ob die sozial-ökologische Anpassung und Optimierung von Lieferketten und den jeweiligen Produktionsbereichen aus-

reiche – wie es die Intention des Lieferkettengesetzes ist⁵ – oder Reduktion und Rückbau nicht stärker in den Fokus der Debatte gerückt werden sollten.

Es wird jedoch grundsätzlich kommentiert: »Nachhaltige Entwicklung, die diesen Namen verdient, ist eine Kunst der Reduktion und nicht der Optimierung von Produktdesigns oder Lieferketten« (Paech im ZD). Diesbezüglich sei noch nicht viel erreicht worden. Es wäre anstelle von Optimierung an der Zeit, über den Rückbau zu reden. Wenn das Ziel nachhaltiger Entwicklung etwa in der Gewährleistung globaler Gerechtigkeit innerhalb nicht verhandelbarer ökologischer Grenzen liege, dann müsste über andere Kriterien zur Messung von Wohlstand nachgedacht werden. Indizes, die primär monetäre Aspekte messen (wie das BIP oder der Umsatz eines Unternehmens) und insofern am ökonomischen Wachstumsparadigma orientiert sind, könnten etwa durch Indizes zu individuellen CO₂-Bilanzen abgelöst werden. Dies würde ein Hinterfragen des aktuellen Wohlstandsmodells erfordern, das auf Wachstum angewiesen ist. Damit würde jedoch eine Veränderung des vorherrschenden Konsummodells und von Lebensstilen einhergehen – »es hilft nur noch die Reduktion unserer Ansprüche« (Paech im ZD). Es müssten Überlegungen angestellt werden, welche Lieferketten nicht mehr notwendig seien. Auch die industrielle Landwirtschaft müsse zurückgebaut werden zugunsten von Alternativen, die es schon gibt.

Eine in diesem Sinne auf Lebendigkeit ausgerichtete achtsame Lebensweise mit weniger Konsum könne sogar die individuelle Zufriedenheit erhöhen, zumal neben der ökologischen und ökonomischen Wachstumsgrenze auch die psychische Grenze im Sinne von Gesundheit und Wohlbefinden zu berücksichtigen sei. Dies führe letztlich zu einer »Economics for Happiness«, die mit Entschleunigung und der Reflexion des eigenen Verhaltens einhergehe sowie der Absicht, Menschen, Lebewesen und Produkten eine höhere Wertigkeit beizumessen. Das bedeute, vom schnelllebigen Konsum zum Nutzen umzusteuern und so Langlebigkeit von Produkten zu fördern.

Mit Blick auf Bildungsprozesse seien in diesem Zusammenhang der Kontakt zu Tieren und naturpädagogische Zugänge hilfreich. Achtsamkeit sollte grundsätzlich auf Lebendigkeit gerichtet sein und auf »weniger, besser, langsame, schöner« (Gottwald im ZD).

5 Siehe hierzu: <https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/lieferkettengesetz> und <http://s://lieferkettengesetz.de>.

Ansätze in Textil- und Bekleidungsindustrie sowie in Land- und Lebensmittelwirtschaft

Am Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie wurden zunächst die ökologischen und sozialen Probleme verdeutlicht. So gelte diese als eine der schmutzigsten Industrien nach der Ölindustrie – sowohl in Bezug auf die ökologischen Auswirkungen (darunter z.B. der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln beim Anbau von Baumwolle) als auch die mitunter schlechten Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken. »Man muss sich auch vor Augen halten, dass beispielsweise ein T-Shirt ungefähr 2700 Liter an Wasser benötigt, damit es produziert wird« (Gözet im ZD). An diesen Problemen gelte es anzusetzen.

Was eine nachhaltigere Produktion betrifft, wird der Aufbau langjähriger Beziehungen zu Produktionspartner*innen entlang der Lieferkette hervorgehoben. »Das ist grundsätzlich extrem wichtig, weil nur dann kann ich auch Dinge verbessern und Missstände angehen« (Heckmann im ZD). In diesem Zusammenhang könnten die Zusammenarbeit mit Kooperativen (z.B. für den Anbau von Bio-Baumwolle), eine Verpflichtung entlang eines »Code of Conduct« zur Zahlung existenzsichernder Löhne und eine Zertifizierung durch die Fair Wear Foundation als Multi-Stakeholder-Initiative wichtige Schritte für Unternehmen sein. »The elephant in the room« ist natürlich, dass das nur eingehalten und umgesetzt werden kann von den Partnern, wenn wir als Marken und Unternehmen auch die Preise zahlen, damit das überhaupt möglich ist« (Heckmann im ZD).

Darüber hinaus sei insbesondere auch ein Blick auf das Ende der Wertschöpfungskette bedeutsam und hier insbesondere das Recycling, was bisher kaum stattfände. »Dabei muss man erwähnen, dass tatsächlich noch gar nicht klar ist, wie viel Textilabfall überhaupt anfällt, weil das gar nicht so richtig erfasst wurde bislang« (Gözet im ZD). Daher wird sich für den Aufbau eines Systems der Kreislaufwirtschaft im Textilbereich ausgesprochen. Dies erfordere, Kleidung so zu designen, dass sie lange haltbar und reparierbar ist und so recycelt werden kann, dass die Stoffe ins System zurückgeführt werden können. Dazu bedürfe es der Verwendung reiner Fasern, die keine synthetischen Materialien enthalten – wie es beim »Fasermix« der Fall ist –, welche kaum wiederverwertet werden können. Alternativen wie die Verwendung von Naturfasern, z.B. in Deutschland angebauter Flachs, werden ebenfalls angesprochen. Hierbei wird die Zusammenarbeit mit den Landwirt*innen hervor-

gehoben, die den Flachs für das Leinen anbauen oder mit Schäfer*innen, die Deichschafe halten, wobei dadurch auch alte Rassen erhalten bleiben.

Seitens der Konsument*innen müsse der Trend zur *fast fashion* (Tendenz zum häufigeren Einkaufen, wechselnde Mode, geringe Nutzungsdauer) hinterfragt und ein Wandel zu *slow fashion* stattfinden. Dazu bedürfe es der Herstellung einer emotionalen Bindung zu Kleidung sowie des Willens zur längeren Nutzung und damit einhergehend des Reparierens von Kleidung. Entsprechende Kompetenzen müssten wiedererlernt werden entlang der exemplarisch aufgeworfenen Frage: »Wie nahe ich einen Knopf an?« (Gözet im ZD) Hier können lokale Angebote wie Repaircafés und Upcycling-Börsen eine gute Plattform bieten, um gemeinsam zu lernen und nutzungsverlängernde Maßnahmen umzusetzen. Dies kann z.B. in kommunalen Ressourcenzentren umgesetzt werden, die quasi Cluster für alle nutzungsdauerverlängernden Maßnahmen bilden. Prozesse der Entkommerzialisierung könnten dadurch angeschoben werden und Konsument*innen könnten ihre individuelle Verantwortung zurückgewinnen und zu Prosument*innen werden, die sowohl konsumieren als auch produzieren. Wenn Menschen in Netzwerken gemeinsam etwas bewegen, erhöhe dies zugleich deren Lebensqualität.

Ähnliche Projekte werden als gute Beispiele zunehmend auch im Bereich der nachhaltigen Land- und Lebensmittelwirtschaft etabliert, für die eine nationale Selbstversorgung anzustreben sei. So werde in diversen Öko-Modellregionen in Deutschland daran gearbeitet, regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen. Dabei würden die Struktur eines regionalen Miteinanders und ein neues Bewusstsein bzgl. Essen und Trinken gefördert – wo Menschen sich als Mitgestalter*innen für ihre Ernährung empfinden. Konkrete Beispiele dafür sind die »Slow Food-Initiative«⁶, solidarische Landwirtschaft⁷ oder sog. »Food Hubs« in Städten⁸. Der »Bundesverband der Regionalbewegung e.V.« gibt einen Überblick über weitere Initiativen zum Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe⁹.

Letztlich bedürfe es aber auch einer Landwirtschaftspolitik, die eine Ökonomie der Qualität fördert, dafür die wahren Preise kalkuliert und gemein-

6 Einen Überblick über entsprechende Angebote in Deutschland bietet »Slow Food Deutschland e.V.« unter: <https://www.slowfood.de>.

7 Umfangreiche Informationen zum Konzept und zum Aufbau einer eigenen »SoLaWi« unter: <https://www.solidarische-landwirtschaft.org>.

8 Für das Beispiel München siehe: <https://foodhub-muenchen.de>.

9 Siehe die Website: <https://www.regionalbewegung.de>.

wohlökonomie-orientierte Ansätze subventioniert. So seien gute Veränderungen zu beobachten, eine »vom-Acker-auf-den-Tisch-Strategie« vonseiten der EU-Kommission, die sich in den nächsten fünf Jahren manifestieren werde, so »dass wir höchstwahrscheinlich ab 2027 in der Landwirtschaftspolitik andere Rahmenbedingungen haben werden, nämlich Rahmenbedingungen, die wir eigentlich brauchen, dass für gemeinwohlorientierte Leistungen in der Landwirtschaft dann Steuermittel eingesetzt werden« (Gottwald im ZD). Derzeit werden die Mittel für die Fläche eingesetzt, so dass diejenigen profitieren, die viel Land besitzen, egal, wie sie dieses bewirtschaften.

Bottom-up durch die Zivilgesellschaft oder top-down durch die Politik?

Es wurde festgestellt, dass Menschen als freie Agent*innen des Wandels in Projekten vor Ort viel bewirken können und daher sowohl Zivilgesellschaft als auch Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen müssten. Mit ihrer Wirksamkeit und hinreichender Sichtbarkeit seien sie geradezu eine Graswurzelrevolution, die der Politik gleichsam entgegeneile. So könnten selbst kleinere Bewegungen ein Zeichen setzen, da die Überzeugungskraft sich aus dem vorgelebten Beispiel ergebe. Die Zivilgesellschaft müsse sich selbst retten, weil die Politik in einer Demokratie den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht vorauslaufen könne. Daher müsse die Gesellschaft vorarbeiten und Fähigkeiten sowie Praxis eines nachhaltigeren Lebens im Sinne des Gedankens der Postwachstumsökonomien aufzeigen. Somit sollten die verschiedensten Aktionen, Initiativen und das Engagement auf unterschiedlichen Ebenen weiterhin als emanzipatorische Alternativen zum bestehenden System etabliert werden.

Neben individuellem Engagement seitens der Zivilgesellschaft sollte seitens der Verantwortlichen in Politik und Ökonomie am Aufbau notwendiger Rahmenbedingungen gearbeitet werden. Ein Schritt in diese Richtung sei, dass die Preise von Dienstleistungen und Produkten die soziale und ökologische Wahrheit sagen, also eine »Einpreisung« bzw. »Internalisierung« sozialer und ökologischer Kosten vorgenommen wird. Wenn Preise »die soziale und ökologische Wahrheit sagen«, würde das z.B. bei bestimmten Lebensmitteln bedeuten, dass diese das Zwei- bis Dreifache dessen kosten, was Konsument*innen derzeit zahlen. Zugleich darf Nachhaltigkeit kein Luxus werden. Im Gegenteil, klimaschädlicher dekadenter Luxus müsse teuer und ein nachhaltigkeitsorientiertes Leben auch finanziell erschwinglich werden. Eine »Dia-

lektik sozialer und ökologischer Gerechtigkeit« (Gottwald et al., 2020) muss gelingen.

Somit kommt durchaus auch der Ebene der Politik eine wichtige Bedeutung zu, die durch Erlasse und Gesetze förderliche Rahmenbedingungen schaffen kann und durch eine wachstumsunabhängige Raumplanung durchaus erheblichen Einfluss auf die Gestaltung von Raumstrukturen in städtischen wie in ländlichen Räumen nehmen kann.

Impulse

Aus den Darstellungen zur Relevanz des Zukunftsdiskurses und den Reflexionen in der Podiumsdiskussion zu »Economics for Future« lassen sich folgende Impulse für die Zukunft ableiten:

1. Im Rahmen von »Economics for Future« sind regionale und nachhaltige Wertschöpfungsketten sowie Vermarktungswege zu fördern.
2. Es bedarf grundsätzlich der Realisierung einer Kreislaufwirtschaft in einer »Economics for Future«. Diese wird im ökologischen Landbau schon weitgehend umgesetzt. Daher ist u.a. eine Ausweitung von Öko-Modellregionen bundesweit anzustreben, um den Anteil des ökologischen Landbaus in Deutschland bis 2030 auf (mindestens) 30 Prozent der Fläche¹⁰ zu erhöhen.
3. Generell und besonders im Hinblick auf globale Verflechtungen und der Auslagerung von Produktionsprozessen in andere Länder sind transparente Lieferketten im Zusammenhang mit z.B. aussagekräftigen Zertifizierungen und externen Audits, fairen Arbeitsbedingungen und umweltfreundlicher Produktion umzusetzen.
4. Für Produkte sind die »wahren Preise« zu zahlen, indem alle ökologischen und sozialen Kosten internalisiert werden. Diese Kosten sollen auf einer umweltfreundlichen Produktion und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen basieren. Aber ein nachhaltiger Lebensstil zur Befriedigung

¹⁰ Der Anteil der Öko-Fläche an der landwirtschaftlichen Fläche beträgt in Deutschland aktuell 10,3 Prozent (BLE, 2021; Bezugsjahr 2020). Dieser Anteil ist beispielsweise in Hessen höher und liegt bei 15,9 Prozent, in Niedersachsen beträgt er nur 5,2 Prozent (ebd.; BMEL 2021, Bezugsjahr 2020; Anteil der Öko-Fläche an landwirtschaftlicher Fläche des jeweiligen Landes).

der Grundbedürfnisse muss bezahlbar sein, hingegen ist der Luxus zu verteuern.

5. »Economics for Future« sind eine konsequente Stärkung der Ansätze von Postwachstumsökonomien sowie der kollaborativen Gestaltung entsprechender Möglichkeitsräume, wie z.B. kommunale Ressourcenzentren.
6. Für eine »Economics for Future« sind politische Maßnahmen *top-down* erforderlich. Dafür setzen *bottom-up*-Initiativen als subkulturelle Praktiken wichtige Impulse, um politischen Akteuren die Machbarkeit einer nachhaltigen Wirtschaft und eines nachhaltigen Konsums – generell eines nachhaltigen Lebensstils – aufzuzeigen.
7. »Economics for Future« bedeutet, Suffizienz als Lebensstil anzustreben, wachstumsunabhängige Infrastrukturen zu gestalten und Prozesse der Entkommerzialisierung anzuregen.
8. Im Sinne eines nachhaltigen Lebensstils und Konsumverhaltens sind Nutzungsverlängerung (Reparieren) und Nutzungsteilung (Sharing) von Produkten umzusetzen.
9. »Economics for Future« bedeutet, vorgelebte Beispiele erfolgreicher Transformation zu kommunizieren und zum Nachmachen und Mitgestalten einzuladen.
10. »Economics for Future« bedarf einer Stärkung des Bewusstseins für eine nachhaltige Kultur in der Zivilgesellschaft als Akteurin des Wandels.

Literatur

- Barth, J., Gran, C. & von Egan-Krieger, T. (2017). Plurale Ökonomik als wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftswissenschaftliche Bearbeitung von Degrowth. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.), *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation* (272-283). München: oekom.
- BLE: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2021). Zahlen zum Ökolandbau in Deutschland, <https://www.oekolandbau.de/landwirtschaft/biomarkt/oekoflaeche-und-oekobetriebe-in-deutschland/> (zuletzt abgerufen am 27.11.2021).
- BMEL: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021). *Ökologischer Landbau in Deutschland. Stand: Februar 2021*. Bonn: BMEL.
- Brand, U. (2017). Lernen für eine sozial-ökologische Transformation. Die Überwindung der imperialen Lebensweise als gesellschaftspolitisches

- Projekt. In O. Emde, U. Jakubczyk, B. Kappes & B. Overwien (Hg.), *Mit Bildung die Welt verändern? Globales Lernen für eine nachhaltige Entwicklung*. (Ökologie und Erziehungswissenschaft) (23-37). Opladen: Barbara Budrich.
- Brand, U. & Schickert, C. (2019). Ökosozialistische Strategien für eine sozial-ökologische Transformation. Postkapitalismus als wachstumskritische Praxis. In: K. Dörre & C. Schickert (Hg.), *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus* (= Bibliothek der Alternativen 1) (165-183). München: oekom.
- DEAL: Doughnut Economics Action Lab (o.J.): Doughnut Economics Action Lab, <https://doughnuteconomics.org> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Deimling, D. (2016). *Sinnstrukturen und Muster nachhaltiger Unternehmen im Kontext der Wachstumskritik – Eine Untersuchung unter Einsatz einer Systemaufstellung*. Wien: LIT.
- Dengler, C. (2019). Alltägliche Grenzziehungen. Die Rolle der nicht-monetären Versorgungsökonomie in einer (Post-)Wachstumsgesellschaft. In C. Book, N. Huke, S. Klauke & O. Tietje (Hg.), *Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der »imperialen Lebensweise«, Externalisierung und exklusive Solidarität* (145-152). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Dicken, P. (2015). *Global Shift. Mapping the Changing Contours of the World Economy*. London: SAGE.
- Dörre, K. (2019). Kapitalismus, Wachstum und Rambo-Maskulinität. Die Perspektiven einer Landnahmetheorie. In S. Scholz & A. Heilmann (Hg.), *Caring Masculinities? Männlichkeiten in der Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften* (= Bibliothek der Alternativen 2) (79-93). München: oekom.
- Eberth, A. (2020). Die »Donut-Ökonomie« induktiv erschließen. Alternative Wirtschaftsformen im Geographieunterricht diskutieren. *Praxis Geographie*, 50(6), 34-39.
- Escobar, A. (2018). *Designs for the Pluriverse. Radical Interdependence, Autonomy, and the Making of Worlds*. Durham: Duke University Press.
- Felber, C. (2018). *Gemeinwohlökonomie*. Komplett aktualisiert und überarbeitet. München: Piper.
- FFF: Fridays for Future (2021). How dare you | Greta Thunberg, <https://fridaysforfuture.org/what-we-do/activist-speeches/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Folkers, M. & Paech, N. (2020). *All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht*. München: oekom.

- Gibson-Graham, J. K. (2006). *Post-Capitalist Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Giselbrecht, A.M. & Ristig-Bresser, S. (2017). Gemeinwohl-Ökonomie: Das Modell einer ethischen Wirtschaftsordnung. In Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.) (2017). *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation (176-187)*. München: oekom.
- Göpel, M. (2016). *The Great Mindshift. How a New Economic Paradigm and Sustainability Transformations go Hand in Hand*. Berlin: Springer.
- Göpel, M. (2019). So weitermachen ist keine Option. In Extinction Rebellion (Hg.), *Wann wenn nicht wir*: Ein Extinction Rebellion Handbuch (41-45)*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Gottwald, F.-T., Mayer-Tasch, P.-C. & Sauer, L. (2020). *Zeitenwende? Zur Dialektik von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit*. Marburg: metropolis.
- Guinot, J. (2020). Changing the Economic Paradigm: Towards a Sustainable Business Model. *International Journal of Sustainable Development and Planning*, 15(5), 603-610.
- Harvey, D. (2012). *Kapitalismuskritik*. Hamburg: VSA.
- Harvey, D. (2015). *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus*. Berlin: Ullstein.
- Harvey, D. (2020). *Anti-Capitalist Chronicals*. London: Pluto Press.
- Helfrich, S. & Bollier, D. (2019). *Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons*. Bielefeld: transcript.
- Jackson, T. (2016). *Prosperity without Growth: Foundations for the Economy of Tomorrow*. London: Routledge.
- Kagan, S., Kirchberg, V. & Weisenfeld, U. (Hg.) (2019). *Stadt als Möglichkeitsraum. Experimentierfelder einer urbanen Nachhaltigkeit*. Bielefeld: transcript.
- Klein, N. (2016). *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Konzeptwerk Neue Ökonomie & DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hg.) (2017). *Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation*. München: oekom.
- Lamker, C. & Schulze Dieckhoff, V. (2020a). Neue Rollen kollektiver wachstumsunabhängiger Raumorganisation. In B. Lange, M. Hülz, B. Schmid & C. Schulz (Hrsg.), *Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien (369–386)*. (Sozial- und Kulturgeographie 38). Bielefeld: transcript.

- Lamker, C. & Schulze Dieckhoff, V. (2020b). Postwachstum + Planung = Postwachstumsplanung?! Erfahrungen aus der Konfrontation zweier Diskurse. In A. Brokow-Loga & F. Eckardt (Hrsg.), *Postwachstumsstadt: Konturen einer solidarischen Stadtpolitik* (90–103). München: oekom.
- Maxton, G. (2018). *Change. Warum wir eine radikale Wende brauchen*. München: Komplet-Media.
- Meyer, C. (2020). Von Fast Fashion zu Slow Fashion. Transformative Bildung im Geographieunterricht. *Praxis Geographie*, 50(6), 17–23.
- Neckel, S. (2018). Ökologische Distinktion. Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit. In S. Neckel, N. Besedovsky, M. Boddenberg, M. Hasenfratz, S.M. Pritz & T. Wiegand (Hg.), *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms* (59–76). Bielefeld: transcript.
- Oxfam (2019). *Wirtschaft für alle? Donut als Kompass*, <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/2019-10-28-wirtschaft-alle-donut-kompass> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Paech, N. (2012). *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Paech, N. (2020). Suffizienz als Antithese zur modernen Wachstumsorientierung. In M. Folkers & N. Paech (Hg.), *All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht* (119–215). München: oekom.
- Postwachstumsberater (o.J.). Überblick über die Postwachstumsökonomie von Prof. Dr. Niko Paech, <https://www.postwachstumsberater.de/wissen/C3%BCberblick-pw%C3%B6/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Raworth, K. (2018). *Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört*. München: Piper.
- Raworth, K. (2019). Eine neue Ökonomie. In *Extinction Rebellion* (Hg.), *Wann wenn nicht wir*: Ein Extinction Rebellion Handbuch* (194–202). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Schmelzer, M. & Vetter, A. (2019). *Degrowth/Postwachstum zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Schmid, B. (2020). Räumliche Strategien für eine Postwachstumstransformation. In B. Lange, M. Hülz, B. Schmid & C. Schulz (Hg.), *Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien* (= Sozial- und Kulturgeographie 38) (59–83). Bielefeld: transcript.
- Schulz, C., Lange, B., Hülz, M. & Schmid, B. (2020). Postwachstumsgeographien. Konzeptionelle und thematische Eckpunkte der Anthologie. In B. Lange, M. Hülz, B. Schmid & C. Schulz (Hg.), *Postwachstumsgeographien*.

- Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien* (= Sozial- und Kulturgeographie 38) (13-32). Bielefeld: transcript.
- Shiva V. (2010). *Earth Democracy. Justice, Sustainability and Peace*. Dehradun: Natraj.
- Sommer, B. & Welzer, H. (2014). *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*. (Transformationen 1). München: oekom.
- Sprinkart, K.P., Gottwald, F.-T. & Sailer, K. (2014). *Fair Business – Wie Social Entrepreneurs die Zukunft gestalten*. Regensburg: Walhalla Metropolitan.
- Steffen, W. et al. (2015). Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. *Science*, 347(6223), 736.
- Sukhdev, P. (2013). *Corporation 2020. Warum wir Wirtschaft neu denken müssen*. München: oekom.
- Sutterlütti, S. & Meretz, S. (2018). *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*. (Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 5). Hamburg: VSA.
- UN: Vereinte Nationen (2015). Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 25. September 2015. 70/1. Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. A/RES/70/1.
- Wohlgemuth, O. & Pütz, M. (2020). Kriterien für eine postwachstumsorientierte Wohnraumentwicklung am Beispiel der Stadt Zürich. In B. Lange, M. Hülz, B. Schmid & C. Schulz (Hrsg.), *Postwachstumsgeographien. Raumbezüge diverser und alternativer Ökonomien* (139–157). (Sozial- und Kulturgeographie 38). Bielefeld: transcript.
- Wright, E.O. (2017). *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Wright, E.O. (2019). Mit realen Utopien den Kapitalismus überwinden. In K. Dörre & C. Schickert (Hg.), *Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus* (= Bibliothek der Alternativen 1) (113-127). München: oekom.

Kreislaufwirtschaft als Baustein nachhaltiger Entwicklung

Burcu Gözet, Henning Wilts

Kreislaufwirtschaft beschreibt ein Konzept, bei dem Abfall und Verschmutzung nicht per se im Wirtschaftsdesign vorausgesetzt werden. Sie greift damit die Ursachen der derzeit global dringlichsten Querschnittsthemen nachhaltiger Entwicklung mit dem Ziel auf, verantwortungsvoll mit Ressourcen, Wertstoffen, Produkten und der Umwelt umzugehen. Entstehen soll damit eine Welt, in der kein Müll produziert wird. Das Konzept verfolgt dabei einen multidimensionalen Ansatz und umfasst alle Wirtschaftsbereiche – von der Ressourcengewinnung über die Produktion, die Lagerung und den Konsum bis hin zur Entsorgung beziehungsweise zum Recycling (Wilts & Gries, 2017). Mithilfe der Kreislaufwirtschaft können multiple Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 schneller erreicht werden, weshalb sie als ein zentraler Baustein nachhaltiger Entwicklung gilt.

Ressourcen schonen durch integrierte Strategien

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts hat sich – ausgehend von den USA und Europa – ein lineares Wirtschaftsmodell etabliert, das im Kern auf eine kontinuierliche Steigerung des Ressourcenverbrauchs abzielt. Es ist gekennzeichnet vom Dreiklang aus »Produktion«, oft erstaunlich kurzer »Nutzung« und anschließender »Entsorgung«. Um diese Problematik zu adressieren, wurde 2007 unter dem Dach des UN-Umweltprogramms der »Internationale Rat für nachhaltiges Ressourcenmanagement« (IRP) gegründet. Es handelt sich dabei um eine wissenschaftliche Einrichtung für die Themen erneuerbarer und nicht-erneuerbarer Ressourcen. Für das Jahr 2019 hat das IRP erstmals die Inanspruchnahme aller globalen Ressourcen von über 100 Milliarden Tonnen verzeichnet. Sie können für über 50 Prozent der gesamten Treibhausgasemis-

sionen und über 90 Prozent der Verluste an Biodiversität verantwortlich gemacht werden (IRP, 2019). Damit verbunden sind allein mehr als zwei Milliarden Tonnen Siedlungsabfälle, die global gesehen zu großen Anteilen ohne jede Verwertung auf Mülldeponien landen (Kaza et al., 2018, S. 17).

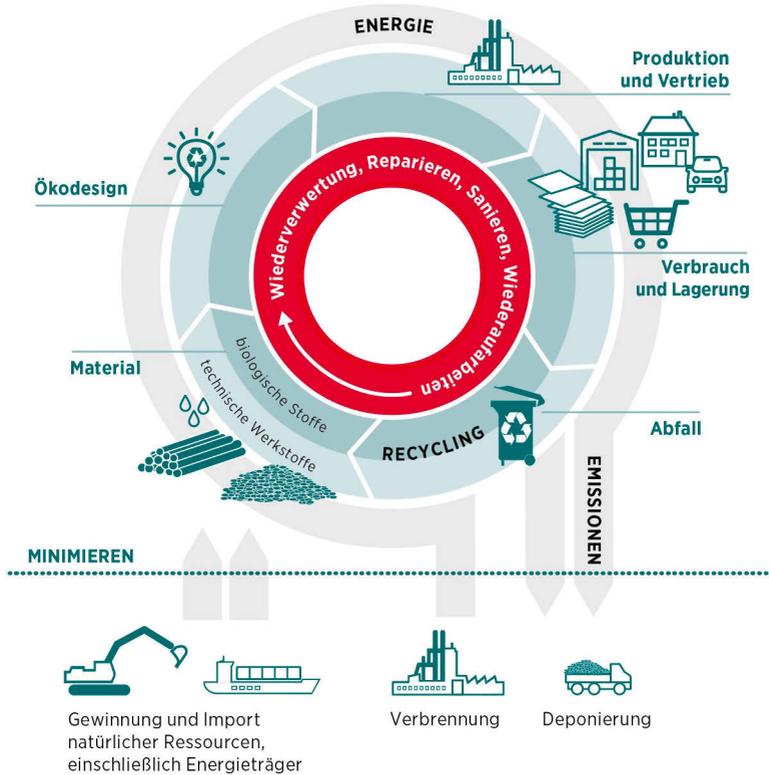
Der in Deutschland und anderen Ländern des Globalen Nordens erreichte wirtschaftliche Wohlstand basiert damit auf der zunehmenden Ausbeutung natürlicher Ressourcen – insbesondere knapper Rohstoffe. Dadurch verursacht werden der dramatische Verlust an Biodiversität sowie die sich immer klarer abzeichnende Klimakatastrophe. Ziel muss es daher sein, die wirtschaftliche Entwicklung vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn – so die Definition der Europäischen Kommission zur Kreislaufwirtschaft – der Wert und die Qualität von Produkten sowie die in ihnen enthaltenen Rohstoffe am Ende der Nutzungsphase möglichst erhalten bleiben (Europäische Kommission, 2020). Damit verbunden ist ein Paradigmenwechsel:

- Einrichtung geschlossener Stoffkreisläufe anstelle von Entsorgungssicherheit und der Vermeidung direkter Umweltauswirkungen durch Abfälle (Wilts, 2016)
- Nutzung integrierter Strategien, bei denen die Reparatur- oder Recyclingfähigkeit eines Produktes bereits in der Designphase berücksichtigt wird anstelle von technisch dominierten *end-of-pipe*-Lösungen wie der Müllverbrennung.

Die folgende Abbildung verdeutlicht die Komplexität eines solchen Ansatzes: Abfälle kann jedes Unternehmen und jeder Haushalt für sich entsorgen. Kreislaufwirtschaft erfordert darüber hinaus die kontinuierliche Abstimmung aller Akteur*innen. Es handelt sich um eine spezifische »Zukunftskunst« mit ganz eigenen Anforderungen an Expertise, Koordinationsplattformen und institutionelle Rahmenbedingungen (Schneidewind, 2018).

Der Übergang zur Kreislaufwirtschaft (engl. *circular economy*) ist somit ein Hebel oder auch ein Instrument zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Dass Themen des zirkulären Wirtschaftens aktuell so hoch auf der politischen Agenda stehen, liegt neben den erhofften ökologischen und sozio-ökonomischen Vorteilen (unter anderem Kosteneinsparungen, neue Jobs, verringerte Abhängigkeit von Importen) auch an den sehr unterschiedlichen Interpretationen des Begriffs. Der *Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft* des »Green New Deal« der Europäischen Kommission verfolgt beispielsweise

Abbildung 1: Das Konzept der Kreislaufwirtschaft



Quelle: Eigene Darstellung nach EEA (2016).

ganz explizit eine Wachstumsstrategie, die die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sicherstellen soll (Europäische Kommission, 2020). Dem zugrunde liegt ein klarer »Konsistenz-Ansatz«: Wenn Produkte zu 100 Prozent recyclingfähig sind, dann erübrigt sich die Notwendigkeit der Abfallvermeidung. Die Stoffströme sollen so gestaltet werden, dass von ihnen keine Belastungen für die Ökosysteme mehr ausgehen und Abfall als Nährstoff wieder in den Kreislauf zurückkehrt.

Dem entgegen steht das Konzept der Kreislaufwirtschaft als »Effizienzansatz«: Der Einsatz recycelter Materialien braucht häufig nur einen Bruch-

teil der Energien und Ressourcen, die beim Einsatz von Primärrohstoffen aufgewendet werden. Zirkuläres Wirtschaften kann also den Wohlstand steigern, gleichzeitig aber den Ressourcenverbrauch drastisch senken. Strategien der *circular economy* vieler Unternehmen gehen in eine ähnliche Richtung: Geschlossene Stoffkreisläufe sollen Kosten senken, Produkte billiger machen und den Absatz steigern. Häufig führt das zum sogenannten Rebound-Effekt, der einen Vorgang bezeichnet, bei dem Einsparpotenziale (von beispielsweise Ressourcen) nur teilweise oder gar nicht verwirklicht werden.

Diese Effekte der Kreislaufwirtschaft werden bislang häufig noch ausgeblendet und in ihren Auswirkungen auf den Gesamtressourcenverbrauch nicht zu Ende gedacht. Die letztendlichen Effekte (z. B. optimierter Recyclingtechnik) auf den Ressourcenverbrauch sind damit gar nicht so eindeutig zu bestimmen. Es bedarf daher eines viel stärkeren Fokus auf die Suffizienz in der Kreislaufwirtschaft:

- Wie können z. B. immer neue Produkte durch Secondhand-Produkte ersetzt werden?
- Wie kann Sharing von eigentlich selten genutzten Produkten wie Rasenmähern oder Bohrmaschinen tatsächlich dazu führen, dass Bedürfnisse mit reduziertem Ressourceneinsatz erfüllt werden?

Aus einer solchen Perspektive wird der Übergang zur Kreislaufwirtschaft eingebettet in eine gesamtgesellschaftliche Transformation sämtlicher Produktions- und Konsumstrukturen, die vom Ende her gedacht wird und Möglichkeitsräume für gesellschaftliche Entwicklungen innerhalb planetarer Grenzen schafft.

Zirkuläre Maßnahmen für eine zukunftsfähige Textilindustrie

Die Textilindustrie ist eine der größten globalen Industrien. Sie hat sich seit 1975 beinahe verdreifacht. Allein zwischen 2000 und 2014 hat sich die Anzahl der weltweit produzierten Kleidungsstücke verdoppelt, sodass 2014 beinahe 14 Kleidungsstücke pro Person angefertigt wurden (Remy et al., 2016). Für die Herstellung unter anderem von Kunstfasern werden jährlich rund 98 Millionen Tonnen Erdöl verbraucht, wovon wiederum 35 Prozent durch Kleidungsabrieb als Mikrofasern in den Ozeanen landen. Die Textilindustrie gehört auch zu den Branchen, die entlang ihrer Produktionsprozesse (insbesonde-

re bei der Textilveredelung) mitunter für die höchsten Abwasseraufkommen sorgen. Ihr CO₂-Ausstoß betrug 2015 rund 1,2 Milliarden Tonnen (in CO₂-Äquivalenten) und lag damit höher als der für alle Flüge und Schifffahrten weltweit zusammen (Ellen MacArthur Foundation, 2017).

Gleichzeitig weisen die im Überfluss hergestellten Kleidungsstücke zunehmend eine niedrige Qualität und eine verkürzte Lebensdauer auf. Ihre Nutzungsweise gleicht einem Einwegprodukt. Dabei ist das Volumen der weltweit entstehenden Textilabfälle bislang ungewiss. Allein in europäischen Haushalten werden Schätzungen zufolge jährlich 5,8 Millionen Tonnen Textilien entsorgt. Das entspricht einem Aufkommen von 11,3 Kilogramm pro Person (Beasley et al., 2014). In Deutschland liegt das jährliche Sammelauftkommen von Textilabfällen derzeit bei rund 1,3 Millionen Tonnen (15,3 Kilogramm pro Kopf) (Forbrig et al., 2020). Produkte und Güter wie Kleidung sind in unserem Wirtschaftssystem nicht auf Langlebigkeit ausgelegt. Bereits im Produktdesign werden auf Kosten von Mensch und Umwelt Materialien ausgewählt und Verarbeitungsverfahren bestimmt, die vorrangig dem Aussehen oder dem Modebewusstsein dienen und kostensparend sind.

Seit 2013 jedoch – mit dem tragischen Einsturz der Rana-Plaza-Textilfabrik in Bangladesch – gelangen die verheerenden sozialen und ökologischen Bedingungen, die in der Textilindustrie herrschen, zunehmend in die öffentliche Wahrnehmung. Das führte unter anderem dazu, dass die *slow-fashion*-Bewegung an Beliebtheit gewann. Ziel der Bewegung ist es, bewusste Kaufentscheidungen für qualitativ hochwertige, umwelt- und sozialverträglich produzierte Kleidung zu treffen. Dadurch wird die Nutzungsphase von Kleidung nicht nur verlängert, sondern durch die Weitergabe getragener Kleidung auch voll ausgeschöpft. Diese Bewusstseinsbildung der Konsument*innen hat den Unternehmen der Textilbranche den Weg für alternative Geschäftsmodelle bereitet, die insbesondere den inneren Kreis der Kreislaufwirtschaft anvisieren (vgl. Abb. 1). Hierzu zählen beispielsweise Secondhand-Modemärkte (insbesondere im Onlinehandel), aber auch Mode zum Mieten (nach dem Prinzip »Leihen statt besitzen«). Gerade Letzteres legt den Grundstein für eine Textilwirtschaft innerhalb einer Postwachstumsgesellschaft, in der nicht mehr der Konsum, sondern die Nutzung im Vordergrund steht.

Gerade Unternehmen können hier einen entscheidenden Beitrag leisten, um die Wertschöpfungskette zu optimieren, indem sie beispielsweise langlebige und recyclingfähige Kleidungsstücke designen und den Rohstoffverbrauch, das Volumen der Textilabfälle und die ökologischen und sozialen Folgen verringern. Die folgende Tabelle zeigt eine Reihe von Handlungsansätzen

im Bereich Produktdesign und Unternehmenspolitik, aber auch in der Kommunikation mit Verbraucher*innen.

Tabelle 1: Unternehmerische Handlungsansätze

Produktdesign	<ul style="list-style-type: none"> - Mitberücksichtigung der Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit - Ausrichtung auf Langlebigkeit und Wiederverwertbarkeit
Unternehmungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Etablierung alternativer Geschäftsmodelle (»Mietmode«) - Reparierbarkeit als Produktpolitik - Transparenz - Reverse Logistics oder erleichterte Rücknahmesysteme für gebrauchte Kleidung - Garantiezeit für Kleidung
Serviceleistungen und Kommunikation mit den Verbraucher*innen	<ul style="list-style-type: none"> - Umfassende Pflegehinweise - Bereitstellung von Ersatzteilen - Reparaturservice oder Reparaturleitfaden

Quelle: Eigene Darstellung.

Nachhaltigkeitsziele erreichen durch Kreislaufwirtschaft

Wie der Zielzustand einer Wirtschaft, die zum Schutz der Umwelt und zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele ressourcenleicht, also besonders sparsam mit natürlichen Ressourcen umgeht, im Detail aussehen könnte, konnte bislang nicht abschließend formuliert werden. In einer Forschungsarbeit des Umweltbundesamts wurden hierzu konstitutive Kernelemente definiert. Dazu zählen a) erneuerbare Energieversorgung, b) geschlossene Kreislaufwirtschaft, c) Präferenzwandel zu ressourcenleichtem Konsum und d) stärkere Aktivierung von immateriellen Wohlstandsquellen (Petschow et al., 2020).

Durch die geschlossene Kreislaufwirtschaft als Kernelement der Postwachstumsgesellschaft können gleich mehrere Ziele der Agenda 2030 erreicht werden – und zwar nicht nur mit Blick auf eine verantwortungsvolle Produktion und einen verantwortungsvollen Konsum (SDG 12.5: »Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern.«), sondern auch auf das zukünftige Leben unter Wasser (SDG 14.1), nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG11), den Klimaschutz (SDG 13), menschenwürdige Beschäftigung (SDG8) und auf die Gesundheit (SDG 3) (BMZ, 2020).

Diese Ziele können jedoch nicht durch den rein effizienz- oder konsistenz-orientierten Ansatz erreicht werden. Dieser läuft nämlich Gefahr, als weitere Triebkraft des Wirtschaftswachstums zu dienen. Die suffizienz-orientierte Kreislaufwirtschaft hingegen kann dazu beitragen, die Wirtschaft zu entschleunigen.

Die Frage, wie Unternehmen nun in Zukunft wirtschaften können, wenn Produkte ewig haltbar sind, verdeutlicht die Notwendigkeit eines unternehmerischen Neudenkens. Es müssen neue Geschäftsmodelle etabliert werden, die losgelöst vom Konsumzwang das Nutzungserlebnis als oberste Prämisse betrachten. Neben diesen wirtschaftlichen Handlungen bedarf es nichtsdestotrotz informierter Konsument*innen, transparenter und verkürzter Wertschöpfungsketten und insbesondere auch politischer Anreizsysteme und Regulierungen. Darüber hinaus, so betont das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, müssen Regierungen, Unternehmen und Konsument*innen über die bestehenden Industriemodelle hinausschauen und Wachstum neu definieren (UNEP, 2020).

Literatur

- Beasley, J., Georgeson, R., Arditi, S. & Barczak, P. (2014). *Advancing Resource Efficiency in Europe: Indicators and Waste Policy Scenarios to Deliver a Resource Efficient and Sustainable Europe*. Brüssel: Europäisches Umweltbüro (EEB).
- BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2020). Abfall als Thema der Agenda 2030, <https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/abfallwirtschaft/agenda-2030-18524> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- EEA: European Environmental Agency (2016). *Circular Economy in Europe. Developing the Knowledge Base (Vol. 2)*. EEA Report. Kopenhagen: EEA.
- Ellen MacArthur Foundation (2017). *A New Textiles Economy: Redesigning Fashion's Future*, Abgerufen von https://www.ellenmacarthurfoundation.org/assets/downloads/publications/A-New-Textiles-Economy_Full-Report_Updated_1-12-17.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Europäische Kommission (2020). *Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft. Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa*. Brüssel: Europäische Kommission.

- Forbrig, S., Fischer, T. & Heinz, B. (2020). *Bedarf, Konsum, Wiederverwendung und Verwertung von Bekleidung und Textilien in Deutschland. Textilstudie 2020 des BVSE – Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.* Bonn: BVSE.
- IRP: International Resource Panel (2019). *Global Resources Outlook 2019: Natural Resources for the Future We Want. A Report of the International Resource Panel. United Nations Environment Programme.* Nairobi: IRP.
- Kaza, S., Yao, L., Bhada-Tata, P. & Van Woerden, F. (2018). *What a Waste 2.0: A Global Snapshot of Solid Waste Management to 2050. Urban Development Series.* Washington, DC: World Bank.
- Petschow, U. et al. (2020). *Ansätze zur Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten. Abschlussbericht TEXTE 98/2020.* Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt.
- Remy, N., Speelman, E. & Swartz, S. (2016). *Style That's Sustainable: A New Fast-Fashion Formula.* o.O.: McKinsey & Company, Abgerufen von <http://dln.jaipuria.ac.in:8080/jspui/bitstream/123456789/3091/1/Style-thats-sustainable-A-new-fast-fashion-formula.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Schneidewind, U. (2018). *Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels.* Frankfurt a.M.: Fischer.
- United Nations Environment Programme (2020). *Sustainability and Circularity in the Textile Value Chain. Global Stocktaking.* Nairobi, Kenya.
- Wilts, H. & Gries, N.v. (2017). Der schwere Weg zur Kreislaufwirtschaft. *Budrich Journals GWP – Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 66(1), 23-28. <https://doi.org/10.3224/gwp.v66i1.02>
- Wilts, H. (2016). *Deutschland auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft? WISO Direkt 15/2016.* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Tätigsein in der Landwirtschaft

Agrarkultur als Leitkonzept

Franz-Theo Gottwald, Irmi Seidl, Angelika Zahrnt

Die ökologische, ökonomische und soziale Krise der Landwirtschaft ist mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Arbeit ab den 1950er Jahren verknüpft. Seither wurde landwirtschaftliche Arbeit rationalisiert, frei werdende Arbeitskräfte wurden im wachsenden Industrie- und Dienstleistungssektor gebraucht. Will die Landwirtschaft ökologisch und sozial wirtschaften und somit den gesellschaftlichen Erwartungen gerecht werden, müssen wieder mehr Menschen in der Landwirtschaft arbeiten. Im Sinne des Leitbilds einer öko-sozialen Agrarkultur gilt es, eine Vielfalt von Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen – als Voll- und Teilzeitarbeit, (Teil-)Subsistenz- und Freiwilligenarbeit, ganzjährig oder saisonal. In einer Postwachstumsgesellschaft, in der Wachstum nicht mehr wegen weiterer Erwerbsarbeit gefördert wird, können so neue, anspruchsvolle, vielfältige und sinnschaffende Tätigkeiten entstehen.

Ökologisch-soziale Krise der Landwirtschaft – eine kurze Tour d’horizon

Die Landwirtschaft steckt in einer tiefen ökologischen, ökonomischen und sozialen Krise – und dies lokal, national und global. Die meisten Probleme sind durch die Industrialisierung der Landwirtschaft, also durch zunehmenden Einsatz von Agrartechnik und Agrarchemie, sowie durch Flurbereinigung und die Ausrichtung auf globale Märkte entstanden. Damit haben sich auch die landwirtschaftliche Arbeit und die bäuerliche Lebenskultur verändert.

Eines der Probleme der heutigen Landwirtschaft sind ihre Treibhausgasemissionen: In Deutschland verursacht sie 7,3 Prozent der gesamten Emissionen, in Österreich 10,3 Prozent und in der Schweiz 13,5 Prozent. Global sind es 10 bis 12 Prozent (IPPC, 2014). Die Landwirtschaft schädigt ferner die Biodi-

versität stark: »Der Zustand der biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft ist alarmierend« (BFN, 2017), schreibt das deutsche Bundesamt für Naturschutz. Dies betrifft sowohl die Ebene der Arten wie auch die Ökosystem- beziehungsweise Landschaftsebene: Das Grünland wird zunehmend ärmer an Flora und Fauna, strukturreiche Kulturlandschaften verschwinden. Die Biodiversität im Boden nimmt ab, die Böden verlieren Humus, die Bodenfruchtbarkeit schwindet (Beste, 2016). Gülle, synthetische Düngemittel und Pestizide, die viele dieser Probleme verantworten, verschmutzen zudem Gewässer. Problematisch sind die großen Nutztierbestände sowie der unzureichende Tierschutz in der EU (Stodieck, 2018).

Die ökonomische Situation vieler Landwirtschaftsbetriebe ist schwierig, viele sind überschuldet und die Einnahmen knapp. Von den milliarden-schweren EU-Subventionen erhalten nur wenige Betriebe größere Beträge: in Deutschland gehen 70 Prozent, im EU-Durchschnitt sogar 80 Prozent aller EU-Direktzahlungen an nur ein Fünftel der Betriebe (Heinrich-Böll-Stiftung et al., 2019). Von 2003 bis 2013 gaben in Deutschland 31 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe auf, in der EU waren es 28 Prozent (eurostat, 2015).

Im betrieblichen Alltag nehmen psycho-soziale Probleme zu. 32 Prozent der europäischen Landwirte sind berufsbedingt gestresst (gegenüber 22 Prozent im Durchschnitt aller Berufe; Parent-Thirion, et al., 2007). In Baden-Württemberg leiden 17 Prozent aller Landwirt*innen, die sich krank melden, an einer Depression oder einem Burn-Out (Wochenblatt, 2017). 12 Prozent der Schweizer Landwirt*innen leiden unter Burn-Out-Symptomen (im Landesdurchschnitt sind es 6 Prozent der Bevölkerung, Reissig, 2017).

Landwirtschaftliche Arbeit und Betriebsformen

Mit dem politisch gewollten Agrarstrukturwandel ab den 1960er Jahren hat sich die landwirtschaftliche Arbeit beträchtlich verändert. Arbeiteten in Westdeutschland 1960 noch 3,7 Millionen Personen in der Landwirtschaft, waren 2016 in Gesamtdeutschland nur noch 940 000 Arbeitskräfte im Haupt- oder Nebenberuf landwirtschaftlich tätig (davon 449.000 Familienarbeitskräfte, 206.000 ständige Fremdarbeitskräfte und 286.000 Saisonarbeitskräfte) (BMEL, 2017). Die Zahl der Familienarbeitskräfte ist weiterhin deutlich rückläufig. Auch die Unterstützung aus dem nachbarschaftlichen Umfeld nimmt ab und wird zunehmend monetär entgolten. Die Zahl der ständig

beschäftigten Arbeitskräfte steigt leicht und jene der Saisonarbeitskräfte nimmt tendenziell ab. Informelle beziehungsweise Schwarzarbeit – vor allem von ausländischen Arbeitskräften – wird verschiedentlich öffentlich thematisiert, aber Zahlen zum Ausmaß fehlen. Die Tätigkeiten in der Landwirtschaft sind zunehmend spezialisiert, kleinteilig, maschinenbezogen, von agrarchemischen Hilfsmitteln bestimmt und computerisiert. Die Menschen arbeiten oft isoliert und aus sozialen Zusammenhängen gelöst, entfremdet von Tier und Land. Auch ist landwirtschaftliche Arbeit in der Regel schlecht bezahlt. Insbesondere geschulte Arbeitskräfte fehlen.

In Deutschland gab es 2016 275.000 landwirtschaftliche Betriebe, davon 244.000 Einzelunternehmen (dazu und zu dem Folgenden: ebd.). 48 Prozent der Einzelunternehmen sind Haupterwerbsbetriebe, 52 Prozent Nebenerwerbsbetriebe. Der Anteil der Nebenerwerbsbetriebe variiert je nach Bundesland zwischen 40 und 70 Prozent. 90 Prozent der landwirtschaftlichen Erzeugung findet in Haupterwerbsbetrieben statt, der Rest in Nebenerwerbsbetrieben. Der Haupterwerbsbetrieb wurde ab den 1960er Jahren mit dem »politischen Leitbild der Wachstumslandwirtschaft« (AgrarBündnis, 2010, S. 53) zum agrarpolitischen Ideal erhoben. Davor waren Nebenerwerbsbetriebe verbreiteter als heute und wegen ihres Beitrags zur Ernährungssicherung geschätzt. Es war also bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts üblich, dass Landwirt*innen mit verschiedenen Tätigkeiten und damit verschiedenen Teilzeitarbeitern die Existenz ihrer Familien sicherten. Zugleich wurde ab den 1950ern das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebs propagiert. »Damals brauchte man Arbeitskräfte [...] in der Industrie. So wurde die bäuerliche Familie, die es schafft, ihre Wirtschaft allein auf Basis der eigenen Arbeitskraft [...] zu organisieren, zum Symbol für Leistungsfähigkeit, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit« (AgrarBündnis, 2013).

Landwirtschaftliche Arbeit, Produktion und Umweltwirkungen

Die zweifelsohne gesteigerte Produktivität sowie Wettbewerbsfähigkeit der modernen Landwirtschaft verursachen hohe externe Kosten. Deshalb wird daran geforscht, wie sich negative Umweltwirkungen durch die Landwirtschaft verringern lassen.

Seit Jahrzehnten werden nicht nur in Deutschland verschiedene ökologische Alternativen zur konventionellen beziehungsweise industrialisierten Landbewirtschaftung praktiziert. Dabei zeigt sich, dass ökologisch vorteil-

hafte landwirtschaftliche Methoden arbeitsintensiver sind. Rosa-Schleich et al. (2019) haben zahlreiche Publikationen analysiert und konnten aufzeigen, dass die ökologische Landwirtschaft aufgrund ihrer geringeren negativen Umweltwirkungen besonders vorteilhaft, aber komplex und arbeitsintensiv ist. Die Gesamtkosten sind dabei ähnlich hoch wie die der konventionellen Landbewirtschaftung – die Arbeitskosten sind höher, die sonstigen Inputkosten niedriger. Die höhere Arbeitsintensität ergibt sich durch das Herstellen von organischen Düngern und Kompost, Jäten, einen höheren Anteil arbeitsintensiver Erzeugnisse wie Gemüse und Obst (die höhere Einnahmen bringen) sowie meist kleinere Betriebsgrößen. Die Untersuchung kommt zum Schluss, dass bislang keine landwirtschaftliche Praxis deutliche ökologische Vorteile erbringt, ohne dass dies mit einem höheren Arbeitseinsatz verbunden wäre. Eine Landwirtschaft, die die natürlichen Grundlagen erhält, muss also wieder arbeitsintensiver werden.

Landwirtschaftliche Aufgaben sind heterogen. Landwirtschaftliche Arbeit kann körperlich anstrengend und monoton sein oder abwechslungsreich und anspruchsvoll. Sie geht oft mit Spitzenbelastungen einher, kann aber auch eine gewisse Flexibilität erlauben. Oft sind handwerkliche, kaufmännische, technische, haushälterische und andere Fähigkeiten gefragt, es gibt Arbeiten vieler Qualifikationsniveaus. Eigenverantwortliches Arbeiten ist meistens wichtig. Dies bedeutet, dass es für viele Menschen und verschiedene Generationen Einsatzmöglichkeiten in der Landwirtschaft gibt. Befriedigend ist für viele auch der enge Kontakt zu Tieren (wenn Tiere gut und artgerecht gehalten werden), der Naturbezug und die lokale Einbettung – sei es in natürliche Kreisläufe, Gemeinschaft oder Kundschaft. Berufliche und private beziehungsweise soziale Arbeit gehen oft ineinander über. Diese Eigenschaften können die landwirtschaftliche Arbeit als Teilzeit- und Mischarbeit interessant machen, so wie es bereits viele Nebenerwerbslandwirt*innen und auch angestelltes Personal praktizieren.

Für die Postwachstumsgesellschaft, in der es möglicherweise weniger Erwerbsarbeit gibt bzw. Wachstum nicht mehr angestrebt wird, um neue Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen, kann insbesondere die ökologische Landwirtschaft interessante Tätigkeiten – bezahlt oder für die Selbstversorgung – für viele Menschen bieten. Das Potenzial dafür hängt wesentlich von der Anbauweise und den Betriebsstrukturen, den zeitlichen Arbeitseinsatzmöglichkeiten sowie der Einbettung des Betriebs in sein Umfeld ab. Einen Rahmen für eine landwirtschaftliche Arbeit, die die oben genannten (positiven) Charakteristika aufweist, bietet das Konzept der »Agrarkultur«.

Agrarkultur – eine Orientierung für eine öko-soziale Landwirtschaft

Seit den 1980er Jahren formulierten verschiedene Autoren (Glaeser, 1986; Groeneveld, 1986; Priebe, 1990) und Institutionen (besonders Schweisfurth Stiftung, 1988; Schweisfurth et al., 2002) ein Leitbild der Agrarkultur als Gegenkonzept zur industriellen Landwirtschaft. Agrarkultur steht für eine umwelt-, menschen- und tiergerechte Landwirtschaft sowie für gemeinwohlorientierte Ziele des landwirtschaftlichen Betriebes. Agrarkultur ist inzwischen auch ein politischer Begriff, der die traditionelle bäuerliche wie auch die biologische Landwirtschaft bezeichnet. Nach Glaeser steht Agrarkultur für die »Rückgewinnung komplexer kultureller Zusammenhänge und damit ökonomischer, ökologischer und sozialer Vielfalt.« (1986, S. 24) Diese Sicht- und Denkweise sollte zu einer neuen Orientierung des agrarischen und agrarpolitischen Handelns herausfordern. Das Leitbild der Agrarkultur wird mittlerweile von ökologischen Anbauverbänden, der »Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft« und dem »AgrarBündnis« getragen.

Der Begriff der Agrarkultur wurzelt im landwirtschaftlich-bäuerlichen Familienbetrieb mit seiner eigenen Lebens- und Wirtschaftsart, ist aber auch von einem unternehmerischen Selbstverständnis geprägt. Dazu gehören Merkmale wie: Eigenständigkeit, Privateigentum, Selbst- wie Marktversorgung, Langfristigkeit in der Bewirtschaftung, Generationen- und Familientradition, Mehrfachkompetenzen (Ackerbau, Tierhaltung, handwerkliche und kulturelle Kompetenzen) sowie hohe Eigenverantwortung (Gottwald, 2003).

Auch wenn in den vergangenen Jahrzehnten Marktzwänge deutlich zugenommen haben und mehrere Wellen der Strukturveränderung, die immer auch Veränderungen im Arbeiten bedeuten, durch die ländlichen Räume gegangen sind, ist die Grundströmung agrarkulturellen bäuerlichen Bewusstseins in der Landwirtschaft noch spürbar und identitätsstiftend. Dies beruht unter anderem auf Familienbindung, Standortbindung, Naturbezug, Generationenverbindlichkeit, Dauerhaftigkeit und Solidarität und ist eine Grundlage für vielfältige ehrenamtliche Tätigkeiten in ländlichen Räumen (Feuerwehren, Sportvereine, Musikvereine und so weiter; BMEL, 2017).

Landwirtschaftliche Betriebe, die dem Leitbild der Agrarkultur ganz oder teilweise entsprechen, weisen – in unterschiedlichem Ausmaß – Charakteristika auf, die eine Vielfalt von Tätigkeiten ermöglichen:

- Sie decken den gesamten Zyklus der Wertschöpfung von der Bodenbearbeitung bis zum Verkauf verarbeiteter Produkte ab.
- Sie binden als Familienbetriebe oder Produktionsgemeinschaften mehrere Generationen ein.
- Sie sind arbeitsintensiver, um die Funktionsfähigkeit der ökologischen Systeme und biologische Vielfalt zu erhalten
- Sie sind oft multifunktional (Nahrungsmittelerzeugung, Energieerzeugung, Tourismus, Bildung, soziale Integration ...) und verlangen vielfältige Qualifikationen.
- Die Arbeit folgt natürlichen Abläufen und Kreisläufen und den Jahreszeiten.
- In den Betrieben gibt es hauswirtschaftliche, handwerkliche, gärtnerische Aufgaben sowie Pflanzen- und Tierzucht
- Landwirtschaftliche Arbeit, Hausarbeit und Familie können ineinander übergehen und geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen werden teilweise aufgebrochen.

Das agrarkulturelle Leitbild und das öko-soziale Wertgefüge können eine Basis dafür sein, in der Postwachstumsgesellschaft im Bereich der Landwirtschaft zahlreiche neue, vielfältige Arbeitsmöglichkeiten anzubieten, die in Vollzeit, Teilzeit, saisonal, im Nebenerwerb und in Eigenarbeit ausgeübt werden können. Eine solche Landwirtschaft fördert die wirtschaftliche Relokalisierung sowie die Langfristorientierung in den Betrieben und stärkt die soziale Vernetzung.

Um einen solchen Umbau der Landwirtschaft Realität werden zu lassen, braucht es ein gesamtgesellschaftliches Umdenken. Dabei kann die aktuelle gesellschaftliche Sympathie für eine »Neue Ländlichkeit« (Neu, 2016) hilfreich sein, sofern sie nicht idealisiert, sondern einen realistisch-kritischen Blick auf die gegenwärtigen sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme der Landwirtschaft und der ländlichen Räume hat. Hilfreich ist weiter, dass die Öffentlichkeit sich der zahlreichen Umweltprobleme bewusst ist, die durch die konventionelle Landwirtschaft mitverursacht werden. Entsprechend stellt sie Erwartungen an die Landwirtschaft: Gemäß der Umweltbewusstseinsstudie 2018 (BMU & UBA, 2019, S. 42ff.) erachten rund 90 Prozent der Bevölkerung die durch die Landwirtschaft ausgelösten Probleme wie den Rückgang der Artenvielfalt, die Umweltbelastungen durch Pflanzenschutzmittel oder die Belastung der Gewässer und Trinkwasser als ein »sehr großes« oder »eher großes Problem«. Auch die Klimaschäden aufgrund der Nutztier-

haltung werden von 70 Prozent als großes Problem eingeschätzt. 59 Prozent meinen, die wichtigste Aufgabe der Landwirtschaft sei es, Umwelt und Natur zu schützen; 65 Prozent sind der Auffassung, Landwirtschaft müsse vor allem das Wohlergehen der Nutztiere gewährleisten. Mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft ist den Menschen am wichtigsten, dass Umwelt und Klima möglichst wenig belastet werden.

Die deutsche Bevölkerung erwartet offensichtlich mehrheitlich ein Umsteuern in der Landwirtschaft. Dafür gibt es, wie das nächste Kapitel zeigt, sowohl Konzepte im politischen Bereich wie auch praktische Alternativen, die einer Weiterentwicklung der Landwirtschaft für ein agrarkulturelles Tätigsein den Weg zeigen können.

Weiterentwicklungen der Landwirtschaft für ein agrarkulturelles Tätigsein

Rahmenbedingungen

Die europäische Agrarpolitik fokussiert derzeit darauf, Preise zu stützen, und richtet Zahlungen aufgrund von Flächengrößen aus. Auf letzteres beziehen sich auch die umweltbezogenen Zahlungen. So kommt es, dass »immer noch viel zu viel Geld in Flächenprämien [fließt], die der Landwirt ohne größere Gegenleistung bekommt« (Jessel, 2015). In die gleiche Richtung wirken Investitionsförderungen: Sie beschleunigen den Strukturwandel zugunsten großer Betriebe. Dieser Fokus der Agrarpolitik ist ein Grund dafür, dass im Wesentlichen nur ein kleiner Teil der Betriebe, nämlich die großen, von den Agrarzahlingen profitieren. Doch ihre Landbewirtschaftung ist in der Regel nicht nachhaltig und das Leitbild der Agrarkultur liegt ihnen fern.

Um verstärkt Arbeit zum Ausgangspunkt künftiger Agrarförderung zu machen und so eine Orientierung am Leitbild der Agrarkultur zu ermöglichen, sollten Vorschläge umgesetzt werden, die agrarpolitische Direktzahlungen statt an die Fläche (auch) an den notwendigen Arbeitseinsatz knüpfen (Hovorka, 2011; Hoppichler, 2016). Ähnlich fordert die Verbände-Plattform zur GAP (2018, S. 13), »Direktzahlungen für aktive Landwirte und Landwirtinnen zu gewähren, die öffentliche Güter und öffentliche Dienstleistungen bereitstellen« sowie »für einkommenspolitisch motivierte Direktzahlungen [...] eine gerechte und vernünftige Obergrenze für den einzelnen Landwirt oder Landwirtin« festzulegen (Verbände-Plattform zur GAP, 2018, S. 13). Weiter sollten

die EU-Fördermaßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene an ökologische und soziale Kriterien gebunden und somit verstärkt Leistungen der Landwirtschaft für das Gemeinwohl gefördert werden.

Neben Agrarzählungen, die auf die Arbeitskraft ausgerichtet sind und eine ökologische und soziale Landbewirtschaftung fördern, und direkten Zahlungen für ökologische und soziale Leistungen braucht es weitere, kombinierte Maßnahmen, um landwirtschaftliche Arbeit zu fördern, sie attraktiv zu machen und eine Orientierung am Leitbild der Agrarkultur zu begünstigen. Es braucht:

- ordnungspolitische Vorgaben für die Landbewirtschaftung, z.B. Verbote des Eintrags schädlicher Stoffe (Pestizide, Düngemittel) oder Vorgaben, um soziale Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Vor allem aber müssen das bestehende Recht und übergeordnete Prinzipien wie das Vorsorgeprinzip durchgesetzt werden;
- ein Abgabesystem, das sich an den Überlegungen von Köppl und Schratzenstaller (2019) orientiert, das Arbeit entlastet, CO₂-Emissionen und Ressourcenverbrauch verteuert und soziale Ungleichheiten reduziert (dies kommt einer arbeitsintensiven, ökologischen und klein- bis mittelgroßen Landwirtschaft zugute);
- Soziale Infrastrukturen in ländlichen Räumen, die eine gute Lebensqualität sicherstellen und dem gegenwärtigen Abbau der Daseinsvorsorge entgegenwirken. Dies betrifft z.B. die Nahversorgung mit Gütern und Dienstleistungen oder die Mobilität und macht landwirtschaftliche Arbeit und den Erhalt landwirtschaftlicher Betriebe attraktiver. Hier sind vor allem die Regionalpolitiken sowie die finanzielle Ausstattung der lokalen und regionalen Ebene (Finanzausgleich, Steuererhebung) gefordert;
- eine vereinfachte Anerkennung gemeinnütziger Aktivitäten der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft – und insbesondere in der agrarkulturell ausgerichteten – gibt es oft neben dem erwerbswirtschaftlichen auch einen gemeinwirtschaftlichen Bereich (Sozialarbeit, pädagogische Arbeit, Verbraucherberatung, Bildung, Naturschutz etc.). Dieser oder Teile davon können schon heute steuerrechtlich als gemeinnützig anerkannt werden, was allerdings kompliziert ist (Janitzki, 1998, S. 191). Eine einfachere Möglichkeit wäre es, als zivilgesellschaftliche Initiative einen gemeinnützigen Förderverein für einen oder mehrere Höfe zu gründen. Hierüber könnten die nicht erwerbswirtschaftlichen Bereiche gefördert

werden. Vor allem könnten mit Hilfe eines solchen Fördervereins Mittel steuerlich begünstigt eingeworben werden.

Weiterentwicklung in der landwirtschaftlichen Praxis

Die inzwischen jahrzehntelange Diskussion über die negativen Folgen der Agrarpolitik und den konkreten Bedarf nach Auswegen und Problemlösungen hat zahlreiche landwirtschaftliche Methoden, Aktivitäten, Projekte und Organisationsformen hervorgebracht, die ökologische und soziale Ziele verfolgen und in denen anders gearbeitet wird.

Zu nennen sind zunächst landwirtschaftliche Methoden, die in erster Linie ökologische Ziele verfolgen, aber auch die Arbeit verändern. Wie im Unterkapitel »Landwirtschaftliche Arbeit, Produktion und Umwelteinwirkungen« dargestellt, sind solche Methoden oft arbeitsintensiver. Teilweise müssen die Beschäftigten auch deutlich besser qualifiziert sein und über umfangreiches Wissen über ökologische Wechselwirkungen, komplexe Fruchtfolgen oder das Nebeneinander verschiedener Betriebszweige verfügen. Diese Methoden verbreiten sich – teilweise, weil sie agrarpolitisch oder z.B. durch Stiftungen gefördert werden, teilweise, weil eine Nachfrage danach besteht. Insbesondere die zertifizierte ökologische Landwirtschaft wächst weiter, unter anderem dank ihrer guten Organisation in Verbänden und der aufgebauten Marktexpertise. 7,2 Prozent der Agrarfläche in der EU werden ökologisch bewirtschaftet (FiBL & IFOAM, 2019).

Schon seit längerem empfehlen u.a. die landwirtschaftliche Beratung sowie Regionalförderung landwirtschaftlichen Betrieben, sogenannte parallelwirtschaftliche Betriebszweige aufzubauen, also multifunktional zu wirtschaften, und so das Einkommen aufzubessern und zu diversifizieren. Solche Betriebszweige sind etwa die Direktvermarktung, touristische Angebote wie Ferien auf dem Bauernhof oder pflegerische, therapeutische, pädagogische und integrative Dienstleistungen (Schule auf dem Bauernhof, Reitschule, Pflege- und Betreuungsleistungen – auch *care farming* genannt) oder die Energiegewinnung. Die in diesen Betriebszweigen nötigen Tätigkeiten verlangen zum Teil zusätzliche Qualifikationen. Für die Schweiz konnten Chandrapalan et al. (2018) aufzeigen, dass solche Aktivitäten verglichen mit dem durchschnittlichen Stundenlohn in der Landwirtschaft attraktiv sind. Allerdings bedeuten die neuen Betriebszweige oft zusätzlichen Arbeitsdruck, vor allem für die Landwirt*innen.

Kooperationen können die Landwirtschaft stärken und damit möglicherweise auch den Charakter der Arbeit auf und zwischen den Betrieben verändern (Gottwald & Boergen, 2012). Horizontale Kooperation, beispielsweise in Form von landwirtschaftlichen Betriebsgemeinschaften, Einkaufsgemeinschaften oder Erzeugergemeinschaften, sind eine Möglichkeit, sich dem landwirtschaftlichen Strukturwandel anzupassen oder ihm zu entkommen. Sie reduzieren die Arbeitsbelastung und erlauben größere Flexibilität, stärken die gegenseitige Unterstützung und können Risiken teilen.

Vertikale Kooperationen beziehen Verarbeiter*innen und Konsument*innen mit ein. Das Beispiel der solidarischen Landwirtschaft (engl. *community supported agriculture*) zeigt, dass dabei die Arbeit eine neue Gestalt annimmt: Hier sind die landwirtschaftlichen Produzent*innen partnerschaftlich mit den Verbraucher*innen verbunden. Die Produktion orientiert sich an ihren Wünschen, sodass die Vielfalt der Erzeugnisse in der Regel zunimmt. Die Verbraucher*innen teilen solidarisch das Produktionsrisiko und erhalten dafür einen Anteil der Ernte. Sie erhalten Einblick in den Betrieb, bestimmen teilweise im Betrieb mit (vor allem, wenn es sich um Genossenschaften handelt) und sie arbeiten mit – freiwillig, in manchen Arrangements auch obligatorisch (Siegenthaler, 2016). In der Schweiz wirtschaftet die Genossenschaft »Les jardins de Cocagne« seit 1978 nach diesen Prinzipien, in Deutschland ist es der »Buschberghof« in Schleswig-Holstein seit 1988. Vor allem seit der Jahrtausendwende breitet sich diese Form der Produzent*innen-Konsument*innen-Solidarität in Europa und weltweit aus.

Eine perspektivische Erweiterung läge in der direkten Zusammenarbeit städtischer Nachbarschaften mit ihrer »Landbasis«, das heißt mit Landwirtschaftsbetrieben in der Region, die einen Großteil der Grundversorgung – ökologisch und regional erzeugt – liefern könnte. Mitarbeit der Nachbarschaften, regionale Verarbeitung und Depots sowie Nachbarschaftsküchen sind weitere Elemente der Lebensmittelversorgung der »Anderen Stadt« (Eichenberger, 2017).

Ab den 1950er Jahren ist viel landwirtschaftliche Arbeitskraft in den Industrie- und Dienstleistungssektor abgewandert und hat deren Wachstum ermöglicht (Reuter, 2010). Nachdem diese Sektoren nun aber kaum mehr wachsen und durch technischen Fortschritt weniger Arbeitskräfte brauchen, ist es eine nahe liegende Option, den Landwirtschaftssektor neu auszurichten und attraktiv zu machen für ein vielfältiges und sinnvolles Tätigsein.

Dieser Beitrag wurde in gekürzter Form entnommen aus: Seidl, I. & Zahrnt, A. (Hg.) (2019). *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft (161-174)*. Marburg: Metropolis-Verlag.

Literatur

- AgrarBündnis (2010). Nebenerwerb hat Zukunft. Gegenwart und Potenziale einer unterschätzten Betriebs- und Lebensform. In AgrarBündnis (Hg.), *Der kritische Agrarbericht 2010* (51-56). Konstanz/Hamm.
- AgrarBündnis (2013). Wandel und Zukunft der Arbeit in der Landwirtschaft. Ein Thesenpapier, https://www.agrarbuendnis.de/fileadmin/Daten-KAB/AB-Aktuelles/AB_T_ArbeitThesen_2013-11-19.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Beste, A. (2016). Der Boden, von dem wir leben – Zum Zustand der Böden in Europas Landwirtschaft. In AgrarBündnis (Hg.), *Der Kritische Agrarbericht 2016* (74-79). Konstanz/Hamm.
- BfN: Bundesamt für Naturschutz (2017). *Agrar-Report 2017. Biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft*, https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/landwirtschaft/Dokumente/BfN-Agrar-Report_2017.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Binswanger, H.C., Geissberger, W. & Ginsburg, T. (1979). *Der NAWU-Report: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- BMEL: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2017). *Daten und Fakten. Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft mit Fischerei und Wein- und Gartenbau*, https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Daten-und-Fakten-Landwirtschaft.pdf;jsessionid=4EE74C9DAOBB2B6462CF1BF4BD60D182.live832?__blob=publicationFile&v=8 (zuletzt abgerufen am 07.09.2021).
- BMU: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit & UBA: Umweltbundesamt (Hg.) (2019). *Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage*, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/ubs2018_-_m_3_3_basisdatenbroschuere_barrierefrei-02_cps_bf.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Chandrapalan, R., Zorn, A. & Lips, M. (2018). Wirtschaftlichkeit paralandwirtschaftlicher Betriebszweige. *Agrarforschung Schweiz*, 9(11-12), 384-391.

- Eichenberger, U. (2017). Vom Acker auf den Teller. Die andere Nahrungsmittelversorgung. In H. Widmer (Hg.), *Die Andere Stadt*. Zürich: Paranoia City Verlag.
- euostat (2015). *Landwirtschaftlich genutzte Fläche in der EU von 2003 bis 2013 konstant, doch Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sank um mehr als ein Viertel*, veröffentlicht am 26. November 2015, <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7089771/5-26112015-AP-DE.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- FiBL & IFOAM (2019). *The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2019*, http://ciaorganico.net/documypublic/486_2020-organic-world-2019.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Glaeser, B. (1986). *Die Krise der Landwirtschaft: zur Renaissance von Agrarkulturen*. Frankfurt Main: Campus.
- Gottwald, F.-Th. & Boergen, I. (2012). Ein neues Miteinander. Erfolgsprinzipien für gute Kooperationen in und mit der Landwirtschaft. In AgrarBündnis (Hg.), *Der kritische Agrarbericht 2012* (255-260). Konstanz/Hamm: ABL Verlag.
- Gottwald, F.-Th. (2003). Der Bauer als Unternehmer. Perspektiven agrarkulturellen Wirtschaftens auf und mit dem Lande. In: AgrarBündnis (Hg.), *Der Kritische Agrarbericht 2003* (270-276). Rheda-Wiedenbrück/Hamm: ABL Verlag.
- Groeneveld, S. (1986). Agrarkulturen statt Landwirtschaft: Entwurf einer Perspektive. In B. Glaeser (Hg.), *Die Krise der Landwirtschaft. Zur Renaissance von Agrarkulturen* (165-186). Frankfurt a.M., New York: Campus-Verlag.
- Heinrich-Böll-Stiftung, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland & Le Monde Diplomatique (2019). *AGRAR-ATLAS. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft*, Berlin.
- Hoppichler, J. (2016). Bäuerliche Ökonomie. Wiederentdeckung eines Erfolgsmodells. In AgrarBündnis (Hg.), *Der Kritische Agrarbericht 2016* (283-289). Konstanz/Hamm: ABL Verlag.
- Hovorka, G. (2011). Die Reform der Agrarpolitik der EU aus Sicht der Berggebiete. *Ländlicher Raum. Online-Fachzeitschrift des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft*, 2011(1).
- IPPC (2014). Agriculture, Forestry and Other Land Use (AFOLU). In *Climate Change 2014* (Hg.), *Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* (Kapitel 11). Cambridge and New York: Cambridge University Press,

- Janitzki, A. (1998). Ist Landwirtschaft gemeinnützig? In A. M. Klein (Hg.), *Der kritische Agrarbericht 1998*, Rheda-Wiedenbrück: Abl Bauernblatt Verlags-GmbH.
- Jessel, B. (2015). »Der Feind heißt Agrarsubvention« – BfN-Chefin über Artensterben, taz, veröffentlicht am 22. Mai 2015, <https://taz.de/BfN-Chefin-ueber-Artensterben!/5200352/> (zuletzt abgerufen am 07.09.2021).
- Köpl, A. & Schratzenstaller, M. (2019). Ein Abgabensystem, das (Erwerbs-)Arbeit fördert. In I. Seidl & A. Zahrt (Hg.), *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft* (207-225). Marburg: Metropolis.
- Neu, C. (2016). Neue Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung. *Politik und Zeitgeschichte*, 46-47, 4-9.
- Parent-Thirion, A. Fernández-Macías, E., Hurley, J. & Vermeulen, G. (2007). *Fourth European Working Conditions Survey: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions*, https://www.eurofound.europa.eu/sites/default/files/ef_publication/field_ef_document/ef0698en.pdf (zuletzt abgerufen am 07.09.2021).
- Priebe, H. (1990): *Die subventionierte Naturzerstörung. Plädoyer für eine neue Agrarkultur*. München: Goldmann.
- Reissig, L. (2017). Häufigkeit von Burnouts in der Schweizer Landwirtschaft. *Agrarforschung Schweiz*, 8(10), 402-409.
- Reuter, N. (2010). Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung. In I. Seidl, A. Zahrt (Hg.), *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft* (85-102). Marburg: metropolis.
- Rosa-Schleich, J., Loos, J., Mußhoff, O. & Tscharntke, T. (2019). Ecological-economic trade-offs of Diversified Farming Systems – A review. *Ecological Economics*, 160, 251-263.
- Schweisfurth, K.L., Gottwald, F.-Th. & Dierkes, M. (2002). *Wege zu einer nachhaltigen Agrar- und Ernährungskultur. Leitbild für eine zukunftsfähige Lebensmittelerzeugung, -verarbeitung und -vermarktung*. München: o.V.
- Schweisfurth-Stiftung (1988). *Jahresbericht*. München: o.V.
- Siegenthaler, T. (2016). Modelle der solidarischen Landwirtschaft: eine Übersicht. Kultur und Politik. *Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge*, 1, 18-19.
- Stodieck, F. (2018). Entwicklung und Trends 2017 – Ein »Weiter so« ist keine Option – jetzt wird sondiert. In AgrarBündnis (Hg.), *Der Kritische Agrarbericht 2018* (21-33). Hamm: ABL Verlag.
- Verbände-Plattform zur GAP (2018). Die EU-Agrarpolitik muss gesellschaftlichen Mehrwert bringen. Für Umwelt, biologische Vielfalt, Tierschutz und

wirtschaftliche Perspektiven für bäuerliche Betriebe und ländliche Gemeinschaften, https://www.abl-ev.de/uploads/media/Plattform-Verb%C3%A4nde_2018-03_Stellungn_zur_KOM-Mitteilung.pdf (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).

Wochenblatt (2017): Burnout: Bauern in der Krise, veröffentlicht am 10. November 2017, <https://www.wochenblatt.com/landwirtschaft/nachrichten/burnout-bauern-in-der-krise-8875154.html> (zuletzt abgerufen am 07.09.2021).

Postwachstumsökonomie

Lebensqualität durch Selbstbegrenzung

Niko Paech

Bisher sind sämtliche Anläufe einer ökologischen Modernisierung grandios gescheitert, sofern sie ein »grünes« Wachstum und somit die Vermeidung von Anspruchsmäßigungen versprochen. Der Versuch, die auf einer zunehmenden Entgrenzung materieller Freiheit beruhenden Konsumkulturen durch technische Vorkehrungen von ökologischen Schäden abzukoppeln – beispielsweise durch Windstrom, Elektromobilität oder Passivhäuser –, hat zuweilen sogar das Gegenteil bewirkt. Vor dem Trümmerhaufen dieser geplatzten Fortschrittsverheißungen formieren sich innerhalb der Nachhaltigkeitsforschung wachstumsskeptische Positionen. Sie firmieren unter Bezeichnungen wie »Degrowth« (D'Alisa et al., 2016), »Steady State« (Daly, 1977), »Décroissance« (Latouche, 2006), »Decrescita« (Pallante, 2005) oder »Postwachstumsökonomie« (Paech, 2012). Der vorliegende Beitrag behandelt die Postwachstumsökonomie und insbesondere das darin enthaltene Konzept der Suffizienz als Form der kreativen Selbstbegrenzung.

Zeitökonomische Grenzen

Der expansive Charakter moderner Freiheitsauslegungen wird der sich wandelnden Realität nicht mehr gerecht. Frühe Phasen der Moderne waren nicht nur von materieller Knappheit, sondern einer noch nicht ausgeschöpften menschlichen Aufnahmekapazität für zusätzliche Optionen konsumtiver Selbststeigerung geprägt. Dieses Zweigestirn aus Haben-Wollen und mental Verarbeiten-Können war der Motor einer Ausdehnungsbewegung, die mit Freiheitsgewinnen gleichgesetzt werden konnte. Inzwischen zeichnet sich ein Stadium der kaum mehr zu bewältigenden Überladung ab. Alle Dimensionen menschlicher Existenz scheinen bis in die letzten Nischen

des Alltags okkupert und vollgepfropft – die Ökosphäre, die Landschaft, die Städte, die Häuser, die Terminkalender, die Freizeit, die Mobilität, die Bildung, die Vorsorge, das Portfolio beruflicher Entfaltung, die digitalen Kommunikationskanäle inklusive sozialer Netze. Alles ist verbunden, an jedem Ort verfügbar und zu jeder Zeit günstig erhältlich. Das moderne Leben ist so komfortabel – und zugleich so schwer. Es sind zwei sich gegenseitig verstärkende Mechanismen, die das Glücksversprechen von unbeschränkter Möglichkeitsvermehrung konterkarieren: Erstens macht sich Erschöpfung breit, weil moderne Konsument*innen sich dazu angehalten fühlen, alle möglichen Ereignisse und Optionen auszuschöpfen. Das Leben wird zu dicht, zu voll, zu groß für die Einzelnen. Diese »Dichte« trifft zweitens auf grassierende »Inhaltsleere«, weil einzelne Optionen nur noch flüchtig getriggert, aber nicht mehr zu Ende gebracht werden können. Überfluss und Vielfalt führen zu einem Zustand der unerträglichen »Leichtigkeit – zutreffender: Seichtigkeit – des Seins«. Damit Konsumaktivitäten überhaupt nutzenstiftend sind, muss ihnen ein Minimum an Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Tag hat aber nach wie vor nur 24 Stunden. Es ist also unmöglich, das komplette Angebot an Optionen zu bewältigen. Viele Menschen erleben daher eine Verknappung der Ressource Zeit, die einer zunehmenden Verwendungskonkurrenz unterliegt, wenn sie sich auf eine immer größere Anzahl von Konsumobjekten verteilt (Paech, 2010).

Wenn immer mehr Handlungsoptionen, Informationsverarbeitungen und Entscheidungsbedarfe auf ein nicht vermehrbares Potenzial an Aufmerksamkeit treffen, nimmt zwar der Konsumwohlstand rechnerisch zu, aber seine positive Wirkung kann sich umkehren. An die Stelle lustvoller Ausschöpfung tritt das Prinzip der buchstäblich oberflächlichen Aneignung: das Scannen und Surfen auf einem Ozean der Möglichkeiten. Für einen Tauchgang fehlen die Zeit und die Aufmerksamkeit. Kontemplation oder Verweilen? Fehlanzeige! Der Drang, möglichst viel mitzunehmen, verlangt eine entsprechend hohe Geschwindigkeit, mit der sofort zum nächsten Ereignis davongeeilt wird. Folglich gerät die Balance von horizontaler Vorwärtsbewegung und vertikaler Vertiefung aus den Fugen. Wenn Konsum zum flüchtigen Überkonsum degeneriert, verfehlt er seinen Zweck.

Suffizienz als zeitökonomische Rationalität

Die im Folgenden skizzierte zeitökonomische Theorie der Suffizienz gründet auf einem simplen Sachverhalt: Damit Konsumaktivitäten überhaupt Nutzen stiften können, muss ihnen ein Minimum an Zeit gewidmet werden. Die Überladung mit Produkten, Services und Events erreicht eine kritische Grenze, wenn die verfügbare Zeit pro Aktivität unter ein bestimmtes Minimum fällt. Daraus ergibt sich eine Schlussfolgerung: Zeitknappheit steht einer hohen Lebensqualität entgegen. Somit bildet die Aufteilung des individuell verfügbaren Zeitbudgets ein unvermeidbares Entscheidungsproblem. Relevant ist dabei die individuelle Zeitrestriktion, da für konsumtive Zwecke nur der Anteil von Zeit übrigbleibt, der nicht von (1) Einkommenserwerb, (2) Einbezogenheit in die Produktion oder Nutzung marktfreier Güter und (3) Intimsphäre (Schlafen, Essen, Körperpflege etc.) aufgezehrt wird. Weiterhin lässt sich das knappe Zeitbudget in fixe und variable Konsumzeit unterteilen (Paech, 2010): Die »fixe Konsumzeit« entspricht jenem Zeiteintrag, der für die Informationsbeschaffung (zwecks Auswahl und Vergleich verschiedener Angebote), die Kaufentscheidung und Abwicklung des Kaufs oder gegebenenfalls für die Installation und Einarbeitung in die Bedienung notwendig ist. Demgegenüber erstreckt sich der »variable Zeiteintrag« auf die eigentliche Verwendung oder den Gebrauch, also jene Phase, die überhaupt erst eine Nutzensteigerung generiert. Mit anderen Worten: Die Wirkung des Konsums tritt nicht von selbst ein, sondern bedarf stets einer Vorbereitung, die nie ohne Zeiteintrag zu haben ist, aber noch nicht zur Steigerung des Nutzens selbst führt.

Zunehmender Variantenreichtum, verbunden mit räumlich und zeitlich entgrenzten Beschaffungsmöglichkeiten steigern den Bedarf an fixer Konsumzeit. Auch diverse Kommunikationskanäle verbrauchen Zeit, weil sie das konsumierende Subjekt ständig mit neuen Informationen über käufliche Selbstentfaltungsmöglichkeiten konfrontieren. Wenn alle Zeitressourcen belegt sind, muss die fixe Zeit für eine weitere Konsumaktivität von der variablen Zeit einer anderen Konsumaktivität abgezogen werden, die damit entwertet wird. Dadurch kann das Nutzenniveau insgesamt sinken.

Um ein möglichst hohes Niveau an Wohlbefinden zu erreichen, ist die Konzentration auf ein begrenztes Spektrum von Konsumaktivitäten erforderlich. Es müsste also darum gehen, einfachere Versorgungsmuster zu etablieren, damit für jede Konsumhandlung genug nutzenstiftende Zeit verfügbar ist. Wer sich des ausufernden Konsum- und Mobilitätsballastes entledigt, ver-

zichtet also nicht auf Lebensqualität, sondern optimiert letztlich den zeitabhängigen Nutzen. Dies führt im Übrigen zu mehr Unabhängigkeit vom volatilen Marktgeschehen, von Ressourcen, Geld und Erwerbsarbeit. Suffizienz bedeutet daher auch Angstfreiheit, denn wer weniger benötigt, ist auch weniger verletzlich (Folkers & Paech, 2020).

Konturen einer Postwachstumsökonomie

Nur durch den Rückbau des Industriemodells zu einer Postwachstumsökonomie können sozial stabile und global faire Versorgungsstrukturen entstehen, die innerhalb ökologischer Belastungsgrenzen auf andere Kontinente übertragbar sind. Demnach müsste jede/r Erdbewohner*in seine/ihre Bedürfnisse im Rahmen eines individuellen CO₂-Kontingentes von ungefähr einer Tonne befriedigen können, sonst ist das 1,5-Grad-Klimaschutzziel bei 7,7 Milliarden Menschen nicht zu erreichen. Eingedenk des Versagens aller technologischen und auf »grünem« Wachstum basierenden Entwicklungsszenarien verbleibt als Option lediglich ein – gemessen an den derzeitigen europäischen Verhältnissen – drastisch verkleinertes Industriesystem, erweitert um eine Regional- und eine Subsistenzökonomie. Wenn nach einem Rückbau der kommerziellen Ökonomie (auf die Hälfte der momentanen Größe) für jede erwachsene Person eine 20-Stunden-Beschäftigung verfügbar wäre, ließe sich damit immer noch eine sparsame Konsumausstattung finanzieren. Und die nun freigestellten 20 Stunden könnten Spielräume für handwerkliche Ergänzungsleistungen und kooperative Formen der Selbstversorgung eröffnen:

- Nutzungsintensivierung durch Gemeinschaftsnutzung: Wer Gebrauchsgegenstände mit anderen Personen teilt, trägt dazu bei, industrielle Herstellung durch soziale Beziehungen zu ersetzen. Eine doppelte Nutzung bedeutet halbierten Bedarf. Verschenkmärkte, Tauschbörsen, -ringe und -partys sind weitere Elemente.
- Nutzungsdauerverlängerung: Wer durch handwerkliche Fähigkeiten oder manuelles Improvisationsgeschick die Nutzungsdauer von Konsumobjekten erhöht – zuweilen reicht schon die achtsame Behandlung, um frühen Verschleiß zu vermeiden –, substituiert materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen, ohne auf Konsumfunktionen zu verzichten. Wo es gelingt, die Nutzungsdauer durch Instandhaltung, Reparatur, Umbau oder Ähnliches durchschnittlich zu verdoppeln, könnte die Produkti-

on neuer Objekte entsprechend halbiert werden. Offene Werkstätten, Repaircafés und Netzwerke dienen dann dem nötigen Leistungs- und Erfahrungsaustausch (z.B. <https://www.ifixit.com>) und würden dazu beitragen, ein modernes Leben mit weniger Geld und Produktion zu ermöglichen.

- Eigenproduktion: Im Nahrungsmittelbereich erweisen sich Hausgärten, Dachgärten, Gemeinschaftsgärten und andere Formen der urbanen Landwirtschaft als Möglichkeit einer partiellen De-Industrialisierung. Künstlerische und handwerkliche Betätigungen reichen von der kreativen Wiederverwertung ausrangierter Gegenstände (z.B. zwei kaputte Computer ausschachten, um daraus ein funktionsfähiges Gerät zu bauen) über selbstgefertigte Holz- oder Metallobjekte bis zur semi-professionellen Marke Eigenbau.

Moderne Subsistenz bedeutet Autonomie. Menschen machen sich durch subkulturelle Taktiken unabhängig(er) von Geld- und Industrierversorgung. Das Rezept ist denkbar einfach: Industriegüter werden durch eigene Produktion ersetzt oder durch selbsttätige und kooperative Subsistenzleistungen »gestreckt«, um das Potenzial der Bedürfnisbefriedigung einer bestimmten Produktionsmenge zu vervielfachen. Dazu sind drei Ressourcen nötig: 1) handwerkliches Improvisationsgeschick, künstlerische und substanzuelle Kompetenzen, 2) eigene Zeitressourcen, denn manuelle Verrichtungen, die energie- und kapitalintensive Industrieproduktion ersetzen, sind entsprechend arbeitsintensiv, und 3) soziale Netze, damit sich verschiedene Neigungen und Talente synergetisch ergänzen können.

Als Ergänzung zu einer zurückgebauten Industrie und den beschriebenen Subsistenzpraktiken kommt der Regionalökonomie die Rolle zu, durch professionelle Arbeit – jedoch weitaus weniger technisiert, spezialisiert und globalisiert – jene verbleibenden Versorgungsbereiche auszufüllen, die einerseits aus ökologischen Gründen nicht in der Industrie verbleiben sollen, andererseits den Subsistenzbereich überfordern würden. Eine derart multiple Versorgung steigert die Krisenresistenz und mindert den Wachstumsdruck, weil monetäres durch soziales Kapital ersetzt wird.

Ein konkreter Umsetzungsschritt: Ressourcenzentren

Der deutlich reduzierte Industrieoutput einer Postwachstumsökonomie würde dazu dienen, einen durchschnittlich nicht wachsenden Bestand an mate-

riellen Objekten zu erhalten. Die produzierte Menge dient dann nur noch dem durchschnittlichen Bestandserhalt. Es würde also nur nachproduziert, was nach Ausschöpfung aller Nutzungsdauerverlängernden Maßnahmen ersetzt werden muss. Dies führt nicht zum befürchteten Entwicklungs- oder Innovationsstopp. Schließlich könnte auch die verringerte Produktionsmenge mit zwischenzeitlich verbesserten Designs hergestellt werden. Der Gütervorrat der Gesellschaft wird somit behutsam optimiert oder »veredelt«. Dieses Programm der Wachstumsvermeidung umfasst diverse sich ergänzende Maßnahmen, von denen im Folgenden nur eine skizziert werden soll, weil sie vergleichsweise voraussetzungslos ist: das Ressourcenzentrum.

Ein kommunales Ressourcenzentrum ist ein offenes Reallabor für postwachstumstaugliche Versorgungspraktiken und Lebensführungen. Umgesetzt werden könnte ein solches Zentrum in einer brachgefallenen Immobilie. Dort könnten Arbeitsstationen für Handwerker*innen eingerichtet werden, deren professionelle Reparaturdienste das Angebot von selbsttätigen Einzelpersonen oder Repaircafés ergänzen. Der ansässige Abfallwirtschaftsbetrieb könnte defekte, aber noch reparatur- oder aufarbeitungsfähige Güter an speziellen Abgabestellen sammeln und sie dem Ressourcenzentrum zur Verfügung stellen. Nachdem die Güter aufgearbeitet sind, können sie anschließend vermarktet oder auf einem integrierten Verschenkenmarkt weitergegeben werden.

Das Ressourcenzentrum könnte außerdem ein zentrales Ersatzteildepot beherbergen, in dem alle noch funktionsfähigen Teile oder demontierten Objekte eingelagert werden können. Mittels einer solchen »Bibliothek der Dinge« gelänge es, auch ältere und komplexere Gegenstände zu erhalten. So könnten in einem Produktionslabor mit 3-D-Fräsen, 3-D-Druckern und anderem Equipment eigenständig designte, langlebige und reparable Produkte in Einzelfertigung hergestellt werden. Dabei könnten die späteren Nutzer*innen in den Entstehungsprozess eingebunden werden, sodass sie eine Beziehung zu den individualisierten Objekten aufbauen und motiviert sind, sich für deren Erhalt einzusetzen. Die Reparaturdienstleistungen könnten nicht nur zu marktüblichen Preisen angeboten, sondern auch im Auftrag lokaler Einzelhändler*innen ausgeführt werden, die sich über eine jährliche Umlagefinanzierung – analog zum Prinzip der Solidarischen Landwirtschaft – beteiligen. So würden lokale Geschäfte eine höhere Kundenbindung erzielen, indem sie einen Service offerieren, den sie mangels entsprechender Kompetenzen und Ressourcen selbst nicht anbieten können. Verbraucher*innen könnten zudem Reparaturgutscheine oder -coupons erwerben

oder Abonnements abschließen, beispielsweise für Reparaturleistungen oder die Teilnahme an Weiterbildungs- oder Reparaturkursen.

Zudem böte sich das Zentrum als Verleihstation für Werkzeuge, Lastenfahräder, Gartengeräte und andere Gebrauchsgegenstände an. Es könnte als Verteiler für Foodsharing-Initiativen und die Solidarische Landwirtschaft fungieren. Einzurichten wäre auch ein gastronomischer Bereich. Die Arbeitsstationen und Werkstätten könnten so angeordnet sein, dass die beanspruchte Fläche ebenfalls für Konzerte, Theateraufführungen, Vorträge, Informationsveranstaltungen, Schulunterricht, Partys und andere Events nutzbar wird.

Anzustreben wäre eine offene Atmosphäre, die auch Personen ohne konkreten Reparaturbedarf oder sonstigen Nachhaltigkeitsbezug zum Verweilen, Lernen oder Besuch von Veranstaltungen veranlasst. Vor allem sollte ein Ressourcenzentrum aber als Lernort fungieren. Kinder und Erwachsene könnten hier in Kursen, Reparaturworkshops oder Weiterbildungsmodulen mit Selbstversorgungskompetenzen ausgestattet werden.

Ausblick

Die Wiedererlangung ökologischer Überlebensfähigkeit ist kein Unterfangen des zusätzlichen Bewirkens, sondern der kreativen Unterlassung und Reduktion. Genau deshalb ist die Transformation menschlicher Zivilisationen voraussetzungslos: Sie kostet nichts, bedarf keiner Gesetze, keiner komplexen Planungen, keines akademischen Expertenwissens und keiner Akzeptanz durch politische Mehrheiten. Stattdessen ist sie dezentral und lässt sich kleinschrittig beginnen.

Literatur

- D'Alisa, G., Demaria, F., Kallis, G. (2016). *Das Degrowth-Handbuch*, München: oekom.
- Daly, H. E. (1977). *Steady-State Economics*, Washington: Island Press.
- Folkers, M., Paech, N. (2020). *All You Need Is Less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht*, München: oekom.
- Latouche, S. (2006). *Le pari de la décroissance*, Paris: FAYARD.

- Paech, N. (2010). Nach dem Wachstumsrausch: Eine zeitökonomische Theorie der Suffizienz. *Zeitschrift für Sozialökonomie*, 47(166-167), 33-40.
- Paech, N. (2012). *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: oekom.
- Pallante, M. (2005). *La decrescita felice. La qualità della vita non dipende dal PIL*, Rom: Editori riuniti.

IV. Zukunftsdiskurs

»Consumers for Future«

»Consumers for Future«

Relevanz, Reflexionen, Impulse

Lydia Heilen und Christiane Meyer

In diesem Beitrag wird zunächst die Relevanz des Themenfeldes »Consumers for Future« dargelegt, bevor Reflexionen zur Podiumsdiskussion erfolgen, die am 6. Mai 2021 digital stattfand¹. Abschließend werden im Sinne eines Ausblicks zentrale Impulse, die sich aus der Relevanz und den Reflexionen ergeben, abgeleitet.

Relevanz

»Konsum bildet das zentrale Heiligtum der Moderne« (Paech, 2020, S. 132). Mit Konsum ist eine Vorstellung von Freiheit »für« etwas verbunden, die »als individuelle Lebensverbesserung verstanden wird« (ebd., S. 133). Diese Freiheit bezieht sich z.B. auf das Reisen, die Mobilität, die materielle Versorgung zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, aber auch auf Luxus z.B. in Form von Zweitwagen (als Cabrio) oder Interkontinentalflügen. Dies wird mit Wohlstand gleichgesetzt. Da zahlreiche Konsumgüter und Mobilitätsformen (wie u. a. sogenannte Billigflüge) mittlerweile vom Preis her für zahlreiche Menschen erschwinglich sind, hat der Konsum dieser erheblich zugenommen – entsprechend auch die Produktion bzw. die Nutzungsmöglichkeiten für eine große Masse an Konsumierenden.

Die Grenzen des Massenkonsums

Das »Zeitalter des Massenkonsums« und damit der Massenproduktion führt jedoch zu erheblichen Problemen in Bezug auf die Umsetzung der Sustainable

¹ Siehe die Website: <https://www.idn.uni-hannover.de/zukunftsdiskurse>.

Development Goals (SDGs) und damit einer nachhaltigen Entwicklung. Bereits 2002 wurde auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg der Konsum als das Hauptproblem der Länder des Globalen Nordens benannt, das fokussiert werden sollte (Dubuisson-Quellier, 2010). Seinen Anfang nahm das Phänomen des immer steigenden Konsums in Deutschland in den 1950er Jahren. Ein lebensgestaltender Konsum wurde durch die steigende Kaufkraft einer breiten Masse von Menschen zugänglich und löste damit den bis dahin vorherrschenden lebenserhaltenden Konsum ab (Ermann et al., 2020).

Durch das stetige Wirtschaftswachstum ergaben sich höhere finanzielle und zeitliche Ressourcen, die die Konsumgewohnheiten veränderten und zu einem höheren Konsum führten. Gleichzeitig stieg durch die größere Nachfrage auch die Produktion, während parallel das Angebot immer weiter ausdifferenziert wurde (ebd.). Von Unternehmen wurde die Nachfrage durch die Schaffung neuer Bedürfnisse, Produkte und Trends zusätzlich weiter angekurbelt (Seidl & Zahrnt, 2012). So führte der steigende Konsum wiederum zu einem höheren Wirtschaftswachstum (ebd.). Somit ist zu schlussfolgern: »Eine Abkehr vom Paradigma des Wirtschaftswachstums bedingt eine Änderung der modernen Konsumgesellschaft« (Seidl & Zahrnt, 2010, S. 19). Folgende Kennzeichen werden für eine Gesellschaft herausgestellt, die ohne Wirtschaftswachstum auskommt und daher als »Postwachstumsgesellschaft« bezeichnet wird (vgl. auch den Beitrag von Eberth & Meyer in diesem Band):

- »1. Es findet keine Politik zur Erhöhung des Wirtschaftswachstums statt; 2. Wachstumsabhängige und -treibende Bereiche, Institutionen und Strukturen werden umgebaut, sodass sie von Wirtschaftswachstum unabhängig sind; 3. Energie- und Ressourcenverbrauch werden auf ein nachhaltiges Niveau reduziert und der Verlust der Biodiversität gestoppt« (Seidl & Zahrnt, 2019, S. 10).

Noch bis heute ist jedoch ein stetig steigender Konsum in Deutschland zu beobachten. Allein zwischen 1992 und 2019 stiegen beispielsweise die durchschnittlichen Konsumausgaben jährlich im Mittel um 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (Statista, 2021a). Wurden 1992 noch 867 Milliarden Euro ausgegeben, waren es 2019 bereits über 1775 Milliarden Euro (Statista, 2021b). Lediglich 2020 brach der Konsum um 5,4 Prozent ein (Statista, 2021a), dieses lässt sich jedoch auf die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Beschränkungen zurückführen. Dieses stetige Mehr an Konsum führt zur immer weiter voranschreitenden Übernutzung der vorhandenen Ressourcen,

während die gleichzeitige maximale Gewinnorientierung von Unternehmen und die Globalisierung der Produktion zu prekären Arbeitsbedingungen vor allem im Globalen Süden führen. Grundsätzlich ist vor diesem Hintergrund bewusstzumachen:

»Konsumieren heißt, sich Werte und Leistungen anzueignen, deren Herkunft und Ursprung außerhalb der eigenen Leistungsfähigkeit liegen. Konsum beruht darauf, dass die Entstehung und die Inanspruchnahme von Dingen zwei getrennte Sphären sind« (Paech, 2020, S. 133).

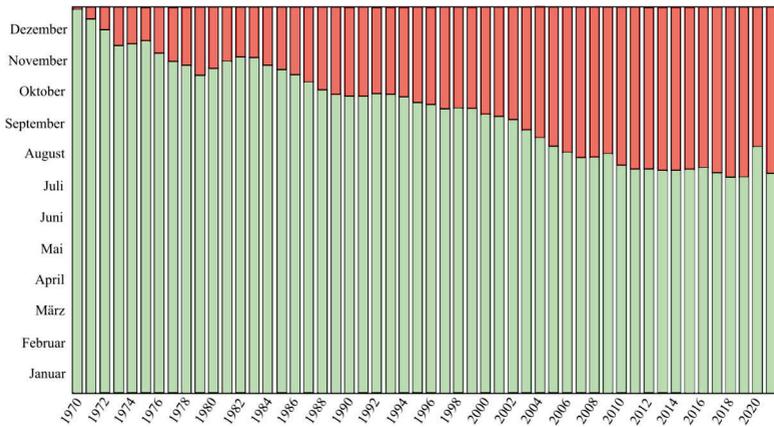
Diese Abkoppelung des Konsums von der eigenen physischen Leistung hat zur Folge, dass ein begrenzendes Regulativ fehlt (ebd.). Es wird somit nicht mehr wahrgenommen, welche Folgen der Entstehungsprozess mit sich bringt, zumal sich dieser nicht im Preis niederschlägt.

Ein Indikator für den steigenden Verbrauch natürlicher Ressourcen ist der Erdüberlastungstag, der den Tag angibt, an dem die jährlichen natürlichen Ressourcen, die zur Verfügung stehen, verbraucht sind (Earth Overshoot Day, 2021). Das Datum dieses Tages rückt seit Jahren immer weiter nach vorne (auch hier mit Ausnahme des Corona-Jahres 2020; vgl. Abb. 1). Im Jahr 2021 waren so bereits am 29. Juli die natürlichen Ressourcen verbraucht. Angesichts des stetig steigenden Verbrauchs plädiert auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller für einen neuen globalen Standard für Nachhaltigkeit: »Wir brauchen ein entschiedenes Umdenken bei unserem Konsum. Immer mehr, immer billiger ist ein Auslaufmodell« (Tagesschau, 2021).

Das enorme Veränderungspotenzial durch ein neues Konsumdenken wird deutlich, wenn man die Auswirkungen des privaten Konsums in Deutschland betrachtet: ein Viertel der deutschen CO₂-Emissionen sind auf den privaten Konsum zurückzuführen, wobei die entstehenden Emissionen in den Produktionsländern nicht einmal mit eingerechnet sind (BMU, 2021a²). Es ist somit wichtig, am Konsum und der Produktion von Gütern anzusetzen, um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Bisherige Konsummuster müssen aufgebrochen und verändert werden. Zudem muss die Produktionsweise von Gütern nachhaltiger gestalten werden. Diese Priorisierung auf nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion wird ebenfalls in den SDGs deutlich, in dem ihr ein eigenes Ziel, das SDG 12, gewidmet wurde.

2 Die durchschnittlichen Pro-Kopf-CO₂-Emissionen in Deutschland betragen 8,5 Tonnen (BMU, 2021b, S. 15, Bezugsjahr 2019), in Indien liegt der Wert bei 1,9 Tonnen, in den USA und Kanada bei 15,6 Tonnen.

Abbildung 1: Erdüberlastungstage von 1970 bis 2021



Quelle: Global Footprint Network (2021).

Suffizienz für nachhaltigen »Konsum«

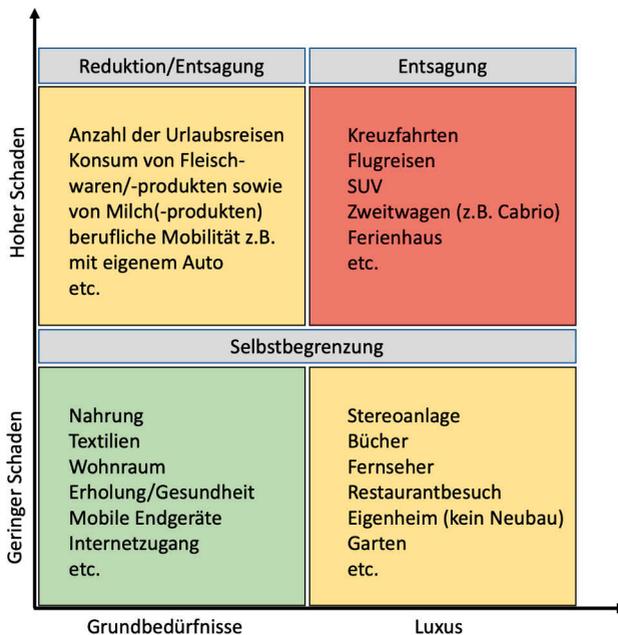
Für einen nachhaltigen Konsum wird die Suffizienz betont, die »als Reduktions-, Begrenzungs- und Verneinungsprinzip verstanden wird« (Paech, 2020, S. 142). Letztlich steht sie als »Kunst der Unterlassung« für den »Nichtkonsum« (ebd.). Die drei Suffizienzlogiken können wie folgt konkretisiert werden (ebd., S. 143, S. 183; vgl. Abb. 2):

1. *Selbstbegrenzung eines erreichten Versorgungsniveaus*: Diese kann sich z.B. auf die Grundbedürfnisse beziehen, wie die Größe des Wohnraums, der zur Miete bewohnt wird, oder auf Kleidungsstücke, die erst dann neu angeschafft werden, wenn ein anderes vergleichbares Kleidungsstück infolge von Schäden aussortiert werden muss. Aber auch bei Luxusgütern kann eine solche Selbstbegrenzung erfolgen, wenn z.B. die Anzahl der Restaurantbesuche begrenzt wird oder nur ein Fernseher in einem Haushalt mit mehreren Personen angeschafft wird. Auch der Kauf eines Eigenheims kann statt eines großen Neubaus z.B. ein Altbau oder eine Eigentumswohnung in einem Mehrparteienhaus sein.
2. *Reduktion eines Anspruchsniveaus*: Diese kann sich z.B. bei der Ernährung auf den Konsum von Fleischprodukten bzw. -waren und Milch(-

produkten) beziehen, die auf die Hälfte pro Jahr reduziert werden oder auf die Zahl der Urlaubsreisen pro Jahr.

3. *Vollständige Entsagung eines Versorgungs- oder Anspruchsniveaus:* Beim Fleisch- oder Milchkonsum könnte zur Befriedigung der Grundbedürfnisse anstelle einer Reduktion die bewusste Entscheidung für vollständigen Verzicht getroffen werden (vegetarische oder vegane Ernährung). Was den Luxus betrifft, so könnte gänzlich auf Kreuzfahrten, Flugreisen, Skiurlaub, Pkws oder Wellnesskonsum verzichtet werden.

Abbildung 2: Grundbedürfnisse versus Luxus unter Anwendung der drei Suffizienzlogiken

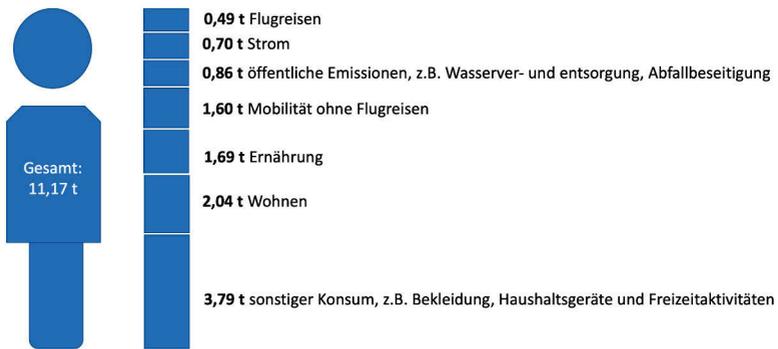


Quelle: in Anlehnung an Paech, 2020, S. 188; Entwurf: C. Meyer.

Als regulative Idee für den Klimaschutz könnte der Richtwert »von ein bis zwei Tonnen an CO₂-Äquivalenten pro Jahr« (ebd., S. 177) herangezogen werden. Hierzu sind aktuelle Zahlen aufschlussreich, die aufzeigen, dass bis

dahin noch ein weiter Weg vor uns liegt³. »Der durchschnittliche Lebensstil in Deutschland verursacht jährlich 11,17 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Kopf⁴« (BMU, 2021b, S. 54). 25 Prozent entfallen auf den Bereich Wohnen und Strom, 19 Prozent, auf Mobilität (inklusive Flugreisen), 15 Prozent auf Ernährung, 8 Prozent auf öffentliche Infrastruktur und Verwaltung und die restlichen 34 Prozent auf den sonstigen Konsum (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3: Durchschnittliche jährliche Treibhausgasbilanz pro Person in Deutschland in CO₂-Äquivalenten



Quelle: BMU, 2021b, S. 54 mit Bezug auf UBA, 2021; eigener Entwurf.

Allein schon durch die Berücksichtigung des Prinzips »saisonal – regional – bio«, zusammen mit der Reduktion des Konsums von tierischen Lebensmitteln, ist es möglich, pro Person jährlich bis zu 600 Kilogramm Treibhausgase einzusparen (ebd.). »Dadurch können die durch Ernährung verursachten Treibhausgase einer einzelnen Person um ein Drittel reduziert werden« (ebd.). Der Status quo wird in Tabelle 1 anhand ausgewählter Lebensmittel dargelegt. In diesem Zusammenhang wird auf Basis einer aktuellen

3 Die Berechnung der eigenen CO₂-Bilanz ist z.B. möglich unter <https://www.uba.co2-rechner.de>.

4 Diese Treibhausgasbilanz ist deswegen größer als die in Fußnote 2 genannten Pro-Kopf-Emissionen Deutschlands, »da sie auch die Emissionen berücksichtigt, die durch den Konsum im Ausland produzierter Produkte und durch In- und Auslandsflüge verursacht werden« (BMU, 2021b, S. 54).

Analyse festgestellt: »Ohne eine Ernährungswende werden ein wirksamer Klimaschutz und das Erreichen der Pariser Klimaziele nicht gelingen« (WWF Deutschland, 2021, S. 6).

Tabelle 1: Klimawirkung ausgewählter Lebensmittel pro Person und Jahr (Status quo, ohne Konsumphase und Emissionen aus Landnutzungsveränderungen)

Tierische Lebensmittel	kg CO₂-Äquivalent	Pflanzliche Lebensmittel	kg CO₂-Äquivalent
Wurst inkl. Speck und Schmalz	344	Kakao	71
Fleischwaren Rind	191	Backwaren Weizen	59
Käse	176	Palmöl	57
Fleischwaren Schwein	116	Zucker	53
Fleischwaren Geflügel	76	Orangen	23
Milch	70	Tomaten	20
Butter	63	Äpfel	18
Joghurt	46	Kartoffeln	12
Eier	26	Karotten, Erdnüsse*	8
Sahne	21	Sonnenblumenöl	6
Fisch	7	Erbsen, Olivenöl, Gurken*	3
		Brokkoli, Walnüsse, Mais*	2

* jeweils; Quelle: WWF Deutschland, 2021, S. 77.

Aber auch die anderen Kategorien ermöglichen Einsparpotenzial. Wenn in jedem Bereich unter Einberechnung der Belastung der Gemeingüter die »wahren« Kosten für Produkte und Leistungen, die in Anspruch genommen werden, gezahlt werden müssten (z.B. für Flugreisen, Kleidung, digitale Endgeräte usw.), würde der Konsum vermutlich schon reduziert werden, da die Kosten stark steigen würden (vgl. auch den Zukunftsdiskurs zu »Economics for Future« in diesem Band). Dies gilt es in das Bewusstsein von Konsumierenden zu bringen, denn

»es ist kein Menschenrecht, so billig wie möglich einkaufen zu können, und im 21. Jahrhundert geht es angesichts der ökologischen Folgen nicht mehr an, die sozialen und naturalen Kosten der globalisierten Produktion und Konsumtion nicht zu bezahlen« (Welzer, 2019, S. 229f.).

Warum wir nicht tun, was wir für richtig halten und was dagegen wirkt

Damit eine nachhaltige Entwicklung erreicht wird, wird oftmals an dem Wissen von Konsument*innen angesetzt, um sie über Probleme des alltäglichen Konsums aufzuklären (Barnett et al., 2005). Dies scheint jedoch nicht ausreichend zu sein, da Konsumierende trotz ihres Wissens häufig nicht entsprechend handeln. Diese Lücke zwischen dem Wissen und Handeln kann auf motivationale Konflikte zurückgeführt werden (Mosiander, 2007). Bei nachhaltigen Konsumententscheidungen stehen individuelle, kurzfristige Motive in Konkurrenz zu sozialen, langfristigen Motiven (ebd.). Es steht beispielsweise die kurzfristige Freude über ein neues T-Shirt, die Bestärkung der Selbstidentität durch den Konsum einer bestimmten Schuhmarke oder das Zugehörigkeitsgefühl zum Freundeskreis durch den Kauf einer bestimmten Tasche im Kontrast zu der Verhinderung langfristiger Folgen wie die des Klimawandels (Ermann et al., 2020). Dieser Antagonismus erzeugt ein soziales Dilemma, indem der persönliche Gewinn durch nicht-nachhaltiges Verhalten höher ist als durch nachhaltiges Verhalten, auch wenn die Kosten für alle dadurch langfristig höher werden. In den einzelnen Entscheidungssituationen sind Konsumierende dadurch versucht, das nicht-nachhaltige Produkt zu wählen und die Wahl der nachhaltigen Alternative anderen zu überlassen (Mosiander, 2007). Dieses Phänomen wird auch als »Trittbrettfahrerproblem« (Usitalo, 1990; Wiener & Doeshner, 1991) bezeichnet. Für eine Person ist es beispielsweise billiger, sich konventionell produzierte Kleidung zu kaufen, auch wenn der Nutzen für alle größer wäre, wenn diese Person nur nachhaltig produzierte Kleidung konsumieren würde. Am besten für alle im Sinne eines kollektiven Nutzens wäre es, wenn »alle« Konsumierenden nur nachhaltig hergestellte Kleidung kaufen würden (in dem Maße, wie es wirklich notwendig ist). Der »persönliche« Nutzen wäre jedoch größer, wenn man als einzige Person die billigere, konventionell produzierte Kleidung kauft, alle anderen jedoch die nachhaltig produzierte, teurere Kleidung. So würde die Umwelt geschützt, aber man selbst hätte keine Mehrkosten. Am kleinsten hingegen ist der persönliche Nutzen, wenn man die einzige Person ist, die nachhaltige Kleidung kauft.

Daher haben Kampagnen, die ausschließlich das individuelle Verhalten in den Fokus nehmen, Probleme bei der Stabilisierung von Verhaltensänderungen (Dubuisson-Quellier, 2010). Stattdessen gehen neue Ansätze und Strategien zur Überwindung der Handlungslücke vermehrt auf kollektive Handlungsmöglichkeiten und die kollektive Wirksamkeit von alternativem

Konsum ein (Mosiander, 2007; Dubuisson-Quellier, 2010; vgl. auch den Beitrag von Reese in diesem Band). Diese Form des Konsums wird auch als »politischer Konsum« bezeichnet (Baringhorst, 2015). Die Konsumierenden ändern durch Boykotte, Tauschen, Teilen oder strategischen Konsum die eigenen Konsummuster und tragen gleichzeitig darüber hinaus zu einem systemischen Wandel bei (ebd.; Ermann et al., 2020). Bestimmte Produkte oder Marken werden z.B. aufgrund ihrer nicht-nachhaltigen Produktionsweise gemieden, während andere, nachhaltige Produkte stattdessen konsumiert werden. Diese Aktionen finden in einer Gruppe statt und werden durch Kampagnen oder Aktionen in sozialen Medien verbreitet. Dadurch soll Macht auf Unternehmen ausgeübt werden, z.B. ihre Produktionsweisen zu verändern. Der Konsum wird damit zum politischen Aktivismus, der als notwendig wahrgenommen wird, da Unternehmen in unserem Wirtschaftssystem immer mächtiger werden (Baringhorst, 2015)⁵. Ein Beispiel dafür sind milliardenschwere Unternehmen wie Amazon, Google und Facebook, die durch Fusionen ihre Monopolstellungen ausbauen und so Arbeitsmärkte kontrollieren und Lohnniveaus geringhalten (Friedrich, 2018). Der politische Konsum geht dabei über einzelne, monetäre Entscheidungen hinaus. Das Credo »Geld ist Macht« stimmt eben nur in eingeschränktem Maß. Individuelle Kaufentscheidungen haben, einzeln gesehen, nur eine kleine (Wirk-)Macht und funktionieren vor allem als positive Bestärkung bzw. Unterstützung von Unternehmen. Wollen Konsumierende einen größeren Wandel anregen, müssen sie die individuellen Entscheidungen in ein kollektives Handeln umwandeln (Holzer, 2006). So können diese individualisierten, kollektiven Handlungen (Micheletti, 2003, S. 24ff.) Macht auf Unternehmen und Politik ausüben, die Produktion nachhaltiger zu gestalten. Es bleibt jedoch die Frage, wie Konsumierende zum Handeln auch im kollektiven Sinne motiviert werden können und somit aus ihrer Komfortzone gebracht werden können.

5 Der ethisch Konsumierende wird mit dem englischen Begriff des *citizen consumer* bezeichnet. Dieser wird auch kritisch betrachtet, da im Umkehrschluss durch sein verantwortungsvolles Handeln Regierungen und Unternehmen aus der Verantwortung entlassen werden (Ermann et al., 2018, S. 142ff.).

Einige konkrete Ansätze, um für nachhaltigen Konsum zu motivieren

Es gibt verschiedene Ansätze, die motivieren können, aktiv zu werden. Ein erster Schritt kann z.B. über Narrative des Wandels begangen werden. »Ohne veränderte Narrative, Leitbilder oder Metaerzählungen, die die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft neu beschreiben, kann es keine gestaltete Große Transformation geben« (WBGU, 2011, S. 91).

Hierzu zählt z.B. das narrative Szenario einer »Internalisierungsgesellschaft« (Graef, Hoffmann & Keller in Welzer, 2019, S. 232ff.) im Jahr 2050. Dabei werden konsequent alle Sozial- und Umweltkosten in die Preise einberechnet, so dass die Produkte teurer, aber auch langlebiger werden. Eine »geplante Obsoleszenz«⁶ ist dann undenkbar, sondern es ist unabdingbar, dass Geräte robuster, reparierbar und modular konstruiert werden. Sinnfreie Güter, die kostbare Ressourcen beansprucht haben, sind vom Markt verschwunden (ebd.). Aber auch Geschichten des Gelingens, die aufzeigen, dass Menschen schon etwas verändert haben, sind motivierend, da die darin handelnden Personen u.a. als Vorbilder wirken und zum Nachmachen anregen (Welzer, 2014, S. 32). »Storytelling« ist somit »ein starker Hebel für Veränderungen« (Kafka, 2018, S. 145). Geschichten des Gelingens können aufzeigen, wie Konsumierende zu Mitgestalter*innen der Großen Transformation werden (vgl. auch den Beitrag von Ristig-Bresser in diesem Band). Im nächsten Schritt geht es von den Geschichten zu den konkreten Möglichkeiten, den Wandel zu gestalten.

»Es gibt hunderttausende Initiativen, Kooperativen und Genossenschaften, offene Werkstätten, Vereine und Verbände aller Art, die produktiv tätig sind, gemeinsame Ziele verfolgen oder bestimmte Probleme lösen – ohne kommerzielles Interesse, aber bewusst selbstorganisiert« (Helfrich & Bollier, 2019, S. 11).

Diese Gestaltungsformen werden den »Commons« unter der Voraussetzung zugeordnet, dass neben dem eigenen Wohlergehen auch das Wohlergehen der Anderen gesichert ist und dass die eigene »Freiheit auf der Freiheit der Anderen beruht und nicht eine Freiheit des isolierten Einzelnen ist, sondern Freiheit in Bezogensein« (ebd.; vgl. auch den Beitrag von Helfrich in diesem Band). Zu den Commons zählen z.B. das Mietshäusersyndikat⁷,

6 Produkte mit von vornherein begrenzter Haltbarkeit.

7 Siehe die Website: <https://www.syndikat.org/de/>.

die Mundraubinitiative⁸, Urban Gardening⁹, die Transition-Town-Bewegung bzw. Transition-Initiativen¹⁰, die Ökodorf-Bewegung¹¹ oder die Vielzahl an freien Lizenzen, »deren millionenfache Anwendung die Wissensallmende täglich bereichert« (Helfrich in Ostrom, 2012, S. 14). Die Commons sind somit »eine Zukunftsvision für unser Miteinander, für die soziale Organisation, Infrastruktur, Wirtschaft und Politik« (Helfrich & Bollier 2019, S. 12). Dass dies Wirkung haben kann, wurde von Margret Mead treffend kommentiert: »Never doubt that a small group of thoughtful, committed citizens can change the world; indeed, it's the only thing that ever has« (ebd. in Bollier, 2014, S. 167).

Um solche Ansätze zu verbreiten, ist eine Bildung wichtig, die »Transformation gestalten lernen« (Heitfeld & Reif, 2020) und den »Wandel mit Hand und Fuß« (Reif & Heitfeld, 2015) fördert, um gesellschaftliche Strukturen zu verändern (vgl. auch den Zukunftsdiskurs zu »Education for Future« sowie den Beitrag von Heitfeld in diesem Band). »Für die Welt, die wir uns wünschen« (Ristig-Bresser, 2020).

Reflexionen

Wann tun Konsumierende, was sie wissen und was sie für richtig halten? An diese Leitfrage knüpfte die Podiumsdiskussion zum Zukunftsdiskurs (ZD) »Consumers for Future« an (vgl. Kasten 1).

Kasten 1: »Consumers for Future«

Wann tun Konsumierende, was sie wissen und was sie für richtig halten?

Die Diskutant*innen: MARIE HEITFELD: Referentin – Bildung für nachhaltige Entwicklung; Germanwatch; SILKE HELFRICH: Autorin, Forscherin, Aktivistin zu Gemeingütern und Commons; PROF. DR. GERHARD REESE: Professor für Umweltpsychologie an der Universität Koblenz-Landau; STEPHANIE RISTIG-BRESSER: Kulturwissenschaftlerin, Autorin, Aktivistin

8 Siehe die Website: <https://mundraub.org/>.

9 Siehe die Website: <https://www.urban-gardening.eu/>.

10 Siehe die Website: <https://www.transition-initiativen.org/>.

11 Siehe die Websites <https://ecovillage.org/> und <https://www.lebensgarten.de/global-ecovillage-network/>.

Moderatorin: BIANCA RICHTER-HARM: »sustainify« – Institut für nachhaltige Bildung, Forschung, Innovation

In der Podiumsdiskussion wurden unterschiedliche Perspektiven zusammengetragen, um zu diskutieren, wie zu einem nachhaltigen Konsum angeregt werden kann und welche Bedingungen dafür notwendig sind. Die psychologische Sicht auf Handlungsbarrieren und Faktoren des Gelingens vertrat Gerhard Reese in der Diskussion. Als Referentin bei Germanwatch e.V. repräsentierte Marie Heitfeld die Sicht einer Nichtregierungsorganisation auf die Mobilisierung von Konsumierenden, während Silke Helfrich als Mitbegründerin des »Commons-Instituts e.V.« Alternativen zu vorherrschenden Konsummustern und Wirtschaftsweisen in der Diskussion vertrat. Stephanie Ristig-Bresser brachte u. a. als Aktivistin in der Transition-Bewegung sowie Gemeinwohlökonomie ihre daraus resultierende Perspektive in die Diskussion ein.

Massenkonsum als Ersatzbefriedigung kritisch hinterfragen

Massenkonsum wurde als entscheidendes Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung gesehen. Unser derzeitiges Wirtschaftssystem basiere auf einem immer weiter steigenden Konsum, der über die Schaffung neuer Bedürfnisse z.B. durch Werbung, erreicht werden soll. Das Jagen nach Schnäppchen sei dabei im jetzigen System klug, da die eigenen Kosten bei gleichem Ressourcenverbrauch minimiert werden¹². Der Konsum diene dabei laut Selbstbestimmungstheorie (Deci & Ryan, 1991; 1993) oftmals einer Ersatzbefriedigung für andere, nicht erfüllte Bedürfnisse. Hierzu gehören die Bedürfnisse nach Autonomie, Selbstwirksamkeit und sozialer Zugehörigkeit (ebd.). Sind diese (teilweise) nicht erfüllt, wird versucht, diese Lücke durch den Konsum von Gütern zu schließen, die somit eine Ersatzfunktion einnehmen. Kann eines der Hauptbedürfnisse nicht erfüllt werden, greifen wir zu anderen Bedürfnissen, die stattdessen erfüllt werden könnten. Hier gelte es anzusetzen, um etwas zu verändern. »Wir werden nicht als Konsument*innen geboren, [...] sondern wir werden dazu gemacht« (Helfrich im

12 Niko Paech zählt dies zu einer der gängigsten Abwehrreaktionen: »So seien schädliche Handlungen schlicht zu günstig, als dass rational handelnde Menschen einen Anlass haben könnten, von diesen abzulassen. Schließlich seien die hilflosen Konsumenten doch nicht schuld an den viel zu geringen Preisen für Fleisch, Elektronik, Flugreisen etc.« (ebd., 2020, S. 182).

ZD). Daher wird in der Commons-Bewegung gefragt, was wir wirklich tun wollen, was wir wirklich sein wollen und was wir wirklich für das gute Leben brauchen.

Konsum ist nicht ohne die Produktion zu denken, denn beim Konsumieren sei mit zu hinterfragen, warum und »wie kommen eigentlich all diese Produkte, die nicht nachhaltig sind, auf diesen Markt?« (Helfrich im ZD). Um Menschen aus der Komfortzone zu bringen, wurde überlegt, z.B. auf Billigfleisch- bzw. Massentierhaltungsprodukte »ähnlich wie bei Zigarettenpackungen mal so Warnfotos drauf[zumachen]« (Reese im ZD). Dies setze an dem Problem bei der Ernährung an, dass wir uns in den letzten Jahrzehnten emotional abgekoppelt haben von dem, was Lebensmittel auf tierischer Basis (wie Fischstäbchen, Chicken Nuggets oder ein Steak) mal waren, »nämlich ein lebendiges Tier« (Reese im ZD).

Somit sollten Konsumierende dazu angeleitet werden, vor dem möglichen Kauf von Konsumgütern diese kritisch zu hinterfragen. Leitend sollten dabei die folgenden Fragen sein:

1. »Brauche ich das eigentlich?« – Somit wird die Frage nach dem Nutzen gestellt.
2. »Macht mich das eigentlich glücklich?« – Dies betrifft das Hinterfragen des mit dem Kauf einhergehenden Wohlergehens und Zufriedenheitsgefühls.
3. »Ist es eigentlich ein gutes Produkt?« – Hier wird die Art und Weise der Produktion und Vermarktung infrage gestellt.

Zudem wurde in der Diskussion angeregt, dass Werbung verboten wird. Das Geld solle stattdessen in die Werbung für die SDGs investiert werden, um so die Agenda 2030 einer breiteren Masse zugänglich zu machen. So würden keine neuen Bedürfnisse geschaffen, sondern die Vision einer nachhaltigen und gerechten Welt verbreitet.

Ansatzpunkte für Konsum- und Strukturveränderungen

Neben dem Ansetzen an Konsumbedürfnissen, stellten die Diskutant*innen im Zukunftsdiskurs die Bedeutung der Selbstwirksamkeit von Konsumierenden für einen nachhaltigen Konsum heraus. Konsumierende würden nur aktiv, wenn sie das Gefühl hätten, durch ihre Handlungen etwas bewegen zu können. Ohne die eigene Wirksamkeitserfahrung fiele es Menschen schwer,

ins Handeln zu kommen. Daher sei es wichtig, sie als aktive Mitgestalter*innen in den Blick zu nehmen und Möglichkeiten des eigenen Einflusses aufzuzeigen. Hierbei sei auch über die individuellen Konsumententscheidungen hinauszugehen. So fokussiere der ökologische Fußabdruck auf den Konsum und hätte zum Ziel, die ökologischen Auswirkungen des eigenen Lebensstils zu verringern¹³. Der Handabdruck¹⁴ sei eine positive Ergänzung hierzu, gehe aber darüber hinaus und »nimmt quasi den Einzelnen als aktiven Bürger in den Blick« (Heitfeld im ZD). Dabei gehe es um Veränderungen am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Kommune, »um nachhaltiges Verhalten zum Standard zu machen« (Heitfeld im ZD). Hierzu werden Anregungen in Materialien unterbreitet, um zu reflektieren, für welches Thema und welche Maßnahmen sich jemand engagieren möchte und mit welchen Verbündeten dies realisiert werden kann.

Dadurch könnten Konsument*innen aktiv etwas mitgestalten und verändern, wie z.B. die Einführung regionalen und saisonalen Essens in der Kantine, die Verbesserung der nachhaltigen Radinfrastruktur in der Kommune oder nachhaltige Finanzen bei der betrieblichen Altersvorsorge von Unternehmen, wo bewusste Geldanlagen erfolgen, die nicht in schädliche Projekte investieren. So sähen Konsumierende, dass das eigene Handeln auch über den eigenen Kreis hinaus Wirkung zeige und helfe, Strukturen zu verändern. Häufig ließen sich gerade strukturelle Veränderungen jedoch nur in einer Gruppe und nicht als Individuum allein durchsetzen.

Kollektive Wirksamkeit

Hier wurde in der Diskussion ein weiterer Faktor im Hinblick auf Modelle des kollektiven Handelns (u.a. Fritsche et al., 2018) als entscheidend genannt: die kollektive Wirksamkeitserwartung. Im Gegensatz zur Selbstwirksamkeitserwartung gibt diese an, inwieweit wahrgenommen wird, dass man als Gemeinschaft einen Einfluss nehmen kann. Gerade im Kontext kollektiver Herausforderungen sei die kollektive Wirksamkeit wichtig. Sie gebe das Gefühl, dass man die gemeinsamen Probleme eben auch gemeinsam bewältigen könne. Darüber ließen sich dann auch mehr Menschen motivieren, ihr Verhalten zu verändern. Gleichzeitig zeigten Studien, dass eine höhere kollektive Wirksamkeitserwartung auch zu mehr Selbstwirksamkeit führte (Jugert

13 Siehe die Website: <https://www.fussabdruck.de/fussabdrucktest/#/start/index/>.

14 Siehe die Website: <https://www.handabdruck.eu/>.

et al., 2018). In der Diskussion wurde erläutert, dass laut Modellen für das kollektive Handeln neben der kollektiven Wirksamkeit auch Emotionen, insbesondere Wut und Ergriffenheit (Landmann & Rohmann, 2020), sowie die Identifikation mit einer sozialen Gruppe entscheidend sind (vgl. Fritsche et al., 2018). Identifiziere ich mich beispielsweise mit Fridays for Future, sei es wahrscheinlicher, dass ich mich entsprechend ihrer Normen verhalte.

Es sei wichtig, diese Einflussfaktoren auf kollektives Handeln zu beachten, wenn größere Massen an Menschen motiviert werden sollten, sich nachhaltig zu verhalten. Als Chance für die Bildung einer kollektiven Identität wurde in der Diskussion die Digitalisierung gesehen. Über soziale Netzwerke und andere Plattformen könnten Bündnisse entstehen und zu einer globalen Identität beitragen. Außerdem könnten diese Plattformen auch dafür genutzt werden, Informationen zu Handlungsoptionen zu verbreiten und Emotionen auszulösen, die für die Aktivierung entscheidend sind.

Geschichten des Gelingens, Transformationsperspektiven und Bildungsarbeit

Positive Geschichten als Geschichten des Gelingens seien wichtig, um Menschen zum Handeln zu motivieren und Veränderungspotenziale aufzuzeigen. Als Beispiel wurden hierfür Baumpatenschaften genannt, über die Geschichten erzählt werden könnten. Dadurch ändere sich nicht nur die Raum- bzw. Baumwahrnehmung, sondern auch das Bewusstsein über die Bedeutung von Bäumen für das Klima: »Ich weiß, dass ein Baum zwei Menschen mit Sauerstoff versorgt« (Ristig-Bresser im ZD). Auch die Zunahme der Anzahl von Unverpackt-Läden bzw. Lose-Läden sowie der Solidarischen Landwirtschaften wurde exemplarisch genannt. An diesen und weiteren Geschichten des Gelingens wird spürbar, »dass der Wunsch danach da ist, eine andere Welt mitzugestalten« (Ristig-Bresser im ZD). Diese Entwicklungen seien zwar noch Nischen, müssten aber verbreitet werden.

Dafür wurde unter anderem vorgeschlagen, Nachrichten positiver zu gestalten und eine feste Quote an »konstruktiven Nachrichten« einzuführen, die vermitteln, wie eine Transformation gelingen könnte. Denn entscheidend für den Wandel sei, dass nicht nur aufgezeigt wird, wie es besser geht, sondern auch, wie es anders geht. Eine Transformationsperspektive könne uns aus der Rollentrennung herausholen, dass wir als Menschen ein ganz anderes Potenzial hätten als lediglich als Verbraucher*innen gesehen zu werden. Das heißt, es sollte nicht nur ein nachhaltiger Konsum in den Fokus genommen werden,

sondern auch die Reduktion von Konsum. Diesbezüglich wurde festgestellt: »Ich muss ganz viele Entscheidungen nicht treffen, das macht das Leben auch ein bisschen einfacher« (Helfrich im ZD). Dabei sei es wichtig, Zusammenhänge systemisch zu verstehen. Dazu gehöre u.a., über die bisherigen Formen der Lohnarbeit und die daraus resultierenden zeitlichen Ressourcen nachzudenken. Würde weniger konsumiert, dann müsste auch weniger produziert und damit gearbeitet werden. Menschen hätten dann mehr Zeit zum Selbermachen, Reparieren aber auch zum eigentlichen Konsum der Güter, d.h. der Benutzung.

Zudem sei es wichtig, solche Ansätze auch in der Bildungsarbeit aufzunehmen, um nicht nur den Schritt von Konsument*innen zu Produzent*innen aufzuzeigen, sondern auch die aktive Mitgestaltung im politischen Sinne mehr zu fördern, denn »Bildung in Aktion ist Bürgersein in Aktion« (Heitfeld im ZD). Wir bräuchten aber zudem auch eine Bildung für ein anderes Wirtschaften. Hierzu gibt u.a. das Netzwerk ökonomischer Wandel¹⁵ Anregungen.

Impulse

Aus der Relevanz des Zukunftsdiskurses sowie den Reflexionen in der Podiumsdiskussion lassen sich folgende Impulse ableiten:

1. »Consumers for Future« sind nicht nur nachhaltig Konsumierende, sondern auch Produzierende, Mitgestalter*innen, Selbstbegrenzende, Reduzierende und Verzichtende im Sinne von Suffizienz.
2. Als Regulativ für nachhaltigen Konsum kann die eigene Treibhausgasbilanz im Verhältnis zur jährlichen Treibhausgasbilanz pro Person in Deutschland in CO₂-Äquivalenten herangezogen werden oder der ökologische Fußabdruck.
3. Nachhaltig Konsumierende wissen, unter welchen Bedingungen ihre Konsumgüter produziert wurden, d.h. sie haben eine Beziehung zum Ursprung und zur Herstellung ihrer Produkte entwickelt.
4. Werbung für Produkte, die Bedürfnisse schafft, die vorher nicht da waren und die auch nicht befriedigt werden müssen, sollte abgeschafft werden.

15 Siehe die Website: <https://netzwerk-oekonomischer-wandel.org/>.

Dies gilt auch für sinnfreie Produkte und für Produkte mit »geplanter Obsoleszenz« bzw. geplantem Verschleiß.

5. Narrative des Wandels, Geschichten des Gelingens sowie Vorbilder für den Wandel sind in Nachrichten, Social Media usw. zu verbreiten, um die schon stattfindenden Transformationsprozesse noch weiter ins kollektive Bewusstsein zu bringen. Diese Möglichkeiten des Wandels gilt es auch in der Bildungsarbeit zu thematisieren.
6. Eine transformative Bildung ist zu realisieren, in der nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch Erwachsene dazu befähigt werden, als Mitgestalter*innen den Wandel zu verwirklichen. Der Handabdruck¹⁶ kann hierfür zur Orientierung herangezogen werden.
7. Nicht nur Selbstwirksamkeits-, sondern vor allem kollektive Wirksamkeitserfahrungen in verschiedenen Projekten, Initiativen u.a. sind zu ermöglichen. Diese sollen dazu beitragen, ein Denken wie Commoners¹⁷ zu entwickeln.
8. »Consumers for Future« sind das Rückgrat einer Postwachstumsgesellschaft.

Literatur

- Baringhorst, S. (2015). Konsum und Lebensstile als politische Praxis – Systematisierende und historisch kontextualisierende Annäherungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 28(2). <https://doi.org/10.1515/fjsb-2015-0204>
- Barnett, C., Clarke, N., Cloke, P. & Malpass, A. (2005). The Politics of Ethical Consumerism: Citizenship between Individualization and Participation. *Consumer Policy Review*, 15(2), 45-51.
- BMU: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2021a). *Nachhaltiger Konsum*, <https://www.bmu.de/themen/wirtschaft-produkte-ressourcen-tourismus/produkte-und-konsum/nachhaltiger-konsum> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- BMU: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2021b). *Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik. Ausgabe 2021*. Berlin: BMU.

16 Siehe z.B. die Website <https://germanwatch.org/de/handprint>.

17 In Anlehnung an das Buch von David Bollier: *Think like a Commoner* (2014).

- Bollier, D. (2014). *Think like a Commoner. A Short Introduction to the Life of the Commons*. Gabriola Island: New Society Publishers.
- Deci, E.L. & Ryan, R.M. (1991). A motivational approach to self: Integration in personality. In R.A. Dienstbier (Hg.), *Nebraska Symposium on Motivation, 1990: Perspectives on motivation* (237-288). Lincoln: University of Nebraska Press.
- Deci, E.L. & Ryan, R.M. (1993). Die Selbstbestimmungstheorie der Motivation und ihre Bedeutung für die Pädagogik. *Zeitschrift für Pädagogik*, 39(2), 223-238.
- Dubuisson-Quellier, S. (2010). From Consumerism to the Empowerment of Consumers: The Case of Consumer Oriented Movements in France. *Sustainability*, 2(7), 1849-1868. <https://doi.org/10.3390/su2071849>.
- Earth Overshoot Day (2021). *Past Earth Overshoot Days. Earth Overshoot Days*, <http://www.overshootday.org/newsroom/past-earth-overshoot-days/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Ermann, U., Langthaler, E., Penker, M. & Schermer, M. (2018). *Agro-Food Studies. Eine Einführung*. Wien u.a.: Böhlau Verlag.
- Ermann, U., Pütz, R. & Schröder, F. (2020). Geographien des Handels und des Konsums. In H. Gebhardt, R. Glaser, U. Radtke, P. Reuber & A. Vött (Hg.), *Geographie: Physische Geographie und Humangeographie* (819-841). Berlin: Springer Spektrum.
- Friedrich, M. (2018). *Große Unternehmen, großer Einfluss! Die zunehmende Monopolbildung multinationaler Unternehmen*. Nach(haltig)gedacht, Blog des Zentrums für Interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung, <http://nach-haltig-gedacht.de/2018/05/03/grosse-unternehmen-grosser-einfluss-die-zunehmende-monopolbildung-multinationaler-unternehmen/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Fritsche, I., Barth, M., Jugert, P., Masson, T. & Reese, G. (2018). A Social Identity Model of Pro-Environmental Action (SIMPEA). *Psychological Review*, 125(2), 245-269. <https://doi.org/10.1037/rev0000090>.
- Global Footprint Network (2021). *National Footprint and Biocapacity Accounts 2021 Edition*. <https://data.footprintnetwork.org/#/> (zuletzt aberufen am 11.10.2021).
- Heitfeld, M. & Reif, A. (2020). *Transformation gestalten lernen. Mit Bildung und transformativem Engagement gesellschaftliche Strukturen verändern*. Berlin: Germanwatch, <https://www.germanwatch.org/de/19607> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).

- Helfrich, S. & Bollier, D. (2019). *Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons*. Bielefeld: transcript.
- Holzer, B. (2006). Political consumerism between individual choice and collective action: Social movements, role mobilization and signalling. *International Journal of Consumer Studies*, 30(5), 405-415. <https://doi.org/10.1111/j.1470-6431.2006.00538.x>.
- Jugert, P., Greenaway, K. H., Barth, M., Büchner, R., Eisentraut, S., & Fritsche, I. (2016). Collective efficacy increases pro-environmental intentions through increasing self-efficacy. *Journal of Environmental Psychology*, 48, 12-23. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2016.08.003>.
- Kafka, B. (2018). Storytelling – Die eigene Geschichte erzählen. In VNB & learn2change (Hg.), *learn2change. Die Welt durch Bildung verändern* (144-150). Hannover: VNB.
- Landmann, H. & Rohmann, A. (2020). »Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut« – Warum engagieren sich Menschen gemeinsam für den Umweltschutz? *The Inquisitive Mind*, 20(2), 1-10.
- Micheletti, M. (2003) *Political Virtue and Shopping. Individuals, Consumerism, and Collective Action*. New York: Palgrave Macmillan.
- Moisander, J. (2007). Motivational complexity of green consumerism. *International Journal of Consumer Studies*, 31(4), 404-409. <https://doi.org/10.1111/j.1470-6431.2007.00586.x>.
- Ostrom, E. (2012). *Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter* (herausgegeben, überarbeitet und übersetzt von S. Helfrich). 2. Auflage. München: oekom.
- Paech, N. (2020). Suffizienz als Antithese zur modernen Wachstumsorientierung. In M. Folkers & N. Paech (2020), *All you need is less. Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht* (119-215). München: oekom.
- Reif, A. & Heitfeld, M. (2015). *Wandel mit Hand und Fuß. Mit dem Germanwatch Hand Print den Wandel politisch wirksam gestalten*. Bonn: Germanwatch, <http://germanwatch.org/de/12040> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Ristig-Bresser, S. (2020). *Make. World. Wonder. Für die Welt, die wir uns wünschen*. München: oekom.
- Seidl, I. & Zahrnt, A. (2010). Die Postwachstumsgesellschaft. *Ökologisches Wirtschaften*, 25(3), 18-19. <https://doi.org/10.14512/oew.v25i3.1066>
- Seidl, I. & Zahrnt, A. (2012): Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum als Hindernis für eine Politik in den »Limits to growth«. Perspektiven einer Postwachstumsgesellschaft. In B. Woynowski et al. (Hg.), *Wirtschaft ohne*

- Wachstum?! – Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende* (15-29). Freiburg: Universität Freiburg.
- Seidl, I. & Zahrnt, A. (2019). Erwerbsarbeit, Tätigsein und Postwachstum. In I. Seidl & A. Zahrnt (Hg.), *Tätigsein in der Postwachstumsgesellschaft* (9-24). Marburg: Metropolis-Verlag.
- Statista (2020a). *Veränderung der privaten Konsumausgaben bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/75148/umfrage/private-konsumausgaben-im-vergleich-zum-vorjahr/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Statista (2020b). *Private Konsumausgaben bis 2020*, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/155148/umfrage/private-konsumausgaben-in-deutschland-zeitreihe/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Tagesschau (2021). *Menschheit verbraucht »1,74« Erden*, veröffentlicht am 29. Juli 2021, <https://www.tagesschau.de/inland/erdueberlastungstag-ressourcen-101.html> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- UBA: Umweltbundesamt (2021). CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes, <https://www.uba.co2-rechner.de> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Uusitalo, L. (1990) Consumer preferences for environmental quality and other social goals. *Journal of Consumer Policy*, 13, 231-251.
- WBGU: Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011). *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation (Hauptgutachten)*. Berlin: WBGU.
- Welzer, H. (2014). Zukunftspolitik. In H. Welzer, D. Giesecke & L. Tremel (Hg.), *FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2015/16. Geschichten vom guten Umgang mit der Welt*. Schwerpunkt Material (13-38). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Welzer, H. (2019). *Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Wiener, J.L. & Doeshar, T.A. (1991). A framework for promoting cooperation. *Journal of Marketing*, 55(2), 38-47. <https://doi.org/10.1177/002224299105500205>
- WWF Deutschland (2021). *So schmeckt Zukunft: Der kulinarische Kompass für eine gesunde Erde. Klimaschutz, landwirtschaftliche Fläche und natürliche Lebensräume*. Berlin: WWF Deutschland.

»Hand Prints for Future«

Gestaltungsbefähigung statt Konsumtipps

Marie Heitfeld

Wann tun Konsumierende, was sie wissen und was sie für richtig halten? Auf diese Frage des Zukunftsdiskurses werden in diesem Kapitel drei Antworten gegeben und eine konkrete Schlussfolgerung für die Praxis gezogen.

1) ... wenn es die Rahmenbedingungen um sie herum erleichtern oder zumindest ermöglichen.

Das Verhalten von Individuen wird in der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), in der umweltsychologischen Forschung, in Nachhaltigkeitskampagnen von Unternehmen und Ministerien (z.B. »Du entscheidest« – Slogan des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bei der »Grünen Woche 2019«) und auch von einigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Forschungsinstituten zu häufig losgelöst von sozialen und gesetzlich verankerten Rahmenbedingungen betrachtet. Der Fokus auf die Frage »Wie können wir Menschen motivieren, sich (innerhalb der gegebenen zumeist nicht-nachhaltigen Strukturen) nachhaltiger zu verhalten?« impliziert eine problematische Individualisierung der Verantwortung für notwendige Veränderungen (unter anderem Schmitt et al., 2020).

Denn es ist nicht davon auszugehen, dass alltägliche Konsumententscheidungen ausreichen, um zeitnah Menschenrechte in globalen Lieferketten sicherzustellen oder die CO₂-Emissionen ausreichend schnell zu reduzieren. Vor allem nicht, solange wir in einer schiefen Ebene leben, in der die Rahmenbedingungen nicht-nachhaltiges Verhalten erleichtern und das sozial und ökologisch nachhaltige Verhalten zusätzlichen zeitlichen, finanziellen oder organisatorischen Aufwand erfordert (Hoffmann & Scherhorn, 2009). Solange die Standardoption beim örtlichen Stromanbieter die fossile Vari-

ante ist; solange Subventionen für Landwirt*innen nach Fläche des Betriebs anstatt nach strengen Nachhaltigkeitskriterien vergeben werden und so unter Inkaufnahme abnehmender Bodenqualität konventionelle Produkte weiter viel preiswerter als Bio-Produkte angeboten werden können; solange die einzige betriebliche Altersvorsorge für viele Arbeitnehmer*innen in fossile Unternehmen investiert wird und es dazu keine Alternative für den*die Einzelne gibt; solange es durch Kerosinsteuerbefreiungen und Subventionen für Regionalflughäfen preiswerter ist zu fliegen, anstatt mit der Bahn in den Urlaub zu fahren; solange es also leichter, naheliegender oder preiswerter ist, sich »nicht« nachhaltig zu verhalten, können zwar verschiedene Gründe analysiert werden, warum Konsumierende z.B. ihr Auto trotz besseren Wissens nicht abschaffen oder das preiswerte Gulasch in der Kantine wählen, obwohl sie ahnen, dass die Tiere nicht artgerecht gehalten wurden und sie wissen, dass Fleischkonsum klimaschädlich ist. Die Analyse von Konsumentscheidungen ist jedoch – auch in Anbetracht der Dringlichkeit einiger Nachhaltigkeitsherausforderungen – eigentlich eine Ablenkung von der zentralen Frage, warum diese nicht-nachhaltigen Rahmenbedingungen weiter aufrechterhalten und staatlich gefördert werden. Es wird also von der Frage abgelenkt, wie politische und strukturelle Veränderungen vorangebracht werden können und was der*die Einzelne – nicht nur als Konsument*in, sondern als Bürger*in – dazu beitragen kann.

Der weit verbreitete Fokus auf individuelles (Konsum-)Verhalten negiert die Hindernisse für nachhaltiges Verhalten, die in infrastrukturellen, gesetzlichen oder preislichen Rahmenbedingungen – z.B. durch Subventionen in nicht-nachhaltige Landwirtschaft, Mobilität oder Energie – verankert sind. Die Verantwortung von Entscheidungsträger*innen, vor allem in Politik und Wirtschaft, wird dadurch verdeckt. Das hat zur Folge, dass die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft, sich aktiv in die Gestaltung dieser Strukturen einzubringen – sowohl in der psychologischen Forschung als auch in der Bildungsarbeit sowie im Journalismus und in Kampagnen – weniger stark wahrgenommen werden, obwohl sie ein viel größeres Wirkpotential für eine sozial-ökologische Transformation mit sich bringen (Heitfeld & Reif, 2020).

2) ... wenn sie überzeugt sind, damit einen wirkungsvollen Beitrag zu einer sozial und ökologisch nachhaltigeren Welt leisten zu können.

Unter Selbstwirksamkeitserwartung verstehen Pädagog*innen und Psycholog*innen die Annahme einer Person, selbst etwas zur Veränderung eines Status quo beitragen zu können. Dem voraus geht die Annahme, dass eine Situation überhaupt veränderbar ist. Je höher die persönliche Selbstwirksamkeitserwartung ausfällt, desto eher wird ein Verhalten angestoßen, desto mehr Energie wird in die Umsetzung eines Vorhabens gesteckt und desto eher wird es trotz möglicher Hindernisse oder negativer Erfahrungen aufrechterhalten (Bandura, 1977). Unterschieden wird zwischen »individueller Selbstwirksamkeitserwartung« (Inwiefern kann ich persönlich etwas zur Lösung eines Problems beitragen?) und »kollektiver Wirksamkeitserwartung« (Inwiefern können wir als Gruppe oder als Bewegung gemeinsam etwas zur Lösung eines Problems beitragen?). Die Umweltpsychologie hat diese Erkenntnisse auf individuelles Klimaschutzverhalten (z.B. die Erwartung, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, indem Zug oder Fahrrad anstelle des Autos genutzt wird) sowie kollektives Klimaschutzverhalten angewandt (z.B. die Erwartung, als Gruppe durch ein Bürgerbegehren das Divestment kommunaler Geldanlagen aus fossilen Unternehmen vorantreiben zu können) (z.B. Hamann et al., 2016).

Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass die kollektive Wirksamkeitserwartung für nachhaltige Entscheidungen von besonderer Bedeutung ist (vgl. unter anderem Homburg & Stolberg, 2006). Ein Begriff, den Grund und Brock (2019) in diesem Zusammenhang ins Spiel gebracht haben, ist der *epistemic fit*. Er steht für die annähernde Passung der Größe von Handlungsoptionen zur Problemgröße. Grund und Brock (2019) argumentieren, die Hoffnung, etwas gegen nicht-nachhaltige Entwicklungen tun zu können, dürfe nicht »privatisiert« und damit auf individuelle, kleine Handlungsoptionen reduziert werden. Sonst könne die fehlende Passung der Größe der Handlungsoptionen (Licht ausschalten, Wasser sparen oder andere Konsumentscheidungen) zur Größe der Herausforderungen (Klimaerwärmung reduzieren) wie eine *sedative pill*, also beruhigend und einschläfernd, aber eben nicht weiter aktivierend wirken. Wenn die wahrgenommenen Handlungsoptionen in Anbetracht großer Krisen zu klein seien, könne außerdem das Gefühl entstehen, das eigene Handeln sei ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Dadurch sinke die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person ins Han-

deln komme. Da die von den meisten Menschen erwartete Wirkung ihres individuell veränderten (nachhaltigeren) Konsums eher gering ist, tun also auch nachhaltigkeitsbewusste Konsumierende oft nicht, was sie wissen oder für richtig halten.

Eine Möglichkeit, die Selbstwirksamkeitserwartung zu stärken, ist es, Handlungsmöglichkeiten mit größerem Wirkungspotenzial aufzuzeigen. Das könnte z.B. bedeuten, eine Person darin zu unterstützen, sich an ihrem Arbeitsplatz gemeinsam mit anderen dafür einzusetzen, dass das ganze Unternehmen zu Ökostromversorgung wechselt oder dass ihre Kommune standardmäßig grünen Strom bezieht oder der gesamte Kohleausstieg früher erfolgt. Da in der Gesellschaft das Bewusstsein z.B. für das Ausmaß der Klimakrise steigt, wächst auch der Bedarf an solchen strukturellen Veränderungen und Handlungsmöglichkeiten, die zur wahrgenommenen Problemgröße passen. In diesem Sinne, so meinen auch Grund und Brock (2019), müsste die kollektive Dimension von Handlungsoptionen gegen nicht-nachhaltige Entwicklungen stärker betont werden. Die kollektive Wirksamkeitserwartung hängt dabei insgesamt stark von den Gruppen ab, denen wir uns zugehörig fühlen. Sie kann dadurch gestärkt, aber auch geschwächt werden.

3) ... wenn dies von ihrem sozialen Umfeld ebenfalls als richtig erachtet wird.

In verschiedenen psychologischen Studien hat sich ein besonders starker Einfluss von Gruppenzugehörigkeiten und sozialen Normen auf unsere Wahrnehmung von und Reaktion auf aktuelle Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung gezeigt. Das Ergebnis eines breiten Reviews zu Sozialen Identitätsprozessen von Fritsche et al. (2018) bringt im Modell der »Sozialen Identität im Umweltschutz-Engagement« (eigene Übersetzung, SIMPEA) verschiedene Faktoren anschaulich zusammen. So entstehe unsere soziale Identität dadurch, dass wir uns als Teil einer Gruppe wahrnehmen mit der wir Normen, Werte und Ziele teilen. Das können der Freundes-, Familien- oder Kolleg*innenkreis, besonders meinungstragende Gruppen wie Parteien oder Bewegungen, Vereine, aber zum Teil auch eher »zufällige« Gruppen wie eine Stadt und ihre Bewohner*innen sein. Dem SIMPEA-Modell zufolge wird unsere Wahrnehmung und Einschätzung z.B. der Klimakrise) und die Reaktion darauf von unserer sozialen Identität beeinflusst. Differenziert wird

dabei zwischen (1) der Stärke unserer Identifikation mit einer Gruppe, (2) der Deutlichkeit, die die sozialen Normen dieser Gruppe für uns haben (implizite Regeln, die das Verhalten in Gruppen leiten), und (3) der kollektiven Wirksamkeitserwartung, also der Annahme, dass wir als Gruppe eine Krise bewältigen können. Des Weiteren bildet das Modell Emotionen und Motivationen ab, die von der Gruppe und der Bewertung der Krise durch diese Gruppe beeinflusst werden: Wie dramatisch ist die Klimakrise? Wie reagieren andere Personen in meiner Gruppe? Sollte ich Angst haben? Welche Handlungsmotivation entsteht daraus?

Das Umfeld prägt also über unsere soziale Identität unsere Wahrnehmung und unser Handeln. Bei der Frage, warum manche Personen nicht stärker nach ihrem Wissen – z.B. über Nachhaltigkeits Herausforderungen – handeln, müssen diese sozialen Prozesse berücksichtigt werden, da alle Menschen das Grundbedürfnis nach der Zugehörigkeit zu einer Gruppe verspüren. Insbesondere die Stärke des Einflusses von sozialen Normen auf nachhaltiges Verhalten sollte nicht unterschätzt werden: Eine Person, in deren Umfeld über Veganer*innen Witze gemacht werden oder in deren Umfeld die Urlaubsreise mit dem Flugzeug der Standard ist, muss natürlich viel mehr Energie aufbringen, wenn sie sich vegan ernähren oder lieber einen Wanderurlaub im Harz verbringen möchte. Sie wird sich eventuell jedes Mal verteidigen und erklären müssen, warum sie an gemeinsamen Aktivitäten nicht teilnehmen kann. Einer Person, in deren Umfeld hingegen Fliegen und Fleischkonsum verpönt sind, fällt eine nachhaltige Verhaltensänderung wahrscheinlich viel leichter, weil sie ohnehin der sozialen Norm in der Gruppe entspricht. Mit dem kollektiven Engagement für eine nachhaltige Zukunft sieht es ähnlich aus: Sind alle meine Freund*innen in der Fahrradinitiative meiner Stadt aktiv, dann habe ich zahlreiche Anreize, mich dieser Gruppe anzuschließen – und sei es, um Zeit mit ihnen zu verbringen – und mich nach und nach selbst als umweltbewusster Mensch wahrzunehmen.

Transformation gestalten lernen

Sowohl die Dringlichkeit der globalen Krisen als auch die Betrachtung der individuellen und kollektiven Emotions- und Motivationsprozesse sprechen also für eine stärkere öffentliche Auseinandersetzung mit größeren, politischen Handlungs- und Mitgestaltungsoptionen. Es sollte weniger um die Vermittlung weiterer Konsumtipps oder die Analyse individueller Verhaltens-

änderungen gehen. Wenn die Frage »Was kann ich tun?« beantwortet werden soll, sollte stattdessen an wirkungsvollere Hebeln für die Transformation angesetzt werden. Es gilt heute mehr denn je, die Rolle der Bürger*innen als Gestalter*innen zu stärken, damit sie nicht in der entpolitisierten Rolle der Konsument*innen oder der Verbraucher*innen verweilen. Wie kommen wir nun konkret dahin?

Ein Konzept, das Germanwatch vor dem Hintergrund dieser Überlegungen entwickelt hat, ist der »Hand Print«. Es ist die Grundlage für eine Bildungsarbeit, die transformatives Engagement inspirieren, empowern, begleiten und unterstützen soll. In der Arbeit zum Hand Print geht es im Kern darum, mit Lernenden Handlungsoptionen zu reflektieren und zu entwickeln, die an strukturellen Rahmenbedingungen einer sozial und ökologisch nicht nachhaltigen Gesellschaft ansetzen. Es werden Fähigkeiten und Ideen erarbeitet werden, um die Rahmenbedingungen im eigenen Umfeld selbst mitzugestalten. Handeln und Lernen im Engagement sind dabei zentral (Reif & Heitfeld, 2015).

Abbildung 1: Hand Print



Hand Print

Quelle: Germanwatch e.V.

Das Symbol des Hand Print stammt ursprünglich vom »Centre for Environment Education« (CEE) in Indien. Die damals zehnjährige Srija entwarf die Hand als Symbol für positives Handeln im Rahmen eines Nachhaltigkeitsprojekts des CEE. Das offene Konzept wird weltweit verwendet, um Handeln für mehr Nachhaltigkeit anzuregen. Von Germanwatch wurde der Hand Print mit dem Schwerpunkt weiterentwickelt, strukturverändernde Handlungsmöglichkeiten und politisches transformatives Engagement im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken (<https://www.handprint.de>).

Das Hand-Print-Konzept wurde ursprünglich für die Bildungs- und *empowerment*-Arbeit entwickelt. Zunehmend wird es in den letzten Jahren in der größeren Debatte um die Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation verwendet und findet auch Berücksichtigung in der Transformationsforschung. Auch in nachhaltigen Organisationsentwicklungsprozessen von Verbänden, Instituten, Vereinen und Städten wird das Konzept genutzt.

Zu den zentralen Aspekten des Konzepts gehören:

1. Menschen entwickeln eine positive Perspektive auf ihre Handlungsoptionen. Sie arbeiten dazu mit Fragen wie »Wo kann ich etwas Positives hinterlassen?«, »Wie kann nachhaltiges Verhalten dauerhaft leichter, naheliegender und zum Standard werden?«. Sie stellen also der Negativität des ökologischen Fußabdrucks eine positive Vision entgegen.
2. Menschen werden dazu ermutigt und befähigt, über ihr individuelles Konsumverhalten hinaus zu denken, (politisch) aktiv zu werden und sich an der Mitgestaltung der Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit zu beteiligen.
3. Bürger*innen werden nicht als reine Konsument*innen, sondern als Gestalter*innen ihrer Gesellschaft ernst genommen.
4. Der Hand Print steht für größere Handlungsoptionen, die besser zur Größe globaler Herausforderungen passen und somit eine größere Wirksamkeitserwartung erzeugen und Hoffnung und Mut zum Aktiv-Werden machen (*epistemic fit*).
5. Im Gegensatz zum Fußabdruck steht der Hand Print für ein Engagement, dass ein ungleich größeres transformatives Wirkpotenzial entfalten kann, indem nachhaltiges Verhalten durch strukturelle Veränderungen für viele Menschen einfacher oder preiswerter gemacht und in der Gesellschaft verankert wird.

Nachfolgend werden einige Beispiele für Projekte aufgeführt, in denen Gruppen einen bleibenden Handabdruck hinterlassen konnten:

- Initiativen in Städten schließen sich strategisch zusammen, um den örtlichen Stromanbieter davon zu überzeugen, die »Standardoption« (oft der sogenannte Grundtarif) dauerhaft von einer fossilen oder gemischten Option auf eine rein aus erneuerbaren Energien zusammengesetzte, klimafreundliche Option umzustellen (z.B. Stadtwerke in St. Gallen).
- Kolleg*innen, Schüler*innen und Studierende engagieren sich an ihrem Arbeitsplatz bzw. ihrer (Hoch-)Schule dafür, dass in ihren Kantinen nur noch saisonales und biologisches Essen angeboten wird und dass die fleischfreie Option die preiswertere Standardoption ist (z.B. Universität & Studentenwerk Oldenburg).
- Auf Landesebene stärken engagierte Kolleg*innen und Studierende nachhaltige Landwirtschaft, indem sie sich zusammen mit anderen Gruppen für eine bleibende Quote von Nahrungsmitteln aus biologischem und regionalem Anbau in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen oder Kitas starkmachen (z.B. »CAPA-Projekt« in Brasilien).
- Mitglieder von Religionsgemeinschaften setzen sich dafür ein, dass die Geldanlagen ihrer Gemeinden und Landesverbände aus fossilen Projekten abgezogen und neue Geldanlagen ab sofort immer aufgrund von Nachhaltigkeitskriterien erfolgen sollen (z.B. die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau). Außerdem werden strengere Beschaffungsrichtlinien eingeführt, z.B. für elektronische Geräte (z.B. die Evangelische Kirche im Rheinland).

Viele dieser Ansätze können, wenn sie in kleinem Maßstab erfolgreich umgesetzt wurden, im weiteren Prozess auf die nächsthöhere Ebene übertragen werden.

Schließlich geht es beim Hand Print nicht nur darum, strukturverändernde Handlungsoptionen zu entdecken und eigene Ansatzpunkte zu finden, sondern auch darum, strategische Schritte auf dem Weg zur Umsetzung zu entwickeln und mit der nötigen Ausdauer anzugehen, um so relevante und bleibende Handabdrücke für eine sozial und ökologisch nachhaltige Gesellschaft zu hinterlassen.

Methoden und Materialien zur Arbeit rund um den Hand Print: <https://www.handprint.de>.

Theoretische Hintergründe zu transformativer Bildung und transformativem Engagement in *Transformation gestalten lernen*: <https://www.germanwatch.org/de/19607>.

Der Handabdruck-Test zum Entdecken eigener Handlungs Ideen und -strategien: <https://www.handabdruck.eu>.

Literatur

- Bandura A. (1977). Self-Efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. *Psychological Review*, 84(2), 191-215.
- Fritsche, I., Barth, M., Jugert, P., Masson, T. & Reese, G. (2018). A Social Identity Model of Pro-Environmental Action (SIMPEA). *Psychological Review*, 125, 245-269.
- Grund, J. & Brock, A. (2019). Why We Should Empty Pandora's Box to Create a Sustainable Future: Hope, Sustainability and Its Implications for Education. *Sustainability*, 11(3), 893. <https://doi.org/10.3390/su11030893>
- Hamann, K., Baumann, A. & Löschinger, D. (2016). *Psychologie im Umweltschutz – Handbuch zur Förderung nachhaltigen Handelns*. München: oekom.
- Heitfeld, M. & Reif, A. (2020). *Transformation gestalten lernen. Mit Bildung und transformativem Engagement gesellschaftliche Strukturen verändern*. Bonn: Germanwatch e.V.
- Hoffmann, J. & Scherhorn, G. (Hg.) (2009). *Eine Politik für Nachhaltigkeit. Neuordnung der Kapital- und Gütermärkte*. Erkelenz: Altius.
- Homburg, A. & Stolberg, A. (2006). Explaining Pro-Environmental Behavior With a Cognitive Theory of Stress. *Journal of Environmental Psychology*, 26, 1-14.
- Reif, A. & Heitfeld, M. (2015). *Wandel mit Hand und Fuß. Mit dem Germanwatch Hand Print den Wandel politisch wirksam gestalten*. Bonn: Germanwatch e.V.
- Schmitt, M., Neufeld, S., Mackay, C. & Dys-Steenbergen, O. (2020). The Perils of Explaining Climate Inaction in Terms of Psychological Barriers. *Journal of Social Issues*, 76, 123-135.

Psychologische und systemische Barrieren nachhaltigen Handelns

... und wie wir sie niederreißen können

Gerhard Reese

Die Transformation hin zu einer nachhaltigen – nennen wir sie sozial-ökologischen – Gesellschaft ist nicht zuletzt eine mentale Transformation. Denn es finden sich in der Vergangenheit wenige Hinweise darauf, dass allein technologische Entwicklungen die Zukunft unseres Planeten werden sichern können. Auch unsere Konsumententscheidungen können nur zum Teil dazu beitragen, die Klimakrise und andere globale Herausforderungen einzudämmen. Oder haben Sie schon einmal versucht, bei einem CO₂-Rechner auf unter drei Tonnen für ihren individuellen Fußabdruck zu kommen? Unmöglich! Die Verantwortung auf einzelne abzuwälzen, ist also der falsche Weg, auch wenn Unternehmen wie der Ölkonzern BP mit millionenschweren Kampagnen die Idee des eben genannten individuellen Fußabdrucks stützen. Wie wichtig ist also die Psychologie für die globale Herausforderung Klimakrise? Spoiler: Sie ist essenzieller Teil der Anstrengungen, die Klimakrise in den Griff zu bekommen.

Typische Barrieren des Alltags

Viele kennen es: Man fühlt sich umweltbewusst, lebt in einem sozialen Umfeld, das ebenfalls auf klimabewusstes Leben achten will – und muss bei Regen und Kälte zur einige Kilometer entfernten Schule oder Arbeitsstätte. Der nächste Bus? Der kommt – wenn überhaupt – in 30 Minuten. Die wenigsten werden in dieser Situation das Fahrrad benutzen. Stattdessen setzen sie sich lieber ins eigene Auto. In einem Land wie Deutschland ist es vor allem im ländlichen Raum nicht leicht, auf ein Auto zu verzichten. In großen Städten

ist es einfacher, aber auch hier scheinbar nicht einfach genug, wenn man sich die Staus, den Verkehrslärm und die Lebenszeit anschaut, die für die Parkplatzsuche verwendet wird. Diese Beispiele zeigen: Unser Geist ist willig, aber unser Fleisch ist schwach. Wir wollen eigentlich und finden es auch wichtig, aber die Bedingungen lassen es nicht zu.

Es sind also neben Gewohnheiten und Routinen (»Ich bin halt mit Mettbrötchen aufgewachsen.«), der Verantwortungszuschreibung (»Sollen die da oben mal machen!«) und fehlender Selbstwirksamkeit (»Ich allein kann doch ohnehin nichts tun!«) oft die systemischen Grenzen und Bedingungen, die uns davon abhalten, das Richtige zu tun (Klößner, 2013). Und da ist schon das nächste Problem: Was ist das Richtige? Selbst wenn wir es als gesetzt ansehen, dass es richtig ist, im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft zu agieren, wissen wir oft nicht, was das Richtige ist: Lieber den Apfel aus Deutschland, der seit Monaten mit Stickstoff gekühlt in großen Hallen Energie verbraucht oder besser den frischen Apfel, der aus Neuseeland eingeschifft wurde? Lieber im mit Ökostrom beheizten Neubau wohnen oder doch im Altbau, dessen hohe Decken mit Öl beheizt werden? Lieber ein neues sparsames E-Auto kaufen oder doch den 15 Jahre alten Diesel bis zum übernächsten TÜV ausreizen? Neben einem starken Umweltbewusstsein braucht es also auch noch die kognitiven Kapazitäten, sich über Konsumententscheidungen zu informieren. Und dafür fehlt es oft an Zeit.

Gerade in der sogenannten Rushhour des Lebens können wir uns kaum dazu durchringen, Konsumententscheidungen rational und bewusst zu treffen, sondern entscheiden uns aufgrund von Heuristiken – Daumenregeln, mit denen wir in den meisten Situationen gut durchs Leben kommen, die aber oft zu allem anderen als umweltfreundlichen Entscheidungen führen (z.B. Gilovich et al., 2002). Zudem scheinen viele Unternehmen unsere Entscheidungsfindungsprozesse zu kennen. Sie präsentieren uns ihre Produkte als unverzichtbaren Teil unseres Lebens. Die »Freude am Fahren« mittels »Vorsprung durch Technik« will schließlich befriedigt werden. »Ich liebe es«, in den Burger zu beißen. Geiz war auch lange Zeit geil, denn »unterm Strich: Zähl ich«. Unseren Entscheidungen für oder gegen umweltbewusste Mobilität, für oder gegen eine pflanzenbasierte Ernährung, für oder gegen das neue Smartphone, für oder gegen eine Bank, die Geldgeschäfte ökologisch und sozial abwickelt, folgen nicht immer rationale Kosten-Nutzen-Abwägungen. Politische Rahmenbedingungen – etwa Gesetze – zeigen uns ebenfalls Grenzen auf: Während ich vor der eigenen Haustür ein Auto (oder fünf) auf öffentlichen Stellplätzen parken darf, dürfte ich diesen Raum nicht nutzen, um

einen Baum (oder fünf) zu pflanzen. Einrichtungen der öffentlichen Hand müssen ihre Einkäufe meist nach ökonomischen Standards abwickeln – so billig wie möglich –, anstatt faire oder ökologische Herstellungsbedingungen zu berücksichtigen.

Zeit zum Handeln

Wir stehen also auf vielen Ebenen des menschlichen Handelns sowohl als individuelle Akteur*innen als auch als Unternehmen oder politische Entscheidungsträger*innen vor Barrieren, die uns im Alltag und auch in Bezug auf längerfristige Planungen enorm bremsen. Das ist oft deprimierend. Aber es ist nicht völlig hoffnungslos. So zeigen Umfragen, in denen Bürger*innen zu ihrer Zustimmung oder Ablehnung zu ökologischen Fragen, Verhaltensweisen oder zur Unterstützung politischer Maßnahmen befragt werden, seit vielen Jahren – das gilt an dieser Stelle zumindest für Deutschland und Europa – stabile und mehrheitliche Zustimmungsraten beispielsweise zur Energiewende. Die Politik solle mehr Geld in die Hand nehmen, um erneuerbare Energien stärker zu fördern. Überhaupt geben die meisten Menschen in solchen Befragungen an, Umweltschutz sei für sie persönlich enorm wichtig und eine wichtige politische Aufgabe. Wir können also ein recht starkes Umweltbewusstsein über Bevölkerungsgruppen hinweg beobachten.¹ Gleichzeitig empfinden wir oft eine gewisse Hemmung, die von der fehlenden Bedeutsamkeit des eigenen Beitrags gespeist wird. Sie kratzt sehr an unserem Selbst, denn wir wollen Kontrolle über unser Verhalten und darüber haben, was wir mit unserem Verhalten erreichen. Allerdings kann uns das angesichts der Klimakrise kaum befriedigen, weil wir die Auswirkungen unseres Handelns nicht sehen. Wir bekommen kein Feedback, ob es auch etwas bringt, wenn wir auf einen Flug verzichten, das Fahrrad nutzen oder grünen Strom beziehen. Es scheint – selbst wenn die Erde im wörtlichen Sinne brennt – eine psychologische Grenze erreicht.

Lange Zeit hieß es, man müsse am eigenen Leib die Klimakrise spüren, um etwas zu ändern. Doch obwohl wir seit Jahren die realen Folgen der Klimakrise beobachten können – extreme Sommer, Wald- und Buschbrände (nicht nur) in den USA und Australien, Sorgen um die Wasserversorgung in Metropolregionen in Deutschland und anderen Ländern –, verändern wir nichts.

1 Siehe z.B. https://ec.europa.eu/clima/citizens/support_de.

Eher scheint es so, als würden wir sehenden Auges in die Katastrophe laufen. Wenn also selbst unser eigener Erfahrungsraum den Hebel zum Handeln nicht umlegt, dann müssen wir den Fokus auf das Individuum substanziell überdenken. Wir sollten uns weniger darauf fokussieren, wie eine einzelne Person ihren ökologischen Fußabdruck verringern kann, sondern uns überlegen: Wie können wir als Gemeinschaft oder Gesellschaft einen substanziellen Beitrag leisten? Wie könnte das gelingen?

Ja, wir schaffen das!

Wenn individuelles Handeln an Grenzen stößt, weil wir nicht wissen oder merken, dass unser Handeln etwas bringt, dann sollten wir uns einer sehr menschlichen Eigenschaft besinnen: Menschen sind Gruppenwesen. Sie können sich mit anderen organisieren und zusammentun, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Das ist weder neu noch überraschend, aber es zeigt doch: Wir stehen nicht allein auf weiter Flur. Die Klimakrise als kollektive Krise zu verstehen, fällt zwar schwer, doch wenn es uns gelingt, sie durch eine »kollektive Linse« zu betrachten, können wir einen substanziellen und vor allem sichtbaren Beitrag leisten. Was heißt das aus psychologischer Sicht?

In einem umweltpsychologischen Wirkmodell wurde systematisiert, welche Prozesse bei der Wahrnehmung und Reaktion auf die Klimakrise (aber auch auf andere Krisen) eine besondere Rolle spielen (Fritsche et al., 2018; Reese et al., 2020). Nach diesem Modell hängt die Bewertung der Klimakrise erstens davon ab, wie sehr sich einzelne Personen mit einer bestimmten Gruppe identifizieren. Wenn ich mich also etwa mit der Gruppe Greenpeace identifiziere, dann ist es besonders wahrscheinlich, dass ich die Klimakrise als besonders bedrohlich wahrnehme und entsprechend darauf reagieren möchte. Hier kommt das zweite Element ins Spiel: Vor allem dann, wenn ich das Gefühl habe, dass wir als Gruppe wirklich etwas zu einem Ziel, einer Veränderung, einer Transformation beitragen können, bin ich motiviert, mich auch persönlich stärker einzusetzen. Und schließlich spielt noch ein Faktor eine besondere Rolle: Innerhalb der Gruppe müssen klare Normen und Ziele bestehen, für die wir uns einsetzen können und wollen. Das mag bei Greenpeace trivial sein – hier ist die Gruppenzugehörigkeit nahezu gleichzusetzen mit den Zielen und Normen –, aber bei größeren Gruppen macht das den entscheidenden Unterschied. Wenn ich mich z.B. mit den Bürger*innen meiner Stadt identifiziere, kann dies meinen Beitrag zum Klimaschutz stärken, be-

sonders dann, wenn sich die Stadt zum Ziel gesetzt hat, Klimaschutz an die oberste Stelle zu setzen, Klimaschutz also in der Stadt normativ wird.

Auch hier sehen wir wieder, dass psychologische Prozesse mit politischen Rahmenbedingungen interagieren können: Wenn wir es als Gruppe oder Bewegung schaffen, Klimaschutz auf den Plan zu rufen (wie die Fridays for Future-Bewegung es wunderbar geschafft hat), dann bewegt sich die Politik. Bewegung von unten kann also zu Bewegung auf politischer und gesetzlicher Ebene führen. Umgekehrt kann das ebenso gelingen: Wenn der Staat oder die Kommune als gesetzgebende Instanz klimabewusstes Handeln fördert – etwa durch finanzielle Anreize (wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz), infrastrukturelle Veränderungen (wie breite Radwege) oder auch durch Verbote (z.B. von Inlandsflügen) und das Erschweren klimaschädlicher Verhaltensweisen (wie die massive Reduktion von Parkplätzen im öffentlichen Raum) –, dann profitieren nicht Einzelne, sondern Gruppen von Menschen und die Bereitschaft, selbst etwas beizutragen, steigt. Und letztlich – wenn auch sehr mittelbar und langfristig – dient unser Handeln der gesamten Menschheit.

Vielleicht liegt hier sogar noch ein weiterer Schlüssel, der unser klimaschützendes Denken in klimaschützendes Handeln übersetzt. So deuten die Ergebnisse der Forschung zur sogenannten globalen Identität, also einer Identifikation mit der Gruppe der gesamten Menschheit, darauf hin, dass eine stärkere Bindung an die Gruppe Menschheit dazu führen kann, sich stärker für die Belange aller auf dem Planeten einzusetzen und nicht nur engstirnige Eigen- oder nationale Interessen zu verfolgen (Loy & Reese, 2019; McFarland et al., 2019; Reese & Kohlmann, 2015). Es muss also darum gehen, die eigene moralische Sphäre auf die gesamte Menschheit auszudehnen. Das stellt sicherlich eine Herausforderung dar. Zusammen mit der Identifikation auf lokaler oder regionaler Ebene könnte darin jedoch ein psychologischer Hebel liegen, durch den globale Verantwortung in lokales, klimabewusstes Handeln übersetzt und gleichzeitig die Akzeptanz politischer Klimaschutzmaßnahmen gesteigert wird.

Und alle müssen!

Den meisten Menschen ist klar, dass die Klimakrise konzertiertes Handeln auf breiter Basis erfordert. Jede*r Einzelne kann und muss dazu beitragen – auch Unternehmen und die Politik. Wir können als Bürger*innen auf die Straße gehen und wählen, welche Politik wir wollen. Und die Politik kann

den Rahmen für uns und für Unternehmen schaffen, klimabewusst zu agieren. Das ist eine Menge Arbeit, die gemacht werden muss. Das Gute daran ist: Sie ist machbar. Wir »müssen« hinterfragen, inwiefern die aktuellen ökonomischen Wachstumsnormen – auch jene mit einem grünen Anstrich – uns daran hindern, neue Visionen zu entwickeln. Ist es wirklich Verzicht, wenn wir kein eigenes Auto mehr haben, fahren, zahlen, parken müssen? Oder ist es Befreiung und Solidarität? Wir »müssen« mit dem Finger auf unsinnige Infrastrukturen und Standards hinweisen, die einer klimaschützenden Entwicklung im Weg stehen. Wir »müssen« Kapazität für Veränderung schaffen – zeitliche, aber auch finanzielle Kapazitäten. Vielleicht kann ein bedingungsloses Grundeinkommen den ökonomischen Druck verringern und zeitliche Freiräume schaffen, sich solidarisch zu engagieren. Jede*r Einzelne ist ein Teil des Ganzen, aber eben nicht in alleiniger Verantwortung. Wir sollten es einfach mal probieren! Und zwar jetzt: Dieses Buch zur Seite legen, aufstehen, handeln!

Literatur

- Fritsche, I., Barth, M., Jugert, P., Masson, T. & Reese, G. (2018). A Social Identity Model of Pro-Environmental Action (SIMPEA). *Psychological Review*, 125(2), 245.
- Gilovich, T., Griffin, D. & Kahneman, D. (Hg.) (2002). *Heuristics and Biases: The Psychology of Intuitive Judgment*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Klößner, C.A. (2013). A Comprehensive Model of the Psychology of Environmental Behaviour – A Meta-Analysis. *Global Environmental Change*, 23(5), 1028-1038.
- Loy, L.S. & Reese, G. (2019). Hype and Hope? Mind-Body Practice Predicts Pro-Environmental Engagement Through Global Identity. *Journal of Environmental Psychology*, 66. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2019.101340>
- McFarland, S., Hackett, J., Hamer, K., Katzarska-Miller, I., Malsch, A., Reese, G. & Reysen, S. (2019). Global Human Identification and Citizenship: A Review of Psychological Studies. *Political Psychology*, 40, 141-171.
- Reese, G. & Kohlmann, F. (2015). Feeling Global, Acting Ethically: Global Identification and Fairtrade Consumption. *The Journal of Social Psychology*, 155(2), 98-106.

Reese, G. et al. (2020). SARS-Cov-2 and Environmental Protection: A Collective Psychology Agenda for Environmental Psychology Research. *Journal of Environmental Psychology*, 70, 101444. <https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2020.101444>

Denken wie »Commoners«

Die Commons und nachhaltiger Konsum

Silke Helfrich

Der Beitrag basiert auf einem Interview mit Silke Helfrich am 05. Juli 2021, 11.00-12.00 Uhr. Das Interview wurde von Randy Haubner geführt.

Sie setzen sich für »Commons« ein? Worum genau geht es dabei?

Es geht um das gemeinverantwortliche Sorgetragen für das, was keiner Person alleine zusteht, etwa weil es niemand individuell hergestellt hat. Es gibt Vieles, das in irgendeiner Weise geteilt, kollektiv verantwortet, gepflegt und genutzt werden muss.

Commons hat mittlerweile den Begriff der Gemeingüter abgelöst. Das ist gut, denn Commons verdeutlicht, dass es im Kern nicht um Güter geht, sondern um unsere Beziehung zueinander im Umgang damit, im Umgang mit fast allem auf der Welt.

Entsprechend wird über Commons oft mit normativem Anspruch diskutiert. Es geht ja darum, unsere Beziehungen so zu gestalten und die Dinge, die wir zum Leben brauchen, so herzustellen, dass »sich niemand über den Tisch gezogen fühlt«. Zugleich geht es darum, dass das, was alle zum Leben brauchen – unsere Lebensgrundlage – auch morgen noch da ist. Optimalerweise sollte ein solcher pflegnutzender Umgang unsere Handlungsoptionen erweitern und nicht einschränken. Das ist ein hoher Anspruch.

Commons zielen immer darauf ab, uns von Modellierungen zu lösen, weil diese so kontextvergessen sind. Es gibt also einiges zu tun und dieses Tun wird oft »Commoning« genannt. Das ist ein verbürgtes altes englisches Verb und wird im Deutschen manchmal mit »gemeinschaffen« übersetzt. Commoning ist eigentlich die größte Selbstverständlichkeit der Welt.

Was sind die Treiber für die Transformation hin zu Commons und zu Commoning?

Ich würde sagen, es gibt mindestens drei: 1. Die Notwendigkeit, konkrete Probleme zu lösen oder Bedürfnisse zu befriedigen, 2. Erfahren, erleben, sich berühren lassen, 3. Denken lernen wie Commoners.

Die Not-Wendigkeit treibt an; unsere Not, den Klimaumbruch oder den Zerfall der Gesellschaft (doch noch) zu wenden. Das zeigt sich besonders in akuten Konflikt- und Stresssituationen, dann funktioniert Solidarität und Selbstorganisation.

Auch das Erfahren, Erleben und Sich-Berühren lassen liegt als Antrieb auf der Hand. Ich kümmere mich um das, was ich liebe, was mich bewegt. Und was ich erfahren und erlebt habe, kann ich leichter wiederholen oder auf neue Situationen übertragen. Das leitet uns z.B. in der Commons-Sommerschule, die wir einmal im Jahr durchführen. Dort versuchen wir so miteinander zu arbeiten und miteinander Dinge auszuprobieren, dass klar wird, wie es sich anfühlt, getragen zu sein. Das ist natürlich nicht nur ein diffuses Gefühl, das sich »irgendwie« einstellt. Es resultiert auch aus Vereinbarungen, Regeln, Verlässlichkeit und Organisationsstrukturen.

Und der dritte Treiber – lernen zu denken wie Commoners – ist ganz entscheidend. Es ist schwer zu tun, was wir nicht denken und uns nicht einmal vorstellen können. Wie Commoners zu denken erweitert das, was wir für machbar halten. Das kann auch in der Politik nützlich sein. Der Bürgermeister und die Vizebürgermeisterin von Zagreb, beide im Frühjahr 2021 gewählt, kommen beispielsweise aus der Commons-Bewegung.

Was verstehen Sie unter einer Transformation unserer Welt?

Transformation bedeutet für mich zunächst damit aufzuhören, die Welt vertikal zu denken, also unten das Kleine und Kleinteilige, oben das Große, Wichtige und Ganze. Diese Ebenen (klassischerweise als Mikro, Meso und Makro bezeichnet) hängen viel komplexer miteinander zusammen, sie entfalten sich auseinander heraus; wobei es wichtig ist, hier keinem einfach gestrickten Holismus zu folgen. Nicht alles ist in allem enthalten. Transformation heißt zunächst zu verstehen, dass wir tatsächlich mit allem verbunden und von vielem abhängig sind. Wir agieren in interdependenten, komplexen Systemen und müssen begreifen, was das bedeutet: etwa, dass auch im Großen wirkt, was wir im Kleinen tun – nur nicht immer direkt und schon gar nicht monokau-

sal. Und zudem ist jeder kleine Akt nur dann ein Akt der Transformation des Ganzen, »wenn« in den kleinen Akten selbst transformative Logiken stecken.

Wenn ich mich z.B. aus der Logik des Marktes herausbewegen will, wenn ich Geben und Nehmen entkoppeln möchte, damit Menschen ihr Potenzial entfalten können, dann muss vieles anders organisiert werden – das Dach über dem Kopf, die Lebensmittelversorgung, die Befriedigung unmittelbarer Bedürfnisse. Wir müssen andere Handlungslogiken in unser Wirtschaften einschreiben, wir müssen unabhängiger vom Geld werden und so der Marktlogik den Schmierstoff entziehen – nämlich uns selbst. Eine solche Transformation betrifft die gesamte Ausrichtung von Lebensläufen genauso wie die Grundmuster des politischen, insbesondere wirtschaftspolitischen Handelns. Da hängt bisher alles an der Schaffung von Arbeitsplätzen: teils hochbezahlte Arbeitsplätze in der Stahl-, Automobil- und Rüstungsindustrie oder in der energieverschleudernden Baubranche erscheinen selbst im Jahre 2021 – trotz Klimaumbbruch – noch wichtiger als die Idee, die Produktion runterzufahren und weniger zu arbeiten. Diese Arbeitsmarktorientierung folgt der Logik der Marktökonomie und nährt sie zugleich, obwohl sie tendenziell unsere Lebensgrundlagen untergräbt. Ein Teufelskreis.

Wir können die Welt nicht in ihre Einzelbestandteile zerlegen und von ihrem Kontext befreien, nur um es uns einfacher zu machen – etwa Forderungen nach dem Abbau umweltschädlicher Produktion mit der Frage abwürgen: »Wovon sollen die Mercedes- und Audi-Mitarbeiter*innen dann leben?« – Nur um weiterzumachen wie bisher. Komplexität lässt sich nicht vereinfachen, nur möglichst klar erfassen und beschreiben. Das »*Keep it simple*« ist also ein recht unpassendes Motto. Richtiger wäre: »*Keep it complex and clear*«. Dafür ist es wichtig, die Beziehungsmuster und Handlungslogiken zu erfassen, etwa den Zusammenhang zwischen einem konkurrenzgetriebenen, marktbasiereten Wirtschaftssystem und dem ökologischen Desaster. Und dann brauchen wir grundlegend andere Wirtschaftsformen, die anderen Handlungslogiken folgen, z.B. Commons.

Wie können wir uns die Beziehungsmuster und Handlungslogiken der Commons vorstellen?

Vielleicht hilft hier eine Metapher aus dem Bereich der Ökologie: Commons oder Commons-Projekte können wir uns wie Pilze vorstellen. Es gibt sie überall und zu jeder Jahreszeit. Wenn ich aber Leute frage, die wenig Übung ha-

ben, wird es heißen: »Ich finde nie Pilze«. Pilze zu finden ist ja eine Frage der Übung und der Aufmerksamkeit. Das wusste schon der berühmte kleine Bär von Janosch. So ist es auch mit den Projekten der Transformation. Es gibt sie überall und es gibt unzählige Ansätze, z.B. die »Communities for Future«, die solidarischen Landwirtschaften (»SoLaWi«), die freien Softwareprojekte, die freien Radios und Funknetzwerke, die vielen analogen und digitalen Projekte, bei denen Wissen ganz selbstverständlich geteilt und nicht zur Ware gemacht wird, angefangen bei Wikipedia bis hin zu den Alternativen zu »Datenstaubsaugern« wie Google oder Zoom: etwa GNU/Linux oder »Senfcall«. Je besser wir darauf eingestellt sind und je genauer wir hinschauen, umso mehr sehen wir.

Und dann stellen wir plötzlich fest, die Pilze sind gar nicht das Entscheidende. Sie sind nur die Fruchtkörper, das was wir zu sehen bekommen und was wächst, wenn die Bedingungen stimmen. Viel wichtiger ist das Myzel. Das ist das eigentlich Lebenspendende. Myzelien tauschen Ressourcen und Informationen aus, lassen Pilze sprießen, nähren Pflanzen und nähren sich von ihnen. Myzelien sind überall, durchdringen alles und sind doch weithin unsichtbar. Sie erinnern mich an das, was wir Commoning nennen: eine Beziehungs-, Handlungs- und Produktionsweise, die solidarische Landwirtschaft oder gemeinschaftsgetragene Projekte erst hervorbringt. Für die Praxis ist es dann wichtig zu überlegen, wie wir uns hierarchiearm organisieren, miteinander einstimmig entscheiden, Konflikte beziehungswahrend bearbeiten, Transparenz in Vertrauensräumen schaffen, Rituale des Miteinanders etablieren und pflegen und so weiter. Diese Themen kommen immer wieder auf den Tisch. Wenn wir sie so beantworten, dass sich niemand über den Tisch gezogen fühlt, die Ressourcen auch morgen noch da sind und wir uns nicht in unseren Handlungsfreiheiten eingeschränkt fühlen, dann können jede Menge Pilze wachsen. Wir nähren also das Myzel, »indem« wir begreifen, dass eine andere Handlungs- und Beziehungsweise lokale Orte der Transformation hervorbringen kann. Und diese Projekte können sich aufeinander beziehen – so wie sich Myzelien zu gemeinsamen Myzelien-Netzwerken verbinden. Solidarische Landwirtschaften können bei Opensource-Hardwareprojekten andocken, sie können ihre Ressourcen von Bildungsnetzwerken holen, könnten sich vom Bau freier, konvivaler Werkzeuge und Landmaschinen inspirieren lassen oder freie, digitale Plattformen nutzen, um miteinander nicht nur im deutschsprachigen Raum, sondern auch international zu kommunizieren. So können Verbünde transformativer Projekte entstehen.

Was bedeutet für Sie vor diesem Hintergrund »ein gutes Leben« in der Commons-Bewegung?

Ein nicht nur materiell begründetes Sicherheitsgefühl, ein Getragensein von Menschen und von Infra- und Versorgungsstrukturen, die auch dann greifen, wenn ich gerade nicht »funktioniere«. Wenn wir eine materielle Grundsi- cherung haben »und« uns von Beziehungen getragen fühlen, kann sich auch mehr Zeitwohlstand einstellen, denn innerhalb der Commons-Bewegung heißt ein gutes Leben mindestens, das Getriebensein im Hamsterrad zu überwinden. Diese Getriebensein ist oft tief mit der Angst verbunden, abge- hängt zu werden oder vielleicht später nicht genug zu haben oder alles allein – individuell – schaffen zu müssen.

Ein gutes Leben ermöglicht Angstfreiheit und dafür brauchen wir andere Bedingungen und nicht 40-Stunden-Jobs, die oft fremdbestimmt sind, und nebenbei die Frage, wie wir Kinder erziehen, uns selbstoptimieren und noch für die Gesellschaft tätig sind.

Und wie kommen wir dahin?

Indem wir neu darüber nachdenken, was uns Arbeit, speziell Lohnarbeit, be- deutet. Ich spreche nicht gern von Arbeit, lieber vom Tätigsein, denn wenn wir immer die gleichen Fragen stellen – »Wie sieht die Zukunft der Lohn- arbeit aus? Wie bestehe ich auf dem Arbeitsmarkt? Wie werde ich möglichst gut bezahlt?« –, fahren wir direkt in eine Sackgasse, wir werden blind für die Alternativen. Wenn wir über unser Tätigsein nachdenken, gehört die ganze Vielfalt dazu. Es gehört alles dazu, was wir tun, von Fürsorge- bis Werkstätig- keiten. Das ernst zu nehmen und immer wieder zu fragen, »Wofür und worin will ich wie wirklich tätig sein?«, führt natürlich zu einer völligen Umgestal- tung des Arbeitsmarkts. Die Mindestforderung wäre jedenfalls eine formale Lohnarbeitszeit von maximal 20 Stunden pro Woche.

Es ist doch klar, in Commons-Kontexten sowieso, dass das Versorgt- und Getragensein nicht nur von Geld oder wohlwollender Sozialpolitik abhängen darf. Dafür sollten wir gute gesellschaftliche Bedingungen schaffen, so dass das Miteinander-Handeln und das Füreinander-Sorge-tragen einfacher wird. Wer sich um eine »SoLaWi«, um mehrgenerationelle Wohnprojekte, um frei- es Wissen kümmert, braucht gesellschaftliche Anerkennung, konkrete Un- terstützung und mehr Freiräume, denn Commoning kann nicht nur abends

nach der Lohnarbeit stattfinden. Wir könnten auch Städte so »entwickeln«, dass möglichst viel Raum für Selbstorganisation statt möglichst viele Quadratmeter Verkaufsfläche entstehen. Wir könnten die meisten Organisationsstrukturen und Entscheidungsverfahren überdenken, um herzustellen, was wir manchmal »strukturelle Gemeinschaftlichkeit« nennen.

Sie waren beim Zukunftsdiskurs »Consumers for Future« dabei. Was haben Ihrer Meinung nach Konsumierende mit der Transformation unserer Welt zu tun?

Lassen Sie mich an den drei Hebeln der Transformation anknüpfen: die Notwendigkeit, das Erfahren und Erleben sowie das Umdenken. Ich fange bei Letzterem an. Wie wäre es, wenn wir unsere Rollen überdenken? Wir sind ja immer Konsumierende und Produzierende zugleich – oft wird von Prosument*innen gesprochen. Die Art und Weise aber, in der unsere Ökonomie organisiert ist, trennt diese Rollen voneinander. Wir sollten diese Rollentrennung auflösen und damit experimentieren, wieder beides in den Blick bekommen, uns also nie nur als Konsumierende verstehen. In dem Moment, in dem wir etwas konsumieren, sind wir schon die Produzierenden des Mülls, mit dem sich andere wieder ein Geschäftsmodell ausdenken und mit dem wir letztlich unsere Lebensgrundlage (und damit die Produktionsgrundlage) zerstören. Daher stellt sich die Frage, wie wir das Konsumieren/Produzieren tatsächlich so umdenken können, dass es sich in realen Produktionsprozessen niederschlägt. Bleiben wir beim Beispiel der solidarischen Landwirtschaft. Hier gibt es natürlich Arbeitsteilung. Wir haben Gärtner*innen und Bäuer*innen, die sich kontinuierlich darum kümmern, eine gute Ernte einzufahren. Wir als Mitglieder haben auch die Möglichkeit, am Mittwoch oder am Samstag mit auf das Feld zu gehen, mit zu produzieren und damit – zeitweise – die Trennung zwischen Konsumierenden und Produzierenden aufzuweichen. So gewinnen wir auch eine ganze Menge Empathie für die jeweils andere Rolle.

Wir können also das erhalten, was gemeinhin »Arbeitsteiligkeit« genannt wird und ihr zugleich die Spitze der Überspezialisierung und die Perversion der Monotonie und Sinnlosigkeit nehmen. Und damit sind wir beim zweiten Treiber der Transformation: dem konkreten Erleben. Wenn ich auf dem Acker stehe, die Hände in der Erde, die Sorge bei den Pflanzen, wenn ich begreife, wieviel Handarbeit und Zeit nötig ist, um Möhren in Bioqualität zu erzeugen, dann gewinne ich ein anderes Verhältnis zum Ganzen. Und hier kommt

der dritte Treiber hinzu, die Notwendigkeit, dass wir Lebensmittel brauchen. Aber auch, wenn es die Ernte verhagelt, ist die Not da und wir müssen miteinander das Problem lösen. Aber wir tun es dann auf einer anderen Grundlage.

Wie können wir die Menschen für ein nachhaltigeres Handeln und für die Commons sensibilisieren?

Im Wesentlichen über zwei Wege: Wissen und Erfahrung schaffen sowie kommunizieren. Die Wirtschaftswissenschaftler*innen, insbesondere die Betriebswirt*innen, haben ja in der Vergangenheit viel dafür getan, immer wieder auf sogenannte Marktgesetze zu verweisen und gebetsmühlenartig zu erklären, dass »die« Ökonomie angeblich Gesetzen gehorcht. Das wird millionenfach wiederholt, obwohl es weder das Gemeinschaffen, noch Fürsorge, noch alternative Wirtschaftsweisen erklärt. Es wird auch nicht gefragt, was denn eigentlich das Myzel ist, das alles nährt. Wir müssen also unseren Aufmerksamkeitsfokus verschieben: in der Wissenschaft und in der Publizistik. Wir müssen über alle verfügbaren Medien das erzählen, was Menschen zum Nachahmen verleitet. Statt der Börsennachrichten könnten wir z.B. Geschichten des Gelingens erzählen. Werbung ist ein Treiber der Marktwirtschaft. Was, wenn wir diese radikal herunterfahren und jeden Abend drei Minuten vor der Tagesschau oder den heute-Nachrichten über Neues aus der Welt der Commons berichten? Wir würden Menschen inspirieren, miteinander verbinden und zum Ausprobieren anstiften.

Das entspricht auch meiner unmittelbaren Erfahrung. Ich habe vor 15 Jahren angefangen, mir die Commons-Brille aufzusetzen. Das bewirkt tatsächlich eine Wahrnehmungsveränderung. Ich sehe überall Commons-Ansätze, weil sie für mich einfach zu sehen und weil sie ohnehin überall sind – wie Myzelien. Die Geschichte des Kapitalismus ist ja auch eine Geschichte der Commons. Der Frühkapitalismus ist aus der Einhegung der sogenannten traditionellen Commons entstanden; es hat der Einzäunung, Privatisierung und strukturellen Transformation aller bis dahin existierenden Beziehungen bedurft, um die Wirtschaftsweise überhaupt erst in die Welt zu bringen, die uns seit circa 250 Jahren dominiert. Mit den Einhegungen nimmt es bis heute kein Ende. Aber wenn es möglich ist, etwas einzuhegen, ist natürlich auch der umgekehrte Prozess möglich, wenngleich schwieriger. Privatisieren geht leichter als entprivatisieren. Zudem darf das nicht rückwärtsgerichtet passieren, weil sich die Produktionsbedingungen völlig verändert haben und auch die Zahl

der Menschen ist sehr viel größer geworden. Commons vor dem Kapitalismus sind etwas anderes als Commons *nach* dem Kapitalismus. Wir müssen die heutigen Bedingungen bedenken und uns aus ihnen heraus aus der Umklammerung des kapitalistischen Marktes befreien und ins Werk setzen, was uns frei, fair und lebendig leben lässt, ohne dabei das Alte zu idealisieren.

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen, Menschen zu sensibilisieren oder zum Umdenken hin zu mehr Commoning, Gemeinwohlökonomie oder Gemeinwohlorientierung zu bringen?

Ich glaube, die größte Herausforderung liegt in den individuellen Biographien, die ziemlich fest in gesellschaftlichen Strukturen verankert sind. Wir müssen unserer Biographie begegnen und biographische Anker lichten, also sicher Geglaubtes, ein Stück eigenes Selbstverständnis und Gewordensein über Bord werfen. Es ist sehr schwierig, sich aus Bedingungen zu lösen, die unseren Alltag vorstrukturieren. Beispielsweise ist die Idee sehr präsent, dass die Befriedigung von Bedürfnissen immer über Geld vermittelt wird. Und wer immer sie in Frage stellt, wird sofort gefragt: »Soll ich jetzt anfangen, mein Brot zu selbst zu backen und das Holz im Wald selbst zu schlagen?« Das nicht, aber sich in anderen Organisationsstrukturen und Produktionsprozessen zu üben, »während« wir noch in alten Strukturen drinstecken – das geht. Es eröffnet neue Welten und wird sich zeigen: Der Weg legt sich beim Gehen unter unsere Füße.

Wie meine ich das mit den alten Strukturen? Wir brauchen z.B. Geld, um eine andere Ökonomie aufzubauen, in der wir unabhängiger von Geld leben können. Deswegen braucht es dieses radikale Umdenken. Deswegen ist ein bedingungsloses Grundeinkommen sinnvoll. Es stellt erst einmal die Bedingungen dafür her, dass Menschen sich freier entfalten und ein Vertrauen in das Gelingen des anderen Wirtschaftens gewinnen können. Diese Zeit des Wandels braucht Brücken, mutige Pioniere und innovative Maßnahmen, mit denen sie vorangehen, damit es überhaupt Räume des Erfahrens und Erlebens geben kann.

Welche Geschichten des Gelingens können andere ermutigen, sich auf den von Ihnen geschilderten Weg zu machen?

Wir brauchen drei verschiedene Erzählebenen und Erzähler*innen. Da sind zunächst die Menschen selbst, die Erfahrungen in Commons-Institutionen gemacht haben oder sich selbst als Commoner betrachten. Sie können diese Ideen authentisch vermitteln, wenn sie erzählen, wie ein Studium anders organisiert sein kann, wie Bildung anders finanziert sein kann, welche Erfahrungen sie mit Selbstorganisation gemacht haben – von anonymen Alkoholiker*innen über Menschen aus den Flüchtlingslagern dieser Welt bis hin zur landesweiten Reorganisation der Pflege wie das beispielsweise »Buurtzorg« in den Niederlanden in Kooperation mit dem Staat tut. Aber diese Authentizität reicht nicht, weil diese Erfahrungen im Kontext gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen immer als »das Kleine«, das Überschaubare betrachtet werden, so als würde Commoning nur unter Menschen funktionieren, die sich kennen. Das stimmt nicht. Wir können andere Beziehungsweisen und Handlungslogiken auf allen Ebenen verankern. Und auch darüber müssen wir erzählen. Das können Wissenschaftler*innen tun, Transformationsforscher*innen oder die sogenannten *public intellectuals*. Sie können die konkreten Erfahrungsräume verknüpfen, können sie in eine verständliche Sprache übersetzen und den großen Bogen spannen. Wir brauchen also die Erzählungen aus der Perspektive der Pilze – von Menschen, die selbstorganisiert sind und vom Konkreten berichten. Und wir brauchen Erzählungen aus der Perspektive des Myzels, von Menschen, die die Bezüge und Handlungslogiken freilegen. Und schließlich brauchen wir die große Erzählung über die gemeinsamen Myzelien-Netzwerke: Wie verbindet sich das eine mit dem anderen? Und wie entsteht daraus ein anderes Bild von Gesellschaft? Wie können wir dieses Bild umsetzen und verstehen, was sich wie gegenseitig nährt, wie Informationen und Ressourcen ausgetauscht werden? Kurz: Wie können wir gute Bedingungen dafür schaffen, dass immer mehr Pilze sprießen?

Sie haben mit David Bollier ein Buch geschrieben *Frei, fair und lebendig - Die Macht der Commons*, das 2019 erschienen ist. Für wen ist es gedacht? Und was ist Ihre Intention mit diesem Buch?

Am Anfang erzählen wir von der Omnipräsenz der Commons wo – ähnlich dem *care*-Ansatz – nicht alles gegeneinander aufgerechnet wird. Fürsorge-

Beziehungen sind grundlegend, deswegen greifen Fürsorge und Commoning sehr gut ineinander. Dann zeigen wir, dass ein relationales Seinsverständnis wichtig ist, um Commons zu verstehen. An vielen Orten in der Welt gibt es das; in der Ideengeschichte ist das auch nichts Neues. Wir sprechen trotzdem vom Ontowandel, weil das dominierende Seinsverständnis eben ein anderes ist. Und daraus folgt, dass wir oft andere Begriffe brauchen, eine andere Sprache. Oft haben uns die Worte gefehlt, um genauer zu beschreiben, was im Gemeinschaffen stattfindet. Wir haben also neue genutzt – das »Ich in Bezogenheit« z.B. oder das »gemeinstimmig« entscheiden. Und wir sprechen von der »Beziehungshaftigkeit des Habens«, es gibt zwei Kapitel zum Thema Eigentum. Natürlich brauchen wir für die andere Welt und Ökonomie auch eine andere Metaphorik. Die fehlt im Buch noch.

Gedacht war es ursprünglich für alle Menschen, die sich für diese Ideenwelt interessieren und vor allem für jene, die sie umsetzen wollen. Wir erzählen deshalb im zweiten Teil viel aus der Praxis und schöpfen aus gelingender Praxis sogenannte Muster des Commoning, die der Handlungsorientierung dienen. Dabei war klar, dass wir die größeren Zusammenhänge in den Mittelpunkt rücken müssen; etwa die Frage des Habens. Es geht uns darum, über Eigentum und Besitz so nachzudenken, dass wir zu ganz anderen Formen des Habens kommen – auch jenseits der Dichotomie zwischen Privat- und Gemeineigentum. Da sind wir dann bei den Grundpfeilern unserer Gesellschaft und deren Transformation. Aus diesem Nachdenken schließen wir dann auf Institutionen, die Commoning einfacher machen können. Ein einfaches Beispiel: Jede*r (Kommunal-)Politiker*in kennt Public-private-Partnerships, also öffentlich-private Partnerschaften. Kaum jemand stellt sich die Frage, wie wir einen rechtlichen Rahmen und einen Kooperationsrahmen schaffen können, der stattdessen commons-öffentliche Partnerschaften etabliert. Daher richtet sich das Buch (insbesondere im dritten Teil) auch an Menschen, die diese Handlungslogiken in die Transformation gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen übertragen können. Und speziell für Wissenschaftler*innen gibt es auch noch einen Methodenanhang.

Das Buch beschreibt also Alternativen zum Kapitalismus. Haben Sie dazu auch strategische Überlegungen?

Ich bin auch Mitglied des »Netzwerks Ökonomischer Wandel« (NOW) und dort ist uns sehr klar geworden, dass viele alternativ-ökonomische Zugänge und Alternativen miteinander verwoben werden müssen. Märkte können wir nur am Gemeinwohl orientieren, wenn wir die aktuelle Marktlogik zurückdrängen, weil sie auf dem Konkurrenzprinzip beruht und uns voneinander trennt, wenn wir gleichzeitig Institutionen und damit den Staat umfassend demokratisieren und letztlich Commons ausweiten. Darunter fassen wir im NOW alle solidarischen, *care*- oder Commons-Praktiken, die diese anderen Beziehungslogiken ins Werk setzen. Auch hier ist die Metapher vom gemeinsamen Myzelien-Netzwerk passend: Beispielsweise kümmere ich mich als Commoner darum, dass es mehr Commons-Projekte gibt, dass sie wie Pilze aus dem Boden brechen. Das tue ich mit Anderen, die zu anderen Alternativen arbeiten, wohl wissend, dass sich die Myzelien der unterschiedlichen Praktiken auch miteinander verweben können. Auch Unternehmungen und Unternehmen der solidarischen Ökonomie und der Gemeinwohlökonomie zwingen dazu, uns mit unserer ökonomischen Unkultur auseinanderzusetzen. Wenn Menschen eine Gemeinwohlbilanz für ihren Betrieb erstellen, müssen sie automatisch über ihr Tun und die darin eingeschriebenen Logiken nachdenken.

Corona prägt(e) die Jahre 2020 und 2021. Wie blicken Sie in die Zukunft? Kann Corona auch eine Chance für ein Umdenken sein?

Ja, natürlich, aber bisher finde ich kaum Anzeichen für ein Umdenken, sondern schlicht ein Schwanken zwischen den beiden Polen Markt und Staat. Die dominante Erzählung im Kontext der Corona-Krise offenbart eher ein Wiedererstarken keynesianischer, wirtschaftspolitischer Ideen und damit ein Wiedererstarken des Staates, ohne dass sich dabei die Handlungslogiken des Staates selbst aus der Marktlogik befreien. Daher brauchen wir Menschen, die nochmal aus größerer Distanz den Blick darauf richten, wie unsere Produktions- und Lebensweisen mit dem Entstehen von Zoonosen und deren rasender Verbreitung zusammenhängen. Diese Geschwindigkeit kann es ja nur unter heutigen Lebensbedingungen überhaupt geben!

Dabei ginge das anders. Wir können so wirtschaften, dass wir nicht der noch verbleibenden Wildnis immer näher auf die Pelle rücken. Wir können die Agrar- und Forstgrenze zurückdrängen statt sie voranzutreiben. Doch darüber wird kaum gesprochen. Eigentlich wäre es an der Zeit, die Reflexion auf Corona mal aus einer Commons-Perspektive anzupacken. Dann würden wir wahrscheinlich zu radikal anderen Lösungen kommen, im Sinne der Prävention von Zoonosen aber auch in dem Sinne, dass vom »Impfstoff als Gemeingut« nicht nur in politischen Sonntagsreden gesprochen, sondern Impfstoff tatsächlich als Commons produziert wird.

Haben Sie Forderungen an Politik oder andere Zielgruppen?

Meine wichtigste Forderung ist, dass Politiker*innen lernen wie Commons zu denken und dass sie hinterfragen, auf welchen Grundannahmen unsere Institutionen und unser Politikverständnis beruhen. Ein Beispiel: wer sich nicht von der Idee lösen kann, dass Menschen individuelle Nutzen-Maximierer*innen sind, die sich gern auf Kosten anderer in die Hängematte legen, kann das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommen gar nicht begreifen und ihm entsprechend auch nicht zustimmen. Aus den Vorverständnissen – dem Welt- und Menschenbild – entfaltet sich das, was wir für vorstellbar halten.

Wenn wir demgegenüber wissen und auch die Erfahrung machen, dass in uns Menschen der Wunsch nach Kooperation angelegt ist und es zudem politisch gar nicht um die Frage geht, ob Menschen kooperieren wollen, sondern darum, ihnen dabei zu helfen, es zu tun, dann ist der Grundgedanke eines bedingungslosen Grundeinkommens viel plausibler.

Ähnlich verhält es sich mit der Landwirtschaft. Wenn wir begreifen, dass es beim Lebensmittelproduzieren immer um Multifunktionalität geht und nie nur um Erträge pro Hektar, dann werden wir uns für andere Formen der Landwirtschaft öffnen, in denen gemessen am Ertrag pro Hektar vielleicht weniger herauskommt, aber gemessen an Biodiversität, Bodenfruchtbarkeit, Herstellung von Zusammenhalt usw. zusammengenommen eben viel mehr. Meine wichtigste Bitte: Lassen Sie sich auf dieses andere Denken ein, daraus folgt der Rest.

Bei Commons geht es ja oft darum, dass wir unser Leben gemeinverantwortlich in die eigenen Hände nehmen. Dafür kann die Politik die Bedingungen verbessern. So wie in dieser Pandemie beispielsweise viele Unternehmen

extrem großzügig mit Steuergeldern unterstützt wurden. Es wäre das Mindeste, dasselbe auch für transformative Praktiken zu tun.

Vielen Dank für das Interview!

Silke Helfrich ist leider kurz vor der Veröffentlichung dieses Beitrags verstorben. Die Commons und die Verbreitung des Denkens von Commoners waren ihr ein Herzensanliegen, mit dem sie andere inspiriert und begeistert hat – so auch in der Podiumsdiskussion zum Zukunftsdiskurs »Consumers for Future«. Wir danken für ihren klugen Geist, ihre vorbildliche Offenheit und ihr nationales sowie internationales Wirken für die Transformation unserer Gesellschaften.

»Consumers for Future«

Von reinen Konsument*innen zu Mitgestalter*innen der großen Transformation

Stephanie Ristig-Bresser

Nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die westliche Welt einen Wohlstandsboom. Der starke Zuwachs des Ressourcenverbrauches und seiner ökologischen Folgen werden auch als »die große Beschleunigung« (Steffen et al., 2016) bezeichnet. Doch bereits seit Veröffentlichung der Studie durch den »Club of Rome« mit dem Titel »Die Grenzen des Wachstums« aus dem Jahr 1972 ist klar: Das bisherige Erfolgsmodell des »Höher – Schneller – Weiter« braucht eine Alternative, die die zur Verfügung stehenden planetaren Grenzen achtet. Zwar gab es seither diverse Vorschläge, unsere Wirtschaftsweise zu verändern, doch scheinen wir den eingespielten Mechanismus immer weiter zu replizieren. So fragt etwa Prof. Dr. Gerald Hüther (2018) rhetorisch:

»Was haben die Umweltschützer tatsächlich bewirkt? Was haben die vielen Vereine und Parteien mit ihrem Artenschutzprogramm, die ständigen Nachhaltigkeitskongresse, [...] die Unmenge an Büchern und Beiträgen zum Thema Naturschutz und Artenvielfalt verändert?«

Selbst in der Zeit von Corona, in der die Wirtschaft heruntergefahren ist, bescheinigen aktuelle Zahlen, dass der Earth-Overshoot-Day oder Welterschöpfungstag – also der Tag, an dem unsere natürlichen Ressourcen verbraucht sein werden – näher rückt (Umweltbundesamt, 2020). Es entsteht der Eindruck, die Menschheit verharre angesichts der multiplen Krisen ihrer Zeit – Klimakrise, Artensterben oder zunehmende Ungleichheiten, die in zahlreichen Studien bis ins Detail vermessen und analysiert wurden – im Stillstand und habe der drohenden Apokalypse kaum etwas entgegensetzen. Es ist daher notwendig, sich mit folgenden Fragen auseinanderzusetzen: Wie kann die große Transformation gelingen? Warum braucht es dafür »Consumers for

Future«? Wie können die Konsument*innen von heute zu »Consumers for Future werden«?

Dieser *mindshift* ist ein tiefgreifendes Unterfangen. Prof. Dr. Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes beschreibt diesen *shift* in einem Podcast-Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin SPIEGEL zum Thema »Grüne Utopien: Brauchen wir eine Ökodiktatur?« folgendermaßen:

»Wenn man eine Gesellschaft tiefgreifend verändern will, dann trifft man auf Interessensgegensätze. Zunächst mal muss das, was da neu in die Welt gesetzt wird – wir brauchen hier ein grünes nachhaltiges Paradigma – Akteure schaffen, die das voran bringen. Denn die Vergangenheitsinteressen sind immer besser organisiert als die Zukunftsinteressen, die erst entstehen müssen. Deswegen brauchen Veränderungen Zeit. Tiefgreifende Veränderungen sind kein Big Bang, sondern ein Prozess.« (DER SPIEGEL, 2020).

Wirtschaft wandelt sich

Um den eskalierenden Ressourcenverbrauch einzudämmen und den damit einhergehenden *earth overshoot* nach hinten zu schieben, seien so Dirk Messner weiter, in den letzten zwei bis drei Dekaden entscheidende Schlüsseltechnologien entwickelt worden, beispielsweise Formen der erneuerbaren Energieversorgung. Damit seien die Voraussetzungen für die Dekarbonisierung geschaffen worden.

In der Tat verändern sich derzeit Konstellationen und Prioritäten: So vermeldeten die Think-Tanks »Ember und Agora Energiewende« im Februar 2021, erneuerbare Energiequellen erzeugten im Jahr 2020 rund 38 Prozent des Stroms in der EU und überholten damit erstmals Kohle und Gas (Taylor, 2021). Auch Entwicklungen in anderen Branchen zeigen, dass die Wirtschaft sich in einem tiefgreifenden Wandel befindet. Dieser Prozess begann bereits weit vor der Corona-Pandemie. Hier einige Beispiele dafür:

- Der Wursthersteller Rügenwalder Mühle verkündet, er habe im Juli 2020 erstmals mehr Umsatz mit vegetarischen Produkten erzielt als mit Fleisch (taz, 2020).
- In den letzten Jahren sind verpackungsfreie Läden wie Pilze aus dem Boden geschossen. Mittlerweile gibt es weit mehr als 200 Unverpacktläden

in ganz Deutschland (Flatley, 2020). Sogar ein Verband hat sich im Jahr 2018 konstituiert (Unverpackt e.V., 2020).

- Immer mehr Unternehmen schließen sich »grünen Unternehmensverbänden« an, die über ein klares ethisches Konzept sowie verbindliche Aufnahmekriterien verfügen und Greenwashing – die fingierte Konstruktion praktizierter Nachhaltigkeit – ausschließen. So zählt der Unternehmensverband »Unternehmensgrün« mittlerweile 350 Mitgliedsunternehmen.
- Aus dem, was einmal im Jahr 2012 als Foodsharing-Bewegung begann, ist mittlerweile mit »Sirplus«, dem Supermarkt für gerettete Lebensmittel, ein Geschäftsmodell geworden (Sirplus, 2019). Nach einem erfolgreichen Crowdfunding wird daraus derzeit ein Franchising-Modell entwickelt, so dass eine bundesweite Skalierung möglich erscheint (Startnext, o.J.).

Von Konsument*innen zu Mitgestalter*innen

Die aufgezeigten Entwicklungen sind vor allem deshalb möglich, weil eine entsprechende Nachfrage besteht. Es gibt also Konsument*innen für diese Produkte. Wie im Falle von Unverpacktläden und auch des Supermarktes »Sirplus« sind viele dieser Geschäfte durch Crowdfunding finanziert worden, also indem Konsument*innen zu Investor*innen wurden und damit de facto zu Mitgestalter*innen einer neuen Wirtschaft. Sehr anschaulich zeigt sich diese erweiterte Rolle in der Landwirtschaft. Hier hat sich seit etwa zehn Jahren in Deutschland – dem 1960 entwickelten japanischen Beispiel des *teikei* (Wikipedia, 2019) folgend – das Modell der Solidarischen Landwirtschaft (»SoLaWi«) etabliert: Konsument*innen, Landwirt*innen und/oder Gärtner*innen schließen sich zusammen und gestalten einen eigenen Wirtschaftskreislauf, indem die Konsument*innen die Erzeuger*innen ihrer Lebensmittel direkt bezahlen und keine Zwischenlieferant*innen mehr eingeschaltet werden müssen. Mittlerweile gibt es in Deutschland laut dem »Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V.« (2021) 340 »SoLaWis«. Etwa 80 befinden sich in Gründung.

Auch andere gesellschaftliche Entwicklungen zeigen, dass sich Konsument*innen – in diesem Fall Bürger*innen – aktiv einbringen, um den notwendigen Wandel, beispielsweise die Einhaltung der Pariser Klimaziele, einzufordern und mitzugestalten: Zu Beginn des Jahres 2019 formierte sich die Fridays for Future-Bewegung. Und im Verlauf des Frühjahrs gingen dann auch die Scientists for Future, die Students for Future, die Par-

ents und Grandparents for Future auf die Straße. Seitdem haben sich in vielen Berufs- und Altersgruppen viele weitere for Future-Initiativen gegründet (Ristig-Bresser, 2020). Zur selben Zeit formierten sich die Initiativen »GermanZero« und »Extinction Rebellion«. Bei der zahlenmäßig größten Klimaschutzdemonstration am 20. September 2019 gingen in Deutschland insgesamt 1,4 Millionen Menschen auf die Straßen (ebd.). Ende 2019 erzielte das Unternehmen »einhorn« im bisher größten Crowdfundingprozess Deutschlands mehr als zwei Millionen Euro, um damit eine Bürger*innenversammlung im Berliner Olympiastadion realisieren zu können (Startnext, o.J.).¹ Diese konnte aufgrund der Corona-Pandemie zwar nicht live stattfinden, allerdings wurden in Abstimmung mit den Crowdfunder*innen verschiedene Petitionen gestartet und die Projekte »Grundeinkommen jetzt. Mit deiner Hilfe.«, »Gemeinsam für ein wirksames 1,5 Grad-Klimagesetz« und »Abstimmung21 – Du bist Demokratie« finanziell unterstützt.²

Es kam also zu selbstorganisierten Akten der Mitgestaltung einer neuen politischen Realität. Diese Projekte zeigen auch, dass zumindest ein Teil der Bevölkerung realisiert und angenommen hat, dass nicht nur Politik und Wirtschaft allein am Hebel der großen Transformation sitzen, sondern Bürger*innen diesen Prozess ebenfalls mitgestalten können. *Challenge accepted* – aus Eigeninitiative, aus Liebe zum Planeten, ohne direkt gefragt und gefordert worden zu sein.

Consumers for Future: Zeit für Selbstverantwortung

Selbstverständlich gelten diese Entwicklungen nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung. Noch spielt sich dies in einer Nische ab. Doch zumindest für diese Minderheit scheint der »Mind-Behaviour-Gap« – dieses sperrige Wort, das die Lücke zwischen unserem Wissen und unserem Handeln bezeichnet – als Ausrede ausgedient zu haben. Unser Wissen um die Notwendigkeit der Veränderung lässt uns Handlungen finden. Zwar nicht sofort, denn das eigene Konsumverhalten zu ändern, braucht offenbar Zeit und ist ein wechselseitiger Rückkopplungsprozess zwischen Konsument*innen und Erzeuger*innen, doch steter Tropfen höhlt den Stein. Oft gilt es, gemeinsam komplett

1 Das Vorhaben stand bereits während des Crowdfundings und auch im Februar 2021 durchaus unter Kritik (Der Tagesspiegel, 2019; Schwarzer, 2021).

2 Nähere Informationen hierzu auf der Website: <https://www.12062020.de/de/>.

neue (Konsum-)Lösungen zu kreieren und Produkte zu schaffen, die es vorher noch gar nicht gab. Diese Entwicklung wird begünstigt, wenn Konsument*innen Teil dieses Gestaltungsprozesses werden dürfen. Auch hierzu gibt es gute Nachrichten:

- Seit 2012 sammelt die Stiftung »FUTURZWEI« Geschichten des Gelingens³ – und ist damit nicht allein geblieben. In den letzten Jahren sind zahlreiche Medien publiziert worden, die konstruktiv die Möglichkeiten aufzeigen, wie die große Transformation gelingen kann. Zum Beispiel der aktuelle Bestseller *Unsere Welt neu denken. Eine Einladung* von Maja Göpel (2020), der ehemaligen Generalsekretärin des WBGU. Auch die digitale Plattform Utopia⁴ wächst rasant und hat mittlerweile eine Community von 230.000 Menschen.
- Die Zahl der Klimaschutzprojekte, in denen Klimaschutz ganz konkret und handfest vor Ort in der Nachbarschaft erprobt wird, steigt. Was lange Jahre rein ehrenamtlich vorangetrieben wurde und deshalb lediglich als »Nebensache« Beachtung fand, erfährt immer öfter Zuwendungen durch die öffentliche Hand. So gibt es beispielsweise das Programm *Kurze Wege für den Klimaschutz* (BMU, 2021).

Freude am Mitgestalten wecken

Noch verharret ein großer Teil der Bevölkerung im »Realitätsschock« (Lobo, 2020) und in erlernter Hilflosigkeit. Wie lässt sich also die Mehrheit der Menschen inspirieren und ermutigen? Ist es zielführend, gesetzliche Regelungen zu schaffen, wie Michael Kopatz dies in seinem Buch *Ökoroutine* (2018) in Anlehnung an das Erfolgsmodell »Rauchverbot« anregt? Meiner Ansicht nach sollten gesetzliche Regularien nur einen geringen Teil ausmachen. Vielmehr sollten beispielsweise über das Instrument der Bürger*innenräte Möglichkeiten der vermehrten Mitgestaltung gefunden werden. Einhergehen sollte dies mit einer Informationspolitik, die die Bürger*innen wirklich abholt.

3 »FUTURZWEI – Stiftung Zukunftsfähigkeit« ist online erreichbar unter: <https://www.futurzwei.org>.

4 Utopia bietet u.a. nachhaltige Kaufberatung für eine nachhaltige Entwicklung und ist online erreichbar unter: <https://utopia.de/ueber-utopia/>.

Die im Zuge der Corona-Pandemie aufgekommene Querdenken-Bewegung (BR, 2020) und einige weitere Strömungen, deren Vertreter*innen Verschwörungsglauben und -theorien anhängen, sind Ausdruck latenter Unzufriedenheit und ein Auffangbecken für Menschen, die sich nicht gehört und gesehen fühlen, aber gerne mitreden und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden würden. Das bisher bewährte System der »repräsentativen Verordnungspolitik« reicht nicht mehr aus. Es gilt, die partizipativen Möglichkeiten der Demokratie weiter auszubauen und wirklich zu nutzen. Andernfalls drohen eine zunehmende Radikalisierung und das Abdriften hin zu (Rechts-)Populismus. Eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft und letztendlich die Zerstörung der Demokratie wären die Folgen – also ähnliche Entwicklungen, wie wir sie in (Post-)Trump-Zeiten in den USA erleben.

Fast scheint es schicksalhaft, dass 2021 in Deutschland nicht nur ein Superwahljahr ansteht, sondern im Frühjahr 2021 auch eine Novelle der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt wurde (Bundesregierung, 2020). Zwar rief Bundeskanzlerin Angela Merkel Anfang Oktober 2020 in einem öffentlichen Video die Bürger*innen dazu auf, zum Entwurfspapier Stellung zu beziehen (ebd.), doch die breite Öffentlichkeit hat diese Einladung offensichtlich nicht erreicht. Was wäre wohl möglich, würde dieses Vorhaben einen weiten Teil der Bevölkerung wirklich integrieren?

Die globalen Nachhaltigkeitsziele als kollektiver Orientierungsrahmen

Damit Bürger*innen sich derart involvieren können, braucht es zunächst eine Art generationenübergreifenden Emanzipationsprozess, der es ihnen ermöglicht, ihren Realitätsschock zu überwinden und ins Handeln zu kommen. Ferner braucht es populäre, niederschwellige Narrative, die Mut machen und klar transportieren, dass die große Transformation kein Verzichtsprogramm, sondern eine Befreiung (vom Überfluss) bedeutet und uns neue Perspektiven von Wohlstand eröffnet. Es braucht Narrative, die davon überzeugen, dass das vermeintliche Weniger kein reales Beschneiden ist, sondern vielmehr einen Prozess hin zu einer neuen Wesentlichkeit in Gang bringt, die beglückend sein kann und damit sogar bereichert.

Statt den »Mind-Behaviour-Gap« zu betonen, der die Trägheit und das Nicht-Handeln des Menschen fokussiert, braucht es eine dezidiert ermutigende Einladung an alle Bürger*innen, die gemeinsame Zukunft zu gestal-

ten – eine Einladung zu einem integrativen und inklusiven Prozess, der nur gelingen kann, wenn wir uns als Kollektiv einbringen; eine Einladung zu einer gemeinsamen Held*innenreise mit dem Ziel, unseren Planeten und die Menschheit zu retten. Denn keine andere Aufgabe haben wir in diesem Jahrzehnt zu meistern. Für diesen Prozess ist jede*r systemrelevant. Alle sind wichtig.

Als kollektiver Orientierungsrahmen und Zielhorizont könnten die globalen Nachhaltigkeitsziele dienen. Um sie zu erreichen, braucht es uns als Weltgemeinschaft. Denn der drohende Kipppunkt ist nicht allein durch das Erreichen des 1,5-Grad-Zieles aufzuhalten. Es braucht erfolgreiche For-Future-Bewegungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Kurzum: Es braucht eine Vision für den Wandel! *Make. World. Wonder. Für die Welt, die wir uns wünschen* ist eine von vielen weiteren Einladungen, diese Vision zu entwickeln – und reiht sich in weitere konstruktiv-utopische Publikationen ein, wie bspw. jene von Welzer (2019), Trinkwalder (2019) oder auch Göpel (2020).

Abbildung 1: Die neu interpretierten globalen Nachhaltigkeitsziele – Perspective Development Goals



Quelle: Ristig-Bresser, 2020; © Ristig-Bresser, Lohmann, Pauls

Literatur

- BMU: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (2021). Kurze Wege für den Klimaschutz. Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesumweltministeriums. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, <https://www.klimaschutz.de/nachbarschaften> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- BR: Bayerischer Runkfunk (2021). Querdenker – wer sie sind und wie sich die Bewegung entwickelt, veröffentlicht am 07. Februar 2021, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/die-querdenker-eine-heterogene-protestbewegung,SO9TvdX> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Bundesregierung (2020). Kanzlerin gibt Startschuss für Online-Konsultationen, veröffentlicht am 30. September 2020. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/nachhaltigkeitsstrategie-2021-1873560> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- DER SPIEGEL (2020). Grüne Stadtutopien. Brauchen wir die Ökodiktatur? – Live-Podcast, <https://open.spotify.com/episode/6mnaKxczufeNOarP4sIIFT> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Der Tagesspiegel (2020). »12062020Olympia« ist ein »Experiment«, veröffentlicht am 03. Dezember 2020, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/stellungnahme-zur-buergerinnenversammlung-im-olympiastadion-12062020olympia-ist-ein-experiment/25295822.htuml> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Flatley, A. (2020). Unverpackt-Läden: Einkaufen ohne Verpackung, veröffentlicht am 30. November 2020, <https://utopia.de/ratgeber/unverpackt-laden-verpackungsfreier-supermarkt/> (zuletzt abgerufen am 07.04.2021).
- Göpel, M. (2020): *Unsere Welt neu denken. Eine Einladung*. Berlin: Ullstein.
- Hüther, H. (2018): *Würde. Was uns stark macht – als Einzelne und als Gesellschaft*. München: Pantheon.
- Kopatz, M. (2018). *Ökorumine. Damit wir tun, was wir für richtig halten*. München: oekom.
- Lobo, S. (2020). Der Realitätsschock. Zehn Lehren aus der Gegenwart + neu: Der Corona-Schock. Köln: Kiwi – Kiepenheuer & Witsch.
- Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e.V. (2021). Solawis: Netzwerk Solidarische Landwirtschaft, <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/solawis-finden/auflistung/solawis> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Ristig-Bresser, S. (2020). *Make. World. Wonder. Für die Welt, die wir uns wünschen*. München: oekom.

- Schwarzer, M. (2021). Warum die Doku »Unfck the World« so wütend macht. RND, veröffentlicht am 17. Februar 2021, <https://www.rnd.de/medien/unfck-the-world-warum-die-neue-doku-auf-joyn-so-wutend-macht-5KI52O4WUJBKJCT3ZE37T7L4LI.html> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Sirplus (2019). SIRPLUS beim ARD Plusminus Magazin, veröffentlicht am 25. Juli 2019, <https://www.youtube.com/watch?v=O3kOfBkowOQ> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Startnext (o.J.). 12/06/2020 – Ermögliche mit uns das größte Demokratie Festival, <https://www.startnext.com/12062020> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Steffen, W., Broadgate, W., Deutsch, L., Gaffney, O. & Ludwig, C. (2016). Zum Entwicklungsverlauf des Anthropozäns: »Die Große Beschleunigung«, veröffentlicht am 29. September 2016, <https://www.bpb.de/gesellschaft/umwelt/anthropozaen/234831/entwicklungsverlauf-des-anthropozaens> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Taylor, K. (2021). Erstmals mehr erneuerbare als fossile Energie in der EU (Übersetzung: T. Steins). Euractiv, veröffentlicht am 25. Januar 2021, <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/erstmals-mehr-erneuerbare-als-fossile-energie-in-der-eu> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- taz: Die Tageszeitung (2020). »Wachstum bei Rügenwalder und Wiesenhof: Veggie boomt auch wegen Corona«, veröffentlicht am 30. August 2020, <https://taz.de!/5710551/> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Trinkwalder, S. (2019). *Zukunft ist ein guter Ort. Utopie für eine ungewisse Zeit*. München: Droemer Knaur.
- Umweltbundesamt (2020). Earth Overshoot Day 2020: Ressourcenbudget verbraucht, veröffentlicht am 21. August 2020, <https://www.umweltbundesamt.de/themen/earth-overshoot-day-2020-ressourcenbudget> (zuletzt abgerufen am 07.04.2021).
- Unverpackt e.V. (2020). Verpackungsvision 2025, veröffentlicht am 15. Februar 2020, <https://unverpackt-verband.de/vision/packaging> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).
- Welzer, H. (2019). *Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen*. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Wikipedia (2019). teikei, zuletzt geändert am 30. Dezember 2019, <https://en.wikipedia.org/wiki/Teikei> (zuletzt abgerufen am 27.09.2021).

Autor*innenverzeichnis

Birgit Böhm: Gesellschafterin bei mensch und region GbR, Beratung bei der Organisation und Durchführung von nachhaltiger Prozess- und Regionalentwicklung; Arbeitsschwerpunkte: Beteiligungs- und Nachhaltigkeitsprozesse, systemische Prozessentwicklung, globale Aspekte kommunaler Entwicklung, Jugendbeteiligung und Moderation.

Linda Böhm: Mitarbeiterin bei mensch und region GbR, Beratung bei der Organisation und Durchführung von nachhaltiger Prozess- und Regionalentwicklungen; Arbeitsschwerpunkte: Stadt- und Regionalentwicklung, transkulturelle Prozesse, Nachhaltige Entwicklung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Gestaltung, Bürgerbeteiligung.

Fabian Böttcher: Mitarbeiter bei mensch und region GbR, Beratung bei der Organisation und Durchführung von nachhaltiger Prozess- und Regionalentwicklung; Arbeitsschwerpunkte: Stadt- und Regionalentwicklung, Nachhaltige Entwicklung, Kreislaufwirtschaft und nachhaltiges Materialmanagement.

Dr. Andreas Eberth: Seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Didaktik der Geographie am Institut für Didaktik der Naturwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover; Arbeitsschwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung, Raumkonzepte, postkoloniale Perspektiven und visuelle Geographien.

Burcu Gözet: Seit 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH in der Abteilung Kreislaufwirtschaft im Forschungsbereich Stoffkreisläufe; Wissenschaftliche Kompetenzen: Ressourceneffizienzstrategien, Transformationsprozesse zur Kreislaufwirtschaft, Textile Abfallvermeidung, alternative Geschäftsmodelle.

Prof. Dr. Franz-Theo Gottwald: Senior Advisor für Politik und Unternehmen für nachhaltige Agrar- und Ernährungswirtschaft und Aufsichtsratsvorsitzender der Stiftung des World Future Council; Honorarprofessor für Agrar-, Ernährungs- und Umweltethik an der Humboldt-Universität zu Berlin. Autor und Herausgeber: Klimapositive Landwirtschaft (2021) tectum Verlag.

Dr. Busso Grabow: Freiberuflicher Ideengeber und Aktivist für die Nachhaltige Stadt. Nach seinem altersbedingten Ausscheiden im Juni 2020 aus der Geschäftsführung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und früherer langjähriger Forschungstätigkeit im Institut noch bis Juni 2021 Leiter der Stabstelle »Agenda 2030 – Nachhaltige Stadt« am Difu. Forschungsschwerpunkte: nachhaltige kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, SDG-Monitoring u.a.m.

Randy Haubner: Von 2017 bis 2021 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Arbeitsbereich Didaktik der Geographie am Institut für Didaktik der Naturwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover; seit November 2021 Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen/Ref. 32 Internationale Kooperationen und Entwicklungszusammenarbeit; Arbeitsschwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung/Globales Lernen, nachhaltiger Konsum/Tourismus, nachhaltige Kommunalentwicklung.

Lydia Heilen: Seit 2019 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin im Arbeitsbereich Didaktik der Geographie am Institut für Didaktik der Naturwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover; Arbeitsschwerpunkte: nachhaltige Transformation, Handlungsbarrieren in Bezug auf nachhaltiges Handeln, Bewertung und Umsetzung der SDGs, Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Marcell Heinrich: Pädagoge, Autor und Bildungsinnovator. Gründer der Hero Society. Expertise: Jugend – Zukunft – Bildung. Potenzialentfaltung und Berufsorientierung im 21. Jahrhundert. Unter dem Alias »Doppel L« verbreitet er seine Botschaften auch musikalisch. <https://www.marcellheinrich.com>

Marie Heitfeld: Referentin bei Germanwatch; Arbeitsschwerpunkte: Chancen und Herausforderungen transformativer Bildung für eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft, handlungsorientierte Bildung für nachhaltige

Entwicklung, Entwicklung von Konzepten, Methoden und Materialien für die Bildungsarbeit.

Silke Helfrich (1967-2021): Freie Autorin, Referentin und Forscherin; Fokus: soziale Prozesse und Muster, in denen gemeinschaftliche Güter entstehen und erhalten bleiben (Commoning); Mitbegründerin des Commons-Institut e.V. sowie des Netzwerks Ökonomischer Wandel (NOW).

Dr. Gerald Hüther: Autor und Berater, befasst sich im Rahmen verschiedener Initiativen und Projekte mit neurobiologischer Präventionsforschung; Wissenschaftliche Themenfelder: Einfluss früher Erfahrungen auf die Hirnentwicklung, Auswirkungen von Angst und Stress und Bedeutung emotionaler Reaktionen.

Prof. Dr. Christiane Meyer: Professorin für Didaktik der Geographie am Institut für Didaktik der Naturwissenschaften an der Leibniz Universität Hannover. Forschungsschwerpunkte: Bildung für nachhaltige Entwicklung, transformative Bildung, Kulturbewusstsein und Werte-Bildung, ethisches Urteilen.

Prof. Dr. Niko Paech: Außerplanmäßiger Professor an der Universität Siegen im Masterstudium Plurale Ökonomik; Forschungsschwerpunkte: Postwachstumsökonomik, Klimaschutz, nachhaltiger Konsum, Sustainable Supply Chain Management, Nachhaltigkeitskommunikation und Innovationsmanagement.

Margret Rasfeld: Co-Gründerin der dGmbH Schule im Aufbruch und des ggc2030 (Global Goals Curriculum 2030); Arbeitsschwerpunkte: gesellschaftliche Transformation mit Schwerpunkt Bildungskultur, Bildung für nachhaltige Entwicklung, wertschätzende Beziehungskultur, Potenzialentfaltung, Verantwortung, Global Citizenship.

Prof. Dr. Gerhard Reese: Professor für Umweltpsychologie und Leitung des Studiengangs »Mensch und Umwelt: Psychologie, Kommunikation, Ökonomie« an der Universität Koblenz-Landau; Forschungsschwerpunkte: Umwelt- und Naturschutzpsychologie, Nachhaltige Transformation, Globalisierung und soziale Identität, Intergruppenverhalten und soziale (Un-)Gerechtigkeit.

Frauke Richter: Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Geographie und Geologie am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie der Universität Greifswald; Arbeitsschwerpunkte: nachhaltige Regionalentwicklung und Raumplanung, Kommunal Finanzen, Klein- und Mittelstädte sowie ländliche Räume.

Stephanie Ristig-Bresser: Kulturwissenschaftlerin und Projektkoordinatorin (u.a. im Rahmen von Projekten für den Transition Netzwerk e.V., die Gemeinwohl-Ökonomie und den österreichischen Verein Pioneers of Change e.V.), Vorstandsmitglied des Vereins Makers For Humanity e.V., Autorin des Buchs »MAKE WOLD WONDER. Für die Welt, die wir uns wünschen«.

Werner Schweizer: Seit 2008 Bürgermeister der Gemeinde Klixbüll in Schleswig-Holstein. Klixbüll hat sich zum Ziel gesetzt, die UN-Agenda 2030 mit den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) nach Möglichkeit umzusetzen. Dafür wurde 2017 eigens eine Resolution verabschiedet, die die Intention der Gemeinde bekräftigt.

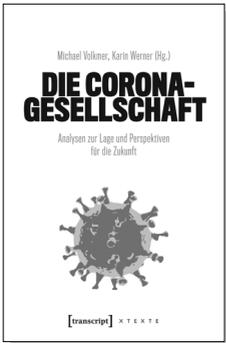
Prof. Dr. Irmis Seidl: Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eidg. Forschungsanstalt Wald, Schnee und Landschaft in Birmensdorf in der Schweiz; Lehre an der Universität Zürich und der ETH Zürich zu Ökologischer Ökonomik; Arbeitsschwerpunkte: Flächen- und Ressourcennutzung, Siedlungsentwicklung, Naturschutz.

Dr. Christiane Sell-Greiser: Geschäftsführerin der Consultants Sell-Greiser GmbH & Co. KG; Arbeitsschwerpunkte: Systemische Regional- und Entwicklungsplanung, Partizipation, Projekt- und Prozessmanagement in Unternehmen und Verwaltung, Begleitung nationaler wie internationaler Forschungsprojekte.

Dr. Henning Wilts: Seit August 2018 Leiter der Abteilung Kreislaufwirtschaft am Wuppertal Institut; Arbeitsschwerpunkte: Transformationsprozesse zur Kreislaufwirtschaft, die Ökonomie der Abfallvermeidung, Umweltbewertung von Abfallvermeidungsmaßnahmen sowie Ressourceneffizienz.

Prof. Dr. Angelika Zahrt: Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Mitglied im Beirat des Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam und Fellow am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Soziologie



Michael Volkmer, Karin Werner (Hg.)

Die Corona-Gesellschaft

Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft

2020, 432 S., kart., Dispersionsbindung, 2 SW-Abbildungen
24,50 € (DE), 978-3-8376-5432-5

E-Book:

PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5432-9

EPUB: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5432-5



Kerstin Jürgens

Mit Soziologie in den Beruf

Eine Handreichung

September 2021, 160 S., kart., Dispersionsbindung
18,00 € (DE), 978-3-8376-5934-4

E-Book:

PDF: 15,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5934-8



Gabriele Winker

Solidarische Care-Ökonomie

Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima

März 2021, 216 S., kart.

15,00 € (DE), 978-3-8376-5463-9

E-Book:

PDF: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5463-3

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Soziologie



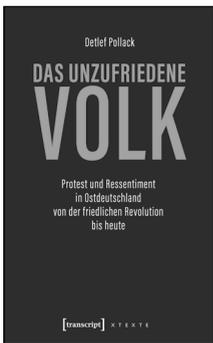
Wolfgang Bonß, Oliver Dimbath,
Andrea Maurer, Helga Pelizäus, Michael Schmid
Gesellschaftstheorie
Eine Einführung

Januar 2021, 344 S., kart.
25,00 € (DE), 978-3-8376-4028-1
E-Book:
PDF: 21,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4028-5



Bernd Kortmann, Günther G. Schulze (Hg.)
Jenseits von Corona
Unsere Welt nach der Pandemie –
Perspektiven aus der Wissenschaft

2020, 320 S.,
Klappbroschur, Dispersionsbindung, 1 SW-Abbildung
22,50 € (DE), 978-3-8376-5517-9
E-Book:
PDF: 19,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5517-3
EPUB: 19,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5517-9



Detlef Pollack
Das unzufriedene Volk
Protest und Ressentiment in Ostdeutschland
von der friedlichen Revolution bis heute

2020, 232 S.,
Klappbroschur, Dispersionsbindung, 6 SW-Abbildungen
20,00 € (DE), 978-3-8376-5238-3
E-Book:
PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5238-7
EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-5238-3

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

